

Jahresbericht 2004

über Menschenrechtsverletzungen in Tibet

Inhalt

- A. Kurzfassung**
- B. Empfehlungen**
- C. Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte**
 - I. Entwicklung**
 - II. Das Recht auf Bildung**
- D. Bürgerliche und Politische Rechte**
 - I. Bürgerliche Freiheiten**
 - II. Das Recht auf Information**
 - III. Die Religionsfreiheit**
- E. Anhang**
 - 1. Gefängnisse und Haftzentren in Tibet**
 - 2. Von der VR China unterzeichnete und/oder ratifizierte internationale Menschenrechtsverträge**
 - 3. Begriffserklärung und Abkürzungen**

A. Kurzfassung

Menschenrechte stehen allen Personen auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum Menschengeschlecht zu. Daher brauchen sie nicht von einem Staat verliehen werden noch kann sie ihnen ein Staat entziehen. Jeder Mensch hat Anspruch auf diese Rechte und sie sollten auch von jedermann anerkannt werden. Die Internationale Menschenrechtskonvention und deren Normen garantieren sie jedem Menschen.

Für die Tibeter in Tibet trifft dies allerdings nicht zu. Ihren grundlegenden Freiheitsrechten, wie sie sowohl in der chinesischen Verfassung als auch in diversen nationalen Gesetzen festgeschrieben sind, sind enge Grenzen gesetzt. Wer diese überschreitet, hat mit ernststen Konsequenzen wie Gefängnis oder gar noch Schlimmerem zu rechnen.

Die Tibeter in Tibet haben keine Rechte und keine Freiheit. Ja, das Volk ist sehr frei, frei unter ungesunden Lebensbedingungen und in der Arbeitslosigkeit zu leben! Die Tibeter sind frei, jeder Art von wirtschaftlicher Tätigkeit nachzugehen. Die lukrativen Verdienstmöglichkeiten, die sich den Tibetern in den größeren Städten bieten, lassen sich nur schwer ignorieren. Leider nehmen durch das in Lhasa und anderen urbanen Gegenden reichlich fließende Bargeld auch viele Tibeter üble Gewohnheiten an wie Rauchen, Trinken, Spielen, Drogenkonsum und geben ihr Geld in Karaoke-Bars aus.

Die Chinesen sehen in den Tibetern und anderen nicht han-chinesischen ethnischen Volksgruppen Barbaren und eine Bedrohung für die territoriale Integrität ihres Landes. Die Tibeter sind in ihrer eigenen Heimat zu Opfern dieser tief sitzenden Vorurteile geworden. Die raffiniert ausgeklügelte und seit 45 Jahren betriebene Politik der Verweigerung von grundlegenden Rechten, Freiheiten und Gerechtigkeit hat in Tibet zum kulturellen Genozid geführt.

Die Überwachung der Einhaltung und der Schutz von Menschenrechten (durch die internationale Gemeinschaft) stellen für ein Regierungssystem, das sich bisher praktisch der Straflosigkeit erfreute, einen ungewohnten Angriff dar. Wer die Politik der Regierung hinterfragt, muß mit einschneidenden

Konsequenzen rechnen. Darüber hinaus ist es infolge der Geheimhaltungspolitik der Regierung und dem Fehlen jeglicher Transparenz extrem schwierig geworden, Informationen aus den sogenannten ethnischen Minderheitsgebieten Tibet und Xinjiang zu bekommen.

Am meisten Anlaß zu Besorgnis gibt jedoch die wahllose Verurteilung zur Todesstrafe. Trotz der Zusätze zu dem Strafverfahrensgesetz von 1996 werden sowohl das Prinzip der Unschuldsvermutung wie auch das Recht auf Vertretung durch einen Anwalt eigener Wahl weiterhin mißachtet – vielen unschuldigen Menschen wird auf diese Weise ein fairer Prozeß vorenthalten. Des Weiteren läßt die ständige Einmischung der Behörden in juristische Verfahren stark an der Unabhängigkeit der Justiz zweifeln. Chinas scharfes Vorgehen gegen jede Art von Dissens unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terror verletzt die Menschenrechte in größter Weise. "Staatssicherheit" ist ein Begriff, den die Regierung ständig bemüht, um Informationen zurückzuhalten, was den Schutz der Menschenrechte erheblich erschwert. Ein aktueller Fall hierzu ist der von Tulku Tenzin Delek.

Der Zeitpunkt, der von China für die Veröffentlichung des Weißbuchs "Fortschritte in Menschenrechtsfragen" gewählt wurde, nämlich am 30. März 2004 während der 60. Sitzung der UN-Menschenrechtskommission (UNHCR) in Genf, war gewiß nicht zufällig. Pekings in derartigen Angelegenheiten an den Tag gelegte neue diplomatische Raffinesse ist nichts Neues für die internationale Gemeinschaft. Das eilig herausgegebene Weißbuch war eher eine Erwiderung auf die US-Resolution zur Menschenrechtslage in China, welche die Vereinigten Staaten bei der UNHCR eingebracht hatten, als eine genuine Darstellung von Fakten. Letzten Endes wurde das Weißbuch von Menschenrechtsgruppen in erster Linie wegen seiner propagandistischen Phrasendrescherei heftig kritisiert. In dem am 23. Mai 2004 veröffentlichten sechsten chinesischen Weißbuch zu Tibet "Regionale ethnische Autonomie in Tibet" wurden die nämlichen Phrasen gedroschen und ansonsten nichts Neues geboten. Der Kommentar der tibetischen Regierung-im-Exil zu dem Papier, in dem sie eine Erwiderung auf den Vorschlag des Dalai Lama bezüglich "echter Autonomie" für Tibet sah, lautete: "Das Weißbuch kann über die wahren und traurigen Zustände in Tibet nicht hinwegtäuschen."

Im September waren die Emissäre des Dalai Lama zum dritten Mal in Peking zu Gast, was den Eindruck einer Fortführung der Verhandlungen zwischen Tibetern und der chinesischen Regierung erweckte. Letztere hat aber nicht etwa aufgehört, den Dalai Lama in seiner internationalen Reisetätigkeit zu behindern. Jahrelang konnte Peking durch Ausübung entsprechenden Drucks den Besuch des Dalai Lama in Rußland verhindern, bis dieser schließlich im September 2004 endlich stattfand. Japans Ankündigung, im April 2005 einen Besuch des tibetischen Oberhauptes zu gestatten, führte zu scharfen Protesten aus dem Chinesischen Außenministerium.

Die Menschenrechtslage in Tibet hat sich auch 2004 nicht gebessert. Es gab keine Lockerung der vielen unpopulären Überwachungsmaßnahmen, und die daraus resultierende Atmosphäre der Angst hält unverändert an. Die Wiederaufnahme der "Kampagne des harten Zuschlagens", die mit neuem Nachdruck durchgeführte "Kampagne zur patriotischen Umerziehung" und die Errichtung eines Lagers für Umerziehung-durch-Arbeit im Distrikt Ngari in der Autonomen Region Tibet (TAR), durch welches der Flüchtlingsstrom eingedämmt werden soll, sind klare Anzeichen für die anhaltende Unterdrückung des tibetischen Volkes. Nach den Aufzeichnungen des *Tibetan Centre for Human Rights and Democracy* (TCHRD) sitzen mindestens 150 namentlich bekannte politische Gefangene in den verschiedenen Haftanstalten in Tibet ein (Stand Dezember 2004).

Die Ankündigung der chinesischen Regierung vom 30. November 2004, daß am 1. März 2005 die neue „Verordnung über religiöse Angelegenheiten“ in Kraft träte, welche für alle in China vertretenen Glaubensrichtungen gültig ist, erfüllt die in Tibet lebenden Tibeter mit den schlimmsten Vorahnungen. Das TCHRD sieht in dieser Verordnung ein weiteres von dem atheistischen Regime geschaffenes Instrument zur Kontrolle. Diese Verordnung, die erlassen wurde, um "mit der rapiden sozio-ökonomischen Entwicklung Schritt zu halten", wird nach ihrem Inkrafttreten zur Schließung etlicher kleinerer Klöster in Tibet führen. Für alle Tibeter ist Religion ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens, und derartige Einschränkungen sind ein heftiger Eingriff in das ihnen sogar durch die chinesische Verfassung verbürgte Recht auf Religionsfreiheit. Tibeter, die ihrer Verbundenheit mit dem Dalai Lama als ihrem spirituellen und weltlichen Oberhaupt Ausdruck verleihen, werden nach wie vor ins Gefängnis geworfen. Die atheistische chinesische Führung mißtraut allen, deren Loyalität nicht ihr allein gilt und ganz besonders denjenigen, die der Religion einen höheren Stellenwert einräumen.

Für die Kommunistische Partei Chinas hat die soziale Ordnung Vorrang vor allen anderen Zielen. Und vor nichts hat sie mehr Angst als vor Unruhen. Die religiösen und ethnischen Spannungen sind sehr

groß. Die Zusammenstöße zwischen Hui-Moslems und han-chinesischen Dorfbewohnern in der Provinz Henan, bei denen im November 2004 mindestens sieben Personen starben, trugen zu der zuvor schon explosiven Mischung aus wirtschaftlicher und sozialer Unzufriedenheit bei. An ihnen wird deutlich, welches Potential an chaotischen und auseinanderstrebenden Kräften unter der Oberfläche von Chinas unaufhaltsamem wirtschaftlichem Aufstieg besteht. Konflikte dieser Art sind auch in Tibet nicht auszuschließen, wenn man sich vor Augen führt, wie die Tibeter in allen Lebensbereichen diskriminiert werden.

Angesichts des explosionsartigen wirtschaftlichen Wachstums sind Veränderungen in China trotz der spezifisch chinesischen Charaktereigenschaften unvermeidlich. Im März 2004 wurde das Wort "Menschenrechte", das in China jahrelang tabu war, in die Verfassung aufgenommen – fast ein historisches Ereignis. Die offiziellen staatlichen Medien begrüßten dies überschwenglich als "das erste Mal überhaupt". Allerdings wurde dem Begriff keine weitere Erläuterung beigefügt, so daß viel Raum für seine Interpretation bleibt. Er stellt allerdings die Ernsthaftigkeit von Chinas Anstrengungen in Richtung einer offeneren und demokratischeren Gesellschaft weiterhin in Frage.

Heute, wo China sich seiner Stellung in der Welt immer sicherer wird, sollte sich die übrige Welt darüber im klaren sein, daß China, obwohl es vielleicht ein in der Entwicklung befindliches Land ist, ein sehr bestimmendes Land ist. Dort ist immer noch ein Regime an der Macht, das keine Opposition duldet und brutal gegen Andersdenkende vorgeht. Es ist eines der wenigen heute noch verbliebenen Länder, das keine freien Wahlen mit mehreren Kandidaten kennt, und in dem man ein Leben unter Hausarrest oder Schlimmeres zu befürchten hat, wenn man das Falsche sagt. Chinas Aufstieg geht bedächtig und ruhig vonstatten, aber ob dieses Wachstum eine Wende zum Besseren bringen wird, bleibt offen.

Die Regierungen rund um den Erdball haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der wachsende Riese mit Achtung gegenüber Menschenrechten und Demokratie aufwächst. Und dies kann nur durch die vereinten Bemühungen der führenden Politiker dieser Welt erreicht werden.

Bürgerliche und politische Rechte

China hat das Internationale Abkommen über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) am 5. Oktober 1998 zwar unterzeichnet, es aber noch nicht ratifiziert - mit der Begründung, für ein in der Entwicklung begriffenes Land wie es selbst seien die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des Volkes wichtiger als die bürgerlichen und politischen. Somit ratifizierte China lediglich das Internationale Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR).

Die Tatsache, daß Peking den ICCPR nicht ratifiziert hat, befreit es jedoch nicht von der Pflicht, die verfassungsmäßigen Rechte seiner Staatsbürger zu garantieren. China ist ebenso verpflichtet, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR) niedergelegten Prinzipien zu achten und einzuhalten. In der Präambel zum ICCPR heißt es eindeutig:

"In der Erkenntnis, daß nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Ideal vom freien Menschen, der bürgerliche und politische Freiheit genießt und frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn Verhältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine bürgerlichen und politischen Rechte ebenso wie seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte genießen kann...".

China nützt alle ihm zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel, um eine Beobachtung und Prüfung der Menschenrechtssituation im Land zu blockieren. In der Menschenrechtsfrage gibt China bilateralen Gesprächen den Vorzug gegenüber multilateralen, weil es einfacher ist, Druck auf ein einzelnes Land auszuüben, als auf viele gleichzeitig. Während der China-EU Beratungen zur Ratifizierung des ICCPR, die im Juni 2004 stattfanden, versprachen die Vertreter Chinas, sich ernsthaft mit dem Abkommen zu beschäftigen und die Bedingungen für dessen baldige Ratifizierung zu schaffen.

Allerdings decken sich die chinesischen Versprechungen nicht mit dem, was in der Praxis geschieht. 2004 wurde die Meinungs- und Redefreiheit in China massiv unterdrückt. Ein deutliches Beispiel für das Ausmaß der von den chinesischen Behörden ausgeübten Kontrolle der Redefreiheit bietet der Fall der tibetischen Schriftstellerin Woeser, die wegen ihrer Verbundenheit mit dem Dalai Lama und der tibetischen Religion verfolgt wird. Ebenso weist die Festnahme von drei chinesischen Intellektuellen, die kein Blatt vor den Mund nahmen, im Dezember und ihre kurz darauf erfolgte Freilassung, auf

das Ausmaß der von Peking gestarteten Kampagne hin, um die Intellektuellen im Lande zum Schweigen zu bringen.

Dem TCHRD wurden 2004 einundzwanzig Fälle von Verhaftungen wegen des Verdachts auf Aktivitäten, in welchen die Regierung eine "Gefährdung der Staatssicherheit" wittert, bekannt – also Aktivitäten, bei denen Freiheit für Tibet gefordert oder auch nur Verehrung für den Dalai Lama ausgedrückt wurde. Des Weiteren liegen dem TCHRD Informationen über mindestens 20 Verhaftungen von Tibetern vor, die vor 2004 erfolgten. Nach den Unterlagen des TCHRD beträgt die Anzahl der ihm bekannten politischen Gefangenen 145 Personen (Stand Dezember 2004). Die Neuauflage der "Kampagne des harten Durchgreifens" in der Autonomen Region Tibet (TAR) und die Weiterführung und Intensivierung der "Kampagne zur patriotischen Umerziehung" in den Klöstern sind klare Anzeichen dafür, daß sich die staatliche Kontrolle in Tibet verstärkt hat.

B. Empfehlungen

An die Regierung der VR China

Bürgerliche und politische Rechte

Bürgerliche Freiheitsrechte

- Ratifizierung des am 5. Oktober 1998 unterzeichneten Internationalen Abkommens über bürgerliche und politische Rechte sowie seiner zwei fakultativen Protokolle;
- Aufnahme einer Definition von Folter in das chinesische Gesetz, die vollständig mit der Definition der Konvention der Vereinten Nationen gegen Folter (CAT) übereinstimmt;
- Sicherstellung von unverzüglichen, auf Erfolg ausgerichteten und unparteiischen Ermittlungen im Fall von Foltervorwürfen;
- Aufhebung aller Formen von Administrativhaftstrafen, so wie es internationalen Normen entspricht;
- Eindeutige Definierung des Begriffs "Gefährdung der Staatssicherheit" im chinesischen Strafgesetz;
- Erwägung eines Moratoriums für die Hinrichtung tibetischer politischer Gefangener;
- Widerruf der Todesstrafe gegen Tulku Tenzin Delek und Wiederaufnahme seines Verfahrens unter fairen Bedingungen, bei dem Tenzin Delek die Vertretung durch unabhängige Rechtsanwälte ermöglicht wird;
- Freizügigkeit für Tibeter, die Tibet verlassen oder nach Tibet einreisen wollen, ohne Einschränkungen jedweder Art;
- Gewährung des Rechts auf Meinungs- und Redefreiheit sowie des Rechts auf Selbstbestimmung für das tibetische Volk, damit die Tibeter ihre politische Führung frei wählen und ihre Gedanken ohne Furcht vor Verhaftung oder Verfolgung zum Ausdruck bringen können.

Religionsfreiheit

- Neubewertung der Rolle der Demokratischen Management-Komitees (DMC) und der "Patriotischen Umerziehungskampagne" in religiösen Institutionen;
- Freilassung von Gedhun Choekyi Nyima, dem XI. Panchen Lama Tibets, dessen Aufenthaltsort seit Mai 1995 unbekannt ist;
- Aufhebung der allgemeinen Pflicht für Mönche und Nonnen, sich im Kloster mit der politischen Ideologie zu beschäftigen;
- Beendigung der Verfolgung von Geistlichen durch Verhaftungen, Verurteilungen und einengende Maßnahmen jeder Art;

- Einhaltung des 18. Artikels der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR);

Informationsfreiheit

- Rücknahme der Einschränkungen der Informationsfreiheit;
- Freier und uneingeschränkter Zugang zu Radio, TV und Internet sowie allen anderen Medien;
- Revision des chinesischen Rechtssystems mit dem Ziel, es mit dem internationalen Standard für das Recht auf Meinungs- und Redefreiheit in Einklang zu bringen;
- Einleitung konkreter legislativer und administrativer Schritte zur Umsetzung des im Artikel 35 der Verfassung garantierten Grundsatzes der Pressefreiheit;
- Überarbeitung der einschlägigen Bestimmungen des chinesischen Strafgesetzes und des Gesetzes über Staatsgeheimnisse, welche das Recht auf Meinungs-, Rede- und Informationsfreiheit verletzen;
- Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen, um das Problem der in Regierungskreisen üblichen Geheimhaltungspraxis in Angriff zu nehmen;
- Definierung des Begriffs "Staatsgeheimnisse" im den chinesischen Gesetzen, die das Recht auf Information regeln;

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Entwicklung

- Achtung der im Internationalen Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) niedergelegten Grundsätze, insbesondere des Rechtes des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung;
- Beteiligung des tibetischen Volkes am Entwicklungsprozeß und Anerkennung seiner Bedürfnisse bei der Nutzbarmachung von natürlichen Ressourcen;
- Förderung nachhaltiger, klein dimensionierter Projekte auf lokaler Ebene, die dazu dienen, den grundlegenden Bedürfnissen der Bauern und Nomaden in den westlichen Regionen unmittelbar zu entsprechen;
- Nutzung der Instrumente des ICESCR als Hilfestellung bei der Debatte über die Armut und ihre Bekämpfung;
- Stop der Zuwanderungspolitik in Tibet;
- Stop der Sinisierung des tibetischen Volkes vermittels wirtschaftlicher, sozialer und kultureller politischer Maßnahmen;

Recht auf Bildung

- Schritte zur Einführung der Schulgeldfreiheit für die neun Pflichtschuljahre für alle tibetischen Kinder;
- Konkrete Maßnahmen, um auch den Bewohnern der entlegenen Gegenden Tibets Zugang zu schulischer Bildung zu verschaffen;
- Eine Garantie für alle tibetischen Kinder auf Schulbildung in ihrer Muttersprache und die Chance zum Erwerb von Kenntnissen über ihre eigene Kultur;
- Gründliche Überarbeitung der Geschichtsbücher und Streichung jeglicher herabsetzender Darstellung der tibetischen Geschichte;

An internationale Organisationen und Regierungen

- Menschenrechtsfragen zu einer notwendigen Vorbedingung für alle bilateralen oder multilateralen Gespräche mit der chinesischen Regierung erheben;

- Ausübung von Druck auf China, damit im Hinblick auf die Erfüllung der Menschenrechtsverträge konkrete Resultate vorgelegt werden;
- Appell an China zur Freilassung von Gedhun Choekyi Nyima und allen anderen politischen Gefangenen in Tibet;
- Aufforderung an China, konkrete Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen;
- Aufforderung an China, dem tibetischen Volk das Recht auf Freizügigkeit von und nach Tibet zu gewähren und Exiltibetern die Rückreise ohne Furcht vor Verfolgung oder Verhaftung zu gewährleisten;
- China zu ernsthaften und konstruktiven Gesprächen mit den Repräsentanten des tibetischen Volkes bewegen;
- Aufforderung an China, das tibetische Volk an allen Entwicklungsprojekten in seinem Land mitwirken zu lassen;

An multinationale Unternehmen und Konzerne

- Garantie der Mitwirkung von Tibetern in allen Stadien von Entwicklungsprojekten;
- Erstellen umfassender Studien über die Sozial- und Umweltverträglichkeit und die voraussichtlichen Auswirkungen der geplanten Projekte;
- Nachhaltige Entwicklungsinitiativen, die der Gemeinschaft den gewünschten Nutzen bringen;
- Beachtung des Grundsatzes: Ein jedes Projekt in Tibet sollte die Gefühle und Werte des tibetischen Volkes respektieren.

C. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

China hat schon immer den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten mehr Bedeutung zugemessen als den bürgerlichen und politischen. Bezeichnend ist, daß China zwar das Internationale Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)¹ ratifiziert hat, nicht jedoch das Internationale Abkommen über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)². Auf Grund der Ratifizierung des ICESCR ist China nunmehr verpflichtet, sich an die in diesem Abkommen vereinbarten Prinzipien zu halten.

Artikel 2(2) des ICESCR legt fest:

”Die Vertragsstaaten verpflichten sich, zu gewährleisten, daß die in diesem Pakt verkündeten Rechte ohne Diskriminierung hinsichtlich von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Status ausgeübt werden.”

Im Jahr 2003 erklärte die chinesische Regierung in Bezug auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte:

”Getreu ihrem Prinzip, den Menschen den Vorrang zu geben, hat die chinesische Regierung weitere Bemühungen zur umfassenden Entwicklung der städtischen und ländlichen Regionen, sowie der Wirtschaft und Gesellschaft allgemein unternommen, um auf diese Weise die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des Volkes zu fördern”³.

Trotz der Behauptung der chinesischen Regierung, diesen Grundsätzen getreu zu handeln, ist das TCHRD aufgrund von Ermittlungen und Nachrichten aus Tibet zu einer gegenteiligen Auffassung gekommen. Das TCHRD ist der festen Überzeugung, daß die Auswirkungen des Abkommens daran gemessen werden sollten, ob und inwieweit Einzelpersonen oder Volksgruppen wie etwa die Tibeter

¹ International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights.

² International Covenant on Civil and Political Rights.

³ www.china.org.cn/e-white/20040330.

tatsächlich in den Genuß der durch das Abkommen garantierten Rechte kommen und ihre Meinung ohne Furcht vor Repressionen frei äußern können.

Die Verweigerung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte wie etwa des Rechts auf Unterricht in der eigenen Muttersprache, ebenso wie eine Politik, die mit Zwangsumsiedlungen einhergeht, zieht oft ganze Bevölkerungsgruppen in Mitleidenschaft. Menschenrechte sind erst dann wirklich umgesetzt, wenn die Menschen, um deren Rechte es geht, sich dieser nicht nur bewußt, sondern auch in der Lage sind, sie einzufordern und zu verteidigen. Es ist auch offensichtlich, daß dem Appell, etwas zur Verteidigung wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Rechte zu tun, eher Beachtung geschenkt wird, wenn die betroffenen Einzelpersonen oder Volksgruppen die Verbindung zwischen der Verweigerung ihrer Rechte und ihrer benachteiligten Existenz erkennen, und dann einen Rückbezug zu der grundlegenden und rechtlich verbindlichen Pflicht der Regierung herstellen können, die diese Rechte zu respektieren, zu schützen und umzusetzen hat.

Angeblich soll die Politik der chinesischen Regierung in Tibet der einheimischen Bevölkerung nutzen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Man muß sich ernsthafte Sorge machen, ob die Tibeter als ein Volk fortbestehen werden. Obwohl in Tibet durchaus die Entwicklung vorangetrieben wird und auch einige Erfolge zu verzeichnen sind, verhindert die vorrangige politische Bedeutung, die wirtschaftlichem Wachstum und Fortschritt beigemessen wird, daß irgend etwas von den Wohltaten des Fortschritts beim tibetischen Volk selber ankommt.

Überdies vernachlässigen ausländische Regierungen und multinationale Konzerne in ihrem Eifer, in Entwicklungsprojekte in Tibet zu investieren, weitgehend die Bedürfnisse und Interessen der dort lebenden Bevölkerung. Dieser Umstand trägt wesentlich zum verringerten Wachstum des Lebensstandards der Tibeter bei.

Die folgenden Kapitel über Entwicklung und das Recht auf Bildung⁴ beleuchten, wie grundlegende Rechte verletzt werden, die im Internationalen Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR), bei dem auch China ein Vertragsstaat ist, verankert sind.

I. Entwicklung

Inhalt:

Einführung

Entwicklung: Theorie und Praxis

Entwicklungsstrategie für den Westen (WDS)

Der Bevölkerungstransfer und seine Auswirkungen

Das Eisenbahnprojekt und seine Auswirkungen

Ökologischer Zustand: Fortschreitende Zerstörung

Umsiedlung und Vertreibung: Enteignung durch den Staat

Bodenschätze und Ressourcen: Der Staat als Ausbeuter

Weideland: Desertifikation

Chinas "menschliche Entwicklung" in Tibet

Die Mängel der Entwicklung

Erwerb des Lebensunterhaltes: Diskriminierung

Der Lebensunterhalt auf dem Land

Der Lebensunterhalt in der Stadt

Ineffizientes Gesundheitssystem

WTO und die Globalisierung: Wer hat etwas wovon?

Schlußbemerkungen

Einführung

Die Vereinten Nationen (UN) definieren das Recht auf Entwicklung als ein "universales und unveräußerliches Recht, das als solches Teil des Gesamtkodex der grundlegenden Menschenrechte bildet". Sie verstehen dabei Entwicklung als einen Prozeß, bei dem die "Erfüllung der bürgerlichen und politi-

⁴ Siehe auch: "State of Education: A human rights perspective – special report by TCHRD", www.tchrd.org.

schen Rechte und die Freiheit, sowohl am Entscheidungsprozeß als auch die Teilhabe am Erfolg der Entwicklung auf allen Gebieten teilzuhaben", verwirklicht wird. Das Recht auf Entwicklung (UNDRD)⁵ weist dem Menschen als solchem den zentralen Platz in der Entwicklung zu. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) definiert "Entwicklung" als einen "umfassenden Prozeß, der zur vollen Verwirklichung aller menschlichen Rechte und Grundfreiheiten führt".

Das Recht auf Entwicklung steht grundsätzlich allen Völkern zu und leitet sich aus ihrem Recht auf Selbstbestimmung her. Der Art. 1.2 der Erklärung über das Recht auf Entwicklung garantiert die "volle Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung", was, ausgehend von den Prinzipien der Gleichheit, Gerechtigkeit und sinnvollen Partizipation "die Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf die volle Souveränität über all ihren natürlichen Reichtum und ihre Ressourcen einschließt". In seiner Rede von 1986 vor der UN-Vollversammlung konstatierte der chinesische Außenminister Wu Xueqian: "Bei der Umsetzung der Ziele und Grundsätze der UN-Charta für die Achtung der Menschenrechte haben die zwei Verträge – das Internationale Abkommen über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und das Internationale Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) – eine positive Rolle gespielt. Die chinesische Regierung hat diese Zielsetzungen und Grundsätze stets konsequent unterstützt".⁶ In beiden Verträgen ist das Recht auf Selbstbestimmung verankert.

Die VR China (PRC) ist einundzwanzig internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten bzw. hat sie ratifiziert, darunter auch den ICESCR, und in den meisten davon wird das Recht auf Entwicklung bestätigt. Den ICCPR hat China zwar 1999 unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Allerdings kommt es den aus den bereits ratifizierten Abkommen erwachsenden Verpflichtungen noch nicht ausreichend nach, insbesondere denen des ICESCR, dem Übereinkommen für die Rechte des Kindes und dem Übereinkommen gegen Folter. Nach der Wiener Erklärung von 1993 wurde das Recht auf Entwicklung wiederholt bekräftigt, etwa bei der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo (Grundsatz 3 des Kairoer Aktionsprogramms), dem Weltgipfel für soziale Entwicklung in Kopenhagen, der Vierten Weltkonferenz für Frauen in Peking (Art. 213 der Pekinger Aktionsplattform, 1995) und dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg.

Die PRC betont, das "Recht auf Leben und Entwicklung" sei das "dringendste Bedürfnis des chinesischen Volkes".⁷ China sieht außerdem das "Recht auf Lebensunterhalt als das wichtigste aller Menschenrechte an, ohne welches alle anderen irrelevant sind".⁸ Die Versorgung aller Chinesen mit dem Lebensnotwendigsten gilt als eine der größten Errungenschaften der chinesischen kommunistischen Revolution, wozu "die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität und das Freisein von imperialistischer Unterjochung"⁹ grundsätzlich die Voraussetzungen sind. "Erst wenn es keine Ausbeutung mehr gibt, die Produktion gesteigert wird und niemand mehr hungern und frieren muß, können die primären Rechte auf Leben und Entwicklung realisiert werden".¹⁰

Auf dem dritten Arbeitsforum zu Tibet 1994 wurden die strategischen Schlüsselpositionen zur Beschleunigung der Entwicklung und zur Gewährleistung der sozialen Stabilität in Tibet formuliert. Seitdem gilt dieses Forum als Ausgangspunkt und als ein neuer Meilenstein für die Entwicklung Tibets. Die Verfassung Chinas und das Gesetz über "Regionale Ethnische Autonomie" von 1984 enthalten Bestimmungen zur Autonomie Tibets in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Religion, Kultur, Handel, natürliche Ressourcen, Bildung usw. Chinas Weißbuch über "Regionale Ethnische Autonomie" in Tibet, das vom Informationsbüro des Staatsrates am 23. Mai 2004 veröffentlicht wurde, hält fest: "In den letzten vierzig Jahren hatte die Autonome Region Tibet in Übereinstimmung mit dem Gesetz volle Autonomie in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Basierend auf den tatsächlichen Gegebenheiten in Tibet hat sie den Zehnten Fünfjahresplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung erarbeitet und in die Tat umgesetzt. Sie führte ihre wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprojekte

⁵ United Nations Declaration on the Right to Development: "Das Recht auf Entwicklung ist ein unveräußerliches Menschenrecht, kraft dessen alle Menschen und Völker Anspruch darauf haben, an einer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung, in der alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll verwirklicht werden können, teilzuhaben, dazu beizutragen und daraus Nutzen zu ziehen".

⁶ "Human Rights in China", Beijing Review, 4 Nov. 1999, p. 43.

⁷ "Human Rights Progress in China", PRC State Council Information Office, Beijing, Dec. 1995.

⁸ Human Rights in China, 8.

⁹ Ibid. 9.

¹⁰ Ibid. 12.

in vollständiger Eigenständigkeit durch, und garantiert so einen schnellen und gedeihlichen Fortschritt und treibt die Modernisierung Tibets voran, ebenso wie die Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft, und alles in Übereinstimmung mit den grundlegenden Interessen des tibetischen Volkes... Den Menschen in Tibet kommt diese Politik der Unterstützung und Hilfe direkt zugute".

Die bei allen Äußerungen Pekings zu Tibet stereotyp wiederkehrende Aussage ist die "entwicklungsorientierte und nutzbringende" Rolle der Chinesen in Tibet. Oftmals versuchte die chinesische Regierung, Kritik an ihrer Menschenrechtsbilanz zu entkräften, indem sie versicherte, das tibetische Volk habe durch die von ihr gebrachte Entwicklung ungeheuer profitiert. Peking betont, es würde durch seine Politik – unter Einhaltung der verfassungsmäßigen Garantien und der internationalen Bestimmungen, denen es verpflichtet ist – die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beschleunigen und allen seinen Bürgern das Recht auf Entwicklung in gleicher Weise gewährleisten. Die Recherchen des TCHRD, bestätigt durch die Aussagen von Flüchtlingen und die Ergebnisse weiterer Nachforschungen zu Tibet, enthüllen jedoch ein bestimmtes Muster der systematischen Verletzung des Rechtes des tibetischen Volkes auf Entwicklung. Während China beansprucht, den wirtschaftlichen Rechten seines Volkes den Vorrang zu geben, betreibt es in Tibet eine Entwicklungspolitik, die sich weder um Menschenrechte noch um die Bedürfnisse der Bevölkerung schert.

Die Verletzung des Rechtes der Tibeter auf Entwicklung sollte im Zusammenhang damit gesehen werden, daß der Region absichtlich keine echte Autonomie gewährt wird, daß es eigentlich keine tibetische Partizipation gibt, und den Tibetern auf allen Ebenen die politische Entscheidungsmacht verweigert wird. Chinas Wirtschafts- und Entwicklungspolitik in Tibet wird nämlich von dem Hauptanliegen der Besatzungsmacht, nämlich der Aufrechterhaltung der Stabilität, bestimmt. Außerdem huldigt China bei seiner Entwicklungspolitik und deren Umsetzung dem Prinzip "von oben nach unten". Die Tibeter, welche die Hauptnutznießer der Entwicklungspolitik sein sollten, werden in ihrer Mehrheit marginalisiert und in allen Lebensbereichen diskriminiert.

China ist durch die Agenda 21 verpflichtet,¹¹ den Minderheiten bei politischen und strategischen Entscheidungen das Mitspracherecht zuzugestehen. Der Absatz 20.46 der Agenda 21 Chinas lautet: "Es sollten Verfahren geschaffen werden, um nationalen Minderheiten und den Distrikten, in denen sie leben, die Mitwirkung an dem Prozeß der Formulierung einer geeigneten Politik und Strategie im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung, sowie deren Umsetzung auf staatlicher oder lokaler Ebene zu ermöglichen".¹² In Wirklichkeit ist die Situation jedoch eine ganz andere, denn die Zentralregierung in Peking allein legt die Strategie fest und trifft alle Entscheidungen. Sie läßt der einheimischen Bevölkerung keinen Raum für eine Beteiligung und für eine eigenständige Beurteilung der geplanten Maßnahmen.

Durch die 1999 lancierte "Entwicklungsstrategie für den Westen" (Western Development Strategy – WDS) soll die Entwicklung der westlichen Teile des Landes erfolgen. Schlüsselprojekte sind der Bau der Qinghai-Tibet-Eisenbahn, die Übertragung von Elektrizität und Erdgas von den westlichen Regionen des Landes in die östlichen, der Schutz der Wälder, Weidegründe und Flüsse, die Förderung der Grundschulen, der berufsorientierten Schulen und der höheren Bildung, die Einführung spezialisierter Anbaumethoden, der Abbau von Bodenschätzen, die Schaffung von touristischen Einrichtungen mit lokalem Kolorit, die Verbesserung der Infrastruktur in den großen Städten und schließlich die Ausweitung des digitalen Breitband-Datenübertragungsnetzes¹³.

Peking setzt auf wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung als Gegenmittel gegen den tibetischen Nationalismus. Seine Wirtschaftspolitik wird von dem Leitmotiv bestimmt, die tibetische Bevölkerung weiter auszudünnen und sie noch intensiver zu sinisieren. Sowohl das Vierte Arbeitsforum zu Tibet, das im Juni 2001 stattfand, als auch der zehnte Fünfjahresplan der TAR (2001-2005) befürworten für Tibet ein Entwicklungsmodell "von oben nach unten". Ungeachtet der Rechtslage und ihres Bekenntnisses zu echter Autonomie in Tibet hat die Regierung in Peking eine Wirtschaftspolitik für Tibet formuliert, die jegliche sinnvolle Mitwirkung der Tibeter ausschließt. Die Änderung des Gesetzes über "Regionale Ethnische Autonomie" vom Februar 2001 besagt, daß die "Entwicklung der ethnischen autonomen Regionen (so wie die TAR) nach den vereinheitlichten Plänen der Zentralregierung entsprechend der Nachfrage auf dem Markt erfolgen wird". Mit all seinen wirtschaftspolitischen Entschei-

¹¹ Die Agenda 21 wurde bei der Konferenz der UNO 2002 in Rio de Janeiro verabschiedet.

¹² www.acca21.cn/indexe12.html.

¹³ "Breakthroughs planned for Nation's Western Development", People's Daily online, www.english.peopledaily.com.cn.

dungen und Bestimmungen verfolgt China vor allem den Zweck, Tibet durch "vermehrte Zuwanderung und den Import von Ideen und Modellen aus China" in das Mutterland zu integrieren.

Mit ihrer Entwicklungspolitik, wie sie die chinesische Regierung in der tibetischen Region betreibt, verletzt sie viele ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen. Die Tibeter sind gerade infolge dieser regionalen Entwicklungsstrategie, die vielen Bedürfnissen ihrer Region zuwiderläuft, geradezu verarmt. Darüber hinaus erhalten die wesentlichen Prinzipien der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, die von der WDS (Western Development Strategy) 1999 noch einmal bekräftigt wurden, viele der strukturellen Veränderungen, welche die meisten Tibeter in ihre jetzige Armutsfalle getrieben haben, aufrecht. Anlaß zu zusätzlicher Besorgnis gibt dabei, daß die chinesische Regierung zur Unterstützung der verschiedenen Aspekte ihrer Strategie um ausländische Hilfe und Investitionen wirbt¹⁴.

Im Gegensatz zu den offiziellen Berichten über das rapide wirtschaftliche Wachstum, die Verbesserung der Lebensbedingungen und des Rechts auf Entwicklung sprechen die tatsächlichen Lebensumstände der Tibeter eine andere Sprache. Wie man es auch angeht, sind die Tibeter ausgesprochen arm, der Index für menschliche Entwicklung liegt sehr niedrig, sie werden systematisch vom Fortschritt ausgeschlossen, leiden Mangel in jeder Hinsicht und werden in allen Lebensbereichen diskriminiert.

Die großangelegte Entwicklung Tibets, genauer gesagt das Entwicklungsprogramm für den Westen, kommt nur selten den Tibetern vor Ort zugute. Von den für die Entwicklung des Westens bereitgestellten Geldmitteln profitieren im allgemeinen nichttibetische Unternehmen und han-chinesische Immigranten, oder sie dienen dem Bau von unproduktiver Infrastruktur und dem Abbau von Ressourcen. Durch neue Fernstraßen, Staudämme, Förderschäfte und Bohrturmtrichter werden die Naturschätze aus Tibet herausgeholt und zu diesem Zweck werden zig tausend Nicht-Tibeter als Arbeiter für die Großbaustellen angeheuert. Die Folgen sind enorme Umweltschäden und eine veränderte soziale Struktur, die am schlimmsten die einheimische Bevölkerung trifft¹⁵.

Mehr jedoch als alle Entwicklung der Ressourcen ist die Entwicklung für die Menschen in Tibet wichtig. Das sogenannte Wirtschaftswachstum, das an der Mehrheit der Tibeter vorübergeht, konzentriert sich auf den staatlichen Sektor oder auf die "harte Infrastruktur" wie Handel, Transport und Dienstleistungen, sowie auf die Verwaltung und den Parteiapparat. Die produktiven Sektoren wie Landwirtschaft, Bergbau und Industrie stagnieren oder wachsen viel langsamer als die Wirtschaft insgesamt. Da über 80% der tibetischen Bevölkerung Nomaden und Bauern sind, hat sie der Wirtschaftsboom an den Rand gedrängt. Dies führte zu großer Ungleichheit zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung, und in den urbanen Gebieten zwischen den zugewanderten Han-Chinesen und den einheimischen Tibetern.

Selbst nach 20 Jahren Bemühungen der Zentralregierung um die TAR, einschließlich großzügiger staatlicher Subventionen, ist diese immer noch eine der ärmsten Verwaltungseinheiten Chinas¹⁶. Eine systematische Diskriminierung in den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit, Wohnung, Bildung und politischer Vertretung läßt die Tibeter nach wie vor nicht an der Entwicklung ihres eigenen Landes teilhaben. Die Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind, und der permanente Zustrom von Han-Chinesen haben die Tibeter in ihrem sozialen Status abgewertet und an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Was die sozioökonomischen Verhältnisse und die Ausmerzungen der Armut angeht, wird die tatsächliche Situation in Tibet durch übertriebene Angaben über die wirtschaftliche Entwicklung und durch verfälschte Zahlenangaben über den gestiegenen Wohlstand entstellt. Gyaltzen Norbu, der frühere Vorsitzende der Autonomen Region Tibet, stellte 1997 fest: "Wir sollten diesen ungesunden Hang zu Prahlerei und Übertreibung aufgeben und bei unserer Hilfeleistung für die Armen nicht länger die Wahrheit vor höheren Instanzen verbergen".¹⁷ Indem die Regierung Tatsachen leugnet, zensiert und

¹⁴ Andrew Fischer, *Poverty by Design: Economics of Discrimination*, Canada Tibet Committee (CTC), Aug. 2002.

¹⁵ The Milarepa Foundation and Project Underground, *Raiding the Treasure House: Oil and Mineral Extraction in China's Colonisation of Tibet*, www.milarepa.org.

¹⁶ June Teufel Dreyer, "Economic Development in Tibet under the People's Republic of China", *Journal of Contemporary China* (2003), 12 (36).

¹⁷ Text des "Berichts über Regierungsarbeit" von Gyaltzen Norbu, dem Vorsitzenden der TAR, vorgetragen bei dem 6. Regionalen Volkskongreß am 15. Mai 1997 und veröffentlicht in der Regionalzeitung Tibets "Xizang Ribao", Quelle Xizang Ribao, Lhasa, chin. 29. März 1997.

verfälscht, verletzt sie das Recht der Menschen auf Information (chin. zhiqing quang) und verhindert, daß sich die Welt ein Bild von der tatsächlichen Lage machen kann.

Die Entwicklungspolitik der Chinesen hat daher ihren Zweck in Tibet verfehlt. Sie hat der einheimischen Bevölkerung keinen Nutzen gebracht, was auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist: den Einsatz der Volkswirtschaft als ein Mittel zur politischen Kontrolle; den Widerspruch zwischen dem, was offiziell geplant ist und dem, was in die Tat umgesetzt wird; das Entwicklungsmodell "von oben nach unten"; die auf ein schnelles Wachstum der urbanen Zentren ausgerichtete Strategie, deren einziges Resultat die Einkommensdisparität ist; den massiven Bevölkerungstransfer, der die Marginalisierung und Diskriminierung der tibetischen Bevölkerung zur Folge hat; die Verweigerung einer sinnvollen Partizipation für die Tibeter; die Mißachtung der Interessen der Lokalbevölkerung bei dem Entwicklungsprozeß und schließlich die Entstellung der Fakten durch fragwürdiges Zahlenmaterial.

Entwicklung: Theorie und Praxis

Sowohl der Prozeß der Entwicklung als auch das Recht auf Entwicklung sind undenkbar ohne Freiheit. Entwicklung wurde sogar gesehen als "der Prozeß der Ausweitung der tatsächlichen Freiheiten, welche die Menschen genießen".¹⁸ Dieser Begriff von Entwicklung hat im Falle Tibets eine besondere Brisanz, wo die Tatsache, daß der tibetischen Bevölkerung keine Partizipation gewährt wird und ihr grundlegende Freiheitsrechte vorenthalten werden, zu einer Art Stagnation auf einem Entwicklungsstand und zum Verlust an Lebensqualität geführt hat.

In Chinas Weißbuch über regionale Autonomie wird behauptet, die Zentralregierung gewähre den Minderheiten bei ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung volle Autonomie. Im Sinne der "Internationalen Konvention über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung" und der "Erklärung über die Rechte von Angehörigen nationaler, ethnischer, religiöser und linguistischer Minderheiten" sind die einzelnen Staaten verpflichtet, die Rechte der ethnischen Minderheiten in jedem Bereich des Lebens – im politischen und wirtschaftlichen, im kulturellen und religiösen, im sozialen und im Bildungsbereich – zu schützen.¹⁹ Die Vollversammlung der UNO erklärte, um eine soziale Entwicklung herbeizuführen, müßten die Mitgliedstaaten "eine erneute Verpflichtung zu einer wirksamen, transparenten und verantwortungsvollen Regierungs- und Verwaltungsführung sowie zur Schaffung bürgernaher demokratischer Institutionen eingehen, die auf die Bedürfnisse der Menschen reagieren und sie befähigen, aktiv an der Entscheidungsfindung hinsichtlich der Prioritäten, Politik und Strategien teilzunehmen".²⁰

In den achtziger Jahren wurden zwei Entwicklungsmodelle für Tibet diskutiert. Das eine Modell der wirtschaftlichen Entwicklung legte nahe, daß die Tibeter entsprechend gut ausgebildet und motiviert werden sollten, damit sie in der Marktwirtschaft der TAR und im Rahmen des Modernisierungsprozesses eine führende Rolle übernehmen könnten. Eine solche Entwicklung würde zwar etwas moderater verlaufen, aber die Bürger der autonomen Minderheiten-Gebiete hätten in erster Linie den Nutzen davon, und sie könnten aktiven Anteil an dem Wirtschaftswachstum nehmen. Bei dem anderen Modell lag die Betonung auf rascher Entwicklung für Tibet, wobei allen Chinesen ohne Einschränkung Tür und Tor geöffnet wird. Folglich würden die Han-Chinesen, die hinsichtlich eines schnellen wirtschaftlichen Wachstums und Reformen mehr Erfahrung besitzen, besonders im Anfangsstadium die führende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung spielen. Die Diskussion über diese zwei Alternativen fand Mitte der 80er Jahre ihr Ende, als China sich für das zweite Modell entschied.

Auf dem "Dritten Arbeitsforum zu Tibet" von 1994 gab es insofern einen Paradigmenwechsel in Chinas Entwicklungspolitik für Tibet, als nun der Sicherheitskontrolle mittels wirtschaftlicher Entwicklung vorrangige Bedeutung beigemessen wurde. Der sozialdeterministischen Position im chinesischen Marxismus liegt die Auffassung zugrunde, daß Menschen, die eine höhere soziale Ebene erreicht haben, nicht mehr von Unabhängigkeitsgelüsten in Versuchung geführt werden.²¹ Der frühere Parteisekretär der TAR, Chen Kuiyian, sagte: "Wenn die Menschen erst einmal durch die wirtschaftliche

¹⁸ Amartya Sen, *Development as Freedom*, Oxford University Press, 1999.

¹⁹ Aussage von Mr Sita, Berater der chinesischen Delegation, zu dem Punkt 14 bei der 59. Sitzung der Menschenrechtskommission in Genf am 14. April 2003.

²⁰ Bericht des Ad Hoc Komitees über die 24. Sondertagung der Generalversammlung UN Doc. A/S-24/8/Rev.1.

²¹ Robert Barnett, "Chen Kuiyian and Marketisation of Policy".

Entwicklung reich geworden sind, haben sie kein Interesse mehr, das Land zu spalten".²² Auch im Bericht des "Vierten Arbeitsforums" vom Juni 2001 wird betont, daß es ohne "Stabilität" keine wirtschaftliche Entwicklung geben könne.

1980 besuchte der damalige Generalsekretär der KPC, Hu Yaobang, Tibet. Er gab offen zu, daß die chinesische Herrschaft in Tibet mehr Schaden als Nutzen angerichtet hatte. Er sagte, den Tibetern müßte das eigene Handeln ermöglicht werden, indem ihnen die Entscheidungsmacht zurückgegeben und die Anzahl der chinesischen Kader verringert werde. Bedauerlicherweise kehrte Peking bald wieder zu seinem alten Entwicklungsmuster für Tibet zurück. Nach Pekings Logik mangle es Tibet an "qualitativen Humanressourcen", weshalb die Chinesen das Vorrecht hätten, den Tibetern Entwicklung und Fortschritt zu bringen.²³ China fährt fort, seine Fachkräfte und Leute mit Pioniergeist nach Tibet zu bringen, damit sie bei der Entwicklung der tibetischen Wirtschaft Hilfestellung leisten.

Eine Reihe von wirtschaftlichen Reformen wurden eingeführt, um Han-Chinesen, die ihr Glück in der TAR versuchen wollen, die Einwanderung zu erleichtern – etwa die Vereinfachung der Registrierungsverfahren für Han-Unternehmer, flexiblere Bedingungen für chinesische Fachleute und die Ernennung Lhasas zu einer Sonderwirtschaftszone.²⁴ Das Resultat war ein gewaltiger Zustrom nicht-tibetischer Wanderarbeiter und Geschäftsleute. Heutzutage sind die meisten Bürger Lhasas Han-Chinesen, wobei der Trend in anderen Städten in dieselbe Richtung geht.

China machte große Worte über die Partizipation der Tibeter, die Übertragung politischer Entscheidungsmacht und die Bedeutung echter Autonomie, aber in Wirklichkeit werden die Tibeter vollkommen übergangen. An der Marktwirtschaft in ihrem Lande dürfen sie keinen Anteil nehmen, denn sie untersteht praktisch der unmittelbaren Oberaufsicht der VR China und wird von ihr dirigiert. Seit das Entwicklungsprogramm für den Westen 1999 lanciert wurde, hat China die natürlichen Ressourcen Tibets kontinuierlich zu seinem eigenen Vorteil ausgebeutet und Kohle, Erdöl, Erdgas und andere Bodenschätze in die Industriezentren in der östlichen Küstenregion abgeleitet. Die größten Gewinne haben die in der Region lebenden chinesischen Zuwanderer eingesteckt und nicht die einheimische Bevölkerung, womit "die Kluft zwischen arm und reich", wie es in einem Artikel in "USA Today" vom 19. September 2003 heißt, "größer geworden ist als je zuvor".²⁵

Die chinesischen Behörden haben den leichtesten Weg für die Entwicklung Tibets gewählt, der zugleich auch der destruktivste ist. Im Grunde genommen bedeutet dies eine gewaltige Investition in den administrativen Sektor, während gleichzeitig eine riesige Anzahl chinesischer Siedler unterhalten werden muß, die von staatlicher Unterstützung lebt. Umgekehrt werden die natürlichen Ressourcen Tibets, wie Holz, Erdöl und Erdgas, Bodenschätze und Elektrizität, aus dem Lande befördert und der chinesischen Industrie außerhalb Tibets zugeliefert, womit diese und der Staat zu den Hauptnutznießern der tibetischen Naturschätze geworden sind.

Aus der Perspektive der menschlichen Sicherheit verschiebt sich der Schwerpunkt im Entwicklungsdiskurs und in der Entwicklungspolitik von nationalistischen Zielen auf die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse der Menschen. Es sollten Daseinsverhältnisse geschaffen, in denen die menschliche Würde, zu der eine vernünftige Teilhabe am Leben der Gemeinschaft gehört, Verwirklichung findet. Man kann jedoch deutlich feststellen, daß Pekings Entwicklungspolitik für Tibet aufgrund seiner hohen Sicherheitsinteressen in der TAR nur die Anliegen der Zentralregierung vertritt – was der Erfüllung der Entwicklungsbedürfnisse des tibetischen Volkes diametral entgegengesetzt ist.

Das chinesische Entwicklungsmodell und die ihm zugrunde liegende Logik basieren auf chinesischen Erfahrungen und Verhältnissen und setzen voraus, daß die Verfahren und Gegebenheiten im ganzen Land die gleichen sind.²⁶ Infolgedessen läßt ein solches Modell die Möglichkeit, daß unterschiedliche

²² Chen Kuiyian, Erfordernisse und Hoffnungen für das Dritte Arbeitstreffen zu Tibet, 28. Juni 1994, Xizang de Jiaobu, 1999.

²³ "Die Lage der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in Tibet", schriftliche Eingabe der Federation of Associations for Defence and Promotion of Human Rights, einer NGO mit Konsultativstatus beim EcoSoc, General E/CN.4/2003/NGO/50, 28 Feb 2003, Menschenrechtskommission, 59. Sitzung, Punkt 10 der vorläufigen Tagesordnung.

²⁴ Arthur N. Holcombe, "Die Auswirkungen der Wirtschaftsreformen und der Öffnungspolitik auf den Lebensstandard lokaler ethnischer Volksgruppen in China: Der Fall Tibets", August 2001.

²⁵ "Das Recht auf Entwicklung", Eingabe von der Transnational Radical Party, eine NGO mit allgemein konsultativem Status, 2 Feb. 2004, 60. Sitzung, Punkt 7 der vorläufigen Tagesordnung.

²⁶ DIIR, Environment and Development in Tibet, A crucial issue, 2003.

soziale und natürliche Bedingungen in Tibet bei der Festlegung des Modells und der Art der Entwicklung ebenfalls von Wert sein könnten, völlig außer Acht.

Entwicklungsstrategie für den Westen (WDS)²⁷

Der westliche Teil Chinas umfaßt einschließlich Tibets zehn Autonome Regionen und Provinzen und einen Bezirk (municipality). Im Juni 1999 lancierte Chinas früherer Präsident Jiang Zemin offiziell die "Entwicklungsstrategie für den Westen" (chin. xibu da kaifa), mit der die Regierung den Zweck verfolgt, das Mißverhältnis zwischen den Küsten- und den inneren Regionen Chinas auszugleichen²⁸ und eine allgemeine und ökologisch nachhaltige Entwicklung der westlichen Regionen des Landes in Gang zu setzen. Dieses Programm hat fünf Hauptkomponenten – Infrastruktur, Umweltschutz, Neuausrichtung des industriellen Sektors, Förderung von Wissenschaft, Technik und Bildung, und außerdem wirtschaftliche Reformen und eine Politik der offenen Tür.

Weltpolitisch gesehen, erfolgte der Start der WDS etwa zeitgleich mit dem erfolgreichen Kampf Osttimors um Selbstbestimmung und der Intervention der NATO im Kosovo. Jiang Zemin betonte stets die enge Beziehung zwischen dem WDS und der nationalen Einheit und der sozialen Stabilität in Tibet. Der chinesische Volkswirtschaftler Hu Angang äußerte sich in ähnlicher Weise: "Das schlimmste Szenario, das wir uns aber bemühen zu vermeiden, ist, daß China wie Jugoslawien in Stücke zerbricht. Die [wirtschaftliche] Disparität zwischen den einzelnen Regionen ist bereits genauso groß – oder gar noch größer – als sie in Jugoslawien vor seinem Zerfall war". Es ist also ganz deutlich, daß auch die WDS eine politische Komponente hat, nämlich die Wahrung der Stabilität und die Integration der widerspenstigen Regionen im Westen Chinas.

Durch das Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft kam es in der Praxis zu einer Vermehrung des urbanen Reichtums in Tibet, was die Armutsschere zwischen Stadt und Land nur noch vergrößerte. Darüber hinaus wurde die Produktion auf dem Primär- und dem Sekundärsektor angekurbelt, während dem wachsenden Bevölkerungsanteil der chinesischen Immigranten in der Region die Kontrolle der Wirtschaft zufiel. Robert Barnett, ein Tibet-Spezialist und Dozent für Neueste Geschichte an der Columbia Universität New York, nannte diese Wirtschaftspolitik eine "Rückkehr zu den Methoden einer Planwirtschaft, die sozial-politische Resultate zu erzielen hat".

Die zwei politisch renitentesten Regionen im Westen Chinas, Tibet und Xinjiang, sind zugleich die von Peking entferntesten. Es wurde für China äußerst wichtig, seine Kontrolle über diese Regionen zu festigen und sie zu stabilisieren. Die Globalisierung sowie strategische und militärische Erwägungen wirkten als ein weiterer Ansporn. Peking meint, durch wirtschaftliche Entwicklung und ein leistungsfähiges Transportnetz seien alle "nationalen Probleme" zu lösen und die Kontrolle zu konsolidieren. Doch im Namen der Aufrechterhaltung der Stabilität verletzen die Behörden viele grundlegende Menschen- und die Freiheitsrechte des tibetischen Volkes.

Chinas wirtschaftliche Revolution, die bereits den Osten des Riesenreichs völlig veränderte, bewegt sich nun westwärts. Sie bringt internationales Kapital und Technologien in einem in diesen entlegenen Regionen noch nie gesehenen Ausmaß mit sich. Ihr Objekt sind die natürlichen Ressourcen Tibets –der Goldstaub, der sich im Bett der ausgetrockneten Seen befindet, die Lager mit Kupfer, Zink und anderen Bodenschätzen und die reichen Öl- und Erdgasfelder. China beutet diese Ressourcen aus, um seine eigenen nationalen Entwicklungsziele zu verfolgen – Ziele, die dem Volk der Tibeter fremd sind.²⁹ So waren auch die zu erwartenden wirtschaftlichen Gewinne aus den westlichen Regionen mit ein Grund für den Start der WDS. Die Rolle der westlichen Regionen ist wesentlich die von Rohstofflieferanten, mit dem Ziel durch den Transfer der Ressourcen von West nach Ost die Entwicklung in den zentralen und östlichen Regionen zu beschleunigen.

Peking beschreibt die WDS als ein Entwicklungsmodell für Tibet, das Stadien der Entwicklung überspringt, weshalb die Regierung der Region besonderen Beistand leistet, damit sie ihre Rückständigkeit überwinden kann.³⁰ Dieses Ziel scheint jedoch nicht einfach zu erreichen sein, da Investitionen in

²⁷ Western Development Strategy.

²⁸ Die westliche Entwicklungsstrategie wurde lanciert, um die immer größer werdende Kluft zwischen den östlichen Küsten- und den inneren westlichen Provinzen zu verringern.

²⁹ The Milarepa Fund and Project Underground, Raiding the Treasure House: Oil and Mineral Extraction in China's Colonization of Tibet, www.milarepa.org.

³⁰ "Initial Reports on Fourth Work Forum", Tibet Information Network (TIN), News Update, 27 July 2001.

die örtliche Land- und Viehwirtschaft, sowie in die weiche Infrastruktur, wie Gesundheitswesen, Bildung, Beschäftigung und Partizipation der Einheimischen, leider keine Priorität genießen. Kaum etwas der großzügigen Entwicklungshilfe erreicht die achtzig Prozent der auf dem Land lebenden Tibeter. Die WDS konzentriert sich auf Investitionen in "harte Infrastruktur", also in Fernstraßen, Eisenbahnstrecken, Pipelines, Abbau von Bodenschätzen, Bau von Staudämmen, Kraftwerken und Bewässerungsanlagen.

Die Wohltaten der WDS kommen nicht der großen Mehrheit der tibetischen Landbevölkerung zugute. Sie erreichen eher den urbanen Sektor und sind eine Quelle neuer Arbeitsplätze geworden, was wiederum zu einer größeren Einkommensdisparität zwischen chinesischen Zuwanderern und einheimischen Tibetern führte. Wesentlich wäre, daß diese Entwicklung, welcher Art auch immer sie sein mag, vorrangig dem Aufbau von Kapazitäten bei den Tibetern gelte. Chinas Politik des Bevölkerungstransfers unter dem Vorzeichen der Entwicklung macht die Marginalisierung der Tibeter aber noch schlimmer und birgt die Gefahr, daß das Wesen der tibetischen Kultur und Identität schließlich völlig untergeht.

Lama Dorjee, ein 38-jähriger Bauer aus dem Dorf Bugod, Distrikt Gonjo, Präfektur Chamdo, berichtete dem TCHRD über die Auswirkungen, die der Straßenbau in seiner Heimatgegend hatte:

"Im April 2004 begannen die chinesischen Behörden über eine Strecke von 120 km Länge mit dem Ausbau der bereits vorhandenen Piste zur Landstraße. Die Bauern machen sich deswegen große Sorgen, denn die Straße wird quer durch ihre Äcker verlaufen. Viele von ihnen haben bereits ihr Land verloren. Trotzdem haben die meisten zuviel Angst, um in dieser Sache bei den Behörden vorstellig zu werden. Die etwa 400 Bauernfamilien im Distrikt Gonjo haben sich viele Generationen lang vom Ackerbau ernährt. Sie bauten Getreide, Senf, Bohnen, Kartoffeln usw. an. Eigentlich wird die Straße nur ausgebaut, um das geschlagene Holz abtransportieren zu können. In der Gegend Sa-ngan Med des Distrikts Gonjo gibt es viele Bäume. Der Straßenbau erleichtert den Chinesen den Holztransport. Sie haben schon 30 % des Baumbestands abgeholzt, und wenn die Landstraße fertig ist, können sie sich den Rest auch noch mühelos holen".³¹

Chinas WDS steht im Spannungsfeld einer bedeutenden zweifachen Herausforderung, nämlich einmal der Festlegung von Richtlinien und zum anderen ihrer Umsetzung. Dies macht sich erstens bei den Entscheidungsprozessen in der politischen "Zentrale" selbst, das heißt, durch Spannungen zwischen den daran beteiligten Eliten und den verschiedenen zuständigen Behörden bemerkbar, und zweitens an den Spannungen zwischen der Zentrale und den lokalen Behörden, wenn es um die Umsetzung der WDS geht. Insgesamt beeinträchtigen diese Spannungen die Effizienz, Konsistenz und Kohärenz dieser jüngsten regionalen Entwicklungsinitiative Chinas. Seit dem offiziellen Start der WDS 1999 versuchte die Regierung, die Entscheidungsfindung, Grundsatzüberprüfung, Verwaltung und die Evaluation der Projekte der WDS vermittels eines dreistufigen Kernmodells zur Entscheidungsfindung zu institutionalisieren.³² Im Kernbereich werden Politik und Strategien der WDS formuliert, ohne die Tibeter nach ihren Bedürfnissen und Wünschen zu fragen. Die wichtigste und notwendigste Vorbedingung für den Erfolg der WDS in Tibet wäre aber die aktive Mitwirkung der Tibeter selbst. Gegenwärtig sind sie jedoch nicht frei, auszusprechen, was sie denken. Die sonst üblichen Methoden der Konsultation, Begutachtung und Auswertung werden deshalb in den tibetischen Gebieten solange nicht verlässlich funktionieren, wie die Tibeter die Allgegenwart der Staatsmacht fürchten müssen und ihre Meinung nicht offen ausdrücken können.³³

In einem Land, in dem die freie Meinungsäußerung dermaßen eingeschränkt ist wie in Tibet, hat die Bevölkerung kein Mitspracherecht und keinen Anteil an den politischen Entscheidungen, die ihre Entwicklung und ihre wirtschaftlichen Rechte betreffen. Ein ehemaliger Entwicklungshelfer erklärte dem Tibet Information Network (TIN) gegenüber, Chinas Entwicklungspolitik komme wie "aus heiterem Himmel". Wörtlich: "Diese Politik ist nur die jüngste in einer Reihe von zentral gesteuerten Initiativen und wie gewöhnlich ist der Input der Lokalbevölkerung gleich Null".³⁴ In diesem Zusammenhang

³¹ "Bauern besorgt wegen Straßenbauprojekt", Human Rights Update July 2004, www.tchrd.org/hrupdate/2004/hr200407.htm#anxious.

³² Das Büro der Führungsgruppe für "Western Region Development" steht an der Basis dieser Struktur, die nächste Ebene ist die Führungsgruppe WRD selbst, und die höchste Ebene ist die Parteilite mit Präsident und Premierminister.

³³ Gregory T Chin, "The Politics of China's Western Development Initiative" in *China's West Region Development; Domestic Strategies and Global Implications*.

³⁴ *China's Great Leap West*, www.tibetinfo.com.

schließt die von oben nach unten konzipierte Strategie, die eher politisch als entwicklungsorientiert ist, die einheimische Bevölkerung der westlichen Regionen von der Beteiligung an der Gestaltung ihrer Umwelt und der Entwicklung ihrer Wirtschaft praktisch aus. Die WDS hat deswegen dabei versagt, den Tibetern eine angemessene Entwicklung zu bringen, die so dringend nötig wäre.

Bevölkerungstransfer: Auswirkungen

Bevölkerungstransfer wird definiert als die "Bewegung von Menschen als Folge politischer und/oder wirtschaftlicher Prozesse, für welche die Regierung eines Staates oder vom Staat autorisierte Organe verantwortlich sind". Bevölkerungstransfer wurde verurteilt als "prima facie" illegal und als eine Reihe von Rechten verletzend, die in Menschenrechtsnormen und im humanitären Völkerrecht zugesichert werden – sowohl die Rechte der Zwangsumgesiedelten selbst als auch die der sie aufnehmenden Bevölkerung".³⁵ Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention bestimmt, daß "die Besatzungsmächte nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihnen besetzte Territorium deportieren oder transferieren dürfen". Der UN-Sonderberichterstatter für Bevölkerungstransfer stellte in seinen Berichten ebenfalls fest, daß Bevölkerungstransfer eine Verletzung der grundlegenden Prinzipien der vertraglich vereinbarten und gewohnheitsrechtlichen internationalen Menschenrechtsgesetze darstellt".

Während sich das Völkerrecht im Hinblick auf Bevölkerungstransfer in erster Linie mit den Rechten der von dem Transfer betroffenen Personengruppen beschäftigt, wurde ebenso klargestellt, daß Bevölkerungstransfer in keiner Weise politisch ausgenutzt werden darf, so daß Identität, Kultur und Lebensunterhalt einer Minderheitengruppe, in deren Siedlungsgebiet die Menschen angesiedelt werden sollen, bedroht sind.

Chinas Volkszählung von 2000 zufolge hat das Land eine Bevölkerung von 1,26 Milliarden, die sich auf 31 Provinzen und Bezirke (municipalities) und Autonome Regionen verteilt. Etwa 38,9% davon wohnen im östlichen Teil des Landes und 28,1% im westlichen (Innere Mongolei, Guangxi, Sichuan, Chongqing, Guizhou, Yunnan, Tibet, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Ningxia und Xinjiang). Die Einwohnerzahl der einzelnen Provinzen variiert zwischen 92,56 Mio. in Henan, 90,79 Mio. in Shandong, 86,42 Mio. in Guangdong und 5,18 Mio. in Qinghai und 2,62 Mio. in Tibet.

Chinas Politik, Tibet mit Menschen nicht-tibetischer Herkunft zu besiedeln, stellt die allergrößte Gefahr für das Überleben Tibets dar. Der Dalai Lama erklärte am 3. Dezember 1996 in einem Interview mit der Internationalen Juristenkommission in Dharamsala: "Die schlimmste Bedrohung für das Überleben der tibetischen Kultur und seiner nationalen Identität ist gegenwärtig Chinas Programm des Bevölkerungstransfers, wodurch die Tibeter in alarmierendem Tempo zu einer unbedeutenden Minderheit in ihrem eigenen Land reduziert werden".

Die chinesische Regierung hat konsequent alle Behauptungen zurückgewiesen, sie betreibe eine Politik des Bevölkerungstransfers nach Tibet. Doch amtliche Verlautbarungen und sonstige Beweise bestätigen, daß der immer größer werdende Zustrom von Chinesen in tibetische Gebiete auf die Politik der Regierung und ihre Sonderprogramme zum Transfer von Chinesen zurückzuführen ist, vorrangig sollten Kader und Fachleute angesiedelt werden, aber auch ganz normale Leute. Im Laufe des letzten Jahrzehnts und besonders seit 1992 hat der Staat mittels administrativer, wirtschaftlicher und infrastruktureller Maßnahmen die Migration von Chinesen, sogar von nicht gelernten Arbeitern und Hilfskräften, nach Tibet erleichtert und weiterhin begünstigt.³⁶

Das Dritte Arbeitsforum zu Tibet bestätigte 1994 offiziell die Politik des Bevölkerungstransfers. Gyaltzen Norbu, der damalige Vorsitzende der TAR, bekannte sich zu dieser Politik, als er sagte, man müsse "über verschiedene Kanäle qualifiziertes Personal nach Tibet holen und eine gewisse Anzahl von Fachkräften hierher bringen".³⁷ Im Juni 2001 teilte das Vierte Arbeitsforum zu Tibet 10.000 Kader in Arbeitsgruppen für Ackerbau- und Nomadengebiete ein, um die Organisation der Partei an der Basis neu auszurichten und effizienter zu gestalten.³⁸ Im Juni 2002 berichtete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua von der Verabschiedung einer neuen Politik, der zufolge mehr Regierungskader,

³⁵ UN Sub-Commission resolution 1990/17; 1991/28; 1992/28, 1993/34. See also Meindersma, "Legal Issues surrounding Population Transfers in Conflict Situations," *Netherlands Institute Law Rev.*, Vol XLI, 1994, 31-84.

³⁶ International Commission of Jurists, "Tibet: Human Rights and the Rule of Law", December 1997, p.119.

³⁷ Address of 15 May 1995, *Xizang Raibao*, 8 June 1995, SWB FE/2363 S2/1-16, 24 July 1995.

³⁸ June Teufel Dreyer, "Economic Development in Tibet under the People's Republic of China", *Journal of Contemporary China* (2003), 12 (36), August 411-30.

Soldaten und qualifiziertes Personal nach Tibet und in die anderen Regionen des Westens entsandt werden, um dort die Entwicklung voranzutreiben.

Über die Jahre hat die Regierung unzählige chinesische Migranten in die westlichen Regionen des Landes und auch nach Tibet gelockt, indem sie ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten, höhere Löhne und Pensionen, Lockerung bei der Familienplanung, sowie verschiedene Zulagen und finanzielle Anreize bot. Die nachsichtigere Handhabung des "Haushalts-Registrierungs-Systems" (houkou) und die zahlreichen riesengroßen Infrastruktur-Projekte in der Region Tibet lockten noch viel mehr chinesische Siedler ins Land. Viele Tibeter schreiben es dem ungehemmten Zustrom nicht-tibetischer Wanderarbeiter zu, daß sie ohne Arbeitsplatz sind oder diesen verloren haben. Auch Experten wie Goldstein, Arthur Holcombe und andere machen Chinas gegenwärtige Entwicklungspolitik für den gewaltigen Zustrom chinesischer Immigranten verantwortlich.

China wird auch vorgeworfen, die tatsächliche Anzahl der Chinesen in Tibet durch "bewußte Fehlinformation und Vorenthaltung von Informationen" oder dadurch zu verschleiern, daß die fluktuierende chinesische Bevölkerung von der Registrierungspflicht entbunden wird³⁹. Unter Ausklammerung der nichtregistrierten fluktuierenden Bevölkerung und der PLA (Volksbefreiungs-armee), die auf 100.000 bis 300.000 Mann geschätzt wird, – beide bleiben in den Zensus-Statistiken unberücksichtigt – erklärte die Regierung, die Bevölkerung der TAR weise weit über 90 % Tibeter auf.⁴⁰

Der Bevölkerungstransfer hat große Auswirkungen auf den Entwicklungsprozeß der Tibeter gehabt. Die Regierung erachtet diese Politik als von zentraler Bedeutung für die Integration Tibets in die chinesische Wirtschaft. Die Tibeter ihrerseits werden allerdings im Hinblick auf den Zugang zum Erwerb von Grund und Boden, Nahrungsmitteln und zur Beschäftigung dermaßen diskriminiert, daß sie sogar in ihrer Existenz selbst bedroht sind. Sie werden zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land, sie sind ausgeschlossen von einer effektiven Partizipation, und die sogenannte Entwicklung geht an ihnen vorbei. Die von China finanzierten Infrastrukturprojekte verfolgen in erster Linie den Zweck, "die Niederlassung von Chinesen voranzutreiben, militärischen Zielen zu dienen und den Abbau der Ressourcen zu beschleunigen".

Die Politik des Bevölkerungstransfers hat tiefgreifende Auswirkungen. Erstens kann die Ökologie Tibets in keiner Weise einen so gewaltigen Zustrom von Menschen verkraften, besonders wenn diese das für chinesische Städte typische Konsumdenken mitbringen. Bisher wurden noch keine Berechnungen angestellt, wie viele Menschen das Hochplateau überhaupt aushalten kann, ohne zerstört und überlastet zu werden. Zweitens bedeutet die chinesische Entwicklungsaktivität auch, daß das tibetische Volk nicht bloß zu einer Minderheit in seinem eigenen Land wird, sondern zu einer marginalisierten, ausgeschlossenen, unterdrückten und politisch nicht repräsentierten Minderheit. Drittens bedroht die Degradation der Umwelt Tibets die Gesundheit und das Wohlergehen von 85 % der Bewohner Asiens, die, was ihre Wasserversorgung betrifft, vom tibetischen Hochplateau abhängen.⁴¹

Die Inbetriebnahme der Eisenbahnlinie von Qinghai nach Tibet wird die Migration von Chinesen nach Tibet weiter beschleunigen. Der Ausschuß für Umwelt und Entwicklung (Environment and Development Desk, EDD) der Abteilung für Information und Internationale Beziehungen (DIIR) der tibetischen Regierung im Exil äußert sich in seinem Bericht "Environment and Development in Tibet: A Crucial Issue" zutiefst besorgt über den gewaltigen Bevölkerungsdruck, der in Lhasa und den umliegenden Gebieten zu erwarten ist, wenn die Eisenbahn einmal die Hauptstadt erreicht hat. Derselbe Bericht erwähnt auch, daß die TAR-Behörden vorhergesagt hätten, die Stadt Lhasa würde sich in den nächsten 15 Jahren von ihren derzeitigen 53 qkm Fläche auf 272 qkm ausdehnen. Daraus ist Pekings Absicht ersichtlich, noch mehr Menschen aus China nach Tibet umzusiedeln.

Um den Entwicklungsprozeß in Tibet noch mehr zu beschleunigen, arbeitet China nun mit dem *United Nations Development Programme* (UNDP) zusammen: Tausende von qualifizierten Kräften sollen für die verarmten westlichen Regionen ausgebildet werden. Im Zeitraum von 2002-2004 führte China gemeinsam mit dem UNDP Untersuchungen durch und hielt Seminare und 57 Spezialkurse ab, um insgesamt 1.050 Personen im eigenen Land und 345 in anderen Ländern auszubilden.⁴² Ebenfalls ist

³⁹ Aussage eines für die Haushaltsregistrierung im Ministerium für Öffentliche Sicherheit tätigen Kaders. Renmin Ribao, SWB FE/1332 B2/6, 18. März 1992. Chinesische Offizielle gaben zu, daß die meisten Chinesen in Tibet der fließenden Bevölkerung zugerechnet werden müssen. Xinhua, 22 July 1995, SWB FE/2365 G/7 26 July 1995.

⁴⁰ "An influx deemed good for Tibet's economic development?", Far Eastern Economic Review, 19 Feb 1998, p. 29.

⁴¹ DIIR, Environment and Development in Tibet: A Crucial Issue, 2003.

⁴² China, UNDP to train professionals for Western Regions.

die Einladung von 29 Experten aus dem Ausland geplant. Personal, das sich permanent niederläßt, wird als sehr wichtig erachtet, aber auch die Förderung von Talenten, die nur vorübergehend in den Regionen bleiben, gilt als eine gute Strategie.⁴³

Viele der Migranten in die westlichen Regionen und nach Tibet sind allerdings keine "hochqualifizierten" Fachleute. Sie sind Händler, Bauern, Kader und Verwaltungsleute, die mit den Tibetern unmittelbar um ihre wirtschaftlichen Chancen konkurrieren und in vielen Fällen auch gewinnen. Tibet gilt als eine politisch sehr brisante Region, in der friedliche Demonstrationen für seine Unabhängigkeit bei den Pekinger Behörden häufig große Beunruhigung im Hinblick auf die Stabilität der politischen Lage hervorrufen. Um die Kontrollmechanismen zu verstärken, werden daher Soldaten und Angehörige der paramilitärischen Polizei unter den Migranten zu den Handlangern eines ausgefeilten "staatlichen Apparates von Kontrolle und Strafe" gemacht.

In dem Maße, wie die chinesischen Behörden die Kontrolle über die Wirtschaft gewinnen, wird Chinesisch immer mehr zur gängigen Sprache im Geschäftsleben und in der Verwaltung. Tibetisch ist zu einer Minderheitensprache geworden und wurde sogar im Bildungssystem auf den zweiten Platz verwiesen. Im Bildungswesen, das eigentlich ein maßgebliches Instrument zur Erhaltung der Kultur sein sollte, wird die einheimische Bevölkerung benachteiligt. Diskriminierende Praktiken - eine Konsequenz des massiven Bevölkerungstransfers - drängen die tibetische Sprache zurück und beeinträchtigen nicht nur die Beschäftigungschancen für Tibeter, sondern auch ihre eigentliche kulturelle Identität.

Das Eisenbahnprojekt und seine Auswirkungen

1994 erörterten Spitzenfunktionäre in Peking das Projekt, Lhasa, das Herz Tibets, mit dem übrigen China durch eine Eisenbahn zu verbinden. Während des Neunten Fünfjahresplans (1996-2000) wurden Untersuchungen zum Streckenverlauf und Machbarkeitsstudien für eine Eisenbahn nach Lhasa durchgeführt. Im Rahmen des Zehnten Fünfjahresplans (2001-2005) wurden die Gelder zum Bau der Eisenbahnlinie von Gormo nach Lhasa zugeteilt.⁴⁴ Neben der Eisenbahn wurden drei weitere Projekte als vorrangig eingestuft: der Erdgastransfer von West nach Ost, die Elektrizitätsübertragung von West nach Ost und die Wasserumleitung von Süd nach Nord.

Im Neunten Fünfjahresplan stellte China Mittel für eine Reihe von Studien über die Durchführbarkeit des Eisenbahn-Projektes bereit. Das "Survey and Design Institute I" des chinesischen Eisenbahn-Ministeriums wurde beauftragt, Pläne für die Strecke Gormo-Nagchu-Lhasa und für die Strecke Lanzhou-Nagchu-Lhasa auszuarbeiten, während dem "Survey and Design Institute II" die Studien für die Strecken Chengdu-Nagchu-Lhasa und Dali-Nyintri-Lhasa übertragen wurden.⁴⁵ Im Februar 2001 verglichen die Zentralbehörden die Pläne dieser vier verschiedenen Möglichkeiten für den Streckenverlauf der geplanten Eisenbahn und entschieden sich für die Route Gormo-Nagchu-Lhasa. Ungefähr 485 Meilen der Strecke liegen auf einer Höhe von über 14.765 Fuß (4.500 m) ü.d.M. und 342 Meilen (550 km) verlaufen über Permafrostböden.

Chinas Vize-Eisenbahnminister Sun Yonfu, der am 22. Oktober 2000 vor dem *Western Forum* in Chengdu sprach, sagte, China werde eine Eisenbahn nach Lhasa bauen, um "die Autonome Region Tibet wirtschaftlich besser zu erschließen und die Verteidigung der Nation zu stärken".⁴⁶ Das allgemeine Muster beim Ausbau des Eisenbahnnetzes in China zeigt, daß Peking wirtschaftlichen Faktoren relativ wenig Aufmerksamkeit beimißt, und es der Regierung in erster Linie um die nationale Verteidigung und Sicherheit geht.⁴⁷ In offiziellen Statements hieß es, eine Eisenbahn sei notwendig, um "die nationale Verteidigung zu stärken" und die "Nationalitäten zu einigen". Außerdem ermöglicht die Eisenbahn im Falle einer militärischen Bedrohung von jenseits der Grenze eine schnelle Truppenbewegung oder die Unterdrückung von Unruhen in der Region.

⁴³ "Accelerated Personnel Training Vital to Western Development", *People's Daily*, June 7, 2000.

⁴⁴ Environment and Development Desk (EDD) of DIIR, "China's Railway Project: Where will it take Tibet?"

⁴⁵ Ibid.

⁴⁶ *South China Morning Post*, 23 Oct 2000.

⁴⁷ Alan P. Liu, *Communication and National Integration in Communist China*, cited by Leung Chi-Keung (University of HongKong), *China's Railway Patterns and National Goals*, The University of Chicago, Department of Geography, Research Paper No. 95, 1980, p.155.

Die Regierung in Peking behauptet, die Eisenbahn reduziere die Transportkosten nach Tibet von 6 Cent pro Kilometer und Tonne auf weniger als 2 ½ Cent, wodurch die wirtschaftliche Entwicklung angekurbelt werde, dadurch würden fast 500 Mio. \$ an direktem und indirektem Einkommen generiert, was wiederum zur Neugründung von Wirtschaftsunternehmen führen und außerdem 900.000 Touristen pro Jahr nach Tibet locken würde. Entlang der gesamten Strecke der Eisenbahn von Golmud nach Lhasa macht die Arbeit Riesenfortschritte, und auf großen Plakattafeln wird die Wichtigkeit des Projekts durch Slogans propagiert wie "Baut die Qinghai-Tibet Eisenbahn, schafft Wohlstand für die Menschen aller Nationalitäten".⁴⁸

Die Infrastrukturprojekte verfolgen offiziell den Zweck, die nationale Verteidigung und die Stabilität im Lande zu festigen und die tibetische Wirtschaft in die wirtschaftliche Entwicklung Gesamtchinas zu integrieren. Der Bau der Eisenbahn stellt eine ungeheure Belastung für die lokalen Ressourcen dar. Wenn sie erst einmal fertig ist, wird das empfindliche Ökosystem in Tibet durch Erosion, Versandung und Umweltverschmutzung beeinträchtigt werden. Eine so billige und zuverlässige Transportmöglichkeit bedeutet ebenfalls die massenhafte Einwanderung von Han-Chinesen nach Zentraltibet, wodurch die kulturelle Identität Tibets noch mehr gefährdet wird.⁴⁹

Diese Eisenbahn wird die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Tibets durch einen billigeren und leichteren Transport der Rohmaterialien vom tibetischen Hochland nach China beschleunigen. Umweltexperten haben davor gewarnt, daß durch die Eisenbahn viele endemische Tierarten wie die tibetische Antilope und der Wildyak gefährdet, der Vegetation in der Region langzeitiger Schaden zugefügt und das Migrationsverhalten der Wildtiere in den Reservaten beeinträchtigt würden. Außerdem werde der durch die Eisenbahn hervorgerufene Bevölkerungszustrom der Wilderei und Verunreinigung in der Region Vorschub leisten und die wirtschaftliche Diskrepanz zwischen China und Tibet noch mehr vertiefen.

Nach einem von *International Campaign for Tibet* verfaßten Sonderbericht über die Qinghai-Tibet-Eisenbahn sind die für die Eisenbahn veranschlagten Kosten über dreimal so hoch wie der Gesamtbetrag, den die chinesische Regierung während der vergangenen 50 Jahre für Gesundheitsversorgung und Bildung in Tibet ausgegeben hat.

Der überwältigende Bevölkerungsanteil der Han-Chinesen in Qinghai ist ein Resultat des Baus der Eisenbahn in diesem ursprünglich tibetischen Siedlungsgebiet. Tausende und Abertausende von arbeitslosen Chinesen überfluten Tibet, nehmen der einheimischen Bevölkerung die Arbeitsplätze weg und verwässern deren Tradition und Kultur. Der Tibet-Spezialist Dr. Robert Barnett sagt dazu: "In der Öffentlichkeit wagen die Tibeter keine Kritik zu äußern, aber im privaten Gespräch erklären sie einem, daß dies das Ende Tibets bedeutet". Ebenfalls auf dem Beschäftigungssektor sehen sich die Tibeter durch die Eisenbahn diskriminiert und ins Abseits gedrängt. Chinesische Zuwanderer usurpieren den Hauptteil der Beschäftigungsmöglichkeiten mit der Ausrede, den Tibetern mangle es an den notwendigen Fertigkeiten und dem technischen Know-how. Die überall grassierende Korruption und die Mißachtung der Rechte der Arbeiter machen die Umstände für die Tibeter noch viel ungünstiger. Der folgende Vorfall wirft ein Licht auf die tatsächliche Lage:

„Eine Gruppe von etwa 30 Wanderarbeitern aus Qinghai sagte, die Eisenbahn-Baugesellschaft gebe ihrem Chef 2.000 Yuan (ungefähr 245\$) pro Arbeiter und Monat. Dieser, ein Hui-Moslem aus Qinghai, behalte die Hälfte davon ein und zahle jedem Arbeiter nur 1.000 Yuan für einen Monat erschöpfender Tätigkeit aus. Bei fünf Arbeitsmonaten im Jahr stecke der Chef 150.000 Yuan (18.315\$) in seine Tasche, während die Arbeiter mit etwa 5.000 Yuan (610\$) nach Hause kämen.

Als der Chef danach gefragt wurde, warum man in Amdo keine tibetischen Eisenbahnarbeiter sehe, antwortete er: 'Die Eisenbahn-Gesellschaft beschäftigt nur ungern tibetische Arbeiter, denn die Tibeter meinen, das Land gehöre ihnen und sie könnten bestimmen, wie schnell gearbeitet wird'.⁵⁰

In dem etwa 60 Meilen nördlich von Lhasa liegenden Dorf Zazique bestreiten die Leute ihren Lebensunterhalt durch Viehhaltung; die 18 Familien dort haben etwa 1000 Yaks und 1500 Schafe. Die Eisenbahn soll durch ihr Tal verlaufen, weshalb sie nun ihre Tiere durch einen kleinen den Bahndamm unterquerenden Tunnel zu den höher gelegenen Sommerweiden treiben müssen.

⁴⁸ Erling Hoh, "Bridging Beijing to Tibet with each new track", Washington Times, 19 November 2004.

⁴⁹ Robert Bedeski, "Western China: Human Security and National Security" in *China's West Region Development: Domestic Strategies and Global Implications* edited by Ding Lu and William A. W. Neilson, 2004.

⁵⁰ Erling Hoh, "Bridging Beijing to Tibet with each new track", Washington Times, 19 Nov. 2004.

„Wir wissen nicht, ob die Tiere überhaupt durch den Tunnel gehen werden“, meinte der Dorfvorsteher. „Wir sind nicht gegen dieses Projekt, aber für uns bedeutet es einen riesigen Verlust“. „Im Radio hieß es, wir könnten 30\$ am Tag verdienen, wenn wir für die Eisenbahn arbeiteten“, meinte eine Hausfrau im Dorf. „Wir waren ganz glücklich und dachten, wir könnten jetzt endlich etwas Geld verdienen. Aber nur fünf oder sechs Leute bekamen Arbeit, und sie erhielten nur 9 – 12\$ am Tag. Das ist ungerecht, aber wir haben keine Möglichkeit uns zu beschweren“.⁵¹

Andere Beobachter verweisen auf die militärischen Implikationen der Qinghai-Tibet-Eisenbahn und sagen, sie könne zum Transport und Einsatz von taktischen Nuklearwaffen benutzt werden. Im Juni 2001 berichtete *Jane's Intelligence Digest*, daß die chinesische Volksbefreiungsarmee (PLA) „es für notwendig erachtet, ein Netz von Straßen und Maultierpfaden anzulegen, um militärisches Gerät und Truppen nahe an die umstrittene Grenze zu Indien zu schaffen“. Der Verteidigungsexperte William Triplett schreibt: „Schon mit einer eingleisigen Linie könnte die PLA innerhalb von 30 Tagen etwa 12 Infanteriedivisionen nach Tibet bewegen, wo sie zu ihrer vorstationierten Ausrüstung stoßen würden“.⁵²

Wie in einem BBC Beitrag mit Titel *Letter: Modernising Tibet* vom 22. Dezember 2004 berichtet wurde, verbrachte der chinesische Journalist Lin Gu einen Monat in der tibetischen Hauptstadt Lhasa. Als die tibetischen Bewohner der Stadt nach den Folgen des Eisenbahnbaus gefragt wurden, äußerten sie sich besorgt über den vermehrten Zustrom von Leuten von außerhalb, denn dadurch könnten „Arbeitsplätze und die öffentliche Sicherheit“ bedroht sein. Ein Tibeter kommentierte: „Was ich gewonnen habe, ist eine bedeutende Erweiterung meines Horizonts, aber verloren habe ich dabei meine eigene kulturelle Tradition. Angenommen, Sie würden mich bitten, Ihr Fremdenführer in Lhasa zu sein, so könnte ich Ihnen nur eine kurze oberflächliche Einführung geben, aber niemals tiefer gehen.“

Ökologischer Zustand: fortschreitende Zerstörung

Der Leitsatz 23 der „Rio-Erklärung“, dem Abschlußdokument des „Umweltgipfels“⁵³ lautet: „Die Umwelt und die Naturschätze von unterdrückten, von anderen beherrschten und besetzten Völkern sind zu schützen“.⁵⁴ Die Deklaration betont ebenfalls, wie wichtig es ist, die Bürger an dem Entscheidungsprozeß auf allen Ebenen zu beteiligen und ihnen Zugang zu Informationen über die Umweltprobleme innerhalb ihrer Gemeinschaft zu verschaffen.⁵⁵

Das Prinzip der Umwelt-Gerechtigkeit in seiner ursprünglichen Bedeutung besagt, daß die Menschen ungeachtet ihrer Rasse oder Kultur dasselbe Maß an Schutz vor Gefährdung ihrer Umwelt und Gesundheit genießen sollten.⁵⁶ Peking verwendet die Umweltdiplomatie als ein Vehikel, um sein internationales Ansehen als Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) aufzupolieren und als eine respektable Weltmacht zu erscheinen. Tatsache ist jedoch, daß es in China um Umweltschutz, Umweltgesetzgebung und die Umsetzung einer diesbezüglichen Politik schlecht steht. Besonders in Tibet wird eine Entwicklung forciert, die den Aspekt des Umweltschutzes eklatant mißachtet.⁵⁷

Die chinesische Regierung behauptet, sie lege bei der Entwicklung der ärmeren Gegenden des Landes großen Wert auf das ökologische Gleichgewicht und den Umweltschutz. Bei einer Konferenz in Bangkok im Februar 2002 sagte Li Bingjiong, Professor für Agrarwirtschaft an der Universität für Landwirtschaft in Peking: „Die Armutsbekämpfung mit Hilfe von Wissenschaft und Technik hat zwar die bisherige Produktionsweise, die eher willkürlicher Art war, verändert, aber in den armen Gegenden geschah dies auf Kosten der Ökologie“,⁵⁸

Im Falle Tibets wurden die ökologischen und kulturellen Bedingungen in sehr autokratischer Manier, nach bewährter Von-oben-nach-unten-Methode einfach beiseite geschoben. Chinas Entwicklungs-

⁵¹ Ibid.

⁵² Erling Hoh, „For Tibetans, railroad brings doom“, Washington Times, 26 Nov. 2004.

⁵³ United Nations Conference on Environment and Development, Rio de Janeiro, 3-14 June 1992.

⁵⁴ UN Doc.A/CONF.151/5.3.

⁵⁵ Grundsatz 10, ebenda.

⁵⁶ R. Jaheil, „Globalization and the violation of environmental justice“, 22 Feb 2003.

⁵⁷ DIIR, China's current Policy on Tibet, 29 Sept. 2000.

⁵⁸ Prof. Li Bingjiong, „The Progress of Poverty Alleviation in China; Experience, Problems and Implications for the Asia – Pacific“, Department of Agricultural Economics, China Agricultural University, Beijing, 100094, P.R. of China, Bangkok, February 2002.

programm für den Westen dient gleichfalls als Mittel zur Festigung der Nation und ihrer Präsenz in den westlichen Grenzprovinzen. Obwohl von offizieller Seite eingeräumt wird, daß es nun ökologische Probleme als Folge der gigantischen Entwicklungsprojekte, wie der Eisenbahn und der neuen Fernstraßen und der Energie- und Ressourcennutzung gebe, wurden keine spezifischen Maßnahmen oder Methoden eingesetzt, um dieser Probleme Herr zu werden – abgesehen von den riesigen Schautafeln und den Reklamespots in den Medien, auf denen die Wichtigkeit und Notwendigkeit von Umweltschutz propagiert wird.

Die massive und rapide Urbanisierung hat zusammen mit Entwicklungsprojekten wie dem Abbau von Mineralien und Erzen in riesigem Ausmaß, den gigantischen Wasserkraftwerken und dem Ausbau der Infrastruktur schwere Umweltschäden verursacht, die einheimische tibetische Bevölkerung verdrängt und den Wildtieren ihren Lebensraum genommen. Ökologische Krisen wie Wasserverschmutzung, Entwaldung, Ausrottung seltener endemischer Arten, Bodenerosion, Klimawandel, Ablagerung von spaltbarem Nuklearmaterial und giftigen Abfallprodukten, sowie die ungehemmte Ausbeutung der Bodenschätze bedrohen nicht nur Tibet, sondern auch die benachbarten und flußabwärts gelegenen Regionen⁵⁹.

Umsiedlung und Vertreibung: Enteignung durch den Staat

Nach Angaben des Vize-Direktors der "Führungsgruppe für die Entwicklung der westlichen Regionen" im Staatsrat der VR China, Li Zibin, wurden (Stand Mai 2004) 920.000 ha kultivierter Flächen wieder zu Wald und Weideflächen umgewandelt, wozu noch 680.000 ha Boden mit neuem Pflanzenwuchs kommen.⁶⁰ Wie in einem Xinhua-Artikel vom 21. November 2004 mit dem Titel "Wiederaufforstung läßt Sandstürme in Tibet weniger werden" steht, erklärten die Behörden, die Anzahl der Sandsturm-Tage in Lhasa sei dank der Wiederaufforstungsprojekte von 53,8 in den frühen Fünfzigern auf 5,2 im Jahr 2004 zurückgegangen. Li Zibin betonte, daß die "Politik der Rückführung von urbar gemachtem Ackerland zu Wald in den nächsten Jahren unverändert beibehalten werde".⁶¹

In Wirklichkeit werden die Bauern und Nomaden jedoch durch die Aufforstungs- und Rückführungsprogramme entweder umgesiedelt oder gezwungen, Ackerbau und Viehhaltung ganz einzustellen. Eine Entwicklung, die verheerende Auswirkungen auf den Lebensunterhalt tibetischer Nomaden und Viehhirten hat. Von der 2,3 Mio. zählenden tibetischen Bevölkerung leben 1,9 Mio. in den ländlichen Regionen, während 80 % der Produktionserträge der gesamten Region aus Ackerbau und Viehzucht kommen.⁶²

Die Tibeter betrachten diese Art von Umweltpolitik als eine Bedrohung ihrer traditionellen Art und Weise, ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften, und ihres nomadischen Lebensstils, nach dem sie seit Generationen gemeinsam gelebt haben. Ein von diesen Neuerungen betroffener Nomade sagt, er fühle sich wie "ein Fisch, der aus dem Wasser geworfen wurde".⁶³ Andere zwangsumgesiedelte Tibeter klagten über den schlechten Ackerboden, die sozialen Probleme und die Bodenerosion.⁶⁴ Die traditionellen Fertigkeiten und das Wissen der Bewohner über die Erhaltung des Graslandes finden keine Beachtung mehr. Solche Maßnahmen werden einen durchaus lebensfähigen und lebensnotwendigen Teil der traditionellen Nomadenkultur Tibets endgültig zerstören.

Die chinesische Regierung behauptet, daß sie in den achtziger Jahren eine neue Politik und neue Bestimmungen eingeführt habe, die uneingeschränkt als ein Modell für die Umsiedlung in Entwicklungsländern gelten könnten. In Wirklichkeit sind jedoch die Vorkehrungen, die für die infolge der ökologischen und Wasserkraft-Projekte vertriebene Bevölkerung getroffen wurden, nur sehr unzureichend. Eine von Wu Ming, einem chinesischen Soziologen, durchgeführte Untersuchung bestreitet die Aussagen der Regierung. Aufgrund seiner Untersuchungen kam er in seiner Studie über die Auswirkungen von Umsiedlungsmaßnahmen als Folge von Staudammprojekten in China zu dem Ergeb-

⁵⁹ DIIR, Chinas derzeitige Politik zu Tibet, 29 Sept. 2000.

⁶⁰ "GDP Growth Tops 8.5 Percent in Western Region in First Half", *People's Daily Online*, <http://english.peopledaily.com.cn>.

⁶¹ "Land-Forest Conversion continues in West", *China Daily*.

⁶² Yang Chungtang, "Effectively safeguard, guide, and bring into play the people's enthusiasm; deepen implementation of the guidelines of the Third Forum on Work in Tibet" from the Tibet news paper xizang Ribao, Lhasa, 21 April 1995.

⁶³ Umweltaktivitäten bedrohen den Lebensunterhalt der Nomaden, TCHRD Pressemitteilung, 21. August 2003.

⁶⁴ Bauern und Nomaden in Chamdo und Sichuan im Zuge einer Umweltschutz-Aktion umgesiedelt, TIN News 29. Juli 2003.

nis, daß es viele ernste Probleme gibt: die offizielle Vertuschung von Unzulänglichkeiten und Mißständen bei den Umsiedlungsprogrammen, die Fälschung von Zahlen über ihren Fortschritt, der Mißbrauch von bereitgestellten Geldern, die systematische Diskriminierung der Landbewohner bei der Zuteilung der Geldmittel, die mangelhafte Information, ganz zu schweigen von der fehlenden Konsultation der von der Umsiedlung betroffenen Bevölkerung.⁶⁵

In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Zwangsumsiedlungen tibetischer Nomaden und Bauern. So berichtete TIN, daß annähernd 1000 Familien aus den Distrikten Jomda, Markham und Gonjo in der Präfektur Chamdo weichen mußten, um "die Wälder intakt zu halten".⁶⁶ Im Dezember 2001 wurden 60 Familien aus dem Distrikt Gonjo, Präfektur Chamdo, von ihrem heimatlichen Boden in die Präfektur Nyingtri (Kongpo) umgesiedelt.⁶⁷ Ein 38-jähriger Bauer aus dem Dorf Bugod, Distrikt Gonjo, Präfektur Chamdo, berichtete dem TCHRD:

"Die chinesischen Behörden hatten die Umsiedlung von ungefähr 2400 Familien aus den Dörfern Jangsum, Langmed, Khoris, Shiri, Motsa und Jamsam des Distrikts Gonjo nach Kongpo angeordnet. Nach der Vertreibung dieser Menschen von ihrem angestammten Land ließen die Behörden die Bäume fällen und fuhren das Holz in Lastwagen ab. Die Behörden hatten die Umsiedlung der Tibeter aus Gonjo damit begründet, daß viele der Dörfer zu dicht am Driчу Fluß lägen".⁶⁸

Die eigentliche Schuld an der ökologischen Verschlechterung und Bodendegradation des tibetischen Hochlandes trägt die Reformpolitik des Staates und das Mißmanagement der Behörden.⁶⁹ Ungerechterweise werden die tibetischen Nomaden und Bauern für die Zerstörung des Graslandes und der Wälder verantwortlich gemacht, wobei "die von ihren Vorfahren ererbte Lebensweise höchstens am Rande dazu beitrug". Bislang wurden die Tibeter weder zu Rate gezogen, noch wird bei diesen Wiederaufforstungsprojekten danach gefragt, was sie wissen und einbringen könnten.

Bodenschätze und Ressourcen: Der Staat als Ausbeuter

Die Chinesen bezeichnen Tibet als "Xizang", was "Schatzhaus des Westens" bedeutet. Über 126 verschiedene Mineralien wurden identifiziert: Tibet verfügt über bedeutende Lager an Uran, Chrom, Bor, Lithium, Borax und Eisen. Außerdem gehören seine Vorkommen an Korund, Vanadium, Titan, Magnesium, Schwefel, Glimmer, Caesium, Rubidium, Arsen, Graphit, Lepidolith und Kalium zu den größten in ganz China. Ebenso sind die Reserven an Kupfer, Gold, Silber, Zink, Erdöl und Erdgas von globaler Bedeutung, was auch für die anderen Bodenschätze des Hochplateaus gilt. Die Ressourcen befinden sich hauptsächlich im Tsaidam Becken, in Nagchu, Golok, Chamdo, im Chang Thang, in Kardze und Lhoka. Die wertvollen Minerallagerstätten sind also über die drei traditionellen Provinzen Tibets verteilt.⁷⁰

Die chinesische Verfassung betont, daß alle natürlichen Ressourcen Eigentum des Staates seien. Von 1979 bis 1999 erließ China 16 Umweltgesetze zu einer ganzen Reihe von Problemen, welche die Verschmutzung der Meere, den abnehmenden Waldbestand und die Energieausnutzung mit einschlossen.⁷¹ Chen Kuijian, der ehemalige Parteisekretär der TAR, sagte auf dem Regionalen Wirtschaftsforum zu Tibet, das am 17. Dezember 1999 in Lhasa stattfand: " ... für den Aufbau von anspruchsvolleren Industriezweigen in Tibet ist die Erschließung möglicher mineralischer Ressourcen eine der wichtigsten politischen Entscheidungen zur weiteren Entwicklung Tibets".

Chinas Zehnter Fünfjahresplan und das "Projekt 2020" umreißen ebenfalls die Nutzung der Ressourcen Tibets, wobei massive staatliche Investitionen in den Bereichen Transport und urbane Infrastruktur vorgesehen sind, um einen besseren Zugang zu diesen Ressourcen und ihren Abtransport zu

⁶⁵ Human Rights in China, "Major problems found in three gorges dam resettlement program", 1 March 1998.

⁶⁶ TIN News Update 23 July 2003: "Nomads and farmers resettled in environment protection drive in Chamdo and Sichuan"

⁶⁷ "Environmental drive threatens nomadic culture", TCHRD Press Release, 21 Aug. 2003.

⁶⁸ <http://www.tchrd.org/hrupdate/2004/hr200407.htm#anxious>.

⁶⁹ Die Lage der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in Tibet. Schriftliche Eingabe der "Federation of Associations for Defence and Promotion of Human Rights", einer NGO mit beratendem Status bei dem Wirtschafts- und Sozialrat, Genera, E/CN.4/2003/NGO/50, 28 Febr. 2003, Menschenrechtskommission, 59. Sitzung, Punkt 10 der vorläufigen Tagesordnung.

⁷⁰ DIIR, Tibet 2000: Environment and Development Issues, 2000.

⁷¹ The Milarepa Fund, Raiding the Treasure House: Oil and Mineral Extraction in China's Colonization of Tibet, www.milarepa.org.

gewährleisten. China baut, zusammen mit anderen ähnlichen Infrastrukturprojekten, welche den Abbau von Tibets Naturschätzen nur noch beschleunigen, und mit Unterstützung internationaler Energiekonzerne eine extrem lange Erdgaspipeline vom Tsaidam Becken in Amdo bis nach Shanghai. Das gegenwärtige Eisenbahnprojekt von Gormo nach Lhasa wird, sobald es vollendet ist, bei der Ausbeutung der Bodenschätze und Erdölvorkommen in den entlegenen Teilen Tibets ebenfalls eine große Rolle spielen.⁷²

In den letzten Jahren hat das Vordringen chinesischer Produkte auf dem internationalen Markt der Bergbauindustrie in Tibet Aufschwung verliehen: Multinationale Konzerne haben in bisher unbekanntem Ausmaß investiert. Auch internationale Hilfsorganisationen leisten zunehmend Beistand in Tibet.⁷³ Mit jeder Neuerschließung von Bodenschätzen und jeder neuen Investition in deren Abbau, komme sie nun von chinesischer oder ausländischer Seite oder gar von beiden, nimmt die Belastung für Tibets natürliche Ressourcen beträchtlich zu. Nach der Fertigstellung der Gormo-Lhasa-Eisenbahnlinie geht die Ausbeutung von Mineralien und anderen Naturschätzen noch schneller vonstatten, und noch mehr Chinesen werden nach Tibet ziehen.

In China ist die Bergbauindustrie verstaatlicht, was bedeutet, daß der Staat gleichzeitig "die Gewinne macht und für die Umwelt zuständig ist". Durch diesen Interessenkonflikt floriert die Korruption, während die legitimen Anliegen der Arbeiter und der einheimischen Bevölkerung in den Bergbaugebieten vernachlässigt werden. Der forcierte Abbau von Bodenschätzen hat in Tibet zu einem bislang noch nicht dagewesenen Ausmaß an ökologischen und sozialen Problemen geführt.

Den größten Gewinn aus dem Abbau natürlicher Ressourcen wie Kohle, Erdgas und der zahlreichen Bodenschätze in Tibet zieht natürlich Peking. Bedauerlicherweise werden die Entwicklungsprojekte und der Mineralabbau durchgeführt, ohne daß die Tibeter nach ihrer Meinung gefragt, oder die Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit der einheimischen Bevölkerung und ihren Lebensunterhalt untersucht würden. Die Tibeter werden kaum am Entscheidungsprozeß oder der Umsetzung des beschlossenen Vorgehens beteiligt. Im Gegenteil, eine ganze Reihe von Tibetern wurde willkürlich verhaftet, gefoltert und ins Gefängnis geworfen, weil sie das Recht auf freie Meinungsäußerung beanspruchten.

"Im Juli 2004 besuchten Mitarbeiter der Bergbauabteilung der Präfekturverwaltung von Nagchu das Dorf Sari, Gemeinde Yongnak, Distrikt Sog, TAR, um dort nach Bodenschätzen zu graben. Die dort ansässigen Tibeter protestierten jedoch gegen ihre Absichten und konnten sie zur Einstellung ihrer Arbeit bewegen. Es wurde berichtet, daß es dabei zu hitzigen Wortgefechten zwischen den Tibetern und den Angestellten der Präfektur kam. Daraufhin erstatteten die Vertreter der Bergbauabteilung an die Behörden des Distrikts Sog einen Bericht über den Vorfall. Ende August trafen Beamte der Distriktverwaltung von Sog begleitet von Beamten des PSB in dem Dorf ein, um den Vorfall zu untersuchen. Dejor, Tsering Dawa und Thartsok wurden als die Anführer des Protestes identifiziert. Sie wurden am 4. September 2004 verhaftet und im Haftzentrum der Präfektur von Nagchu eingesperrt.

Auf diese Verhaftung hin richtete eine Gruppe von Tibetern ein Gesuch an die Behörden, die drei Männer freizulassen, mit der Begründung, ihr Protest sei lediglich ihrer Sorge um die Erhaltung der Umwelt zuzuschreiben. Die Behörden schlugen den Appell jedoch in den Wind, denn sie argwöhnten, daß politische Motive hinter dem Protest steckten. Die Angehörigen der drei Verhafteten sollen in großer Unruhe gewesen sein, denn den dreien drohte eine sehr harte Gefängnisstrafe".⁷⁴

Die Bergbauunternehmen legen auf die Partizipation der Lokalbevölkerung keinen Wert, genauso wenig wie Arbeitsplätze für sie geschaffen werden. Es wurde jedoch berichtet, daß die Bewohner in der Umgebung Zwangsarbeit leisten mußten. Das Heranziehen der einheimischen Bevölkerung zur Zwangsarbeit bedeutet einen Verstoß gegen die Konventionen 29⁷⁵ und 105⁷⁶ der Internationalen Arbeitsorganisation. Ein vor kurzem geflohener Tibeter berichtete dem TCHRD am 21. Oktober 2004:

⁷² Ibid.

⁷³ DIIR, Tibet 2000: Development and Environment Issues, 2000.

⁷⁴ HRU Sept. 2004, www.tchrd.org/hrupdate/2004/hr200409.html#arrested.

⁷⁵ Die Konvention 29 beschreibt die Zwangsarbeit als "eine von Personen unter Androhung von Strafe erpresste Arbeit, oder eine Arbeit, zu der sie sich nicht freiwillig angeboten haben".

⁷⁶ In der Konvention 105 geht es um das Verbot von Zwangsarbeit als einem "Mittel politischer Nötigung oder als einer Strafe für abweichende politische Ansichten, als einer Methode der Mobilisierung von Arbeit zu Zwecken wirtschaftlicher Entwicklung oder als einem Mittel rassistischer, nationaler oder religiöser Diskriminierung".

”Wenn die Chinesen jemand zum Handanlegen brauchen, dann sind die Tibeter gefordert, und wenn sie nicht hingehen, werden sie mit 50 Yuan Geldstrafe belegt”.

Der exzessive Bergbau führte zur Schädigung der Weideflächen, zu Entwaldung und Umweltverseuchung, wodurch die Gesundheit und der Lebensunterhalt der örtlichen Bevölkerung erheblich bedroht sind. Als unmittelbare Auswirkungen der Förderung von Bodenschätzen in Tibet sind Todesfälle, Verletzungen, Mißbildungen bei Neugeborenen von Mensch und Tier, zu denen es in der Nähe der Bergwerke und Aufbereitungsanlagen kam, zu betrachten.⁷⁷ Die Verwendung von Zyanid und Quecksilber bei dem Abbau und der Weiterverarbeitung einiger Mineralerze, besonders bei Golderz, sowie das Entstehen von giftigen Abfallprodukten und Staub bei der Gewinnung im Tagebau wurden als Ursache für den Verlust des Augenlichts, der Haare, für die Ausbildung von Geschwüren auf der Haut, Atemwegserkrankungen und die Zerstörung des Nervensystems und des Knochengestüts identifiziert.⁷⁸

Der bereits erwähnte Tibeter sagte dem TCHRD weiterhin: ”Wegen der schädlichen Auswirkungen auf Flora und Fauna sowie die Gesundheit unserer gesamten Gemeinschaft appellierten wir immer wieder an die Behörden, den Erzabbau einzustellen. Diese wiesen jedoch darauf hin, daß der Erzabbau den Gesetzen entspreche und genehmigt sei und drohten den sich beschwerenden Menschen damit, daß jedem Protest mit Härte begegnet würde.”

Weideland: Desertifikation

Hochlandsteppen machen über 60 % der Landmasse Tibets aus. Die immer mehr um sich greifende Desertifikation des Weidelandes ist die schlimmste Umweltschädigung seit Tibet unter chinesischer Kontrolle steht, ja ihre Auswirkungen bedrohen die tibetische Zivilisation in ihrer Existenz und Zukunftsfähigkeit.⁷⁹ Die Bodendegradation beeinträchtigt den Lebensunterhalt in den betroffenen Regionen und wirkt sich nachteilig auf die Klimastruktur Chinas und der ganzen Erde aus. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), die Asiatische Entwicklungsbank, die Weltbank und andere renommierte Gremien machen die chinesische Regierung und ihre Entwicklungspolitik für die Degradation des Graslandes verantwortlich.

Auf Grund einer Analyse von Satellitenbildern schätzt die chinesische Akademie der Wissenschaften, daß zu Anfang der 90er Jahre bereits 375 Mio. Hektar, fast 40 % des Landes, durch Erosion geschädigt waren. Die hauptsächlichen und unmittelbaren Opfer der Erosion sind die Bauern, die nun Böden von geringerer Qualität kultivieren müssen. Schätzungsweise 331 Mio. Hektar, grob ein Drittel der Landmasse Chinas, ist von Desertifikation bedroht. Das Landwirtschaftsministerium schätzt, daß etwa 34 % aller Grassteppen Chinas bereits mittel bis schwer und 90 % bis zu einem gewissen Grad degradiert sind. Da läßt sich nur schwer die Schlußfolgerung vermeiden, daß die Hauptursache hierfür in der miserablen Entwicklungspolitik der Regierung zu suchen sei.⁸⁰

Das Weidelandgesetz der VR China, dessen Ziel und Zweck es ist, ”die Beschaffenheit der lokalen Wirtschaftssysteme in den nationalen autonomen Regionen zu verbessern (Art. 1)”, trat 1985 in Kraft. Der Art. 4 desselben Gesetzes bekräftigt indessen, daß der Staat Eigentümer des Graslandes ist. Dieser Strategie liegt die Auffassung zugrunde, das traditionelle nomadische System der Migrationsbeweidung würde dem Grund und Boden Schaden zufügen. Selbst die Tatsache, daß internationale Landwirtschaftsexperten, darunter auch von der Weltbank, zu dem Schluß gelangten, daß das traditionelle Viehhaltungssystem der Tibeter die nachhaltigste und effizienteste Nutzung des Bodens gewährleistet, konnte den chinesischen Staat nicht davon abbringen.

Im Rahmen des Weidelandgesetzes bekommen die Nomaden und Bauern abhängig von ihrem Standort ein bestimmtes Stück Land zugeteilt – hoch gelegene Bergdörfer erhalten hoch gelegenes Land, während die niedriger liegenden Dörfer das Land weiter unten erhalten. Von den Bauern und Hirten wird erwartet, daß sie für die Kosten der Einzäunung ihres Weidestücks selbst aufkommen. Die chinesische Regierung behauptet, ein seßhaftes Leben und die Einzäunung der Weiden seien notwendig, um das Land vor Überweidung zu schützen und seine Ertragsfähigkeit zu steigern. Diese

⁷⁷ International Campaign for Tibet, 1993.

⁷⁸ Free Tibet Campaign, 1997.

⁷⁹ Chen Shan, ”Inner Asian Grassland Degradation and Plant Transformation”, 111, in Humprey ed, ”Culture and Environment in Inner Asia”, Vol 1.

⁸⁰ World Bank, China; Air, Land and Water; environmental priorities for a new millennium, 2001, 11-24.

Verfahrensweise hat jedoch bereits die Qualität der Weiden beeinträchtigt, denn Mobilität und Flexibilität bei der Beweidung wurden eingeschränkt, während gleichzeitig die Degradation der Weiden zunahm: Als Folge gingen die Erträge zurück und sehr viele Familien sind dadurch Mangelernährung und Armut ausgesetzt. Diese willkürliche und planlose Politik der Seßhaftmachung der Nomaden hat auch zu ernsthaftem Streit zwischen den Familien geführt.

Aus Sicht der chinesischen Regierung sind Überweidung und exzessive Viehhaltung die Ursachen für die Krise. China plant mit den Nomaden nicht nur per Strafgesetz umzugehen, sondern auch für die Nutzung von Staatseigentum Gebühren zu erheben, womit ihnen ein schonender Umgang mit den Weiden beigebracht werden soll. In Wirklichkeit wird die Einführung einer Landnutzungssteuer zusätzlich zu all den anderen Steuern die Nomaden nur zwingen, noch mehr aus dem Land herauszuquetschen, das sie niemals ihr eigen nennen können. Die offizielle Beurteilung der Lage insgesamt und die daraus abgeleiteten Maßnahmen zeigen, wie "realitätsfern die Planer in Peking sind, aber in China wird eben immer noch zentral geplant, selbst für so entlegene Regionen wie Tibet".⁸¹

Chinas "menschliche Entwicklung" in Tibet

Der Begriff "menschliche Entwicklung" wird im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP),⁸² als ein Prozeß definiert, der den Menschen sowohl mehr Möglichkeiten geben, als auch den Grad ihres Wohlergehens anheben soll. Der Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index – HDI) versucht den durchschnittlichen Entwicklungsstand eines Landes durch die Messung grundlegender Faktoren für die menschliche Entwicklung zu ermitteln. Aus dem HDI geht hervor, wie es mit der Lebenserwartung der Menschen steht, wie weit ihre Bildung und ihr Wissen reichen und ob sie einen annehmbaren Lebensstandard haben.⁸³

1997 veröffentlichte die chinesische Regierung ihren "Nationalen Bericht über nachhaltige Entwicklung", aus dem deutlich wurde, daß sie unter "nachhaltiger Entwicklung" einen Entwicklungsstand versteht, der Chinas boomenden Wachstumsraten entgegenkommt. Der Report stellt fest: "In Chinas Agenda 21 wird die schnelle wirtschaftliche Entwicklung des Landes als unerlässlich für die Ausrottung von Armut, die Verbesserung des Lebensstandards der Menschen und die Konsolidierung der allgemeinen nationalen Stärke betrachtet".⁸⁴

In seinem Essay "Entwicklung und Freiheit" fordert der berühmte Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen, Entwicklung müsse frei sein von den Hauptindikatoren für Unfreiheit, wie Armut, Tyrannei, geringe wirtschaftliche Möglichkeiten, ebenso wie von systematischen Mängeln auf sozialem Gebiet, das heißt, der Vernachlässigung öffentlicher Einrichtungen, sowie der Intoleranz oder Hyperaktivität einer repressiven Staatsmacht. Er weist die "Windschatten-These" zurück, der zufolge autoritäre Politik angeblich hilfreich für wirtschaftliches Wachstum sei.

Die Mängel der Entwicklung

Der Report über die menschliche Entwicklung von 1997 benennt drei Indikatoren des Indexes für menschliche Armut (Human Poverty Index – HPI): Überleben, Wissen und einen angemessenen Lebensstandard.⁸⁵ In seinem Artikel von 1993 "Verringerung der Armut in China: Verpflichtung, Vorgehensweise und Kosten" gliedert Amei Zhang die Armut in "Einkommensarmut" und "menschliche Armut".⁸⁶ Das UN Komitee für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte hat Armut definiert als ei-

⁸¹ "Speaking for Tibet", ein Schattenreport welcher dem UN Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) im August 2002 unterbreitet wurde.

⁸² United Nations Development Programme, www.undp.org/undp/hdro/anatools.htm

⁸³ Der Index für menschliche Entwicklung (HDI) setzt sich aus drei für die menschliche Entwicklung grundlegenden Komponenten zusammen: Lebensdauer, Wissen und Lebensstandard. Die Lebensdauer wird durch die Lebenserwartung gemessen. Wissen wird durch eine Kombination von Erwachsenen-Alphabetisierungsrate (zwei Drittel Gewicht) und durchschnittlichen Schuljahren (ein Drittel Gewicht) gemessen. Der Lebensstandard wird durch die Kaufkraft, basierend auf dem realen BIP per Kopf, angepaßt an die örtlichen Lebenshaltungskosten (purchasing power party = PPP) gemessen.

⁸⁴ www.acca21.org/cn/nreport.html.

⁸⁵ www.undp.org/undip/hdro/anatools.htm.

⁸⁶ Einkommens-Armut wird als der Mangel an den lebensnotwendigen Gütern für das materielle Wohlbefinden definiert, der Maßstab für ihre Bemessung ist die Häufigkeit ihres Vorkommens. Menschliche Armut bedeutet auch, daß den Menschen keine Wahl gelassen wird und sie keine Möglichkeiten für ein erträgliches Leben haben, was die Aspekte angeht, die

nen "menschlichen Zustand, charakterisiert durch einen anhaltenden oder chronischen Mangel an Ressourcen, Fähigkeiten, Möglichkeiten, Sicherheiten und Vollmachten – also Faktoren, die für einen angemessenen Lebensstandard und für die Wahrnehmung bürgerlicher, kultureller, politischer und sozialer Rechte notwendig sind".

Die Regierung der TAR startete ihr erstes Programm zur Verringerung von Armut 1994. Ziel war, die absolute Armut von 275.000 Menschen zu beseitigen, die in 18 national und regional als arm eingestuft Distrikte lebten und deren jährliches Pro-Kopf-Einkommen in einer Durchschnittsfamilie unter 500 RMB lag.⁸⁷ Der Zehnte Fünfjahres-Entwicklungsplan Chinas (2000-2005) sieht vor, daß die Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut im Wert von 6,46 Mrd. RMB (782 Mio. US\$) auf alle 75 Distrikte in Tibet (die ursprünglichen 18 wurden erweitert) ausgedehnt werden. Das Entwicklungsprogramm für den Westen wurde als Bemühung gesehen, die Armut auszurotten und das Einkommensgefälle zwischen den östlichen und westlichen Regionen Chinas zu verringern.

Die chinesische Regierung gab offiziell eine Richtlinie zur Armutsbekämpfung und Entwicklung der ländlichen Gebiete (2001-2010) heraus, worin die Ziele, Aufgaben, Leitgedanken, die Vorgehensweise und Grundsätze für die Arbeit der nächsten 10 Jahre erläutert werden.

In ihrem Weißbuch zur regionalen ethnischen Autonomie spricht die chinesische Regierung von einem sprunghaften Fortschritt in Tibet. Das Weißbuch betont, von 1965 bis 2003 sei das Bruttosozialprodukt (BSP) in Tibet von 327 Mio. Yuan auf 18,459 Mrd. Yuan gestiegen und das Bruttoinlandsprodukt habe sich von 241 Yuan pro Kopf auf 6874 Yuan vermehrt. In einem weiteren Weißbuch mit dem Titel "Human Rights Cause in 2003" behauptet die Regierung der VR China, mit der allgemeinen Anhebung des Lebensstandards hätte sie auch die Rechte der Menschen auf den Erwerb ihres Lebensunterhalts und auf Entwicklung verbessert.

Bei der Weltkonferenz zur Einstufung der Armutsminderung, die vom 26.- 27. Mai 2004 in Shanghai stattfand,⁸⁸ erklärte der chinesische Premier Wen Jiabao, daß es China gelungen sei, die Armut mit Hilfe des Programms "Bekämpfung der Armut durch Entwicklung" erfolgreich zu reduzieren. Im selben Atemzug sagte er, daß das "Land 29 Millionen Menschen zählt, die nicht über die Runden kommen können, und daß es schwierig ist, die Armut gänzlich auszurotten". Der Premier gab zu, daß die meisten der armutsgeplagten Chinesen auf dem Lande wohnen, und meinte, die verarmten Bauern seien daher die Hauptnutznießer des Programms zur Armutsbekämpfung. China behauptet, Landwirtschaft und moderne Viehhaltung würden neue Wege beschreiten und Reorganisation und Umstrukturierung der herkömmlichen Industrien hätten an Geschwindigkeit zugenommen.⁸⁹ Der Westen Chinas verzeichnete im letzten Jahr einen Zuwachs des GDP von 8,5%, und in der ersten Hälfte dieses Jahres einen solchen von 8,7%, was einen guten Start für die strategische Entwicklung des Westens des Landes bedeute.⁹⁰

Offiziell wird die Anzahl der Einwohner der TAR, die unter der Armutsgrenze leben, bei einer Gesamtbevölkerung von 2,6 Mio. mit nur 70.000 beziffert; außerdem sei sie in ständiger Abnahme begriffen.⁹¹ Statistische Erhebungen unter der Landbevölkerung ergaben, daß die Armut, in absolute und extreme Armut aufgegliedert,⁹² in der TAR bis 1999 zurückging, in Qinghai 2000 jedoch heftig anstieg.⁹³ Eine Studie über urbane Armut in China, die der Wirtschaftswissenschaftler Athar Hussein an der *London School of Economics* durchführte, zeigt, daß die urbane Armutsrate in der TAR 1998

nichts mit dem Einkommen zu tun haben, wie z. B. eine verkürzte Lebenserwartung, weniger Gesundheit, Bildung und eine schlechtere Unterbringung, den Mangel an politischer Partizipation und persönlicher Sicherheit.

⁸⁷ Arthur N. Holcombe, "The Impacts of Economic Reform and Opening up policies on local ethnic population living standards in China: The case of Tibet", August 2001.

⁸⁸ Global Conference on Scaling Up Poverty Reduction, Shanghai, May 25-27, 2004

⁸⁹ Beijing's Magazine on Human Rights, vol. 4, No. 5, Sept. 2004.

⁹⁰ GDP Growth Tops 8.5 Percent in Western Region in First Half", People's Daily Online,

<http://english.peopledaily.com.cn>

⁹¹ June Teufel Dreyer, "Economic Development in Tibet under the People's Republic of China, *Journal of Contemporary China*, 2003, 12 (36), August.

⁹² Zwei Begriffe werden in der PRC verwendet, um die Armut zu definieren – die absolute und die extreme. Die absolute Linie ist das Minimum-pro-Kopf Einkommen, das ein Mensch zum Leben und Überleben braucht. Die extreme Linie erfaßt die grausamste Form von Armut, die sogar beachtlich unter der Schwelle absoluter Armut liegt und daher ernste Unterernährung oder andere Formen äußersten Elends anzeigt.

⁹³ The rich gets richer, and the poor poorer. Rural Poverty and inequality in Tibet – indications from recent official surveys, TIN 31 May 2003.

mit etwa 11 Prozent der offiziellen Stadtbevölkerung in der Tat die dritthöchste in China war.⁹⁴ Die ärmsten Teile des Landes, nämlich die westlichen Provinzen, sind von großer menschlicher Armut gekennzeichnet.⁹⁵ In Tibet ist daher ein Entwicklungsmodell zu besichtigen, bei dem trotz der gewaltigen Summen, die durch das WDS in das Land gesteckt werden, gleichzeitig Armut und Ungleichheit zunehmen.

Die für Ackerbau genutzte Fläche in der TAR ist nur geringfügig größer als die Fläche des gesamten Bezirks Peking. Sie beträgt nur 0,28 % der landesweit kultivierten Flächen, obwohl die TAR fast 13 % des gesamten Territoriums Chinas ausmacht.⁹⁶ Traditionell ist die Landwirtschaft das Fundament der tibetischen Wirtschaft. Die Tibeter sind hauptsächlich als Hirten- und Nomaden (tib. *drogpa*), im Getreideanbau (tib. *shingpa*) oder als Halbnomaden (tib. *samadrok*) tätig. Die Bauern findet man zumeist in den Tälern, während die Hirten und Halb-Nomaden auf den Hochebenen und in den Bergen umherziehen.

Wang Lixiong, ein chinesischer Gelehrter, der 15 Jahre lang in verschiedenen Gegenden Tibets Datenmaterial zusammentrug, kommt zu dem Ergebnis, daß Modernisierung und Entwicklung ein Fehlschlag sind, weil sie ohne Rücksichtnahme auf die Interessen und die Kultur der einheimischen Bevölkerung von der Führungsspitze aufoktroiert wurden. Er sagt, mit dem Straßenbau in Tibet werde bezweckt, "eine stabilisierende Gruppe [wending jituan] von Han-Chinesen, Verwaltungspersonal und Soldaten zu schaffen", während er "für das Leben der großen Mehrheit der Tibeter, die in kleinen verstreuten Gemeinschaften auf den Hochebenen wohnen", kaum von Bedeutung ist.

Unabhängige Forschungen und Zeugnisse von Flüchtlingen bestätigten, daß das sogenannte wirtschaftliche Wachstum in Tibet auf den staatlichen Sektor oder die urbanen Gebiete beschränkt ist, während das Gros der tibetischen Bevölkerung wenig oder gar nichts davon abbekommt. Es stellte sich heraus, daß die Regierung der TAR verhältnismäßig wenig für Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft ausgibt, die Prioritäten vielmehr bei den großen, kostenintensiven Projekten setzt, die nichts zur Mehrung des Einkommens der einheimischen Bevölkerung beitragen. Durch die staatliche Subventionierung Tibets wurde zwar das Bruttoinlandsprodukt angehoben, aber nicht der tatsächliche Lebensstandard der Bevölkerung und ihr Einkommen. Eine Studie von TIN vom 8. April 2003 mit dem Titel "Deciphering Economic Growth in the Tibet Autonomous Region" bestätigt den oben dargestellten Sachverhalt. Es heißt darin, daß das Wirtschaftswachstum in Tibet von dem Geldfluß der Zentralregierung angekurbelt wird und daß es hauptsächlich auf den staatlichen Sektor konzentriert ist. Das bekräftigt die Tatsache, daß wirtschaftliches Wachstum ein Mittel zur Entwicklung und nicht ihr Ziel sein sollte. Ein hohes Bruttosozialprodukt muß nicht automatisch mit einem Fortschritt bei der menschlichen Entwicklung Hand in Hand gehen.

So werden durch die chinesische Politik in Tibet eine Zwei-Klassen-Wirtschaft und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft geschaffen: die urbane, reiche chinesische Wirtschaft und die ländliche, arme, kapitalschwache tibetische Wirtschaft. Der offizielle Diskurs über die Entwicklung und das Leben der Menschen klaffen weit auseinander, was oft mit beeindruckenden Fakten und Zahlen verschleiert wird. Was immer es an Entwicklung in Tibet gab, hat daher, statt dem Volk Nutzen zu bringen, tatsächlich auf seine Kosten stattgefunden und damit seine sozioökonomischen Rechte, oder genauer gesagt, sein Recht auf Entwicklung verletzt.⁹⁷

Experten vertreten die Meinung, diese Art von Entwicklungspolitik sei für die tibetische Bevölkerung verfehlt. Pierre-Antoine Dunnet sagt dazu: "Was die wirtschaftliche Leistung betrifft, ist die Lage Tibets – nach 40 Jahren chinesischen Marxismus – von jedem Blickwinkel aus betrachtet, verheerend".⁹⁸ Der Tibetexperte Gabriel Lafitte ist der Auffassung, daß trotz der enormen Gelder, die Peking in die Region pumpt, Tibet, was die Entwicklung betrifft, ganz unten auf der Staaten-Liste der UNO rangieren müßte, wenn es denn ein eigenständiger Staat wäre, und zwar neben Ländern wie Ruanda,

⁹⁴ A Hussain, "Urban Poverty in China – Measurement, Patterns and Policies", in Focus Programme on Socio-Economic Security, ILO, Geneva <http://www.ilo.org/public/english/protection/ses/index.htm>.

⁹⁵ Amei Zhang, "Poverty Alleviation in China: Commitment, Policies and Expenditures", 1993.

⁹⁶ "Die Reichen werden reicher, und die Armen ärmer. Armut auf dem Lande und Ungleichheit in Tibet nach den jüngsten offiziellen Erhebungen", TIN News Update, 31 Mai 2003.

⁹⁷ Andrew Fischer, Poverty by Design: Economics of Discrimination, Canada Tibet Committee.

⁹⁸ Pierre Antoine Dunnet, Tibet: Survival in Question, London, Zed Books 1994, p.139. Ronald Schwartz "The Reform Revisited: The implications of Chinese economic policy and the future of Rural producers in Tibet", in Development, Society and Environment in Tibet, ed. Graham Clarke (Graz, Austria :Austrian Academy of Sciences Press 1995).

dem Sudan, Somalia, Afghanistan und Mosambik.⁹⁹ Ein anderer Experte meint: "Selbst ein flüchtiger Blick auf das statistische Jahrbuch Chinas bestätigt einem, daß die TAR bei fast jedem Indikator an letzter Stelle kommt: Gesamteinkommen, Steueraufkommen, Pro-Kopf-Einkommen, Alphabetisierung, ja sogar bei der Lebenserwartung".¹⁰⁰

Bis Mitte der Achtziger befolgte China eine auf die Landwirtschaft ausgerichtete Entwicklungsstrategie. Seitdem wurde sie ganz deutlich auf eine exportorientierte Industrialisierung hin umstrukturiert.¹⁰¹ Es heißt auch, daß dieser Paradigmenwechsel in Chinas Entwicklungsstrategie den Fortschritt bei der Armutsbekämpfung verlangsamte. In der Absicht, die Armut in Tibet auszurotten, konzentrierte sich China besonders auf Einkommensgenerierung in gewissen Gegenden Tibets. Dies geschah in der Hoffnung, daß höhere Zahlen in der Einkommensstatistik – herausgelöst aus dem Kontext der Armutskennzeichen – beweisen würden, daß die Armut erfolgreich bekämpft wurde. Daher wird Entwicklung in großem Maßstab betrieben und nicht im Einklang mit den traditionellen Wirtschaftsformen und den Bedürfnissen großer Teile der Bevölkerung.

Im Gegensatz zu dem Haushaltseinkommen auf dem Lande lag in der TAR das Haushaltseinkommen in der Stadt immer über dem nationalen Durchschnitt Chinas. Die urbane Bevölkerung besteht größtenteils aus han-chinesischen Immigranten und viel weniger aus Tibetern. Wachstum und die Entwicklung haben also vornehmlich die urbane Wirtschaft begünstigt, in der die Han-Immigranten, jedoch nicht die einheimischen Tibeter die Mehrheit bilden.

Der Erwerb des Lebensunterhaltes: Diskriminierung

Unter dem "Recht auf Lebensunterhalt" versteht man die Grundrechte der Menschen auf eine befriedigende, menschenwürdige Arbeit oder auf andere Quellen der Existenzbestreitung, wozu auch der Zugang zu Grund und Boden und anderen Produktionsmitteln zählen, sowie das Recht auf grundlegenden Arbeitsschutz.

Das Recht auf Lebensunterhalt wird in dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) genau definiert: Es umfaßt solche Rechte wie das Recht einer Person, ihrer eigenen Existenzmittel nicht beraubt zu werden (Art. 1,2), das Recht auf Arbeit (Art. 6,1), das Recht auf angemessenen Lohn und gleiches Entgelt (Art. 7) und vor allem das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard einschließlich ausreichender Ernährung (Art. 11). Der erste Artikel des ICESCR garantiert das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung und das Recht auf die Gestaltung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in Freiheit. Auch das chinesische Recht sieht die Sicherung des Rechtes auf Lebensunterhalt vor. Art. 13 der chinesischen Verfassung bestimmt, daß der Staat das Recht seiner Bürger auf Eigentum an ihrem legal erworbenen Einkommen, ihren Ersparnissen, Häusern und anderem legalen Vermögen schützt.

Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen auf dem Papier macht China kaum Anstalten, diese auch aktiv umzusetzen. Erstens erkennt die VR China das Recht der Tibeter auf Selbstbestimmung und ihr Recht auf die Gestaltung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in Freiheit nicht an. Zweitens sorgt die vom Staat durchgesetzte Entwicklungspolitik nicht für lokale Partizipation und nimmt keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der ortsansässigen Bevölkerung. Drittens wirkt sich die Ansiedlung großer Massen von Chinesen sehr negativ auf den Lebensunterhalt der Tibeter aus: Sie werden an den Rand gedrängt und diskriminiert, sowohl auf dem Land als auch in der Stadt haben sie keine Aufstiegsmöglichkeiten.

China veröffentlicht viele Statistiken über die Anzahl von Schulen und Krankenhäusern, aber es schweigt über die tatsächlichen Erfahrungen der Schüler und Patienten. Statistiken über die Anzahl von Gebäuden und Angestellten in diesen Institutionen sagen nichts über die Qualität der angebotenen Dienstleistungen aus, über die Kosten für den Nutzer, oder über die Qualifikation der Dienstleistenden. Wenn man genauer auf Qualität, Qualifikation, den Etat und die entscheidende Frage schaut, wer denn nun für all dies bezahlt, ergibt sich ein ganz anderes Bild.¹⁰² Es ist klar, daß die wirt-

⁹⁹ Gabriel Lafitte, "Tibet as a Developing Society", Paper presented to the Future of Tibet Colloquium, Canberra, Australia, 2 September 1995, p.4.

¹⁰⁰ June Teufel Dreyer, "Economic Development in Tibet under the People's Republic of China", Journal of Contemporary China (2003), 12 (36), August.

¹⁰¹ Aimei Zhang, "Poverty Alleviation in China: Commitment, Policies and Expenditures", 1993.

¹⁰² Speaking for Tibet. A Shadow Report bei dem Weltgipfel über Nachhaltige Entwicklung, Aug. 2002.

schaftliche Entwicklung in Tibet nicht richtig beurteilt werden kann, wenn man nur die offiziellen Wachstumsstatistiken des BSP und des BIP oder andere allgemeinwirtschaftliche Indikatoren im Auge hat.

Der Lebensunterhalt auf dem Lande

Über 80 % der Tibeter bestreiten ihren Lebensunterhalt durch Ackerbau und nomadische Viehzucht. Die Bauern kultivieren Gerste, Weizen, Erbsen und Raps, während die Nomaden Yaks, Schafe und Ziegen züchten¹⁰³. Da die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Tibets in der arbeitsintensiven Landwirtschaft tätig ist, ist es besorgniserregend, daß die groß angelegten Entwicklungsprojekte den Einheimischen selbst für ihren Lebensunterhalt keinen Vorteil gebracht haben. Zuzuschreiben ist dies sowohl der verfehlten Politik als auch dem Umstand, daß der einheimischen Bevölkerung kein Mitspracherecht bei dem Entscheidungsprozeß eingeräumt wird.

Der amerikanische Anthropologe Melvyn Goldstein und andere internationale Sozialwissenschaftler beschrieben das traditionelle tibetische System der Viehwirtschaft als ein seit langer Zeit erprobtes und raffiniertes Modell, das so gut entwickelt ist, daß es eine brauchbare und nachhaltige Bewirtschaftung der knappen Weideflächen gewährleistet. Die *New Rangeland Management* (NRM)¹⁰⁴ Doktrin lehrt, daß die Nomaden besser als die Stadtbewohner wissen, wie man bei Flächen, die für Intensivnutzung ungeeignet sind, sowohl die Ertragsfähigkeit als auch die Nachhaltigkeit aufrechterhalten kann. Doch in China hat man noch nichts von dieser Doktrin gehört, weshalb es auch weder eine Würdigung des nomadischen Erfahrungsschatzes gibt, noch die geringste Achtung für die herkömmlichen Hüter der Weidegründe, nämlich die Nomaden.¹⁰⁵

Es gab Berichte, denen zufolge in gewissen Regionen Tibets die lokalen Behörden Anordnungen erließen, durch welche die Anzahl der Tiere, die jede Familie halten darf, begrenzt wurde. Wer sich nicht an diese Obergrenze hielt, wurde mit einer Geldstrafe belegt. Offiziell wurde diese Anordnung damit gerechtfertigt, daß die großen Herden eine Überweidung des Bodens bedeuteten. Eine solche Politik wendet sich jedoch gegen die traditionelle Nomadenkultur, und der Landbevölkerung wird die Grundlage für ihren Lebensunterhalt entzogen.

Die nomadische Lebensweise ist ein wesentlicher Teil der tibetischen Identität. Die Politik der Regierung, die Nomaden zur Sesshaftigkeit zu zwingen, bedroht nicht nur die Existenzgrundlage eines großen Teils der tibetischen Gemeinschaft, sondern auch die Umwelt Tibets, denn sie gibt Land für den Bergbau frei.

Peking behauptet in offiziellen Veröffentlichungen wie "China's Tibet 2004: Facts and Figures", die Menschen in Tibet erfreuten sich einer Bevorzugung durch die Steuerpolitik, das heißt, der lokale Steuersatz liege um 3 % niedriger als in anderen Teilen des Landes. Außerdem beansprucht die Regierung, sie habe "Bauern und Hirten sämtliche Steuern und Gebühren erlassen", und diese würden "kostenlos medizinisch versorgt". Die Berichte tibetischer Bauern und Hirten über die vielen und harten Steuern, die auf ihnen lasten, sprechen eine andere Sprache. Steuern werden auf Ernteerträge erhoben, die Zahl der Tiere, tierische Produkte, die Anzahl der Personen in einem Haushalt sowie auf Wasser und Gras. Und schließlich gibt es noch eine Bausteuer.

Chinas Steuerpolitik ist für ihre Willkür und für ihren auffälligen Mangel an Transparenz und Verantwortlichkeit bekannt; ebenso fehlt eine Bestimmung, nach der Einspruch gegen harte und unfaire Steuern eingelegt werden könnte. Es gibt keine offiziellen Statistiken, die genaues Zahlenmaterial oder eine Aufschlüsselung der auf Distriktsebene oder darunter eingetriebenen Steuern liefern würden. Es scheint, daß die Dezentralisierung des Steuerwesens den lokalen Behörden größere Vollmachten eingeräumt hat, aber es ist nicht klar, wieviel Steuern diese erheben und wieviel davon sie an die Zentralregierung abführen müssen.

Wie sich Sesshaftmachung der Nomaden, Begrenzung der Herdengrößen und willkürliche Besteuerungspolitik auf Land und Lebensunterhalt der Tibeter auswirken, kann man den Aussagen der Flüchtlinge entnehmen. Dhondup, ein Nomade aus dem Distrikt Golog, Provinz Qinghai, berichtete

¹⁰³ "Right to Livelihood" in TCHRD Annual Report on Human Rights Situation in Tibet, 2001.

¹⁰⁴ Die New Rangeland Management Doktrin anerkennt, was die Nomaden der Erde schon längst wissen: Daß diese einheimischen Kulturen nämlich für die Erhaltung des Weidelands sorgten, und es eine sehr lange Zeit gute Erträge lieferte.

¹⁰⁵ Speaking for Tibet: A Shadow Report, der bei dem UN Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im August 2002 vorgelegt wurde.

dem TCHRD über die Probleme, welchen die Nomaden in seiner Heimat beim Erwerb ihres Lebensunterhalts gegenüberstehen:

"Das Nomadenleben war die maßgebliche Lebensweise gewesen, viele Generationen lang lebten die Menschen in Golog als Nomaden und erwarben sich so ihren Lebensunterhalt. Heutzutage sehen sich die Nomaden mit vielen Härten konfrontiert. Die Chinesen haben den Familien das Weideland nicht nach der Größe ihrer Herden, sondern nach der Anzahl der Familienmitglieder zugewiesen. Die Regierung erlaubt jedem Familienmitglied die Aufzucht von fünf Stück Vieh, aber diese Vorgabe entbehrt jeder Grundlage. Eine Familie mit einer großen Herde kann aus nur wenigen Menschen bestehen und umgekehrt. Diejenigen mit großen Herden haben Wasser- und Weidelandprobleme und verlieren jährlich fünf bis sieben Stück Vieh. Vielen Familien geht es auf Grund derartiger Probleme ziemlich schlecht.

2003 haben die Chinesen eine neue Aufsichtsbehörde in Golog eingerichtet, die für das Weideland in den Nomadengebieten zuständig ist. Diese Behörde führte zwei neue Bestimmungen ein, die in allen Distrikten der Region bekanntgegeben wurden. Die erste besagt, daß jedes Familienmitglied nur fünf Stück Vieh besitzen darf, und daß alle diejenigen, die mehr Vieh halten, für jedes Tier 500 Yuan Geldstrafe bezahlen müssen. Die zweite verpflichtet jede Familie dazu, das ihr zugewiesene Land einzuzäunen. Diese neue Richtlinie trifft die ärmeren Familien hart, denn auf Grund der hohen Kosten können sie es sich nicht leisten, ihr ganzes Land einzuzäunen. Für einen Kilometer Zaun sind 7400 Yuan erforderlich. Diese Richtlinie entbehrt jeder Grundlage und beeinträchtigt die tibetischen Bauern und Nomaden stark.

Des weiteren fordert die chinesische Regierung von jeder Familie mindestens 1500 Yuan an Steuern, welche die Steuern für Weideland, den Boden und das Wassereinschließt. Das Landwirtschaftsamt hat bereits allegewarnt, daß, wenn sie diese Steuern nicht entrichten, die betreffenden Personen vor Gericht gestellt und zu einer Geldstrafe verurteilt werden, deren Betrag sich jedes Jahr, in dem sie nicht zahlen, verdoppelt. Fast alle Familien stehen dadurch vor schweren existentiellen Problemen und verkaufen ihr Vieh, um die Steuern bezahlen zu können.

Golog leidet gegenwärtig unter schwerer Wasser- und Futterknappheit. Wenn eine Familie ihr Vieh auf dem Land einer anderen weiden läßt, muß sie täglich 10 Yuan für jedes Pferd, 5 Yuan für ein Rind und 3 Yuan pro Schaf bezahlen. Wie viele andere Leute begann ich damit, im Sommer Yartsa Gunbhu (Raupenkeulenpilze – *cordyceps sinensis*) zu sammeln, um so die täglichen Ausgaben für meine Familie bestreiten zu können. Aber man verlangte von uns, daß wir den Gemeinde- und Distriktsbehörden von unserem hart erarbeiteten Verdienst Steuern in Höhe von 1500 Yuan bezahlten. Weil ich die ständige Unterdrückung und eine Politik, deren Ziel es ist, die nomadische Lebens- und Wirtschaftsweise auszurotten, nicht mehr ertragen konnte, floh ich schließlich ins Exil."¹⁰⁶

Harte Besteuerung, die Pflicht zur Einzäunung der Weiden und zur Niederlassung hat in der Provinz Qinghai viele Nomadenfamilien in die Verschuldung getrieben. Sonam Tsering, ein 25-jähriger Nomade aus der Provinz Qinghai, berichtete dem TCHRD:

"Bis 2003 mußten wir jährlich zwei oder drei Schafe als Fleischtaxe an die örtlichen Behörden liefern. Außerdem mußten wir noch 1500 Yuan in bar abgeben. Alle Nomadenfamilien versuchen, ihre Steuern fristgerecht zu zahlen, andernfalls wird im nächsten Jahr doppelt so viel von ihnen gefordert. 2003 teilten die Behörden jeder Nomadenfamilie ein Stück Grasland zu. Wir bekamen fünf *mu* (1 *mu* = 67 m²) für unser Vieh zum Grasens. Die Behörden befahlen uns, das Weidestück einzuzäunen; unsere Familie mußte 2000 Yuan von anderen leihen, um den dazu benötigten Stacheldraht kaufen zu können. Das uns zugeteilte Stückchen Erde wird in kürzester Zeit von unseren Tieren leer gefressen, so daß sie schwächer und schwächer werden. Immer mal wieder sterben uns zwei oder drei Schafe weg, weil sie nichts zu fressen haben. Die Sache wird dadurch noch verschlimmert, daß wir 2000-3000 Yuan Steuern an die Behörden entrichten müssen. Darin sind die Abgaben auf Fleisch, Besitz und Weideland enthalten."¹⁰⁷

Ebenso wie in Tibet die Besteuerung ziemlich willkürlich gehandhabt wird, scheint es, daß auch die Durchsetzung der Richtlinien zur Begrenzung der Viehhaltung dem Belieben der Lokalbehörden über-

¹⁰⁶ "Vorgaben der Behörden führen zu miserablen Lebensbedingungen für Nomaden", TCHRD: Human Rights Update July 2004, www.tchrd.org/hrupdate/2004.

¹⁰⁷ "Nomaden in der Provinz Qinghai durch hohe Steuerbelastung in ihrer Existenz gefährdet", TCHRD, Human Rights Update August 2004, www.tchrd.org/hrupdate/2004/hr200408.htm.

lassen bleibt. Damit erhebt sich wieder die Frage der Transparenz und Verantwortlichkeit, denn die staatlichen Anordnungen werden nicht einheitlich umgesetzt. Während in einigen Regionen eine Obergrenze von 5 Stück Vieh pro Familienmitglied festgesetzt wurde, liegt die Grenze in anderen Regionen bei 3 Stück. Eben dies berichtete Ngawang Palden, ein 19-jähriger Nomade aus dem Dorf Marong, Gemeinde Rusho, Distrikt Jyekundo, Provinz Qinghai, dem TCHRD:

„Die Menschen in der Nomadengegend von Marong ernähren sich von der Viehzucht. Im August 2003 führten die Distriktsbehörden plötzlich eine Obergrenze für die Anzahl der Tiere pro Haushalt ein. Diese neue Verordnung über die vorgeschriebene Zahl an Tieren, die jede Familie halten darf, hat uns in eine sehr schwierige Lage gebracht und macht den Nomaden allgemein große Sorgen. Vor der Einführung der neuen Regelung nannte meine Familie über 80 Haustiere ihr eigen, doch die neue Regelung beschränkte die Anzahl der Tiere pro Familienglied auf drei, so daß unsere Familie nur noch 18 Tiere behalten durfte. Die übrigen 62 Tiere wurden zum Verkauf an diverse chinesische Schlachthäuser abtransportiert.“¹⁰⁸

Die geballte Auswirkung von Erosion, Einzäunung, Seßhaftmachung, Verschuldung, Armut, Besteuerung, großflächigem Einsatz von toxischen Unkrautvernichtungsmitteln, Verlust von Erdreich und dem Fehlen der grundlegenden sozialen Dienstleistungen bedroht schlichtweg das Überleben der Nomaden.¹⁰⁹ Konzipiert wird diese ganze Politik in Peking, fast ohne Heranziehung der Tibeter, deren Leben ja betroffen ist. Ihr Resultat ist die zunehmende Unzufriedenheit im ländlichen Sektor der tibetischen Gesellschaft, der von den enormen Investitionen der Chinesen in Tibet kaum profitiert, Diskriminierung von Tibetern in der Marktwirtschaft, Verlust der Lebensgrundlage sowohl auf dem Land als auch in der Stadt und schließlich das Potential für eine massive Umweltverwüstung.

Der Lebensunterhalt in der Stadt

Der tibetische Bevölkerungsanteil in den urbanen Gebieten der TAR beträgt etwas über 15-20 %. Während der ländliche Teil Tibets unter großen Schwierigkeiten leidet, sehen sich auch die Tibeter in der Stadt mit zunehmender Arbeitslosigkeit, Marginalisierung und Diskriminierung in allen Lebensbereichen konfrontiert. Die Dominanz der chinesischen Sprache in Wirtschaft und Verwaltung macht es den Tibetern von vornherein unmöglich, mit den chinesischen Migranten um Arbeitsplätze zu konkurrieren.

Die VR China ist verpflichtet, „das Recht eines jeden auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen anzuerkennen“, wozu auch angemessene Löhne und die gleiche Entlohnung für gleichwertige Arbeit ohne Unterscheidung irgendeiner Art gehören, sichere und gesunde Arbeitsverhältnisse, eine zumutbare Anzahl von Arbeitsstunden und außerdem bezahlter Urlaub. Die chinesische Verfassung erklärt, daß die Bürger der VR China das Recht wie auch die Pflicht zur Arbeit haben, und daß alle Bürger gleich zu behandeln sind.

Trotzdem sind die Tibeter überall der Konkurrenz chinesischer Zuwanderer ausgesetzt, die bevorzugt behandelt werden. Die Erleichterungen beim Haushaltsregistrierungssystem (chin. *hukou*) und flexiblere Arbeitsregelungen für aus China kommende han-chinesische Arbeitnehmer machen es Tibetern vom Lande fast unmöglich, die Gelegenheiten, welche die Stadt bietet, voll zu nutzen. Darüber hinaus hat das stadtorientierte Wachstum, das auf wirtschaftlicher Reform und Öffnung beruht, zu einer immer größer werdenden Einkommensdisparität zwischen Stadt und Land, sowie zwischen Han-Immigranten und einheimischen Tibetern geführt.

Der Zustrom von Han-Chinesen auf das tibetische Hochplateau hatte zur Folge, daß Tibeter bei Bildung und Ausbildung weniger berücksichtigt werden. Die Tibeter blieben also von den meisten qualifizierten Arbeitsplätzen oder denen für angelernte Arbeiter, die höhere Löhne und die Möglichkeit bieten, über die Armutsgrenze hinaus zu kommen, ausgeschlossen. Sie sind weitgehend auf die Arbeitsstellen angewiesen, die am wenigsten Fertigkeiten voraussetzen und geringsten bezahlt werden.

Die Arbeitsplatzfrage ist eng verbunden mit dem Zugang zu urbanem Wirtschaftswachstum und der Kontrolle über dieses, so daß sich die Diskriminierung der Tibeter weitgehend auf diesem Gebiet abspielt, sie also vom Zugang zum Arbeitsmarkt und der Kontrolle über das Wirtschaftswachstum ausgeschlossen bleiben.

¹⁰⁸ <http://www.tchrd.org/hrupdate/2004/hr200408.htm>.

¹⁰⁹ DIIR, Environment and Development in Tibet: A Crucial Issue, 2003.

Tibeter erhalten geringere Löhne als ihre chinesischen Arbeitskollegen und werden zuweilen in demütigender Weise behandelt. Kunsang Tenphel, ein 19-jähriger Bauer aus der Provinz Chamdo, berichtete dem TCHRD:

”Als ich zehn Jahre alt war, wurden wir, d.h. mein Vater und ich, als Hilfsarbeiter bei einer Baustelle angeheuert. Jeder von uns bekam schäbige 25 Yuan pro Tag, und wir arbeiteten von früh morgens bis spät abends. Wir mußten den chinesischen Arbeitern sogar ihre schmutzige Kleidung waschen und wurden mit Bambusstöcken geschlagen, wenn wir sie nicht ordentlich wuschen. Wir sprachen wegen der ungleichen Entlohnung mit dem Bauherrn, denn die chinesischen Arbeiter, welche dieselbe Arbeit verrichteten wie wir, verdienten 60 Yuan am Tag.”

Die Bildungspolitik in Tibet wird von der chinesischen Sprache beherrscht, die sowohl im öffentlichen Bereich als auch im Geschäftsleben überwiegend verwendet wird. Die meisten der Geschäfte und Unternehmen in Tibet sind in chinesischen Händen und werden vom Staat kontrolliert, woraus folgt, daß chinesische Arbeiter oft bevorzugt behandelt werden. Weil sie durch ihre mangelnden Sprachkenntnisse und geringere Bildung im Nachteil sind, können die Tibeter außerhalb ihrer traditionellen Beschäftigungsbereiche nicht voll am Wirtschaftsleben teilhaben. Damit wird der Grundsatz von Gleichheit und Nicht-Diskriminierung verletzt, der im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) verankert ist. China hat diesen Vertrag ratifiziert und sich zu seiner Einhaltung verpflichtet.

Die Zahl der tibetischen Frauen aus ländlichen Gebieten, die als Prostituierte arbeiten, hat in der TAR beträchtlich zugenommen. Die Zunahme der Prostitution ist eine direkte Folge von Arbeitslosigkeit und Armut, ebenso all der Entwicklungsprojekte, die eine gewaltige Einkommensdisparität zwischen Stadt und Land hervorgerufen haben. Welche üblen Auswirkungen die Prostitution im Hinblick auf die Verbreitung von HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten hat, ist allgemein bekannt.

Es wurde berichtet, daß in einigen Gegenden Tibets die Beschäftigungsrate bei nur 40 % liegt. Obwohl Peking ständig behauptet, daß die *Western Development Strategy* und andere Programme Tibet einen gewaltigen Fortschritt beschert hätten, sehen die Tibeter kaum etwas von den Früchten dieser Entwicklung. Sie haben weder die wirtschaftlichen Voraussetzungen noch die notwendige Ausbildung, um mit den Chinesen um die neuen, durch die WDS entstandenen Arbeitsplätze und Posten konkurrieren zu können.

Ineffizientes Gesundheitssystem

Gesundheit wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als ”ein Zustand vollkommenen physischen, mentalen und sozialen Wohlergehens und nicht nur als Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechlichkeit definiert”. Gesundheit ist die Voraussetzung für Leistung am Arbeitsplatz, für Lernfähigkeit in der Schule und für intellektuelles, physisches und emotionales Wachstum. Wirtschaftlich ausgedrückt, sind Gesundheit und Bildung die zwei Eckpfeiler der menschlichen Ressourcen.¹¹⁰ Das Recht auf einen angemessenen Gesundheitszustand ist auch Teil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR), des Internationalen Übereinkommens über Bürgerliche und Politische Rechte (ICCPR), des Internationalen Paktes über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (ICESCR), der Konventionen über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung (ICERD), der Konvention über die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen (CEDAW)¹¹¹ und der Konvention über die Rechte des Kindes (CRC).

Während die chinesische Verfassung das Recht auf Gesundheit nicht ausdrücklich garantiert, anerkennt sie ”das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich selbst und seine Familie, einschließlich einer stetigen Verbesserung der Lebensbedingungen”¹¹² und ”das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit”. Chinas Gesetzesänderung zur regionalen ethnischen Autonomie von 2001 besagt, daß die Selbstverwaltungsorgane nationaler autonomer Gebiete ”unabhängige Entscheidungen” über die Verbesserung der regionalen medizinischen und gesundheitlichen Versorgung sowie über die Förderung der modernen und traditionellen Heilkunde treffen können (Art. 40).

¹¹⁰ World Health Organisation. www.who.org.

¹¹¹ Convention on the Elimination of Discrimination against Women.

¹¹² Art. 11 des ICESCR (International Convention on Economic, Social and Cultural Rights).

Der mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen sieht in Gesundheit einen integralen Bestandteil aller Entwicklungsprogramme. Er sagt, daß der Verlust der Gesundheit auch für die Wirtschaft nachteilig sei, weil die Leistungsfähigkeit der Menschen von dem Niveau ihrer Ernährung und Gesundheit abhängt. Schlechte Gesundheit und Krankheit sind sowohl Ursache als auch Folge von Armut.

In seinem Weißbuch über Regionale Ethnische Autonomie behauptet China, die Situation der medizinischen und gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung habe sich mit der Zunahme der diesbezüglichen Einrichtungen erheblich verbessert.¹¹³ Der Zehnte Fünfjahresplan (2001-2005) sieht auch die Einrichtung von Netzwerken für die medizinische Versorgung und öffentliche Gesundheit auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene vor, sowie ein System, das "medizinische Vorsorge und Krankenversicherung umfaßt". 2002 kündigte Peking seinen Plan an, bis 2004 eine grundlegende Grundgesundheitsversorgung für die 900 Millionen zählende Landbevölkerung bereitzustellen, um seiner Pflicht nachzukommen, die von der WHO gestellte globale Forderung "Gesundheit für alle" zu erfüllen. Doch der Schein, daß für die Tibeter etwas getan werde, trügt: Mangelnde Gesundheitsversorgung und die düstere Realität einer abschreckenden Menschenrechtslage sind stets wiederkehrende Themen in den Aussagen der Flüchtlinge.

Bei der Gesundheitsfürsorge in Tibet gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen. Das System operiert auf den Ebenen von Präfektur, Distrikt, Gemeinde und Dorf. In jedem Distrikt wird die Gesundheitsversorgung auf andere Weise geregelt, was besagt, daß die Lokalpolitik hier eine große Rolle spielt. Trotz der hohen staatlichen Zuschüsse und der hochtrabenden Worte der Regierung berichten tibetische Flüchtlinge, die in Indien ankommen, daß der Löwenanteil der Gelder, die für den Gesundheitssektor bestimmt sind, in die Entwicklung harter Infrastruktur fließt. Die in letzter Zeit eingetroffenen Flüchtlinge nennen die hohen Kosten und die mangelhafte Qualität der Behandlung, die entfernte Lage der Einrichtungen und die ethnische Diskriminierung als die Schlüsselprobleme bei der Gesundheitsversorgung in Tibet.

Obwohl ein großer Fortschritt bei der Basis-Gesundheitsfürsorge festzustellen ist, bleibt sie für die Mehrheit der Tibeter außerhalb ihrer Reichweite. Entgegen der Behauptung der Chinesen, daß die Gesundheitsversorgung "in den Bauern- und Nomadengegenden kostenlos" sei, bleibt die Gesundheit der Tibeter infolge der überhöhten Gebühren weiterhin gefährdet. Dazu kommt noch die diskriminierende Behandlung, der allgemeine Mangel an geeigneten Einrichtungen und die fehlende öffentliche Gesundheitserziehung bei den Tibetern. Medizinische Einrichtungen konzentrieren sich auf die Städte. In die oft abgelegenen ländlichen Gegenden, in denen die Mehrheit der Tibeter lebt, sind sie noch nicht genügend vorgedrungen.

Viele Probleme in Tibet, wie etwa der Mangel an gut ausgebildetem Personal, ähneln denen in anderen armen ländlichen Gebieten Chinas. Der miserable Gesundheitszustand in tibetischen und chinesischen Familien, die unter der Armutsgrenze leben, ist ausweglos mit der schlechten Ernährung und den fehlenden sanitären Basis-Einrichtungen verbunden, was zu Unterernährung, Zwergwuchs, Rachitis, Anämie, Magen-Darm-Beschwerden, Diarrhoe, Parasitenbefall, chronischen Atemwegsinfektionen und Jodmangel führt. Ein Hauptgrund hierfür mag sein, daß die Gesetze, die China in bezug auf Gesundheitsversorgung erließ, keine Maßnahmen spezifizieren, die sich mit der Umsetzung des Rechts auf Gesundheit befassen.¹¹⁴

In Tibet treten Krankheiten wie Tuberkulose, Kaschin-Beck¹¹⁵, Lepra und Hepatitis in alarmierender Häufigkeit auf. Nach den Schätzungen aus einer Quelle sind in einigen Gegenden Tibets bis zu 20 % der Bevölkerung an Tuberkulose erkrankt, und die Krankheit wird mit Prozentzahlen, die weit über denen in China liegen, weiterhin endemisch bleiben.¹¹⁶ Störungen infolge Jodmangels sind recht häufig. Außerdem verzeichnet Tibet weltweit die höchste Rate an Fällen von Kaschin-Beck – in manchen Gegenden bis zu 80 %.¹¹⁷ In Lhasa liegt die Verbreitung von Hepatitis B bei bis zu 15 %.¹¹⁸ Obwohl

¹¹³ China's White Paper on Regional Ethnic Autonomy in Tibet by Information Office of the State Council of the People's Republic Of China, 21 May 2004.

¹¹⁴ Delivery and Deficiency; Health and Health care in Tibet, TIN.

¹¹⁵ Kaschin-Beck: Symmetrische Deformierungen der Extremitätengelenke, Minderwuchs, Polyneuritis.

¹¹⁶ "Health policy challenges in the Tibet Autonomous Region", US Embassy Beijing, December 2000 report,

<http://www.usembassy-china.org.cn/sand/tib-health.htm>

¹¹⁷ Ibid.

¹¹⁸ Ibid.

HIV und AIDS noch kein Thema in der TAR sind, wird sich die Lage aufgrund der großen mobilen Bevölkerung der Nachbarregionen wahrscheinlich ändern. Die Fertigstellung der Eisenbahnverbindung von Qinghai nach Lhasa könnte sich auch negativ auf die Verbreitung von HIV und anderen Infektionskrankheiten in der TAR auswirken.¹¹⁹

Andere häufig auftretende Beschwerden auf dem Hochplateau sind diverse Atemwegsbeschwerden, Durchfallerkrankungen, Verdauungsprobleme, Rachitis, Kropfbildung, Augeninfektionen, Herz-, Lungen- und Lebererkrankungen. Die weite Verbreitung dieser heilbaren und vermeidbaren Krankheiten beweist, daß Chinas System der Gesundheitsversorgung bzw. der gesundheitlichen Aufklärung jenseits der urbanen Zentren nicht besonders effektiv ist.

Der jüngste Bericht über die Müttersterblichkeit in Tibet dokumentiert, daß die außerordentlich hohe Rate von Frauen, die bei der Geburt sterben, der mangelhaften gesundheitlichen Betreuung zuzuschreiben ist. "Der Standard der medizinischen Versorgung in Tibet liegt eine Stufe unter dem übrigen China", sagten Bonds und Rosenbloom bei einem elektronisch geführten Interview aus Lhasa.¹²⁰ Dem Amt für öffentliche Gesundheit der TAR zufolge sterben in Tibet im Durchschnitt 325 Frauen pro 100.000 Lebendgeburten. Der "Tibet Poverty Alleviation Fund" in Cambridge, Massachusetts, setzt die Müttersterblichkeit sogar auf 500 pro 100.000 Lebendgeburten an.¹²¹

Um Arlen Samen,¹²² die Gründerin von H.E.A.R.T., zu zitieren: "In China selbst haben die meisten Frauen nur ein Kind. Sie wohnen nicht irgendwo in der Wildnis ohne medizinische Betreuung und Aufklärung. Es gibt Krankenhäuser, genügend Ärzte und andere Einrichtungen, und sie gehen wahrscheinlich rechtzeitig dorthin". All das bedeutet, daß, je nachdem welcher Statistik man Glauben schenkt, tibetische Frauen sechs- bis zehnmal häufiger im Wochenbett sterben als chinesische. Und die Kinder tibetischer Frauen haben eine bis zu dreimal geringere Chance zu überleben. Weil die große Mehrheit der Frauen in Tibet ihre Kinder zu Hause zur Welt bringt, und sie wenig oder gar keine pränatale Betreuung erfahren, weiß eigentlich niemand von uns genau, wie viele Todesfälle von Wöchnerinnen oder Neugeborenen statistisch gar nicht erfaßt werden", sagte Dr. Michael Varner, Professor für Gynäkologie und Geburtsmedizin an der University of Utah und zugleich der medizinische Direktor von H.E.A.R.T.

Die Anzahl der in der TAR im Gesundheitsbereich Tätigen wirkt beeindruckend – fast 11.000 und über 3.000 "Barfußärzte", d.h. Helfer mit einer drei- bis sechsmonatigen Grundausbildung.¹²³ Den Krankenhäusern fehlt jedoch die entsprechende Infrastruktur und Ausrüstung. In der Tat kann eines von fünf städtischen Krankenhäusern nicht einmal einfache operative Eingriffe vornehmen, und in ganz Tibet gibt es nur einen einzigen Computer-Tomographen (CT-Scanner).¹²⁴ Wo die Krankenhäuser einigermaßen eingerichtet sind, muß vom Patienten vor der Behandlung auf dem Land eine Kaution von 1000 Yuan und in der Stadt bis zu 3000 Yuan¹²⁵ hinterlegt werden – für Tibeter der Arbeitslohn vieler Monate.

Was die Gesundheitsversorgung und die Menschenrechte des tibetischen Volkes angeht, wird die Lage noch dadurch verschlimmert, daß es keine zuverlässigen medizinischen Daten gibt, abgesehen von den offiziellen Quellen und ein paar in Tibet tätigen NGOs. Die NGO "Ärzte ohne Grenzen" zog sich Ende 2002 aus der Region zurück, weil sie zu dem Schluß gekommen war, daß sie bei einer derart mangelhaften medizinischen Infrastruktur die gesundheitliche Situation der Tibeter nicht verbessern könne.

Einem Bericht von *Tibet Daily* vom 7. Juni 2004 zufolge wurde 1994 der erste Fall von AIDS in der TAR konstatiert. Seither wurden 11 weitere Fälle registriert.¹²⁶ Von AIDS betroffen sind hauptsächlich

¹¹⁹ Sonal Singh, "Tears from the land of snow; Health and Human Rights in Tibet", 22 November 2004, www.phayul.com

¹²⁰ Juhie Bhatia "US Team takes Aim at Tibet's Maternal Death Rate", *Women's e News*, Tuesday, 21 September 2004.

Bonds und Rosenbloom vom "Circle of Health International" aus Austin, Texas, begaben sich erst neulich als Gesundheits Helfer nach Tibet.

¹²¹ Ibid.

¹²² Eine Geburtshelferin an der University of Utah, Salt Lake City.

¹²³ Delivery and Deficiency, Health and Healthcare in Tibet, TIN, London, November 2002.

¹²⁴ "Health policy challenges in the Tibet Autonomous Region", US Embassy Beijing, December 2000 report

<http://www.usembassy-china.org.cn/sand/tib-health.htm>

¹²⁵ Tibet Justice Centre (TJC), A Generation in Peril; The lives of Tibetan children under Chinese rule,

<http://www.tibetjustice.org/reports/children/index.html>, deutsch: <http://www.igfm-muenchen.de/tibet/tjc/Kinderreport.html>

¹²⁶ <http://www.tchrd.org/hrupdate/2004/hr200407.htm#Aids>

die ärmsten Länder der Erde, und Tibet ist so ein verarmtes Land. Infolge der wachsenden Prostitution und des Zustroms der Han-Immigranten muß befürchtet werden, daß sich AIDS in Tibet rasch ausbreitet. Die Tibeter auf dem Land leben in Unkenntnis über die Krankheit, und viele tibetische Mädchen lassen sich aus wirtschaftlichen Gründen vom Sexgeschäft in den Städten anlocken. Es gibt weder Programme zur AIDS-Aufklärung in Tibet noch Labors für einen HIV-Test. Die Provinz Yunnan gilt als die am schlimmsten von AIDS betroffene in ganz China, gefolgt von Sichuan. In beiden Provinzen ist der Anteil an tibetischer Bevölkerung verhältnismäßig groß, da die ehemalige tibetische Provinz Kham in diesen beiden Provinzen aufging. Daher stehen Tibeter außerhalb der TAR infolge ihrer geographischen Nähe zu diesen beiden Provinzen in größerer Gefahr, angesteckt zu werden.

Die WTO und die Globalisierung: Wem nützt es?

Als China am 11. Dezember 2001 in die *World Trade Organisation* (WTO) aufgenommen wurde, feierte man dies als ein Ereignis mit beiderseitigem Gewinn.¹²⁷ Die Regierung in Peking sieht den Beitritt zur WTO in erster Linie als ein Vehikel für weitere Reformen und Zugewinn an internationalem Ansehen für China. Durch das Wirken der WTO zustande gekommene gesetzliche Reformen in China sollen zu einer gerechten Verteilung von Gewinnen führen, sie schließen allerdings die grundlegende Frage nach dem politischen Willen und der internationalen Überwachung mit ein.

Die Globalisierung ist im Grunde genommen nichts Neues. Sie ist ein von Handel und Verkehr untrennbarer Vorgang, wobei sich kulturelle Einflüsse ausdehnen und Wissen und Verständnis sich unter den Völkern verbreiten. Die wirtschaftliche Globalisierung wird dahingegen allgemein als ein Phänomen verstanden, bei dem das internationale Handelsvolumen zunimmt und der freie Handel auf dem Weltmarkt floriert. Die Rolle, die internationale Institutionen wie die WTO, der IMF (Internationaler Währungsfonds) und die Weltbank dabei spielen, führte zum Entstehen einer zentralisierten globalen, die Weltwirtschaft bestimmenden Handelsbürokratie.¹²⁸

Mehrere Experten und internationale Menschenrechtsorganisationen brachten ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß Chinas Aufnahme in die WTO, zusammen mit dem laufenden Prozeß der Globalisierung, negative Auswirkungen auf die Wirtschaft, den Lebensunterhalt und die Kultur der Tibeter haben könnte. In ihrem Weißbuch über Armutsbekämpfung räumt die VR China ein, daß ihr Beitritt zur WHO sich auf arbeits- und ressourcenintensive Industrien, wie Ackerbau und Viehhaltung "negativ auswirken könnte". Ein Volkswirtschaftler an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften drückte es genauer aus: "Kein Zweifel, es wird den Bauern unter dem Regiment der WTO schlechter gehen".¹²⁹

Außer den gesetzlichen Änderungen im Hinblick auf wirtschaftliche Reformen infolge des WTO-Beitritts wird dieser China auch in seiner Betonung der Aufrechterhaltung sozialer Stabilität bestärken und die Zentralisierung der politischen Autorität der Regierung weiter konsolidieren. Der Vorsitzende des politischen und juristischen Ausschusses des Politbüros, Lu Gan, erläuterte in seiner Rede vom 5. Dezember 2001 die politisch-gesetzgeberische Arbeit und betonte das Gewicht, das die Partei, der Justiz beimesse, um Arbeiterunruhen und sozialer Instabilität im Gefolge des Beitritts zur WTO vorzubeugen.¹³⁰

Zu den diversen negativen Auswirkungen der Globalisierung gehören Mißachtung der Arbeiterrechte, Umweltschädigung, Privatisierung von Gesundheits- und anderen sozialen Diensten, vermehrte Armut und Verlust der Autonomie u.a., aber auch die grundlegenden Systeme der Kultur und des religiösen Glaubens der Tibeter geraten unter Beschuß.¹³¹ Die Globalisierung wurde als eine Maschine beschrieben, die "Reichtum in Hülle und Fülle ausschüttet, dabei aber große Trümmerfelder hinterläßt".¹³² Von der Globalisierung sagt man, sie mache die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer. Im Falle Tibets ist dies um so besorgniserregender, als die Tibeter kein Mitspracherecht haben bei den politischen Entscheidungen, die ihr Leben bestimmen.

¹²⁷ Erklärung von Vizeminister Long Yongtu bei der 18. Sitzung der WTO Arbeitskommission zu China, 17. Sept. 2001.

¹²⁸ Tashi Tsering, *Globalisation to Tibet*, Paper published by the Himalayan Research Bulletin of the Geography Department of Portland State University.

¹²⁹ Zitate von Yuan Gangmin, Chinese Academy of Social Sciences.

¹³⁰ Ibid.

¹³¹ Tenzin P. Atisha, "Tibetan Approach to Ecology", Tibetan Government-in-exile, <http://www.Tibet.com/Eco/eco7.html>.

¹³² William Greider, "One World, Ready or Not; The Manic of Global Capitalism", Simon and Schuster, 1997.

Es könnte auch allgemein zu vermehrten Verstößen gegen die Menschenrechte kommen, wenn die von der WTO diktierten gesetzlichen Reformen nur in Richtung sozialer Stabilität und Konsolidierung der Kontrolle der Zentralregierung interpretiert werden. Eine solche Entwicklung könnte für die marginalisierten und politisch widerspenstigen Volksgruppen wie die Tibeter noch schlimmere Folgen haben. Infolge ihrer Marginalisierung sind die Tibeter von den wirtschaftlichen Möglichkeiten weitgehend ausgeschlossen, gleichzeitig werden sie aber wegen der politischen Brisanz der Sache Tibets zu den Opfern politischer Kontrolle.

In Chinas Weißbuch von 2001 über Modernisierung steht, daß die "Waren von anderen Teilen des Landes und der Welt in einem stetigen Strom nach Tibet fließen und sowohl die Märkte in der Stadt als auch auf dem Land und das Leben der Menschen vor Ort bereichern". Nach Chinas Beitritt zur WTO versprach Zeng Peiyan, der für die staatliche Kommission für Entwicklungsplanung zuständige Minister, gemäß den multilateralen und bilateralen Vereinbarungen werde China seinen Markt, besonders in den westlichen Regionen, weiter öffnen. Außerdem wolle China auch seine geschäftlichen Unternehmungen nach Westen ausdehnen, um mehr ausländisches Kapital anzuziehen.¹³³

Die Erfahrung anderer Länder, die der WTO beitreten oder die mit den wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung zu kämpfen haben, zeigt, daß Bevölkerungsgruppen, die bereits von den etablierten nationalen Märkten ausgeschlossen sind, noch weiter ins Abseits gedrängt werden.¹³⁴ Von daher gesehen wird die Überflutung des Landes mit Waren und Gütern den Tibetern kaum helfen, da sie bereits in ihrem eigenen Land eine marginalisierte Gemeinschaft sind. Angesichts der sozialen Diskrepanzen, die gegenwärtig in Tibet herrschen und der diskriminierenden Politik Chinas, die den Tibetern keine Mitwirkung an ihrer eigenen Entwicklung zugesteht, werden der Beitritt zur WTO und die Billiglöhne in seinem Gefolge eine abträgliche und verarmende Wirkung auf Tibet ausüben.

Die WTO-Mitgliedschaft wird sich in noch stärkerem Maße auf die tibetischen Erzeuger von Primärprodukten auswirken. Gemäß den WTO-Bestimmungen kann die chinesische Regierung örtliche Erzeugnisse nicht mehr schützen, indem sie Importe aus dem Ausland mit hohen Zöllen belegt. Bisherige Schutzzölle auf landwirtschaftliche Importe nach China werden gestrichen, dafür werden von großen und Hi-Tech Farmen produzierte Nahrungsmittel hereingelassen, die viel billiger sind als die von kleinen tibetischen Bauern gelieferten. Ohne einen derartigen Zollschutz werden die Marktpreise für wichtige tibetische landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Gerste, Weizen, Rapssamen und Fleisch ins Bodenlose sinken. Experten sagen, daß auch "die Märkte der Nomaden in Mitleiden-schaft gezogen werden, da sie von einer ständig wachsenden Konkurrenz bedrängt werden".

Von den gegenwärtigen Vereinbarungen im Rahmen der WTO könnte sich das Abkommen über Landwirtschaft (Agreement on Agriculture – AOA) am unmittelbarsten auf Tibet auswirken, weil über drei Viertel aller Tibeter dem landwirtschaftlichen Sektor angehören, wobei die meisten von der Viehzucht leben.¹³⁵ Das AOA fordert von den Regierungen der Mitgliedstaaten, die Handelsverzerrungen zu reduzieren, Zölle und Subventionen abzubauen und allen Ländern, die in der WTO sind, einen Mindestzugang zu ihrem Markt zu gewähren. Eine weitere wichtige WTO-Vereinbarung mit Folgen für Tibet ist das Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (Trade Related Intellectual Property – TRIP).¹³⁶ In Tibet gibt es viele einheimische Pflanzen und Kräuter. Mit Chinas Beitritt zur WTO besteht die Gefahr, daß gewisse Firmen Monopolrechte oder Patente an diesen Pflanzen beanspruchen könnten.

Chinas Entwicklungsmodell für Tibet wirft auch die Frage einer gemeinsamen sozialen Verantwortung hinsichtlich der ethnischen Trennung zwischen Tibetern und Chinesen auf. Kleinere örtliche Projekte könnten den Tibetern mehr Entscheidungsmacht und mehr Nutzen bringen als harte Infrastruktur und Großindustrie.

Eindeutig tragen die Unternehmen, die sich entschließen, in Tibet zu investieren, die große Verantwortung, China zu dem allgemein üblichen wirtschaftlichen Gebaren zu bewegen und dafür zu sorgen, daß marginalisierte Gemeinschaften wie die Tibeter mehr Entscheidungsmacht erhalten und daß

¹³³ "China's Western Development makes good start", People's Daily online.

¹³⁴ ICLT, Human Rights and the Long Term Viability of Tibet's Economy, paper presented at PEC People's Summit, Vancouver, Canada, November 1997.

¹³⁵ J Charles, "Livelihood Lost, Globalisation, WTO Accession and the Future of the Tibetan People", Free Tibet Campaign, <http://www.freetibet.org/menu.htm>.

¹³⁶ Tashi Tsering, Globalisation to Tibet, published in the Himalayan Research Bulletin of the Geography Department of Portland State University.

ihren Bedürfnissen Genüge getan wird. Ohne die Verhältnisse insgesamt zu berücksichtigen, wird internationales Engagement in China nur dessen Fernziel der Assimilierung der Minderheiten begünstigen, was wiederum negative Auswirkungen auf die Lebensweise der Tibeter, die Möglichkeit, ihr Auskommen zu finden, ihre Kultur und ihre Religion hat.

Um ein Beispiel zu nennen: Wie dem TCHRD bekannt wurde, hat Carlsberg mit einer chinesischen Gesellschaft einen viele Millionen Dollar schweren Vertrag zur Herstellung von Bier in Tibet abgeschlossen. Chinas Börsen-Journal berichtete, die neue Firma, *Tibet Lhasa Brewery*, sei eine fifty-fifty Partnerschaft zwischen Carlsberg International und *Tibet Galaxy Science Technology Development*. Bier ist weitaus das populärste alkoholische Getränk in Tibet. Der Gesamtverbrauch stieg in den letzten Jahren drastisch an, das heißt zwischen 1997 und 2002 um 40 % auf 16,5 Liter pro Kopf. Ausländische Bierhersteller gingen nach dem Fall der Handelsbarrieren in der Region mit Eifer auf den tibetischen Markt.¹³⁷ Wenn Bier in großem Umfang hergestellt wird, dann steht es überall billig zur Verfügung, was eine ganze Reihe von sozialen Übeln und gesundheitlichen Schäden für die Tibeter mit sich bringt.

Bedauerlicherweise wird die einheimische Bevölkerung ins Abseits gedrängt, während chinesische Firmen die Verträge, und chinesische Arbeiter oftmals dank ihrer besseren Ausbildung die Arbeitsplätze an sich reißen. Mure Dickie, der Pekinger Korrespondent der *Financial Times*, schrieb in einem langen Artikel über Tibet, trotz aller diesbezüglichen Zusicherungen der Regierung habe er an größeren Baustellen und Projekten in der Nähe von Lhasa keinen einzigen tibetischen Arbeiter entdecken können.¹³⁸

Schlußbemerkung

China treibt gegenüber Tibet eine Politik, die nicht nur die bürgerlichen und politischen Rechte der Tibeter, sondern auch ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verletzt. Sozial gesehen läuft Chinas Wirtschaftspolitik in Tibet auf die Verletzung des Rechts des tibetischen Volkes auf Lebensunterhalt und Entwicklung hinaus. Das autoritäre Machtsystem, Mißmanagement und eine von oben aufgezwungene Entwicklungspolitik brachten dem tibetischen Volk weder den gewünschten Fortschritt noch eine Verbesserung seines Lebensstandards.

Die grundlegende Frage für die TAR und für die politischen Entscheidungsträger in der Zentralregierung sollte sein, wie der aus dem raschen Wachstum und der Modernisierung entstandene Nutzen am besten an die relativ arme tibetische Bevölkerung, die von der Landwirtschaft lebt und Ackerbau und Viehzucht für ihren eigenen Bedarf betreibt, weitergegeben werden kann.¹³⁹ Die Aktivitäten zur Entwicklung der TAR sollten dem Aufbau von Kompetenzen, der Eigenverantwortung und der Mitwirkung der Tibeter Priorität einräumen.

Was das tibetische Hochland betrifft, so sind zwei Problemkreise besonders signifikant: Der erste ist die Wertschätzung und das Verständnis für die traditionelle Beziehung zwischen Natur und Wirtschaft. Zweitens muß China verstehen, wie wichtig die nachhaltige Nutzung des Landes und seiner natürlichen Ressourcen ist, um eine ökologisch verträgliche Entwicklung sicherzustellen. Bedauerlicherweise hat China die traditionelle Art und Weise des Warenaustauschs und der Produktion falsch eingeschätzt und vernachlässigt. Die jetzt praktizierte Entwicklungsmethode, die Lebensqualität der Landbevölkerung durch die Verbreitung moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse und technischen Know-hows anzuheben, hat den Tibetern nicht aus der Armut und ungesicherten Ernährungslage herausgeholfen. Wissen verbreitet sich im allgemeinen nur in einer Richtung, nämlich abwärts, von denen, die "stark", gebildet und "aufgeklärt" sind hinunter zu den Schwachen, Ungebildeten und in der Dunkelheit des Unwissens Lebenden.¹⁴⁰ Auch was Tibet anbetrifft, sollten volkswirtschaftliche Kenntnisse nicht nur den oberen Gesellschaftsschichten vorbehalten bleiben, sondern nach unten weitergegeben werden.

¹³⁷ <http://tchrd.org/hrupdate/2004/hr/200408>.

¹³⁸ *Financial Times*, 2. August 2004.

¹³⁹ Arthur N. Holcombe, "The Impacts of Economic Reforms and Opening up Policies on Local Ethnic Population Living Standards in China: The case of Tibet" August 2001.

¹⁴⁰ Namgyal, "China's West Development Strategy and Rural Empowerment", in *China's West Development Program: Domestic Strategies and Global Implications* edited by Ding Lu and William A. W. Neilson, 2004.

Das Recht auf Entwicklung ist ein "aus Grundrechten abgeleitetes Konzept, das auf der Befähigung und Mitwirkung (der Nutznießer) bei der Entscheidungsfindung und deren Ausführungsprozeß beruht". Chinas Ausbeutung der Naturschätze Tibets und die sogenannte Entwicklung des Landes durch diverse Großprojekte, ohne die Partizipation der einheimischen Bevölkerung und ohne wirtschaftlichen Nutzen für sie, ist mit der Achtung vor dem Recht auf Entwicklung nicht vereinbar. Erst wenn das tibetische Volk sich echter Selbstbestimmung erfreut, kann es sein Recht auf Entwicklung auch wahrnehmen.

II. Das Recht auf Bildung

Inhalt:

Einführung

Akzeptabilität der Bildung

Linguistische Identität gefährdet

Zugänglichkeit der Bildung

Verfügbarkeit von Bildungseinrichtungen

Bildungsfreiheit: Übrig bleibt nur das Exil

Schlußbemerkung

Interview mit Dawa Tashi

Einführung

„Der Erfolg unserer Erziehungspolitik liegt nicht in der Anzahl von Diplomen, die den Absolventen der Universitäten, Colleges, Technischen Hochschulen und höheren Schulen ausgestellt werden. Nein, er liegt vielmehr darin, ob diese der Dalai Clique Widerstand leisten oder ihr Herz an sie verloren haben, und ob sie unserem großen Mutterland und der großen Sache des Sozialismus treu sind oder ihnen gleichgültig gegenüberstehen. Dies ist das maßgeblichste und wichtigste Kriterium bei der Beurteilung von richtig oder falsch, bei den Leistungen oder Fehlern unserer Bildungspolitik in Tibet. Um dieses Problem erfolgreich zu lösen, müssen wir die politische und ideologische Arbeit in den Schulen intensivieren“¹⁴¹.

Genau zehn Jahre sind es, seit Chen Kuiyuan, der damalige Parteisekretär der Autonomen Region Tibet (TAR), seine Ansicht zu dem wahren Zweck der Bildungspolitik in Tibet in so unmißverständlichen Worten darlegte. Sie stehen exemplarisch für die Richtlinien, die seit einigen Jahrzehnten das Bildungswesen in Tibet bestimmen: Es handelt sich um eine von kommunistischer Ideologie bestimmte Erziehungspolitik, deren Ziel es ist, den Schülern Loyalität zu China und zum Sozialismus einzutrichtern.

Der Art. 14 des Gesetzes zur allgemeinen Schulpflicht von 1986, dem zufolge sich alle Lehrer der Sache der sozialistischen Erziehung verpflichten müssen, gibt der Idee einer „patriotischen Erziehung“ und der Miteinbeziehung der Ideologie in den Unterricht weiteren Rückhalt.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß das Bildungssystem in der TAR nicht auf die freie und volle Entwicklung der Persönlichkeit, der Begabung und der geistigen und körperlichen Fähigkeiten tibetischer Kinder ausgerichtet sein kann. Vielmehr ist es ein Werkzeug in den Händen der Zentralregierung zur Gewährleistung politischer Stabilität und ethnischer Einheit in der Region. Im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele hat die Bildungspolitik in erster Linie die junge Generation von Tibetern als ihre Zielgruppe im Auge. Auf diese Weise wird ihre Identität durch eine verzernte Darstellung der tibetischen Geschichte systematisch untergraben, sowie durch die Leugnung ihrer Kultur und Traditionen und die Degradierung von Tibetisch zu einer Sprache zweiten Ranges.

Bedauerlicherweise gab es in den letzten 12 Monaten keine greifbaren Anzeichen, daß die chinesische Regierung positive Maßnahmen ergreifen und ein Bildungssystem in der TAR einrichten würde, das die Erhaltung der historischen, kulturellen und linguistischen Identität der Tibeter würdigt.

¹⁴¹ Chen Kuiyuan, Ansprache an die 5. Konferenz der TAR zum Bildungswesen, 26. Oktober 1994.

Akzeptabilität der Bildung

Der Art. 4 der UN-Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören, besagt:

„Die einzelnen Staaten sollten dort, wo es angemessen ist, Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildung ergreifen, um das Wissen über Geschichte, Traditionen, Sprache und Kultur der auf ihrem Staatsgebiet lebenden Minderheiten zu fördern“.

In der Praxis gibt es für tibetische Schüler jedoch nur selten Schulstunden in Kultur und Geschichte. Außer dem Neujahrsfest dürfen sie keine tibetischen Feste feiern und müssen statt dessen die chinesischen Feste begehen. Außerdem bleibt ihnen das Tragen tibetischer Kleider in der Schule ver sagt.¹⁴²

In den Schulen in ganz Tibet wird die tibetische Geschichte verzerrt dargestellt. Das geschichtliche Wissen sollte in positiver Weise vermittelt werden, um Toleranz und Respekt zu erwecken. Durch die voreingenommene Darstellung der tibetischen Geschichte im Schulunterricht verlieren die tibetischen Kinder die Achtung vor sich selbst, während sich in den Köpfen der han-chinesischen Kinder negative Vorstellungsklischees bilden. Wie immer wieder berichtet, gelten tibetische Kinder als Folge einer solchen negativen Darstellung ihrer Geschichte als rückständig und werden von ihren Lehrern und Mitschülern oft verhöhnt und gescholten.¹⁴³

Bei der entstellten Vermittlung der tibetischen Geschichte spielen natürlich die Lehrbücher eine große Rolle. So erzählte Chakjam Gyal, ein Schüler aus dem Dorf Bokor in der TAP Tsolho folgendes:

„An unserer Schule gab es alle Stufen, von der Grundschule bis zur höheren Schule. In unserem ersten Jahr an der höheren Schule mußten wir ein Buch mit dem Titel „Chinesische Sprache“ studieren, in dem es ein separates Kapitel über den Potala Palast gab. Als Hauptmotiv für seinen Bau wurde die Pflege der unvergänglichen Freundschaft zwischen Tibet und China genannt“.¹⁴⁴

Ein junger Mönch, der anlässlich einer von China organisierten Preetour ausländischer Journalisten im August 2004 in der Nähe des Jokhang Tempels interviewt wurde, brachte seinen Unmut über den Mangel an Meinungsfreiheit in Tibet zum Ausdruck und klagte über die entstellte Version der tibetischen Geschichte, die den Schülern aufgezwungen wird. Er sagte:

„Wenn jemand aus China etwas über unsere Geschichte sagt, wissen wir, daß es nicht der Wahrheit entspricht, denn es ist nicht das, was unsere Lehrer uns als die wahre Geschichte gelehrt haben. Wir sind jedoch nicht frei, zu widersprechen, denn nur eine Version der Geschichte ist erlaubt“.¹⁴⁵

Der voreingenommene Geschichtsunterricht und die Verleugnung tibetischer Kultur und Tradition im Bildungssystem stellten eine Verletzung der Grundsätze dar, denen China durch die Ratifizierung des Internationalen Abkommens über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (ICESCR) beiepflichtet hat. Nach dem Art. 13(2) des ICESCR ist China verpflichtet, jeden der „Einzelaspekte“ (Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Akzeptabilität, Anpassungsfähigkeit) des Rechtes auf Bildung zu schützen¹⁴⁶. „Akzeptabilität“ bedeutet, daß die Form und Substanz der Erziehung, also die Lehrpläne und die Lehrmethoden, für die Studenten akzeptabel sein müssen. China kommt der Erfüllung der Bedingung der Akzeptabilität der Bildung aber nicht nach, weil es in keiner Weise dafür sorgt, daß das Bildungswesen den tibetischen Kindern kulturell angemessen ist, sondern ihnen statt dessen das Wissen über ihre Geschichte, Kultur und Tradition vorenthält.

Linguistische Identität gefährdet

Das chinesische Gesetz verfügt, daß diejenigen Sprachen unterrichtet werden dürfen, die bei spezifischen oder lokalen ethnischen Gruppen allgemein in Gebrauch sind. Dem Gesetz zufolge darf dieser Unterricht jedoch nur an solchen Schulen oder Erziehungseinrichtungen stattfinden, in denen die

¹⁴² A Generation in Peril, The Lives of Tibetan children under Chinese rule“, ICLT 2001, deutsche Übersetzung:

<http://www.igfm-muenchen.de/tibet/tjc/Kinderreport.html>

¹⁴³ Ibid.

¹⁴⁴ TCHRD Interview, 13. April 2004.

¹⁴⁵ A Report by Robert Marguand, The Christian Science Monitor, 25 August 2004.

¹⁴⁶ Umsetzung des ICESCR, Allgemeiner Kommentar No. 123, Das Recht auf Bildung, UN Doc E/C.12/1999/10, Para 50, 8. Dez. 1999.

Schüler der betreffenden ethnischen Minderheit in der Überzahl sind. Infolge dieser Klausel könnte die tibetische Sprache eines Tages aus den Schulen der ganzen TAR verschwinden, nämlich dann, wenn die tibetischen Kinder infolge der demographischen Veränderungen in der Region in der Gesamtmasse der Schüler zur Minderheit geworden sind.

Aber selbst dort, wo die tibetischen Kinder die Mehrheit der Schüler stellen, wird der Tibetisch-Unterricht zugunsten der chinesischen Sprache zurückgedrängt. Der Fall einer Oberschule im Kreis Shingha verdeutlicht, was für eine negative Auswirkung die chinesische Bildungspolitik auf die Verwendung und Bewahrung der tibetischen Sprache in der TAR hat. Diese Schule, die vom 11. Panchen Lama gegründet wurde, um Tibetisch wiederzubeleben und zu fördern, wird ausschließlich von tibetischen Kindern besucht. Von den 70 Lehrern waren ursprünglich nur 10 Chinesen. Die Behörden rissen jedoch schrittweise die Verwaltung der Schule an sich, was zur Folge hatte, daß die tibetischen Lehrer durch chinesische ersetzt wurden.

Die 19-jährige Tsering Kyi, die bis Juli 2003 die Oberschule des Kreises Shingha besuchte, erzählt: „Seit dem Zeitpunkt (der Übernahme durch die chinesischen Behörden) hat sich der Standard der tibetischen Sprache bedeutend verschlechtert. Der Unterricht in den Klassen findet jetzt auf Chinesisch statt, Tibetisch wurde auf eine Schulstunde reduziert. Die Schulleitung erklärte den Schülern, daß sie nur dann, wenn sie die chinesische Sprache beherrschen, eine Karriere machen könnten, andernfalls würden sie eine solche kaum verfolgen können“¹⁴⁷.

Der Art. 4(3) der UN-Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören, lautet:

„Die einzelnen Staaten sollten geeignete Maßnahmen ergreifen, damit Angehörige von Minderheiten, wo immer es möglich ist, die Gelegenheit erhalten, ihre Muttersprache zu lernen oder in dieser unterrichtet zu werden“.

In der Praxis hat China, was die linguistische Identität betrifft, die Rechte der tibetischen Minderheit jedoch nicht in seine Bildungspolitik integriert. Und statt, wie sie es sollte, mit allen Mitteln sicherzustellen, daß die tibetische linguistische Identität erhalten wird, ignoriert die chinesische Regierung bewußt die Gefährdung der tibetischen Sprache in eigentlicher Existenz, weil letztere nämlich fortschreitend durch Chinesisch als der alleinigen Unterrichtssprache an den Schulen der ganzen TAR ersetzt wird. Wie die Sonderberichterstatterin der UNO für das Recht auf Bildung, Katarina Tomasevski, richtig feststellt:

"Eine Bildungspolitik, welche die Rechte der Minderheiten respektiert, erfordert in allen Bereichen des Lebens die volle Anerkennung des Wertes der Sprache und Religion der Minderheiten durch die Mehrheit. Andernfalls ist Bildung eindeutig auf Assimilierung hin angelegt: Daher ist sie im Falle Tibets nicht mit Chinas Menschenrechtsverpflichtungen vereinbar".¹⁴⁸

Die Lage wird sich noch weiter verschlechtern, wenn der Zehnte Fünfjahresplan Chinas (2001-2005) erst einmal voll realisiert ist; er betont nämlich die Wichtigkeit der Rekrutierung von Lehrern aus China, um das Bildungswesen in Tibet zu entwickeln¹⁴⁹. Der Sinisierungsprozeß, der in den Schulen in ganz Tibet bereits eingesetzt hat, wird dann noch schneller vonstatten gehen.

Professor Dungkar Lobsang Trinley, eine der bedeutendsten kulturellen und intellektuellen Persönlichkeiten des modernen Tibets, der sogar von den chinesischen Behörden als "nationales Kleinod" geehrt wurde, sagte: "Unsere Hoffnungen auf die Zukunft, die Entwicklung im allgemeinen, unsere kulturelle Identität und die Bewahrung unseres Erbes – all das hängt nur von einem ab, dem Schicksal der tibetischen Sprache. Ohne gebildete Menschen, die fähig sind, sich auf allen Gebieten in ihrer eigenen Sprache auszudrücken, laufen die Tibeter unausweichlich Gefahr, assimiliert zu werden. Wir haben diesen Punkt bereits erreicht".¹⁵⁰

¹⁴⁷ TCHRD Interview 17. Mai 2004.

¹⁴⁸ Menschenrechtskommission, 60. Sitzung. Das Recht auf Bildung, Bericht vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Katarina Tomasevski, Addendum: Mission to China, UN Doc E/CN.4/2004/Add.1, Para 36; 21. Nov. 2003.

¹⁴⁹ „China investiert 30 Mrd. Yuan in die Grundschulbildung“, Xinhuanet, August 2001. Dem chinesischen Erziehungsministerium zufolge „müssen die Bildungsabteilungen in den besser entwickelten östlichen Regionen mobilisiert werden, um den zentralen und westlichen Regionen bei der Förderung der Bildung zu helfen, indem sie Geld und Lehrmittel liefern und auf der Basis eines Rotationssystems Lehrer dorthin entsenden“.

¹⁵⁰ Central Tibetan Administration, "Education's policy of Intend", <http://tibet.com>, 19 March 2004.

Zugänglichkeit der Bildung

Die Exekutivdirektorin von UNICEF, Carol Bellamy, drückte in einer Presseerklärung vom 30. August 2004 ihre Besorgnis darüber aus, daß nur 31% der Kinder in Tibet die Möglichkeit haben, die neun vorgeschriebenen Schuljahre zu durchlaufen¹⁵¹.

Zu den Faktoren, die Aufschluß geben könnten, warum nur so wenige Kinder in der TAR der Schulpflicht nachkommen, zählen gewiß die immensen finanziellen Hürden, welche die Eltern oft nicht überwinden können, um ihren Kindern eine Basis-Bildung zu ermöglichen.

Der Art. 10 des chinesischen Gesetzes von 1986 über allgemeine Schulpflicht lautet, daß der Staat von Schülern, die ihrer Schulpflicht nachkommen, keine Gebühren erheben darf. Die allgemeine und gebührenfreie Schulpflicht wurde in Tibet jedoch noch nicht realisiert.

Wie die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für das Recht auf Bildung, Katarina Tomasevski, feststellte, kennt China zwar die allgemeine Schulpflicht, aber sie ist nicht frei¹⁵². Obwohl Katarina Tomasevski nicht spezifizierte, ob sie bei ihrer Beurteilung des Pflichtunterrichts auch die TAR mit einbezog, ist das TCHRD aufgrund der vielen gesammelten Beweise überzeugt, daß sich ihre Aussage ganz gewiß auch auf das Schulsystem in der TAR bezieht.

Im Laufe der vergangenen 12 Monate hat das TCHRD zahlreiche Interviews mit tibetischen Flüchtlingen geführt. Immer wieder enthüllen ihre Aussagen, daß den Kindern in der ganzen TAR überhöhte Schulgebühren und andere informelle Bildungskosten abverlangt werden, die ihre Familien nicht aufbringen können.

Die 14-jährige Tenzin Nyima aus Lhasa ging sechs Monate in eine Mittelschule in Lhasa, bis ihre Eltern sie wieder herunternahmen, um sie um einer besseren Erziehung willen nach Indien zu schicken. Von ihrer kurzen Zeit in der Mittelschule berichtet sie:

„Das Schulgeld dort ist doppelt so hoch wie in der Grundschule, für Bücher und Schreibmaterial müssen die Schüler selbst aufkommen“.¹⁵³

Die 19-jährige Tsering Kyi, die bis Juli 2003 die Oberschule vom Kreis Shingha besuchte, erzählt:

„Die Schüler müssen zweimal jährlich 270 Yuan Schulgeld zahlen, zusätzlich müssen sie auch für ihre Verpflegung einen gewissen Betrag entrichten, der sich mit der zusätzlichen Ration für jede weitere Klasse erhöht. Außerdem treibt die Schulleitung oft noch Geld für diverse andere Posten von den Schülern ein“.¹⁵⁴

Das hohe Schulgeld und andere Zuzahlungen, die es den Eltern unmöglich machen, ihre Kinder zur Schule zu schicken, sind einer der Gründe, warum die Forderung nach Zugänglichkeit der Erziehung nicht verwirklicht wird. Dies steht im Widerspruch zu Chinas Verpflichtungen aus der Ratifizierung des ICESCR, dessen Art. 13(2) verfügt, daß „der Grundschulunterricht für jedermann Pflicht und allen unentgeltlich zugänglich sein muß“ und daß „die verschiedenen Formen des höheren Schulwesens ... auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, allgemein verfügbar und jedermann zugänglich gemacht werden müssen“.¹⁵⁵

Verfügbarkeit von Bildungseinrichtungen

Ein weiterer Grund für die geringe Beteiligung tibetischer Kinder am Schulbesuch ist, daß es in einigen entlegenen Landstrichen der Region einfach keine Schulen gibt. Das Problem bezieht sich hauptsächlich auf die ländlichen Gebiete, wo die Kinder weite Strecken zu Fuß gehen oder zu Pferde reiten oder andere Transportmittel benutzen müssen, um zur Schule zu gelangen. Sie finden es sehr beschwerlich, den weiten Weg zurückzulegen. Die Folge ist, daß etliche Kinder die Schule einfach abbrechen; es bleibt ihnen dann nichts übrig, als zu Hause in der Landwirtschaft zu arbeiten.

¹⁵¹ „UNICEF goes West to help children“, by Meng Yan, The China Daily, 3 Sept. 2004.

¹⁵² Menschenrechtskommission, 60. Sitzung. Das Recht auf Bildung, Bericht vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Katarina Tomasevski, Addendum: Mission to China, UN Doc E/CN.4/2004/Add.1, Para 17; 21. Nov. 2003.

¹⁵³ TCHRD Interview, 15. Dez. 2004.

¹⁵⁴ TCHRD Interview, 17. Mai 2004.

¹⁵⁵ Umsetzung des Internationalen Paktes über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte, Allgemeiner Kommentar No. 13, Das Recht auf Bildung, UN Doc e/C.12/1999/10, Para 6, 8. Dez. 1999.

Ngawang Lhamo, ein 19-jähriges Mädchen aus dem etwa 50 km südöstlich von Lhasa gelegenen Dorf Samye, erzählt:

„Die Kinder haben einfach keine Bildungsmöglichkeit, weil es keine Schulen in ihrem Umkreis gibt. Als Folge wenden sie sich dem Ackerbau zu. Es gibt zwar Schulen in unserm Landkreis, aber ich mußte drei Stunden per Traktor fahren, um die Schule zu erreichen. Deshalb ist der Schulbesuch ein Problem für die Jugendlichen“.¹⁵⁶

Der 18-jährige Tenzin aus dem Dorf Lhagog im Kreis Chatren, Provinz Sichuan, erzählt:

„Die Kinder meines Dorfes und des Nachbardorfes haben keine Möglichkeit zur Schule zu gehen. Man sieht fast keine Schüler in den Kreis-Schulen, weil es keine ordentlichen Straßen für Fahrzeuge gibt. Das Ergebnis ist, daß die Kinder wie eh und je in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Die hiesigen Bewohner beantragten den Bau einer Schule in ihrer Nähe, aber die chinesischen Behörden haben keine diesbezüglichen Schritte unternommen“.¹⁵⁷

Die 15-jährige Kyizon aus demselben Dorf stellt fest:

„Bis vor kurzem gab es gar keine Schule bei uns, weshalb die meisten Leute hier Analphabeten sind. Vor ein paar Jahren verlangte der Dorfchef, daß in jeder Familie ein Kind zwischen 7 und 14 Jahren zur Schule geschickt würde. Die Kinder müssen jedoch einen ganzen Tag zu Pferde reiten, um die Schule zu erreichen. Außerdem läßt der Bildungsstandard der Lehrer zu wünschen übrig, und die Schule selbst ist in einem jämmerlichem Zustand. Die Schüler werden demoralisiert und machen ihren Familien Probleme“.¹⁵⁸

Gemäß Art. 13(2) des ICESCR ist China gesetzlich verpflichtet, allen seinen Bürgern Bildung zugänglich zu machen. Das Versagen der chinesischen Regierung, genügend Schulen in ganz Tibet zur Verfügung zu stellen, bedeutet, daß sie ihrer Verpflichtung, die wesentlichen Forderungen des Rechtes auf Bildung zu erfüllen, nicht nachkommt.

Bildungsfreiheit: Übrig bleibt nur das Exil

Die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Bildung, Katarina Tomasevski, kommentierte:

„Chinas Gesetze definieren Bildung sowohl als Recht wie auch als Verpflichtung.¹⁵⁹ Die Spezifizierung von neun Pflichtschuljahren bekräftigt die Definition von Bildung als einer Verpflichtung¹⁶⁰... Die Lokalbehörden berufen sich oft auf das Gesetz der allgemeinen Schulpflicht, um die Eltern zu zwingen, ihre Kinder zur Schule zu schicken, und sie verhängen Geldstrafen, wenn die Eltern dieser Aufforderung nicht nachkommen“.¹⁶¹

Die Eltern werden durch das Gesetz gezwungen, ihre Kinder zur Schule zu schicken, aber sie können nicht wählen, welche Art der Erziehung ihren Kindern zuteil wird.¹⁶² Es wird immer schwieriger für sie, einen Bildungsweg für ihre Kinder zu finden, bei dem Kultur, Geschichte und Tradition des tibetischen Volkes, sowie sein sprachlicher Reichtum respektiert werden. Daher haben sie oft keine andere Wahl, als ihre Kinder über den Himalaya nach Indien zu den dortigen tibetischen Schulen zu schicken.

Tsamchoe Lhamo, die aus Tibet floh und am 25. April 2004 das Tibetan Reception Centre in Kathmandu erreichte, bezeugt:

¹⁵⁶ TCHRD Interview, 13 Dez. 2004.

¹⁵⁷ Ibid.

¹⁵⁸ Ibid.

¹⁵⁹ Der Art. 46 der chinesischen Verfassung besagt, daß die Bürger der VR China das Recht wie auch die Pflicht haben, Bildung zu genießen; Art. 9 des Bildungsgesetzes besagt, daß die Bürger der VR China das Recht und die Pflicht haben, Bildung zu empfangen, und daß alle Bürger, ungeachtet ethnischer Zugehörigkeit, Rasse, Geschlecht, Beruf, Eigentumsstatus oder religiöser Überzeugung in Übereinstimmung mit dem Gesetz die gleichen Möglichkeiten zur Bildung haben müssen.

¹⁶⁰ Der Art. 5 des Schulpflicht-Gesetzes besagt, daß alle Kinder, die das Alter von 6 Jahren erreicht haben, in einer Schule eingeschrieben werden müssen und ungeachtet von Geschlecht, Nationalität oder Rasse während der vorgeschriebenen Anzahl von Jahren Pflichtunterricht erhalten müssen.

¹⁶¹ Menschenrechtskommission, 60. Sitzung. Das Recht auf Bildung, Bericht vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Katarina Tomasevski, Addendum: Mission to China, UN Doc E/CN 4/2004/Add.1, Para 17; 21. Nov. 2003.

¹⁶² Ibid.

„Im Juni 2003 gab das PSB der Präfektur Shigatse in den 29 Dörfern des Distrikts Dingri bekannt, daß es den Familien untersagt sei, ihre Kinder auf tibetische Schulen nach Indien zu schicken und sie diese statt dessen in chinesisch verwalteten Schulen unterbringen müßten. Die Behörden warnten auch, daß Eltern, die dieser Aufforderung nicht nachkämen, mit Gefängnis bestraft würden. In dem Dorf Yujong mußten etwa 20 Familien je 1.500 Yuan Strafe zahlen, weil sie ihre Kinder nicht auf die chinesische Schule geschickt hatten. Frau Pasang, eine dreifache Mutter, mußte gar 6.000 Yuan Strafe zahlen, weil sie ihre Kinder auf eine Schule in Indien geschickt hatte“.¹⁶³

In Verletzung des in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Grundsatzes (Art. 13), daß „jeder Mensch das Recht hat, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen“, schränkt die chinesische Regierung die Tibeter in ihrer Freizügigkeit so sehr ein, daß es ihnen fast unmöglich ist, aus China auszureisen, um tibetische Schulen im Exil zu besuchen. Trotz allem setzen tibetische Kinder weiterhin ihr Leben aufs Spiel und verlassen Tibet auf der Suche nach einer Schulbildung, die ihrer Sprache, Kultur, Geschichte und ihren Traditionen gerecht wird.

Seit Beginn der achtziger Jahre haben über 7.000 Kinder das Äußerste riskiert und sind über den Himalaya geflohen in der Hoffnung, im Exil die Art von Bildung zu erhalten, die ihnen in ihrer Heimat verwehrt wird. Von Januar bis August 2004 trafen 2.416 Flüchtlinge im Tibetan Refugee Reception Centre in Dharamsala ein. Fast 21% davon waren Kinder unter 13 Jahren, während der Prozentsatz von Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren ein wenig über 40% liegt. Kinder und Jugendliche machen daher 61% der in acht Monaten neu eingetroffenen Flüchtlinge aus. Allein im September kamen 328 Flüchtlinge in Dharamsala an, von denen 82% unter 25 Jahren waren. Die Gesamtzahl der vom Tibetan Refugee Reception Centre von 1991 bis Juni 2004 registrierten Flüchtlinge beträgt 43.634 – knapp 60% davon waren unter 25 Jahren.

Schlußbemerkung

1996 brachte das UN-Komitee für die Rechte des Kindes (CRC) in seinem Abschlußkommentar über den von China vorgelegten periodischen Rechenschaftsbericht seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, „daß der Schulbesuch in Minderheitengebieten, einschließlich der Autonomen Region Tibet, viel zu wünschen übrig läßt, weil die Qualität der Erziehung minderwertig ist und nicht genügend Anstrengungen unternommen wurden, um ein bilinguales Erziehungssystem zu schaffen, das einen adäquaten Unterricht auf Chinesisch mit einschließt. Alle diese Mängel bilden einen Nachteil für tibetische und andere Schüler von Minderheiten, wenn es um die Aufnahme in höhere und Fachschulen geht“.¹⁶⁴

Bedauerlicherweise treffen diese Bemerkungen auch heute, nach fast 10 Jahren, noch genauso auf die Lage des Bildungswesens in Tibet zu.

Es steht außer Frage, daß die chinesische Regierung im Laufe der letzten acht Jahre einen beachtlichen Umfang an finanziellen Mitteln zum Zweck der Verbesserung des Bildungswesens in Tibet bereitgestellt hat. In ihrem ersten dem UN-Ausschuß für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte vorgelegten Bericht hob sie die Aufstockung der Ausgaben im Staatshaushalt für die Bildung der „Minderheitennationalitäten“ besonders hervor.¹⁶⁵ Nirgends steht jedoch etwas davon, daß die Regierung konkrete Maßnahmen unternommen hätte, um bei ihrer Bildungspolitik die Rechte der Minderheiten zu berücksichtigen.

Chinas Rechenschaftsbericht spiegelt die eindimensionale Vorgehensweise bei der Verwirklichung des Rechts auf Bildung in Tibet deutlich wieder. Die chinesische Regierung scheint nicht begriffen zu haben, daß die bloße Bereitstellung von Geldern für Bildung, so notwendig sie auch sein mag, nicht genügt, um zu gewährleisten, daß den tibetischen Kindern gemäß dem ihnen zustehenden Recht eine Erziehung zuteil wird, die ihre Kultur und Identität achtet und wahrt.

Asbjørn Eide, Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Minderheiten bei der UN-Unterkommission für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte, schrieb:

¹⁶³ TCHRD Interview, 25. April 2004.

¹⁶⁴ Committee on the Rights of the Child, 12th Session, Concluding observations of the Committee on the Rights of the Child: China; UN Doc CRC/C/15/Add.56, Para. 19; 7 June 1996.

¹⁶⁵ Committee on Economic, Social and Cultural Rights, 34th Session; Implementation of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, Initial report submitted by the People's Republic of China; UN Doc E/1990/5/Add.59, Para. 218; 4 March 2004.

„Durch den Schutz von Minderheiten soll gewährleistet werden, daß Integration nicht zu einer unerwünschten Assimilation wird, d.h. daß die Identität von Volksgruppen, die auf dem Territorium eines Staates wohnen, nicht untergraben wird“.¹⁶⁶

Aus der Sicht der Menschenrechte haben die Tibeter als „Minderheiten-Nationalität“ daher Anspruch auf einen besonderen Schutz. Tibetische Kultur, Geschichte und Tradition erfordern nicht nur, daß sie in ihren besonderen Charakteristika akzeptiert und toleriert werden, sondern auch, daß ihnen von der chinesischen Regierung eine positive Haltung entgegengebracht wird. Schutz der tibetischen Identität würde bedeuten, daß China von jeglicher Politik Abstand nehmen müßte, welche die Assimilation der tibetischen Minderheit in die dominierende Kultur bezweckt oder bewirkt. Ausschlaggebend ist hier die Bildungspolitik Pekings. Wenn die chinesische Regierung den Tibetern die Möglichkeit verweigert, ihre eigene Sprache zu erlernen und in ihrer eigenen Sprache unterrichtet zu werden, wenn sie die Vermittlung der tibetischen Kultur, Geschichte, Tradition und Sprache aus ihrem Bildungsweg ausschließt, verstößt sie eindeutig gegen ihre Pflicht, die Identität einer bestimmten Minderheit zu schützen.

Interview mit Dawa Tashi (ehemaliger Student der Tibet-Universität)

Am 9. Juni 2003 erschienen unvermittelt Beamte des Public Security Bureau (PSB) in Zivil auf dem Campus der Tibet-Universität in Lhasa, der Hauptstadt der TAR. Sie durchsuchten die Schlafsäle der Studenten, wobei sie eine Reihe von politischen Schriftstücken und einen an die Vereinten Nationen gerichteten Brief fanden. Fünf Studenten wurden wegen „Spaltung des Mutterlandes, Untergrabung der Einheit der Nationalitäten und Verletzung der Verfassung“ auf der Stelle festgenommen und in das PSB-Haftzentrum der TAR geschafft. Diese fünf hatten im Verborgenen politische Aufsätze geschrieben und eine geheime Gruppe namens „Tibetischer Demokratischer Jugendverein“ gegründet. Da diese Gruppe mit ihren politischen Aktivitäten noch im Vorbereitungsstadium war, aber noch keine zur Ausführung gebracht hatte, wurden vier der Mitglieder nach einem Monat freigelassen und zur Universität zurückgeschickt. Der fünfte Student, Dawa Tashi – als der Rädelsführer verdächtigt – wurde zunächst in Gewahrsam gehalten, bis auch er am 12. August 2003 freigelassen wurde. Bei seiner Rückkehr zur Universität warfen ihm der Rektor und der Dekan der Tibet-Fakultät vor, den guten Ruf der Universität geschädigt und Mitstudenten gegen die Regierung aufgebracht zu haben. Eine allgemeine Versammlung von 3.000 Studenten und Angehörigen der Fakultät wurde einberufen, bei der Dawa wegen seiner „spalterischen Tätigkeiten“ abgeurteilt wurde. Daraufhin wurde er, obwohl ihm zu seinem akademischen Abschluß nur noch eine Prüfung gefehlt hätte, am 25. August 2003 von der Universität verwiesen. Er beschloß ins Exil zu gehen und traf Anfang 2004 in Dharamsala ein.

In einem Interview mit dem TCHRD berichtet Dawa von seiner Zeit als Student in Tibet, wobei er auch einige das Bildungswesen auf Hochschulebene betreffende Fragen berührt.

Frage: Was bewog Sie zu Ihrem Entschluß, Tibet zu verlassen?

Antwort: Nachdem ich als „Separatist“ gebrandmarkt und von der Universität gejagt wurde, wäre es für mich ziemlich unmöglich gewesen, ein normales Leben in Tibet zu führen. So jemand wie ich wird ständig durch die Behörden überwacht, und auch auf seine Angehörigen wird immenser Druck ausgeübt. Ich verlor allmählich die Hoffnung und fühlte mich nutzlos. Deshalb entschloß ich mich, ins Exil zu fliehen, damit wenigstens meine Familie des ständigen Druckes enthoben sein würde. Außerdem dachte ich, vom Exil aus könnte ich der Sache Tibets besser dienen.

F: Glauben Sie, Ihre Entscheidung, Tibet zu verlassen, war richtig?

A: Ja. Hier im Exil bekomme ich Informationen, ich höre Nachrichten und Geschichten aus aller Welt, was in Tibet nicht möglich ist. Ich bin so glücklich, Neues zu lernen und mehr Wissen zu erwerben. Aber es war sehr schmerzhaft für mich, mich von meiner Familie trennen zu müssen.

F: Meinen Sie, wenn Sie zurückblicken, daß etwas schief gelaufen sein könnte? Bereuen Sie irgend etwas?

A: Ich bereue nichts, mir tut es nur leid, daß ich nicht die Möglichkeit hatte, das, was wir geplant hatten, in die Tat umzusetzen.

¹⁶⁶ Kommentar zu der Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und linguistischen Minderheiten angehören, von Asbjørn Eide, UN Doc E/CN.4/Sub.2/AC.5/2001/2, Para. 21, 2 April 2001.

F: Welche Auswirkungen könnten Ihre Aktivitäten, Ihre Verhaftung und schließlich der Verweis von der Hochschule auf andere tibetische Studenten Ihrer Universität haben?

A: Die Art und Weise, wie die Behörden mit Fällen wie dem meinen umgehen, flößt jedermann Respekt und Furcht ein. Ich wurde als „Separatist“ gebrandmarkt und vor drei Tausend Studenten und Lehrern beschämt und beschimpft. Man warf mir vor, der Universität einen schlechten Ruf eingebracht zu haben, und wegen meiner Handlungen wurde ich ausgestoßen. Anderen Studenten wurde unmißverständlich klar gemacht, daß ihnen dasselbe blüht, wenn sie ebensolchen Aktivitäten nachgehen. In der Vergangenheit stellte man uns oft zur Abschreckung den Fall Lobsang Tenzin vor Augen, der wegen seiner „spalterischen“ Tätigkeiten lebenslang hinter Gittern sitzt. Man warnte uns, daß uns dasselbe Schicksal drohe, wenn wir es ihm gleich tun würden. Die Studenten bekamen natürlich große Angst. Keiner will in eine solche Lage geraten, aber ich glaube, daß diejenigen, die fühlen, daß sie um des höheren Interesses ihres Volkes willen protestieren müssen, es dennoch tun werden.

F: Was verstehen Sie unter Menschenrechten? Werden die Menschenrechte in Tibet irgendwie wahrgenommen?

A: Im Radio und Fernsehen hören wir von der UNO und den Menschenrechten. Manchmal kommt auch in Teesalons oder Restaurants jemand auf diese Begriffe zu sprechen. Wir wissen nicht, wer sie sind. Im allgemeinen sind sich die Leute aber keiner solchen Rechte bewußt. Sie wissen nichts davon, sie sprechen nicht über Menschenrechte. Sie wissen nur, was sie in den offiziellen Medien hören, das ist alles.

F: Nun, da Sie über ein Jahr in Indien sind und gesehen haben, wie die Tibeter hier leben, wie nehmen Sie den Unterschied hinsichtlich der menschlichen Freiheit zwischen hier und Tibet wahr?

A: Ich kann sagen, daß der Unterschied wie der zwischen Himmel und Erde ist. Kurz nach meiner Ankunft in Indien hatte ich Gelegenheit, bei der jährlichen Sitzung der Versammlung der tibetischen Volksdeputierten (ATPD) anwesend zu sein. Die Abgeordneten brachten die Beschwerden und Sorgen der Bevölkerung zur Sprache und diskutierten sie frei und offen mit den Vertretern der Exilregierung, ohne sich fürchten zu müssen. In Tibet oder China wäre so etwas nicht möglich. Dort wird bei den Meetings sogar beobachtet, wie der Gesichtsausdruck der Teilnehmer ist. Man darf sich nicht ansehen lassen, daß man mit der Regierungspolitik nicht einverstanden ist oder sie in Frage stellt. So etwas wäre sehr gefährlich.

F: Können Lehrer und Studenten an der Universität in Tibet ihre Gedanken frei ausdrücken?

A: Allgemein gesagt, sind Lehrer und Studenten frei, ihre Meinung auszudrücken, solange sie nicht über politische Themen sprechen, besonders über die Unabhängigkeit für Tibet.

F: Können sich die Studenten in ihrer Universität zu Studentenvereinigungen oder anderen Vereinen dieser Art frei zusammenschließen?

A: Ja, Studenten dürfen Vereine bilden, die auf die Verbesserung des Allgemeinwohls der Studenten ausgerichtet sind, aber eine Vereinigung, die eine politische Zielsetzung hat, können sie nicht so ohne weiteres gründen.

F: Haben Studenten, als einzelne oder über ihre Vereinigung, ein Mitspracherecht bei den Angelegenheiten der Verwaltung der Universität und ihrer Politik?

A: Die Studenten können ihre Wünsche in gewissen Dingen vorbringen, sie können etwa die Einführung von Tibetisch als Unterrichtssprache fordern. Ich würde jedoch nicht sagen, daß sie echten und wirksamen Druck auf die Universitätsleitung ausüben könnten. Gar keinen Einfluß haben sie auf jeden Fall auf die Bildungspolitik, und wirklich ändern können sie die Dinge an ihrer Universität auch nicht.

F: Was für einen Grad an politischem Druck, falls es ihn gibt, üben die Behörden auf die Universitätsleitung aus?

A: Im allgemeinen hat die Universitätsleitung ein gewisses Maß an Eigenständigkeit bei der Entscheidung von Angelegenheiten, die den Unterricht in ihrer Institution betreffen. Sie muß sich jedoch streng an die Vorschriften und Richtlinien halten, die vom Bildungsministerium herausgegeben werden und darf bei deren Umsetzung die Grenze nicht überschreiten. Und wenn sehr ernste Dinge zur Entscheidung anstehen, muß die Universitätsverwaltung üblicherweise der Regierung Bericht erstatten.

F: Auf welche Weise werden Fächer wie Politik und Geschichte an der Universität gelehrt?

A: Wenn ein Lehrer Unterrichtsstunden in tibetischer Geschichte gibt, bleibt ihm nichts übrig als den offiziellen Vorgaben zu folgen, die für den Geschichtsunterricht formuliert wurden, vor allem darf er nicht von dem abweichen, was in den Lehrbüchern steht. Es hat keine Möglichkeit, darüber hinauszugehen.

F: Können die Studenten den Inhalt der Lehrbücher in Frage stellen und mit ihrem Lehrer darüber diskutieren?

A: Als ich im Geschichtsunterricht saß, schienen Lehrer und Studenten zu glauben, daß das, was in den Büchern steht, richtig sei, weshalb es keinen Anlaß für Widerspruch gab. Die Studenten können die Geschichte, wie sie ihnen in offizieller Version vorgetragen wird, zwar anzweifeln, doch scheinen sie von der Wahrheit dessen, was sie hören, überzeugt zu sein.

F: Können die Studenten in der Universitätsbibliothek überhaupt Bücher finden, die eine alternative Version von Geschichte und Politik bieten?

A: Bücher nichtpolitischen Inhalts gibt es gewöhnlich genug in den Büchereien. Was Politik und Geschichte betrifft, so sind der Öffentlichkeit nur Bücher zugänglich, die von der Regierung gebilligt wurden.

F: Ist es überhaupt möglich, Bildungseinrichtungen auf Hochschulebene zu gründen?

A: Soviel ich weiß, gibt es einige Initiativen, um Bildungseinrichtungen aus privaten Mitteln aufzubauen, jedoch nicht auf Hochschulebene.

F: Gibt es Ihrer Ansicht nach überhaupt eine Möglichkeit für ein College-Studium, das sich von dem vom Staat befürworteten Studium wesentlich unterscheidet?

A: Leider nicht. In Tibet gibt es keine Spur von privaten akademischen Institutionen. Alle Hochschulen werden von der Regierung eingerichtet und geführt.

F: Was sind die grundlegenden Voraussetzungen, um in einem College Aufnahme zu finden?

A: Die Hauptbedingung ist, daß man die für die Zulassung national festgesetzte Punktezahl erreicht; sie wird auf der Basis der Noten errechnet, die man in seinem Schulabgangszeugnis erzielt hat. Die für die Zulassung erforderlichen Zensuren sind in ganz China dieselben. In Tibet liegt die Schwelle für die Zulassung jedoch etwas niedriger. Mit dieser Sonderregelung sollen Studenten aus der tibetischen Minderheit ermutigt werden, sich an der Universität einzuschreiben.

F: Sind die Gebühren für den Universitätsbesuch erschwinglich?

A: Die jährlichen Studiengebühren betragen etwa 3.000 Yuan, dazu kommen ungefähr 800 Yuan für Unterkunft. Bücher und Schreibmaterial kosten außerdem bis zu 150 Yuan.

F: Halten Sie diese Forderungen angesichts des Lebensstandards der Tibeter für zumutbar.

A: Ich könnte nicht sagen, ob diese Summe dem durchschnittlichen Tibeter sehr hoch erscheint. Ich weiß jedoch, daß die Universitätsgebühren in China doppelt so hoch wie in Tibet sind. Und ebenso kann ich mit absoluter Gewißheit sagen, daß derartige Gebühren für eine durchschnittliche tibetische Familie auf dem Land mehr oder weniger unerschwinglich wären.

F: Was sind Ihrer Meinung nach die negativsten Aspekte des universitären Bildungswesens in Tibet?

A: Ich denke, am Schlimmsten ist, daß nur noch eine geringe Zahl von Fächern, wie tibetische Geschichte, Kultur und traditionelle Medizin auf Tibetisch unterrichtet werden. Alle anderen Fächer werden ausschließlich auf Chinesisch unterrichtet. Die Studenten haben absolut keine Möglichkeit, Wirtschaft, politische Wissenschaften, Recht usw. durch das Medium ihrer eigenen Sprache zu studieren.

F: Denken Sie, die Lage an den Universitäten wäre besser, wenn das Bildungswesen in Tibet nicht der chinesischen Regierung unterstünde?

A: Ich würde definitiv sagen, daß das Bildungssystem in Tibet dann besser wäre, hauptsächlich, weil alle Fächer auf Tibetisch unterrichtet würden. Ich denke, für die Studenten wäre das Studium interessanter und leichter. Außerdem hätten sie die Gelegenheit, politische Fragen zu diskutieren, wovon sie jetzt ausgeschlossen sind. Ich meine auch, daß es mehr tibetische Studenten an den Universitäten gäbe, wenn Tibet nicht von China beherrscht würde. Chinesische Studenten nehmen nämlich immer häufiger die Plätze ein, die für tibetische Studenten vorgesehen sind.

Der heute 25-jährige Dawa Tashi wurde im Distrikt Nagartse, Präfektur Lhoka, TAR, geboren. Er ging von 1988 bis 1991 zur Grundschule in seinem Dorf und von 1991 bis 1994 zur staatlichen Grundschule von Nagartse. Nachdem er 2000 die höhere Schule abgeschlossen hatte, studierte er an der Abteilung für tibetische Sprache der Tibet-Universität in Lhasa, bis er im August 2003 von dieser ausgeschlossen wurde.

D. Bürgerliche und politische Rechte

China hat das Internationale Abkommen über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) am 5. Oktober 1998 unterzeichnet, es aber noch nicht ratifiziert – mit der Begründung, für ein in der Entwicklung begriffenes Land wie es selbst seien die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des Volkes wichtiger als die bürgerlichen und politischen. China ratifizierte lediglich das Internationale Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR).

Die Tatsache, daß Peking den ICCPR noch nicht ratifiziert hat, befreit es jedoch nicht von der Pflicht, die verfassungsmäßigen Rechte seiner Staatsbürger zu garantieren. China ist ebenso verpflichtet, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR) niedergelegten Prinzipien zu achten und einzuhalten. In der Präambel zum ICCPR heißt es eindeutig:

“In der Erkenntnis, daß nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Ideal vom freien Menschen, der bürgerliche und politische Freiheit genießt und frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn Verhältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine bürgerlichen und politischen Rechte ebenso wie seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte genießen kann...”.

China nützt alle ihm zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel, um eine Beobachtung und Prüfung der Menschenrechtslage im Land zu blockieren. Bei Menschenrechtsfragen gibt China bilateralen Gesprächen den Vorzug vor multilateralen, weil es einfacher ist, ein einzelnes Land als gleichzeitig viele zu beeinflussen. Während der China-EU Beratungen zur Ratifizierung des ICCPR, die im Juni 2004 stattfanden, versprachen die Vertreter Chinas, sich ernsthaft mit dem Abkommen zu befassen und die notwendigen Voraussetzungen für dessen baldige Ratifizierung zu schaffen¹⁶⁷.

Allerdings decken sich die chinesischen Versprechungen nicht mit dem, was in der Praxis geschieht. Auch 2004 wurde die Meinungs- und Redefreiheit in China massiv unterdrückt. Ein deutliches Beispiel für das Ausmaß der Kontrolle der Redefreiheit durch die chinesischen Behörden bietet der Fall der tibetischen Schriftstellerin Woesser, die wegen ihrer Verbundenheit mit dem Dalai Lama und der tibetischen Religion verfolgt wird¹⁶⁸. Ebenso verdeutlicht die Festnahme von drei chinesischen Intellektuellen, die kein Blatt vor den Mund nahmen, im Dezember und ihre kurz darauf erfolgte Freilassung, wie weit Peking mit seinen Maßnahmen geht, um die Intellektuellen im Lande zum Schweigen zu bringen.

Dem TCHRD wurden 2004 einundzwanzig Fälle von Verhaftungen wegen des Verdachts auf Aktivitäten bekannt, die der Regierung als eine “Gefährdung der Staatssicherheit” gelten – also Aktivitäten, bei denen Freiheit für Tibet gefordert oder auch nur Verehrung für den Dalai Lama ausgedrückt wurde. Des weiteren liegen dem TCHRD Informationen über mindestens zwanzig Fälle von Verhaftungen von Tibetern vor 2004 vor. Nach den Unterlagen des TCHRD beträgt die Anzahl der politischen Gefangenen 145 Personen (Stand Dezember 2004). Die Neuauflage der “Kampagne des harten Durchgreifens” in der Autonomen Region Tibet (TAR) und die Fortführung und Intensivierung der “Kampagne der patriotischen Umerziehung” in den Klöstern Tibets sind klare Anzeichen dafür, daß der Staat seine Kontrolle weiter verstärkt hat.

¹⁶⁷ Xinhuanet, 1 July, 2004.

¹⁶⁸ Wang Lixiong, „Tibet Facing Imperialism of two kinds: An analysis of Woesser incident“.

I. Bürgerliche Freiheiten

Inhalt:

Einführung
 Das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung
 Willkürliche Festnahme und Inhaftierung
 Prominente Fälle willkürlicher Gefangenschaft in Tibet
 Folter
 Tod im Polizeigewahrsam
 Das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren
 Unabhängigkeit der Justiz
 Todesstrafe
 Anti-Terror-Übungen in Lhasa
 Die „Schlag-hart-zu“ Kampagne
 Einrichtungen zur Umerziehung-durch-Arbeit
 Einschränkung der Bewegungsfreiheit
 Schlußbemerkung

Einführung

Die VR China unterzeichnete das Internationale Abkommen über Bürgerliche und Politische Rechte (ICCPR) am 5. Oktober 1988. Obwohl dies ein wichtiger Schritt in Richtung Verwirklichung der bürgerlichen und politischen Rechte ist, bleibt zu bedauern, daß China diesen Vertrag bislang noch nicht ratifiziert hat.

Am 14. März 2004 verabschiedete der 10. Nationale Volkskongreß Chinas eine Verfassungsänderung, die eine allgemeine Verfügung zu den Menschenrechten beinhaltet. Der Art. 33(3) der chinesischen Verfassung lautet nun: „Der Staat achtet und schützt die Menschenrechte“. Dieser Zusatz wurde allgemein als ein Fortschritt in Sachen Menschenrechten in China gewürdigt. Solange die generelle Feststellung des Art. 33(3) jedoch nicht durch geeignete legislative Verfügungen geltend gemacht und vor allem durch ein effektives rechtliches System und eine unabhängige Justiz abgesichert wird, ändert sich im wesentlichen an der allgemeinen Menschenrechtssituation in China wohl nichts.

Was die Menschenrechtslage in Tibet betrifft, so kann leider von keiner Besserung berichtet werden, sie hat sich eher verschlechtert. Nachrichten, die uns aus Tibet erreichen, liefern ein Bild der systematischen Verletzung der bürgerlichen und politischen Rechte der einheimischen Bevölkerung.

Die Art. 35 und 36 der chinesischen Verfassung gewährleisten das Recht auf Rede-, Versammlungs- und Religionsfreiheit. Aber trotz dieser verfassungsmäßigen Garantien werden die Menschenrechte in Tibet kontinuierlich verletzt, wie die Augenzeugenberichten der ins Exil geflohenen Tibeter belegen. Die Realität ist, daß sowohl die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit als auch die Meinungs- und Religionsfreiheit schwer eingeschränkt sind.

Was die politischen Rechte betrifft, so kamen in dem Berichtsjahr einige bekannte politische Häftlinge frei: Phuntsok Nyidrol, die weibliche Gefangene mit der längsten Haftstrafe, wurde nach 16 Jahren aus dem Drapchi Gefängnis entlassen; Ngawang Woesser und Ngawang Gyaltzen, Mönche aus dem Kloster Drepung, welche die Demonstration vom September 1987 anführten; Geshe Sonam Phuntsok, der in dem Chuangdong Gefängnis No. 3 in der Provinz Sichuan inhaftiert war. Aus der Freilassung von ein paar politischen Häftlingen und einer rückläufigen Tendenz bei der Gesamtzahl an Gefangenen darf man jedoch noch auf keine Besserung der Menschenrechtslage in Tibet schließen.

Das TCHRD hat 146 Fälle von politischen Gefangenen dokumentiert, die immer noch in den diversen chinesischen Gefängnissen in Tibet einsitzen. Von diesen verbüßen 55 Haftstrafen von über 10 Jahren, während 63 % aller Gefangenen Mönche sind. Das TCHRD ist überzeugt, daß es noch weit mehr Fälle von Festnahmen gibt, die aber nie ans Licht kamen. Amnesty International weiß von mindestens 145 Fällen tibetischer politischer Gefangener, die festgehalten werden, weil sie auf friedliche Weise für die Unabhängigkeit Tibets eintraten oder dem Dalai Lama loyal bleiben wollten. Da unabhängigen Personen der Einblick in die Gefängnisse und der Zugang zu den Gefangenen verwehrt werden, ist es absolut unmöglich, die genaue Anzahl der tibetischen politischen Häftlinge festzustellen.

In dieser Beziehung ist aufschlußreich, daß der frühere Sonderbeauftragte der UNO für Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung, Theo van Boven,

dessen China-Besuch für Ende Juni 2004 vorgesehen war, wissen ließ, daß seine Mission auf Bitte Chinas auf später im Jahr verschoben wurde. Die Regierung begründete den Aufschub damit, daß sie zur Vorbereitung für seinen zweiwöchigen Besuch etwas mehr Zeit benötige¹⁶⁹. Alle Anstrengungen, die van Bovens Vorgänger Sir Nigel Rodley seit 1996 unternommen hatte, um China zu besuchen, waren erfolglos geblieben.

Die Informationen in diesem Kapitel basieren auf dem, was tibetische Flüchtlinge und andere 2004 dem TCHRD über Menschenrechtsverletzungen in Tibet berichteten. Man kann davon ausgehen, daß die geschilderten Fälle nur einen Bruchteil der tatsächlich stattgefundenen Mißhandlungen darstellen. Die meisten Menschenrechtsverletzungen in Tibet bleiben im Dunkeln: Erfahrungsgemäß sehen sich die Beobachter bei ihren Nachforschungen über die Menschenrechtsslage in Tibet großen Hindernissen gegenüber. In manchen Fällen kommen Verhaftungen, Inhaftierungen und Gerichtsurteile erst Jahre später ans Licht.

Das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung

Der Art. 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte schreibt fest:

„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten“.

Auch der Art. 35 der Verfassung der VR China garantiert die Freiheit von Meinungsäußerung, Publikation, Demonstration und Versammlung. Er lautet: „Die Bürger der Volksrepublik China genießen die Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung, der Vereinigung, der Durchführung von Protestmärschen und Demonstrationen“.

Weiterhin verbürgt die chinesische Verfassung die Glaubensfreiheit, die Würde der Person und ihre Unantastbarkeit, sowie die Privatsphäre und Freiheit bei der Korrespondenz¹⁷⁰.

In der Praxis wurden jedoch das ganze Jahr 2004 hindurch die dem tibetischen Volk durch die Art. 35 und 36 der chinesischen Verfassung verbürgten Rechte verletzt. Unabhängige Reporter, Autoren und Künstler wurden zensiert und mittels diverser repressiver Maßnahmen und Schikanen in die Enge getrieben.

Am 22. September 2003 wurde Dorjee Tsephel aus dem Distrikt Chabcha der TAP Tsolho in der Provinz Qinghai verhaftet und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er ein Lied zu Ehren des Dalai Lama geschrieben hatte¹⁷¹.

Am 20. März 2004 wurden Namkha und Bagocha, die Nomadenfamilien im Distrikt Tongde, Provinz Qinghai, entstanmen, vom Public Security Bureau des Distrikts festgenommen, weil die Behörden politische Untertöne in ihren Liedern mit Titel „Amdo Phadod“ (Der Held aus Amdo) und „Tsenpoe Phonya“ (Der Herold des Königs) witterten. Sie konfiszierten die von der Bevölkerung bereits gekauften CDs und nahmen Sänger und Liedermacher fest. Nach zwei Monaten wurden die beiden wieder auf freien Fuß gesetzt¹⁷².

Bei einem ähnlichen Fall wurde Ghangshun, ein tibetischer Sänger aus der Provinz Qinghai, im Februar 2004, festgenommen, weil er ein Lied zu Ehren des Dalai Lama gesungen hatte. Bis zum heutigen Tag weiß niemand etwas über seinen Verbleib.

Willkürliche Festnahme und Inhaftierung

Art. 9 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet: „Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden“.

Art. 71 der chinesischen Strafprozeßordnung fordert, daß beim Zeitpunkt der Festnahme ein Haftbefehl vorgelegt wird. Im Art. 59 steht:

¹⁶⁹ Special Rapporteur announces postponement of visit to China, 16 June 2004;

http://www.unog.ch/unog/website/news_media.nsf/

¹⁷⁰ Art. 36,37,38,39 und 40 der Verfassung der VR China.

¹⁷¹ Tibet Times, 20. Mai 2004.

¹⁷² „Tibetischer Sänger und Dichter nach zweimonatiger Haft freigelassen“, TCHRD, Human Rights Update Mai 2004.

„Die Verhaftung eines Tatverdächtigen oder eines Beschuldigten muß von den Volksprokuratoren (der Staatsanwaltschaft) gebilligt oder von einem Volksgericht beschlossen werden“. Und der Art. 64 der Strafprozeßordnung fügt hinzu: „...bei der Festnahme einer Person müssen die Sicherheitsorgane einen Haftbefehl vorweisen. Die Familie des Festgenommenen oder seine Arbeitseinheit müssen über den Grund der Verhaftung in Kenntnis gesetzt werden“.

In der Praxis aber erfolgen Verhaftungen in Tibet nur all zu oft ohne Vorlage eines Haftbefehls oder Kontrolle durch die Justiz, und die Familie des Festgenommenen wird häufig in Unkenntnis über seinen Aufenthaltsort gelassen.

Im September 2004 erhielt eine Delegation der UN Arbeitsgruppe für Willkürliche Verhaftung (Working Group on Arbitrary Detention – WGAD) unter der Leitung von Leila Zerrougui die Erlaubnis zum Besuch des Gefängnisses No. 1 der TAR (Drapchi) und des Haftzentrums Lhasa (Gutsa). Die Arbeitsgruppe beklagte jedoch im Nachhinein, daß ihr im Drapchi-Gefängnis in Lhasa mitgeteilt wurde, aufgrund interner Regelungen könnten gewisse Insassen aus ihrer Liste nicht interviewt werden. Der Arbeitsgruppe war es im Hinblick auf die Vorfälle nach ihrem Besuch von 1997 aber gerade wichtig, diese Personen zu Gesicht zu bekommen. Die Arbeitsgruppe beschloß daraufhin, ihren Besuch in Drapchi abzuberechen¹⁷³.

In den vergangenen 10 Jahren hat die Arbeitsgruppe 39 Gutachten zu 208 mutmaßlichen Fällen willkürlicher Verhaftung in China erstellt. Sie kam zu Ergebnis, daß es sich bei 180 von diesen 208 Fällen in der Tat um willkürliche Verhaftung handelt. Zu den restlichen 28 Fällen konnte sie keine Aussage treffen, entweder weil die Gefangenen bereits vor der Untersuchung durch die Arbeitsgruppe freigekommen waren oder weil zu wenig Information über sie vorlag¹⁷⁴.

Die UN-Arbeitsgruppe für Willkürliche Verhaftung betrachtet Freiheitsberaubung dann als willkürlich, wenn sie nicht gesetzlich gerechtfertigt werden kann, beispielsweise fortgesetzte Inhaftierung trotz einer Amnestie-Verfügung oder über das Ende der Haftstrafe hinaus. Inhaftierung wird ebenfalls als willkürlich betrachtet, wenn die Freiheitsberaubung das Ergebnis der Verurteilung einer Person wegen ihrer Ausübung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegten Rechte und Freiheiten ist. Darüber hinaus gilt Inhaftierung als willkürlich, wenn die allgemein gültigen Normen für ein faires Gerichtsverfahren in einem solchen Maß mißachtet wurden, daß der Freiheitsentzug, welcher Art auch immer er sein mag, willkürlichen Charakter annimmt¹⁷⁵.

Ausgehend von diesen Definitionen trifft für die meisten Fälle tibetischer politischer Gefangener das Verdikt „willkürlich“ voll und ganz zu: Die chinesischen Sicherheitskräfte nehmen routinemäßig Tibeter fest und setzen sie hinter Gitter, nur weil sie friedlich demonstrierten, die tibetische Flagge zur Schau stellten, politische Flugschriften verteilten, Bilder des Dalai Lama bei sich hatten oder für sein langes Leben beteten.

Der Fall von Tashi Topgyal, 50, aus dem Kreis Ngamring, Präfektur Shigatse, der am 22. Oktober 2002 verhaftet wurde, weil er zwei Monate zuvor Unabhängigkeitsposter angebracht hatte, kam dem TCHRD erst dieses Jahr zu Ohren. Die Sicherheitsbeamten entdeckten bei ihm ein Exemplar der Autobiographie des Dalai Lama sowie des Buches „Richtlinien für die zukünftige Politik Tibets“. Und der Bankangestellte Ngodup Dorjee wurde auf den bloßen Verdacht hin festgenommen, er könne mit Tashi in Verbindung stehen. Wie weiterhin berichtet, verurteilte das Mittlere Volksgericht von Shigatse Tashi Topgyal zu 6 Jahren Gefängnis, die er nun in Drapchi verbüßt.

Das TCHRD erhielt bestätigte Mitteilung, daß der 25-jährige Mönch Choeden Rigzin bei einer geheimen Razzia am 12. Februar 2004 im Kloster Gaden vom Public Security Bureau verhaftet wurde. Als die Polizisten ein Foto des Dalai Lama und eine tibetische Nationalflagge in seinem Zimmer entdeckten, führten sie ihn auf der Stelle ab. Es ist nicht bekannt, wo er hingebacht wurde, aber vermutlich ins Untersuchungsgefängnis Gutsa außerhalb von Lhasa. Am folgenden Tag nahm das PSB Tsuchung und Thargyal, zwei Freunde von Choeden Rigzin, auf den bloßen Verdacht hin fest, sie könnten auch in das „Verbrechen“ involviert sein. Die beiden wurden nach einiger Zeit wieder freigelassen und durften in ihr Kloster zurückkehren. Die Offiziellen riefen im weiteren Verlauf alle 500 Mönche in der Halle des Klosters zu einem Meeting zusammen. Sie erklärten ihnen, Choeden Rigzin habe ein

¹⁷³ Erklärung der Arbeitsgruppe für Willkürliche Verhaftung nach ihrem China-Besuch, 4. Oktober 2004.

¹⁷⁴ The Dui Hua Foundation, Engaging China on Human Rights: John Kamm Remarks to the Brooking Institution, October 14, 2004.

¹⁷⁵ UN Doc E/CN4/2000/ADDI.

Verbrechen begangen, denn er habe gegen die nationalen Gesetze verstoßen, indem er ein Bild des Dalai Lama und ein Exemplar der tibetischen Nationalflagge bei sich aufbewahrte. Sie verwarnten die übrigen Mönche des Klosters, sich aller Aktivitäten zur „Spaltung des Mutterlandes“ zu enthalten¹⁷⁶.

Am 27. Juli 2004 wurden 60 Personen festgenommen anlässlich einer Empfangszeremonie für den aus der Schweiz angereisten Draksey Rinpoche, der seinem Heimatkloster Chogri einen Besuch abstatten wollte. Augenzeugen berichteten, die Gäste hätten im Rahmen der Zeremonie religiöse Banner geschwenkt, wobei auf einigen ein Schneelöwe abgebildet war, der einem Objekt nachjagte, das der verbotenen tibetischen Flagge ähnlich gesehen haben soll. Nach einigen Tagen im Gewahrsam seien die meisten der Festgenommenen wieder freigelassen worden, manche von ihnen hätten allerdings 6.000 Yuan Geldstrafe bezahlen müssen. Einige seien in der Haft auch verprügelt worden, wobei zwei Männer so schwer geschlagen wurden, daß sie nicht mehr auf ihren Füßen stehen konnten¹⁷⁷.

Im September 2004 verurteilten die chinesischen Behörden zwei Mönche und einen gewöhnlichen Tibeter, die sie verdächtigten, Plakate mit der Forderung nach Unabhängigkeit für Tibet angebracht zu haben, zu drei Jahren Gefängnis¹⁷⁸.

Am 14. September 2004 wurden die beiden Brüder Nyima Tenzin, 20, und Sonam Nyima, 18, von den Behörden des Distrikts Sog, Präfektur Nagchu, TAR, festgenommen, weil sie vor dem Verwaltungsgebäude für die Befreiung Tibets demonstriert hatten¹⁷⁹.

Zu den genannten Fällen willkürlicher Verhaftung sollte bemerkt werden, daß die UN-Arbeitsgruppe für Willkürliche Verhaftung auf ihren China-Besuch hin hervorhob, daß bis dato keine gesetzlichen Maßnahmen getroffen worden seien, um Personen, die ihre Rechte im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte friedlich wahrnehmen, von der Strafverfolgung auszuschließen¹⁸⁰.

Bedenklich ist auch die eigenwillige Weise, in der die chinesischen Behörden gesetzliche Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der „Staatssicherheit“ und der „nationalen Einheit“ interpretieren, womit der üblen Praxis der willkürlichen Verhaftungen weiterer Vorschub geleistet wird.

So lautet beispielsweise der Art. 103 des Strafgesetzes der VR China:

„Wenn immer jemand Gruppen organisiert, Verschwörungen anzettelt oder Handlungen begeht, um das Land zu spalten oder die nationale Einheit zu untergraben, so ist der Rädelsführer oder derjenige, der ein besonders schweres Verbrechen begangen hat, zu lebenslänglicher Haft oder zu bis zu 10 Jahren Gefängnis zu verurteilen, andere aktiv an der Straftat Beteiligte sind zu bis zu drei Jahren, aber nicht über 10 Jahren Gefängnis zu verurteilen, und sonstige Beteiligte zu nicht über drei Jahren Gefängnis, Strafhaft, Aufsicht oder Entzug der politischen Rechte. Wer immer andere zur Spaltung des Landes und Untergrabung der nationalen Einheit aufhetzt, ist zu bis zu fünf Jahren Gefängnis, Strafhaft, Aufsicht oder Entzug der politischen Rechte zu verurteilen und die Rädelsführer oder besonders schweren Straftäter zu bis zu fünf Jahren Gefängnis.“

Die UN-Arbeitsgruppe für Willkürliche Verhaftung hat ihre diesbezüglichen Bedenken wiederholt, denn bis zum heutigen Tag gibt es im chinesischen Strafrecht keine Definition des Begriffs „Gefährdung der nationalen Sicherheit“, so daß die Anwendung von Paragraphen des Strafrechts, welche diesen viel zu weit gefaßten Begriff enthalten, unweigerlich Raum zu Willkür gibt¹⁸¹.

Prominente Fälle willkürlicher Gefangenschaft in Tibet

Gedhun Choekyi Nyima

Der vom Dalai Lama als der 11. Panchen Lama Tibets anerkannte Gedhun Choekyi Nyima wurde am 25. April 2005 sechzehn Jahre alt: Seit über neun Jahren ist er nunmehr aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden. Am 17. Mai 1995 wurde der damals sechsjährige Knabe mit seinen Eltern und

¹⁷⁶ „Mönch verhaftet wegen Dalai Lama Bild und tibetischer Flagge“, Human Rights Update, März 2004.

¹⁷⁷ Radio Free Asia, 23. September 2004.

¹⁷⁸ „Des Separatismus verdächtige Tibeter zu Gefängnis verurteilt“, Radio Free Asia, 24. Sept. 2004.

¹⁷⁹ „Brüder wegen Protestaktion für die Unabhängigkeit verhaftet“, Human Rights Update, TCHRD, Okt. 2004.

¹⁸⁰ Erklärung der Arbeitsgruppe für Willkürliche Verhaftung auf ihren China-Besuch hin, 4. Okt. 2004.

¹⁸¹ Statement by the Working Group on Arbitrary Detention Following visit to China, 4 October 2004.

<http://www.unhchr.ch/hurricane/hurricane.nsf/view01/DCE1B1DE1F7D56DBC1256F23002FFFFC?opendocument>

Brüdern von der Sicherheitspolizei weggeholt und zum Flugplatz des Distrikts Nagchu in der gleichnamigen Präfektur gebracht, und seitdem hat keiner sie mehr gesehen. Die VR China räumte ein, daß der Panchen Lama „zu seiner eigenen Sicherheit“ in Gewahrsam gehalten werde. Chinas Botschafter bei der UNO in Genf, Wu Jian, erklärte, „er sei auf Verlangen seiner Eltern von der Regierung unter Schutz gestellt worden“¹⁸².

Eine ganze Reihe von UN-Vertretern, internationalen Delegationen, NGOs und Einzelpersonen aus der ganzen Welt haben wegen der fortgesetzten Festhaltung des Panchen Lama ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht und an die chinesische Regierung appelliert, einer unabhängigen Personengruppe, die sowohl ihre als auch die Zustimmung der Tibeter findet, Zugang zu dem Jungen gewähren. Die frühere UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, bat ebenfalls darum, den Panchen Lama zu Gesicht zu bekommen. Peking verweigert jedoch nach wie vor den Zugang zu dem Jungen und erklärt stereotyp, es ginge ihm gut, er sei gesund und führe ein normales Leben, wie es einem Kind seines Alters entspreche.

Trulku Tenzin Delek

Am 7. April 2002 nahmen die Chinesen Trulku Tenzin Delek, einen prominenten Lama aus dem Distrikt Lithang in der Provinz Sichuan fest. Ihm wurde die angebliche Beteiligung an einer Reihe von Sprengstoffattentaten angelastet, die sich 2001 in der TAP Kardze ereignet hatten.

Am 2. Dezember 2002 sprach das Mittlere Volksgericht von Kardze Trulku Tenzin Delek und seinen Anhänger Lobsang Dhondup schuldig und verurteilte beide zum Tode, den Trulku mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub, während die Todesstrafe an Lobsang Dhondup am 26. Januar 2003 vollstreckt wurde. Trulku Tenzin Delek war bekannt für sein großes Engagement für soziale Wohlfahrt und Umwelt, ebenso wie für seine entschiedene Loyalität zum Dalai Lama. Man nimmt an, daß seine wachsende Popularität die Chinesen argwöhnisch machte, er könnte die öffentliche Meinung in seiner Umgegend politisch beeinflussen.

Die Behörden gaben über die Gründe für seine Festnahme und das harte Urteil keine Auskunft, mit der Begründung, es gehe bei diesem Fall um ein Staatsgeheimnis. Fast drei Jahre sind nun vergangen, und Trulku Tenzin Delek ist immer noch in Haft. Sein Todesurteil wurde am 14. Januar 2005 in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt.

Jigme Gyatso

Jigme Gyatso, der ursprünglich aus dem Distrikt Kersul in Amdo stammt, ist ein ehemaliger Mönch des Klosters Gaden. 1985 ging er nach Indien und erhielt dort eine Audienz beim Dalai Lama. Nach einem Jahr Aufenthalt im Kloster Drepung Gomang in Südindien kehrte er nach Tibet zurück, wo er ins Kloster Gaden eintrat. Am 30. März 1996 wurde er unter der Anklage „politischer Aktivitäten“ verhaftet und anschließend zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Chadrel Rinpoche

Chadrel Rinpoche war Abt des Klosters Tashi Lhunpo und Leiter der Suchkommission nach der Reinkarnation des 11. Panchen Lama. Er und sein Mitarbeiter Champa Chungla verschwanden am 14. Mai 1995 von dem Flugplatz Chengdu in der Provinz Sichuan. Am 21. April 1997 verurteilte das Mittlere Volksgericht von Shigatse Chadrel Rinpoche unter der Anklage der „Verschwörung zur Spaltung des Landes und der Weitergabe von Staatsgeheimnissen“ zu sechs Jahren Gefängnis. Ihm wurde vorgeworfen, bei der Suche nach dem 11. Panchen Lama gemeinsame Sache mit dem Dalai Lama gemacht zu haben. Obwohl seine Haftzeit nach Ableistung der sechs Jahre Gefängnis am 13. Mai 2001 zu Ende war, wird er vermutlich immer noch unter Hausarrest gehalten. Es gibt keinerlei Information über seinen Verbleib und gesundheitlichen Zustand.

Jampa Chungla

Jampa Chungla, der 56-jährige ehemalige Mitarbeiter von Chadrel Rinpoche, wurde 1995 wegen seiner Mithilfe bei der Suche nach dem 11. Panchen Lama verhaftet. Er wurde zu vier Jahren Gefängnis und zwei Jahren Aberkennung der politischen Rechte verurteilt. Selbst nach Verbüßung der Haftstrafe wird er noch in Gewahrsam gehalten.

¹⁸² <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/tibet/china/panchen.html>.

Lobsang Tenzin

Lobsang wurde am 11. März 1988 wegen Teilnahme an einer Unabhängigkeits-Demonstration gegen die chinesische Herrschaft in der Nähe des Jokhang Tempels in Lhasa verhaftet. Er wurde angeklagt, am Tod eines PAP-Offiziers, der während der Demonstration umkam, mitschuldig zu sein. Am 19. Januar 1989 wurde Lobsang Tenzin mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub zum Tode verurteilt. Auf massiven internationalen Druck hin wurde sein Urteil im März 1991 in lebenslange Haft umgewandelt.

Ngawang Phulchung

Ngawang Phulchung setzte sich dafür ein, daß das tibetische Volk über die Menschenrechte aufgeklärt wird. Am 27. September 1987 veranstaltete er zusammen mit 20 weiteren Mönchen aus dem Kloster Drepung eine friedliche Demonstration im Zentrum von Lhasa, bei der die Achtung der Menschenrechte, darunter auch die Religionsfreiheit und das Recht der Tibeter auf Selbstbestimmung gefordert wurden. Dieser Protest war der erste in der Reihe jener berühmten Unabhängigkeits-Demonstrationen Ende der Achtziger, die von der Regierung mit brutaler Gewalt niedergedrückt wurden. Im April 1989 wurden Ngawang Phulchung und drei weitere Mönche wegen Bildung einer „konterrevolutionären Gruppe“, die heimlich politische Flugblätter hergestellt hatte, verhaftet. Ngawang, der den Behörden als der Anführer der Gruppe galt, wurde zu 19 Jahren Gefängnis und Aberkennung der politischen Rechte auf fünf Jahre verurteilt. 16 Jahre sind inzwischen vergangen, und er verbüßt immer noch seine Strafe im Drapchi-Gefängnis.

Bangri Rinpoche

Bangri Rinpoche baute aus eigenen Mitteln eine Waisenschule auf. Im August 1999 wurde er festgenommen wegen angeblicher Verwicklung in ein während der Nationalen Minderheiten-Spiele in Lhasa auf dem Potala Platz geplantes Sprengstoffattentat. Kurz danach, am 17. Oktober 1999 wurde auch seine Schule, das Gyatso Waisenhaus, geschlossen. Zu diesem Zeitpunkt beherbergte es 59 mittellose Kinder zwischen zwei Monaten und 12 Jahren.

Im Mai 2001 wurde Bangri Rinpoche vom Mittleren Volksgericht des Bezirks Lhasa unter der Anklage der „Spionage“ und „Gefährdung der Staatssicherheit“ zum Tode mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub verurteilt. Am 29. Mai 2001 wurde er in das Drapchi-Gefängnis im Norden der Stadt Lhasa verlegt und über ein Jahr in Isolationshaft gehalten.

2003 wurde das für zwei Jahre ausgeschobene Todesurteil in lebenslange Haft umgewandelt. Wie berichtet, kann Bangri Rinpoche infolge der grausamen Folterung im Gefängnis seinen Oberkörper nicht mehr bewegen und hat stark an Gewicht verloren. Außerdem leidet er an Magengeschwüren und Gelbsucht. Allgemein soll sein gesundheitlicher Zustand sehr schlecht sein.

Nyima Choedron

Nyima Choedron, die Gefährtin von Bangri Rinpoche und assistierende Leiterin an dem ehemaligen Gyatso Waisenhaus, wurde im August 1999 zusammen mit ihrem Mann und 21 Angestellten festgenommen. Das Mittlere Volksgericht von Lhasa verurteilte Nyima Choedron wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem Rinpoche zu 10 Jahren Gefängnis. 2002 wurde ihre Haftstrafe um 18 Monate und 2003 um ein weiteres Jahr verringert. Ihre Entlassung steht für 2008 an.

Folter

1988 ratifizierte die VR China die „Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe“ (Convention against torture and other cruel, inhuman or degrading treatment – CAT). Dieser zufolge definiert der Begriff Folter „jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, zum Beispiel um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erlangen, um sie für eine tatsächlich oder mutmaßlich von ihr oder einem Dritten begangene Tat zu bestrafen, um sie oder einen Dritten einzuschüchtern oder zu nötigen oder aus einem anderen, auf irgendeiner Art von Diskriminierung beruhenden Grund, wenn diese Schmerzen oder Leiden von einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder einer anderen in amtlicher Eigenschaft handelnden Person, auf deren Veranlassung oder mit deren ausdrücklichem oder stillschweigendem Einverständnis verursacht werden“ (Art. 1).

In ähnlicher Weise besagt der Artikel 2 dieser Konvention: „Jeder Vertragsstaat trifft wirksame gesetzgeberische, verwaltungsmäßige, gerichtliche oder sonstige Maßnahmen, um Folterungen in allen seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten zu verhindern“.

Ferner wird im Art. 11 des CAT spezifiziert: „Jeder Vertragsstaat unterzieht die für Vernehmungen geltenden Vorschriften, Anweisungen, Methoden und Praktiken sowie die Vorkehrungen für den Gewahrsam und die Behandlung von Personen, die der Festnahme, der Haft, dem Strafvollzug oder irgendeiner anderen Form der Freiheitsentziehung unterworfen sind, in allen seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten einer regelmäßigen systematischen Überprüfung, um jeden Fall von Folter zu verhüten“.

Der Art. 10 des „Internationalen Abkommens über Bürgerliche und Politische Rechte“ (ICCPR) fordert, daß ein jeder, dem seine Freiheit entzogen wurde, menschlich und mit Achtung vor der dem Menschen innewohnenden Würde behandelt wird. Das UN-Menschenrechtskomitee vertritt die Ansicht, daß die im Art. 10 genannten Forderungen allgemein verbindliche Normen des Völkerrechts darstellen, die nicht angetastet werden dürfen¹⁸³.

Ebenso verfügt der Art. 38 der Verfassung der VR China: „Die persönliche Würde der Bürger der Volksrepublik China ist unverletzlich“.

In Tibet wird in Wirklichkeit jedoch routinemäßig und in großem Umfang gefoltert. Foltermethoden sind Verabreichung von Elektroschocks, Ausdrücken von brennenden Zigaretten auf dem Gesicht des Opfers, Anlegen von Hand- und Daumenschellen und Fußfesseln, Aufhängen an der Decke, Aussetzen an extreme Temperaturen, langzeitige Einschließung in Isolationshaft, Überstülpen von Kapuzen, Prügeln und heftiges Schütteln, Entzug von Nahrung, Wasser und Schlaf, Zwangsarbeit und erschöpfender, militärartiger Drill.

Das Menschenrechtskomitee kam zu dem Schluß, daß Handlungen wie das Anlegen von Handschellen, Überstülpen einer Kapuze, Schütteln und Schlafentzug, einzeln oder kombiniert, gegen das Verbot der Folter und grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung verstoßen¹⁸⁴. Der UN-Sonderberichterstatter für Folter erklärte, anhaltender Schlafentzug käme der Folter gleich¹⁸⁵. Das UN-Menschenrechtskomitee ist ferner der Meinung, daß die langzeitige Isolierung einer Person in Einzelhaft einen Verstoß gegen das Recht, frei von Folter zu sein, darstellt¹⁸⁶.

Fortgesetzte Inhaftierung ohne Verbindung zur Außenwelt sowie Folterung und Mißhandlung von Häftlingen mit dem Ziel, Geständnisse aus ihnen zu erpressen, sind in Tibet weit verbreitet. Aussagen von ehemaligen politischen Gefangenen lassen schließen, daß Folter bei der Vernehmung die Regel ist. So wurde berichtet, daß „Vernehmungsbeamte, die zur Folter greifen, um einen Fall zu lösen, nicht getadelt, sondern für ihre verdienstvolle Handlung gar noch belohnt werden“¹⁸⁷. Das Recht auf *habeas corpus* (Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit gegen willkürliche Inhaftierung) und das Recht auf gesetzliche Vertretung durch einen Anwalt sowie auf Kontakt zur Außenwelt bieten die Gewähr für eine menschliche Behandlung des Häftlings¹⁸⁸. Die UN-Menschenrechtskommission kam zu dem Ergebnis, daß Inhaftierung in völliger Isolation und über einen längeren Zeitraum „den Vollzug der Folter begünstigt und an und für sich schon eine Form der grausamen, unmenschlichen und herabwürdigenden Behandlung darstellt“¹⁸⁹. Weiterhin verbietet der Art. 15 der UN-Konvention gegen Folter, eine durch Folter erzwungene Aussage als Beweis heranzuziehen. Auf diese Weise gewonnene Geständnisse dürfen in einem Strafverfahren nicht gegen den Angeklagten verwendet werden – höchstens gegen die Person, die sich der Folterung schuldig gemacht hat.

In dem Weißbuch „Chinas Fortschritt bei den Menschenrechten“ von 2003 wird behauptet, daß ein „beachtlicher Fortschritt bezüglich der gesetzlichen Garantien für Menschenrechte“ erzielt worden sei. Und weiter: „Die öffentlichen Sicherheitsorgane haben dem Gesetz konsequent Geltung verschafft und es im Interesse der Bevölkerung angewandt... Menschenrechtsverletzungen wie der Einsatz von

¹⁸³ UN Human Rights Committee, UN Doc CCPR/C/21Rev.1/Add.11, Para 13.

¹⁸⁴ UN Doc CCPR/C/79/Add.93, Para. 19, 21.

¹⁸⁵ UN Doc E/Cn.4/1996/35/Add.1, Para 104.

¹⁸⁶ UN Human Rights Committee, UN Doc CCPR/C/79/Add.93, Para. 20.

¹⁸⁷ 2003 Human Rights Monitor Report pp. 152.

¹⁸⁸ UN Doc A 57/173, 2 July 2002.

¹⁸⁹ 2003 Human Rights Monitor Report p. 152.

Folter zur Erpressung von Geständnissen, der Mißbrauch von Schußwaffen und polizeilichen Gerätschaften und andere Zwangsmaßnahmen wurden streng geahndet“.

Im Gegensatz dazu vermittelt das, was dem TCHRD von ehemaligen politischen Gefangenen berichtet wird, einen Eindruck von dem Grad an physischem und mentalem Leid, das den Häftlingen zugefügt wird. Das beweist, daß die Behörden überhaupt nichts unternehmen, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Im April 2004 erreichten Nyima und Nyidron, die wegen ihrer Teilnahme an einer friedlichen Demonstration eine fährjährige Haftstrafe verbüßt hatten, Dharamsala und berichteten dem TCHRD von der Folterung und unmenschlichen Behandlung, die sie im Gutsa Haftzentrum und später im Drapchi Gefängnis erfuhren: „Sie schlugen uns, übergossen uns mit kochendem Wasser, peitschten uns mit ihren Gürteln aus und drückten ihre brennenden Zigaretten auf unseren Leibern aus. Nach unserer Ankunft in Drapchi wurden wir sogleich zu militärähnlichem Drill gezwungen und mußten die Gefängnisregeln und andere Verordnungen auswendig lernen“.

Nyima, eine ehemalige Nonne aus dem Kloster Phenpo Podo im Kreis Phenpo Lhundrup, Bezirk Lhasa, berichtet, was sie in Drapchi durchmachte: „Jamdron, eine Nonne aus dem Kloster Phenpo Gyara, und ich wurden mit einem elektrischen Viehstock bewußtlos zu Boden geschlagen. Als sie kaltes Wasser über uns gossen, kamen wir wieder zu uns, und dann gingen die Prügel weiter, bis unser Körper ganz taub war. Danach steckten sie uns in Einzelhaftzellen. Das Jahr und die acht Monate, die wir in Isolationshaft verbrachten, erhielten wir als Tagesration nur einen Dampfwecken und eine Tasse heißen Wassers“¹⁹⁰.

Die ehemalige politische Gefangene Damchoe Dolma, 29, die gegen die Unnachgiebigkeit, welche die Behörden ihrem Kloster gegenüber an den Tag legten, protestierte, wurde zusammen mit sieben weiteren Nonnen des Klosters Shargon (Gemeinde Jangkar, Kreis Phenpo Lhundrup) im Juli 1995 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Das Mittlere Volksgericht sprach alle Nonnen der „konterrevolutionären Propaganda“ schuldig. Damchoe Dolma schilderte dem TCHRD die Mißhandlungen, denen sie im Gefängnis unterworfen wurde.

„Im Drapchi Gefängnis versammelten die Polizisten alle Nonnen, um ihnen das Lied beizubringen, das sie beim Besuch der örtlichen politischen Führung im Gefängnis vorzutragen hatten. Wir alle weigerten uns jedoch, das Lied zu lernen. Man drohte uns mit Bestrafung, falls wir das Lied nicht lernten. Wir weigerten uns immer noch. Also zwang man uns dazu, von 9.00 bis 17.00 Uhr in der prallen Sonne stramm zu stehen, lediglich eine Stunde Pause um die Mittagszeit wurde uns zugestanden. In jener Nacht gegen 23.00 Uhr kamen Soldaten in meine Zelle und brachten mich in einen anderen Raum, um mich zu verhören. Sie waren zu fünft. Sie fragten mich ständig, warum ich mich weigere, das Lied zu lernen. Ich antwortete nicht. Da schlugen sie mit einem elektrischen Viehstab auf mich ein, bis ich bewußtlos wurde. Als ich wieder zu mir kam, fragten sie mich, ob ich jetzt das Lied lernen und singen würde. Als ich es ablehnte, droschen sie mit dem Viehstab auf mich ein, bis ich durch den Schock wieder das Bewußtsein verlor. Ich erwachte auf dem Boden des Waschraums in meinem Zellengang. Ich hatte meine Hosen eingenäßt und eingekotet. Weil mein Mund so geschwollen war, konnte ich nicht mehr sprechen. Mein Gesicht war mit Blutergüssen und offenen Wunden übersät. Sieben Tage lang wurde ich in diesem Zustand im Waschraum gelassen. Danach wurde ich in eine Einzelzelle verlegt und erhielt nur eine Mahlzeit am Tag. Die Nahrung reichte kaum zum Überleben. Die Soldaten gaben mir gerade so viel zu essen, daß ich nicht sterben würde. Ich bekam eine Schüssel Wasser und eine kleine Schale Reis. Sechs Monate lang sperrten sie mich in die Einzelzelle ein, danach schickten sie mich wieder in meine Abteilung zurück. Wir erhielten politische Schulungen. Außerdem mußten wir Pullover stricken. Falls wir die festgesetzte Quote nicht erreichten, mußten wir die Nacht über durcharbeiten und wenn wir dann immer noch nicht fertig waren, wurde uns der monatliche Familienbesuch gestrichen“¹⁹¹.

Das TCHRD erhielt Mitteilung, daß zwei politische Langzeitgefangene, Rigzin Wangyal und Lobsang Tenzin, in kritischem Gesundheitszustand sind. Rigzin Wangyal wurde 1996 verhaftet und 1997 zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Infolge der wiederholten und langjährigen Folterung ist seine Gesundheit zusammengebrochen und er kann sich nicht mehr ohne fremde Hilfe auf den Füßen halten

¹⁹⁰ „Nonnen werden schwer schikaniert wegen Protest gegen die Kürzung ihrer Menschenrechte“, TCHRD Interview Juni 2004.

¹⁹¹ „Wiederaufbau eines Nonnenklosters führt zu Polizeiaktion: Augenzeugenbericht von Dhamchoe Dolma“, Human Rights Update, März 2004.

noch Speise zu sich nehmen¹⁹². Lobsang Tenzin, ein früherer Student der Tibet Universität, wurde 1988 wegen Teilnahme an einer Unabhängigkeits-Demonstration verhaftet. Seine lebenslängliche Haftstrafe wurde 1994 auf 18 Jahre reduziert. Im Drapchi Gefängnis wurde er so brutal geschlagen, daß er einen Nierenschaden davontrug und außerdem an psychischen Störungen leidet¹⁹³.

Tibetische politische Häftlinge werden routinemäßig gefoltert, nicht nur zum Zweck der Erzwingung von Geständnissen, sondern auch, um ihre patriotischen Gefühle zu brechen und um ein abschreckendes Beispiel zu setzen, das anderen Tibetern als Warnung dienen soll, die Politik der chinesischen Regierung zu hinterfragen. Fast alle tibetischen Gefangenen werden schweren physischen und psychischen Mißhandlungen unterzogen, sei es durch die Kräfte des Public Security Bureau oder durch die Gefängnisaufseher.

Nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis benötigen viele politische Gefangene medizinische Betreuung über einen längeren Zeitraum, zuweilen auch physische und mentale Rehabilitation. Wenn sie die Kosten der Behandlung nicht aufbringen können, müssen sie das Krankenhaus ungeheilt verlassen. Die Pein der politischen Häftlinge ist mit ihrer Entlassung nicht zu Ende. Zu dem physischen und psychologischen Trauma der durchgemachten Gefängnishaft kommt hinzu, daß Mönche und Nonnen es nach ihrer Entlassung besonders schwer haben, ins normale Leben zurückzukehren. Sie unterstehen der ständigen Überwachung durch die Behörden und werden periodisch zu Verhören einbestellt. Von ihren ehemaligen Klöstern werden sie ausgegrenzt, denn diese dürfen es nicht wagen, ehemalige politische Gefangene wieder aufzunehmen, weil sie damit den Argwohn der Behörden und ihr Einschreiten riskieren würden. Gemieden von ihrer eigenen Gemeinschaft, sehen diese Mönche und Nonnen ihre Situation durch den Mangel an Arbeitsmöglichkeit noch weiter erschwert.

Im Oktober 1999 wurde Geshe Sonam Phuntsok, der allgemein als der Geshe von Kardze bekannt war, wegen Ausreise aus Tibet mit Hilfe illegaler Reisedokumente, die er sich in Lhasa beschafft hatte, sowie wegen Durchführung einer Zeremonie für das lange Leben des Dalai Lama verurteilt. Im Oktober 2004 wurde er nach Verbüßung der fünfjährigen Haftstrafe entlassen. Seitdem ist es ihm verboten, religiöse Belehrungen zu erteilen und Schüler zu unterweisen. Außerdem schränkten die Lokalbehörden seine Bewegungsfreiheit empfindlich ein¹⁹⁴.

Nyidron, eine ehemalige politische Gefangene, die in Drapchi gefoltert und elf Monate in Isolationshaft gesetzt wurde, berichtete dem TCHRD:

„Wegen der erlittenen Verletzungen wurde ich ins Krankenhaus eingeliefert, wo ich lange Zeit lag. Dennoch mußte ich es vor meiner vollständigen Genesung verlassen, weil meine Familie die enormen Behandlungskosten nicht mehr aufbringen konnte. Meinem Kloster war untersagt worden, mich wieder aufzunehmen, und ich konnte auch keine Arbeit finden, durch die ich meinen Lebensunterhalt hätte verdienen können. Zusammen mit meiner Freundin Nyima führte ich 2002 einen kleinen Lebensmittelstand in Ramoche in Lhasa, aber nach einem Monat befahlen uns drei Polizisten des PSB-Büros von Lhasa City, den Stand zu schließen, weil er angeblich ein Treffpunkt für Reaktionäre sei. Für ehemalige politische Gefangene ist das Leben sehr hart. Sie bekommen weder Arbeit in Kooperativen noch in der Privatwirtschaft. Die Behörden stellen ihnen keine Registrierungszertifikate oder sonstige Genehmigungen aus, wenn sie sich als Kleinunternehmer selbständig machen wollen. In Tibet ist ein Mensch am Ende, wenn er eine wie auch immer geartete politische Vergangenheit hat“¹⁹⁵.

Am 21. September 2003 wurde Namdrol Lhamo, eine der sogenannten „14 singenden Nonnen“¹⁹⁶ nach Ableistung ihrer Haftstrafe von 12 Jahren entlassen. Sie schilderte dem TCHRD, wie ihr Leben außerhalb des Gefängnisses verlief:

„Während ich in Drapchi im Gefängnis war, starben meine Eltern. Das Leben kann für ehemalige politische Gefangene sehr hart sein, es ist ihnen kaum möglich, eine ehrbare Arbeit in der Gesellschaft zu

¹⁹² Rigzin Wangyal starb Ende 2004, siehe TCHRD News vom 5. Feb. 2005: „Zu lebenslanger Haft verurteilter tibetischer Gefangener im Gefängnis gestorben“.

¹⁹³ „Lobsang Tenzin und Rigzin Wangyal in kritischem Zustand“, HRU Mai 2004.

¹⁹⁴ „Geshe Sonam Phuntsok nach Vollendung seiner Gefängnisstrafe entlassen“, Human Rights Update, Okt. 2004.

¹⁹⁵ „Schlimme Folgen für Nonnen, die gegen die Aushöhlung ihrer religiösen Rechte protestierten“, Human Rights Update, Mai 2004.

¹⁹⁶ Eine Gruppe von 14 Nonnen, die 1993 heimlich Lieder auf Tonband aufnahmen, in denen sie ihre Heimat und den Dalai Lama besangen. Ihre Lieder wurden aus Tibet hinausgeschmuggelt und zum Symbol des heroischen Geistes tibetischer politischer Gefangener, die in den diversen Haftanstalten schmachten.

finden. Eineinhalb Jahre arbeitete ich in einem Laden in Lhasa für einen Monatslohn von 50 Yuan. Viele ehemalige politische Gefangene enden als Tellerwäscher in Restaurants ohne irgendeine Sicherheit für ihren Arbeitsplatz; sie können auf der Stelle entlassen werden, wenn der Inhaber von ihrer Vergangenheit erfährt. Besonders schwierig ist es für Mönche und Nonnen in ihrem früheren Kloster wieder aufgenommen zu werden. Die Polizei beobachtet all ihre Bewegungen genauestens¹⁹⁷. Namdrol Lhamo litt nach ihrer Entlassung an psychischen Störungen. Bevor sie ins Exil floh, mußte sie ihr Haus verkaufen.

Gyaltzen Dolkar, die ebenfalls zu den „14 singenden Nonnen“ gehörte und wegen ihres Eintretens für die Unabhängigkeit Tibets 12 Jahre im Gefängnis saß, wurde am 21. März 2004 entlassen. Sie erzählte dem TCHRD, wie sie selbst nach der Entlassung drangsaliert wurde:

„Ich wurde vom lokalen PSB-Büro einbestellt. Dort wurde ich fotografiert und mußte ein Dokument unterschreiben, in dem ich zu versichern hatte, daß ich mich künftig von allen politischen Aktivitäten fernhalten würde. Gleichzeitig war mein Gesundheitszustand sehr schlecht und ich benötigte dringend ärztliche Behandlung. Nach einigen Tagen fuhr ich nach Hause, aber dort hielt ich es nicht lange aus, denn ich war sehr niedergeschlagen, weil meine Eltern während meiner Zeit im Gefängnis gestorben waren. Ich kehrte nach Lhasa zurück und versuchte, meinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Brot und Nudeln zu verdienen. Ich konnte jedoch auch nach meiner Haftentlassung nicht frei leben. Politische Gefangene haben es nach ihrer Entlassung sehr schwer. Infolge ihres politischen Hintergrunds bekommen sie kaum Arbeit. Außerdem schikaniert die Polizei sie ständig und schränkt ihre Bewegungsfreiheit ein. Politische Gefangene sind auch nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis mit unsichtbaren Ketten gefesselt¹⁹⁸.

Tod im Polizeigewahrsam

Die Brutalität, mit der in chinesischen Gefängnissen gefoltert wird, wird durch die Zahl der Todesfälle bewiesen, die sich in den Haftzentren oder unmittelbar nach der Entlassung aus ihnen ereignen. Das Durchschnittsalter der tibetischen politischen Gefangenen, die seit 1987 in der Polizeihaft starben, beträgt der Datenbank des TCHRD zufolge gerade mal 26 Jahre.

Der Art. 22(2) der Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen legt fest: „Kranke Häftlinge, welche eine spezielle Behandlung benötigen, sind in dafür geeignete Einrichtungen oder zivile Krankenhäuser zu verlegen“. Die Gefängnisaufseher in Tibet scheinen jedoch erst zu handeln, wenn ein Häftling dem Tode nahe ist, und dann ist es oft zu spät, denn er kann nicht mehr gerettet werden.

Von ehemaligen politischen Gefangenen hat das TCHRD mehrere Berichte über Todesfälle in der Haft erhalten. Seit 1987 hat das TCHRD 87 Todesfälle von tibetischen politischen Gefangenen dokumentiert, die als direkte Folge von Folter starben. Bei den meisten von ihnen führten die wiederholten Folterungen und Mißhandlungen, einhergehend mit der Verweigerung rechtzeitiger und gebührender medizinischer Behandlung zu einer rapiden Verschlechterung ihres körperlichen Zustands. Zum Tod infolge von Folter und Mißhandlung kann es im Gefängnis oder unmittelbar nach der Entlassung kommen.

Am 15. Januar 2004 starb der 65-jährige Yeshi Gyatso zu Hause, nachdem er aus medizinischen Gründen aus dem Lhasa Haftzentrum entgelassen worden war. Yeshi wurde im Juni 2003 wegen angeblicher politischer Tätigkeiten verhaftet und in der Folge vom Mittleren Volksgericht von Lhasa zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren

In Tibet wird Personen, die politischer Delikte wegen angeklagt sind, das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, wie es in den Artikeln 10 und 11(1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben ist, zumeist verweigert.

Chinas Bürgern wurde das Recht auf Beistand durch einen Anwalt durch das 2003 erlassene Verwaltungsgesetz „Verordnung über Rechtshilfe“ garantiert. In der Praxis aber wird den Verhafteten der

¹⁹⁷ TCHRD Interview, 31. Okt. 2004.

¹⁹⁸ "Die singenden Nonnen von Drapchi bezeugen Folter in der Haft", Human Rights Update, Nov. 2004.

Zugang zu rechtlichem Beistand meistens solange verwehrt, bis die Strafverfolgung ihre Ermittlungen abgeschlossen und den Fall vor Gericht gebracht hat. Der Angeklagte hat dann gewöhnlich schon längere Zeit ohne Verfahren in der Haft gesessen, was von mehreren Monaten bis zu über einem Jahr sein kann. Besuche von Angehörigen darf er erst erhalten, nachdem das Gericht sein Urteil gefällt hat und er in das Gefängnis überführt wurde, in dem er seine Strafe zu verbüßen hat. Außerdem bietet das chinesische Gesetzsystem nur ungenügend Schutz vor der Verwendung von Beweismaterial, das durch rechtswidrige Mittel wie Folter erzwungen wurde.

Eine sorgfältige Prüfung der Prozeßdokumente über Fälle politischer Gefangenschaft in China ergibt, daß sich Gerichtsurteile oftmals fast wörtlich an den Text der ursprünglichen Anklageschrift halten. Außerdem bietet der Berufungsweg keine ausreichende Möglichkeit für eine Revidierung von Strafsachen. In der Tat machen es die Behörden den Angeklagten in Tibet sehr schwierig, bei einem höheren Gericht gegen ein Urteil Berufung einzulegen, weil denjenigen, die sich für den Verdächtigen verwenden oder diesem selbst die Vergeltung des Staates droht.

Das chinesische Recht kennt das Prinzip der „Unschuldvermutung“ nicht, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert ist. Die UN-Arbeitsgruppe für Willkürliche Verhaftung stellte fest, daß China noch keine Klausel in sein Gesetz aufgenommen hat, daß niemand für schuldig befunden werden darf, der nicht zuvor einer Straftat überführt und als schuldig erwiesen wurde¹⁹⁹.

Am 14. April 2004 gaben drei Rechtsexperten der UN-Menschenrechtskommission eine Erklärung heraus, in der sie ihre große Sorge über die Lage von Trulku Tenzin Delek zum Ausdruck brachten und gleichzeitig die ernstesten juristischen Mängel bei dem Verfahren beanstandeten, das hinter geschlossenen Türen stattfand. Besonders hoben sie die Verletzung des Rechts auf einen öffentlichen Prozeß hervor, die Verletzung des Rechts, einen Anwalt seiner eigenen Wahl zu erhalten und die Verweigerung des Rechts, das dem Gericht gegen den Angeklagten vorgelegte Beweismaterial einzusehen und prüfen zu können, ferner die *incommunicado* Inhaftierung (ohne Kontakt zur Außenwelt) und die Mißhandlung in der Vorprozeßphase. Weiterhin äußerten sich die UN-Experten besorgt über die mutmaßlichen Verstöße gegen die Menschenrechte im Verlauf des Prozesses, und sie mahnten die Behörden, den Fall Tenzin Delek Rinpoche in einem neuen Verfahren aufzugreifen, das sich an den internationalen Normen für ein ordentliches Verfahren orientiert²⁰⁰.

Unabhängigkeit der Justiz

Der Art. 126 der chinesischen Verfassung legt fest: „Die Volksgerichte werden ihre Gerichtsbarkeit gemäß den gesetzlichen Bestimmungen unabhängig und frei von Einmischung durch Verwaltungsorgane, gesellschaftliche Organisationen oder Individuen ausüben“. In der Praxis ist der Justizapparat jedoch von den politischen Vorgaben der Regierung und der Partei abhängig. Sowohl auf zentraler als auch auf lokaler Ebene greifen Regierung und Partei routinemäßig in die Arbeit der Justizbehörden ein.

Im chinesischen Justizwesen sind drei Organe für die Geltendmachung der Gesetze zuständig: die Prokuratur²⁰¹, die Gerichte und der Polizeiapparat. Alle drei unterstehen der strengen Kontrolle der Kommunistischen Partei. Die chinesische Justiz steht daher in deutlichem Kontrast zu einem der Grundprinzipien des Vereinten Nationen, nämlich der Unabhängigkeit der Justiz.

„Die Justiz hat die ihr vorgelegten Tatbestände unparteiisch zu entscheiden, auf der Basis von Fakten und nach dem Gesetz, ohne irgendwelche Beschränkungen, unzulässige Beeinflussung, Verlockungen, Druck, Drohungen oder Einmischung, von woher und aus welchem Grund diese auch immer erfolgen mögen“²⁰².

Die mangelnde Unabhängigkeit der chinesischen Justiz tritt in den Fällen besonders deutlich zutage, wo es um politische Anklage geht. Die Volksgerichte unterliegen auf allen Ebenen der genauen Über-

¹⁹⁹ Erklärung der Arbeitsgruppe über Willkürliche Verhaftung auf ihren China-Besuch hin, 4 Oktober 2004, <http://www.unhchr.ch/hurricane/hurricane.nsf/view01>.

²⁰⁰ Experten der UNO äußern sich besorgt über die Lage eines tibetischen Mönches, 15 April 2004, http://www.unog.ch/unog/website/news_media.nsf.

²⁰¹ Eine Prokuratur ist ein chinesisches Justizorgan, das für die Ermittlung und Anklageerhebung bei Straftaten zuständig ist. Sie befaßt sich auch mit Beschwerden gegen Polizei, Gefängnispersonal und andere Zweige der Verwaltung.

²⁰² http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/h_comp50.htm.

prüfung und Kontrolle durch parallele und höhere Organe der Kommunistischen Partei, den sogenannten „Ausschüssen für Politik und Gesetz“. Außerdem macht die Kommunistische Partei jedem Volksgericht die Auflage, daß die sogenannten „Gerichtsbeschuß-Ausschüsse“, die sich aus dem Gerichtspräsidenten und anderen höheren Justizbeamten zusammensetzen, wichtige und heikle Fälle nicht nur einer eingehenden Prüfung unterziehen, sondern das Urteil noch vor der eigentlichen Verhandlung festlegen müssen. In der juristischen Presse Chinas wird dieses System ganz unverhohlen mit „zuerst das Urteil, dann der Prozeß“ bezeichnet.

Bei der vierten Sitzung des 8. Ständigen Ausschusses des Volkskongresses der TAR am 29. September 2004 wurde eine Reihe personeller Veränderungen im Verwaltungsapparat beschlossen²⁰³. Abgesehen von ein paar Umgestaltungen im Volkskongreß und der Volksregierung gab es die meisten Versetzungen und Neubesetzungen in der Justiz, d.h. bei den Mittleren Volksgerichten und insbesondere bei den Prokuratoren²⁰⁴ aller sechs Präfekturen der TAR, außer Lhasa, das einen besonderen Status besitzt. Nur zwei von 13 neuen Kadern in den Prokuratoren der einzelnen Präfekturen der TAR sind Tibeter, während es von fünf Neuernennungen nur ein Tibeter in die Prokuratur auf TAR-Ebene schaffte. In ähnlicher Weise betrifft von sieben Neubesetzungen bei den diversen Mittleren Volksgerichten nur eine einen Tibeter. Diese personellen Veränderungen zeigen, daß immer häufiger chinesische Kader gegenüber tibetischen bevorzugt werden und daß die „regionale Autonomie“ für Peking eher eine Übung in Integration als in Diversifikation ist.

Das TCHRD befürchtet, daß die ethnische Disparität bei der Stellenbesetzung im Justizbereich, einhergehend mit Pekings Politik, chinesische Kader aus diversen Berufssparten für eine gewisse Zeitspanne aus anderen Provinzen nach Tibet zu versetzen, die ohnehin nur minimale Autonomie Tibets noch weiter schmälern wird.

Todesstrafe

Laut dem Art. 48 des chinesischen Strafrechts müssen alle Todesurteile dem Obersten Volksgericht zur Überprüfung und Billigung vorgelegt werden. 1980 beschloß der ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses Chinas jedoch, die Autorität bei der Überprüfung von Todesurteilen im Falle von Mord, Raub, Vergewaltigung, Brandstiftung und anderen Verbrechen, welche eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit bedeuten, auch niedrigeren Instanzen zu übertragen. Dieses System, das unter dem Namen *xia fang* (übertragen) läuft, wurde nachträglich durch das „Staatsgrundgesetz“ und die Verordnung von 1983 bestätigt und außerdem noch 1997 vom Obersten Gerichtshof sanktioniert. Das Resultat ist, daß es in der chinesischen Justiz nun einen Konflikt zwischen dem Strafrecht und den Gesetzen und Verordnungen zugunsten des *xia fang* gibt. Im Legislaturplan des 10. Nationalen Volkskongresses (März 2004) ist eine Ergänzung zum Strafverfahrensgesetz über das Prozedere bei der Überprüfung von Todesurteilen vorgesehen. Demzufolge soll der Oberste Gerichtshof, so wie der Art. 48 des Strafgesetzes es verlangt, wieder zur höchsten Instanz bei Berufungen im Falle von Todesurteilen werden.

Der Art. 212(5) im Strafverfahrensgesetz der VR China von 1996 lautet: „Die Vollstreckung von Todesurteilen muß öffentlich bekanntgegeben werden“. China betrachtet Statistiken über Todesstrafe jedoch immer noch als „Staatsgeheimnis“. Es ist daher unmöglich herauszufinden, wie viele Menschen der chinesische Staat jedes Jahr hinrichtet. 2003 wurde einigen Berichten zufolge die Todesstrafe an über 5.000 Straftätern diverser Verbrechen wegen vollzogen²⁰⁵.

China ist ein Land, das alljährlich mehr Menschen hinrichtet als die übrige Welt zusammen. Nicht vergessen werden sollte auch, daß die Todesstrafe, die ursprünglich bei 32 Schwerverbrechen verhängt wurde, allmählich auf 73 verschiedene Delikte ausgeweitet wurde²⁰⁶.

²⁰³ TIN, 30. Okt. 2004, „Neubesetzungen von Verwaltungsstellen in der TAR – Integration statt Autonomie“

²⁰⁴ Eine Prokuratur ist ein chinesisches Justizorgan, das sich mit der Ermittlung und Verfolgung strafrechtlicher Fälle befaßt. Sie ist auch für Beschwerden gegen Polizei, Gefängnispersonal und andere Verwaltungszweige zuständig.

²⁰⁵ <http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1137608,00.htm>.

²⁰⁶ <http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1137608,00.htm>.

Anti-Terror-Übungen in Lhasa

Die dritte „Internationale Asien-Konferenz Politischer Parteien“, die vom 3. bis 5. September 2004 in Peking stattfand, brachte Vorsitzende und Vertreter von 81 politischen Parteien aus 35 Ländern, darunter auch der Kommunistischen Partei Chinas (CCP), zusammen. Bei der Konferenz wurde die *Beijing Declaration* verabschiedet, in der es heißt:

„Terrorismus, Separatismus und Extremismus sind zu einer Art Seuche geworden, welche die Menschheit heimsucht. Wir verurteilen und bekämpfen entschieden alle Formen von Terrorismus. Wir befürworten eine Stärkung der Kooperation unter souveränen Staaten und regionalen Organisationen zur Terrorismus-Abwehr und die Ergreifung von Maßnahmen zur Beseitigung der Grundursachen von Terrorismus, wobei der Rolle der Vereinten Nationen volle Entfaltungsmöglichkeit gewährt wird. Es darf keinen doppelten Standard geben, außerdem darf der Kampf gegen den Terrorismus nicht an eine bestimmte ethnische Gruppe oder Religion gebunden sein“²⁰⁷.

Unter dem Vorzeichen der Terrorismus-Bekämpfung gehen die chinesischen Behörden gegen tibetische Abweichler vor und schikanieren Personen, die sie „spalterischen Tätigkeiten“ verdächtigen. Die häufigen Anti-Terror-Übungen in der tibetischen Hauptstadt zeugen von der Nervosität der Behörden in bezug auf den Terrorismus. Die erste, eine eintägige Anti-Terror-Übung mit der Bezeichnung „Himalaya 03“, wurde am 17. November 2003 vom chinesischen Militär abgehalten. Die zweite fand am 12. September 2004 statt. Dabei übten chinesische Soldaten die Rettung von Geiseln, die Entschärfung von Bomben und die Reaktion auf biochemische Angriffe. Bei diesen Übungen, die drei Stunden dauerten, wurde auch der Rettungseinsatz bei Entführungen, Sprengstoff- und biochemischen Anschlägen sowie die Festnahme von Terroristen geübt²⁰⁸.

Wie ein chinesischer Funktionär sagte, verfolgen derartige Militärübungen den Zweck, die Streitkräfte in ständiger Alarmbereitschaft zu halten im Hinblick auf den Kampf gegen Separatisten, die zum Gefolge des im Exil lebenden geistlichen Oberhauptes der Tibeter, des Dalai Lama, gehören²⁰⁹. Das offizielle Nachrichten-Webportal Xinhua zitierte die Veranstalter: „Diese Anti-Terror-Manöver werden angesichts der häufigen Terrorakte in der ganzen Welt abgehalten, um die Abwehrbereitschaft für den Fall von Terrorangriffen in der Region zu testen“²¹⁰.

China sollte Anti-Terror-Maßnahmen nur in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht durchführen. Das TCHRD ist der Ansicht, daß eine Brandmarkung von Minderheiten als Terroristen, wie etwa der Tibeter, die harmlosen kulturellen oder religiösen Aktivitäten nachgehen oder in friedlicher Weise für politische Unabhängigkeit oder Autonomie eintreten, eine grobe Verletzung der internationalen verbrieften Rechte auf Freiheit der Meinung und Meinungsäußerung, der Versammlung und der Religion darstellt. Es ist daher unbedingt erforderlich, bei allen Maßnahmen zur Terrorismus-Bekämpfung genau zu prüfen, ob sie mit den internationalen Menschenrechts- und humanitären Gesetzen vereinbar sind.

Die „Schlag-Hart-Zu“ Kampagne

Die Wiederaufnahme der Kampagne des harten Durchgreifens in Tibet deutet auf eine Rückkehr der chinesischen Regierung zu ihrer Hardliner-Politik: Sie geht nun noch schärfer gegen Elemente vor, die angeblich die Einheit Chinas unterminieren. Diese Kampagne, die 1983 vom Stapel gelassen wurde, um Verbrechen und Korruption einzudämmen, wurde in der Autonomen Region Tibet im April 1996 eingeführt. Hier dient sie hauptsächlich dem Zweck, den Einfluß des Dalai Lama auszuschalten und tibetischen Dissens im Keim zu ersticken.

Im Zuge der Hartdurchgreif-Kampagne wurde jeglicher Ausdruck von Hochachtung für den Dalai Lama untersagt, wozu auch der Besitz von Bildern, Video- und Tonkassetten von ihm, sowie die Bezugnahme auf ihn als das im Exil lebende Oberhaupt der Tibeter und die Erwähnung seiner Regierung gehören. Streng verboten ist auch der Besitz der tibetischen Nationalflagge, sowie allen Materials, das irgendwie politisch relevant sein könnte. Alle diese Dinge werden als Akte der „Gefährdung der

²⁰⁷ http://www.icapp3.org.cn/2004-09/05/content_2809095.htm.

²⁰⁸ Xinhua News, 12 September 2004.

²⁰⁹ Xinhua News, 12 September 2004.

²¹⁰ <http://www.reuters.co.uk/newsArticle.jhtml?type=topNews&storyID=6214118>.

Staatssicherheit“ oder als „Beeinträchtigung der Stabilität und Einheit des Mutterlandes“ betrachtet und dementsprechend geahndet.

Auch in den monastischen Gemeinschaften wird der Besitz der genannten Gegenstände von den Arbeitsteams kontrolliert, welche die größeren religiösen Institutionen regelmäßig aufzusuchen pflegen. Sie trommeln die Mönche und Nonnen zusammen, um sie politisch zu indoktrinieren und dazu zu bringen, den Dalai Lama zu diffamieren.

China hat die Kampagne kürzlich intensiviert, um noch härter gegen politischen Dissens und religiöse Institutionen zuzuschlagen. Am 19. Oktober 2004 traten die Hauptorgane der Strafverfolgung in Lhasa zu einer einwöchigen Sitzung zusammen und erörterten die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität und der Ergreifung geeigneter Maßnahmen gegen Personen, die im Verdacht stehen, die Souveränität Chinas und die Sicherheit des Landes zu untergraben. Der Beschluß wurde gefaßt, die Hartdurchgreif-Kampagne in Lhasa in den letzten zwei Monaten des Jahres 2004 noch strenger durchzuführen. Der Chef des Public Security Bureau der TAR, Yang Song, erklärte am 20. Oktober 2004: „Soziale Stabilität ist nicht nur ein Muß für die Gesellschaft, es ist auch eine sehr wichtige politische Angelegenheit [...], hart gegen Spalter zuzuschlagen und sie niederzuwerfen“²¹¹.

Von Anfang an gab es im Gefolge der Hartdurchgreif-Kampagne ernste Verletzungen an den Menschenrechten der Tibeter. Es gibt unzählige Fälle, wo Tibeter wegen ihres bloßen Eintretens für tibetische Unabhängigkeit und Unterstützung für den Dalai Lama festgenommen, gefoltert und über lange Zeiträume inhaftiert wurden.

Einrichtungen zur Umerziehung-durch-Arbeit

Ein weiterer Bereich, in dem die Menschen ihrer Freiheit beraubt werden, ist das 1957 von der chinesischen Regierung eingeführte System der Umerziehung-durch-Arbeit. Laut dem „Gesetz über administrative Bestrafung“ sind die Behörden berechtigt, Personen ohne ein ordentliches Verfahren willkürlich festzunehmen und festzuhalten. Auf Gemeindeebene kann eine Person ohne irgendeine Kontrolle des Verdikts durch einen Richter und ohne Recht auf Berufung vom Public Security Bureau oder vom Management-Komitee für Umerziehung-durch-Arbeit verurteilt werden. Verurteilungen zur Umerziehung-durch-Arbeit können von sechs Monaten bis zu drei Jahren reichen, mit der Möglichkeit der Verlängerung um ein Jahr, falls sich der Sträfling als nicht zureichend „umerzogen“ erweist.

Die UN-Arbeitsgruppe für Willkürliche Verhaftung machte erneut klar, daß jegliche Form des Freiheitsentzugs – auch die Umerziehung-durch-Arbeit – der Überprüfung durch ein Gericht bedarf²¹². Doch bis zum heutigen Tag gibt es in China keine richterliche Kontrolle bei der Aburteilung einer Person zur Umerziehung-durch-Arbeit²¹³.

2004 wurden noch mehr Tibeter als in den vergangenen Jahren aus politischen Gründen oder wegen ihres Versuchs aus Tibet zu fliehen oder aus dem Exil zurückzukehren zur Umerziehung-durch-Arbeit verurteilt.

Es wurde zwar berichtet, daß der Nationale Volkskongreß die Überprüfung der derzeitigen rechtlichen Grundlagen für Umerziehung-durch-Arbeit auf seine Tagesordnung setzen wolle²¹⁴; nichtsdestoweniger wurde im Juli 2004 in der Gemeinde Senge im Distrikt Ngari ein neues Straflager von 40.000 sq. ft. (371,600 m²) Oberfläche in Betrieb genommen. Acht Millionen Yuan wurden von dem Entwicklungsministerium für die Einrichtung der Anstalt bereitgestellt, die ungefähr 100 Insassen aufnehmen kann²¹⁵. Die Ortswahl des Lagers ist typisch, denn es liegt an einer Route, welche Tibeter gerne bei ihrer Flucht ins Exil benutzen, ebenso wie Rückkehrer aus Indien und Nepal.

²¹¹ <http://www.tibetinform.com>, 4 November, 2004.

²¹² Erklärung der Arbeitsgruppe für Willkürliche Verhaftung nach ihrem China-Besuch, 4. Oktober 2004, <http://www.unhcr.ch/hurricane/hurricane.nsf/view01/DCE1B1DE1F7D56DBC1256F23002FFFFC?opendocument>.

²¹³ idem.

²¹⁴ idem.

²¹⁵ Tibet Daily, 21. Juli 2004.

Einschränkung der Bewegungsfreiheit

Der Art. 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verfügt: „Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates“ und „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.“

In der Praxis macht China es Tibetern, die ihr Land verlassen möchten, jedoch äußerst schwer, sich die erforderlichen Reisedokumente zu beschaffen. Deshalb versuchen jedes Jahr viele Tibeter ohne die notwendigen Papiere aus ihrem Heimatland zu fliehen, um in Klöstern im Exil ihrer religiösen Berufung in Freiheit nachgehen oder die von der tibetischen Regierung-im-Exil aufgebauten Bildungseinrichtungen besuchen zu können.

Auf ihrer Fußreise über die Himalaya-Pässe sind diese Flüchtlinge nicht nur Hunger, Dehydration, Verletzungen, Schneblindheit und Erfrierungen ausgesetzt, sondern sie laufen vor allem Gefahr, an einem der zahlreichen Polizeiposten entlang der Route verhaftet zu werden. Darüber hinaus droht ihnen auf der nepalesischen Seite der Grenze die Festnahme durch die dortigen Grenzschutzkräfte und die Rückführung über die Grenze nach China.

Am 11. September 2004 nahm das nepalesische Grenzschutzpersonal eine Gruppe von 34 Tibetern fest, darunter sechs Frauen und sechs Kinder, die gerade die Grenze überschritten hatten. Drei Mönche aus dem Kloster Dhargyeling, Dhondup Tsering, 22, Tashi Dhargay, 19, und Dhondup Namgyal, hatten sich am 29. Dezember 2003 auf den Weg gemacht, um eine Audienz beim Dalai Lama in Dharamsala zu erhalten. Dhondup Tsering berichtete dem TCHRD:

„Als wir es endlich nach Nepal geschafft hatten, stellte uns ein bulliger nepalesischer Offizier Fragen auf Tibetisch und schlug und stieß und dabei brutal. Er durchsuchte uns auch gründlich und nahm mir 1.500 Yuan und den anderen 2.900 Yuan ab. Dann schlossen sie uns eine ganze Nacht, ohne uns etwas zu essen zu geben, in eine Toilette, die von außen bewacht wurde. Am nächsten Morgen gegen 11 Uhr lieferten nepalesische Soldaten uns in Dram an der Tibet-Nepal-Grenze dem chinesischen Grenzschutzpersonal aus. Wir wurden einzeln vernommen und schwer geschlagen, sogar Tashi Dhargay, der magen- und herzkrank ist. Sie warfen uns in den Kerker, ohne Feldbetten und ohne elektrisches Licht“.

Ein Neuankömmling aus Tibet, der seine Anonymität wahren will, berichtete dem TCHRD im November 2004 über die Vergewaltigung von zwei jungen Mädchen aus seiner Gruppe durch eine Bande von Nepalesen, die in der Uniform der nepalesischen Polizei auftrat und die fliehenden Tibeter angriff:

„Wir waren eine Gruppe von fünf Männern und zwei 13 und 16 Jahre alten Mädchen. Nachdem wir Dram (nepalesisch-tibetische Grenzortschaft) passiert hatten, erreichten wir die Wälder um Tatopani. Plötzlich wurden wir von einer Gruppe von acht mit Messern bewaffneten Männern in Uniformen der nepalesischen Polizei angegriffen. Den Mädchen wurden vor unseren Augen die Kleider vom Leib gerissen, dann vergewaltigten die Männer sie abwechselnd. Einige der Männer vergewaltigten die Mädchen mehrmals. Die anderen lachten und urinierten daneben, während den Mädchen Gewalt angetan wurde. Ein Mann aus unserer Gruppe wurde mit einem Messerhieb auf den Kopf niedergeschlagen, als er wutentbrannt mit den Bewaffneten kämpfen wollte“²¹⁶.

Tenzin Nyima, 15, aus dem Dorf Tose im Distrikt Nyingtri, gehörte zu jener Gruppe von 18 Tibetern, die im Mai 2003 bei ihrem Versuch aus Tibet zu fliehen, von der nepalesischen Polizei festgenommen wurden. Er war im Dilli Bazar Gefängnis in Kathmandu eingesperrt und wurde am 31. Mai zusammen mit der Gruppe den Chinesen ausgeliefert. Hier ist sein Bericht über seine wiederholten Fluchtversuche:

„Wir wurden von fünf Zivilpolizisten verhaftet und im alten Gefängnis von Shigatse eingesperrt. Dort versuchten sie uns einzuschüchtern, indem sie ihre Gewehre auf unsere Köpfe richteten und uns fragten, was unser Ziel und wer der Anführer unserer Gruppe sei. Sie schlugen uns ins Gesicht und traktierten uns mit elektrischen Schlagstöcken. Als die Peiniger mir den Stock auf den Rücken hauten, war ich eineinhalb Stunden lang bewußtlos... Später wurde ich in nacktem Zustand mit einem Seil gefesselt und kopfüber aufgehängt. Dann wurde ich mit eiskaltem Wasser übergossen. Ich war fünf Monate lang im Gefängnis von Shigatse inhaftiert. Schließlich konnten meine Angehörigen mich durch Zahlung von 3.000 Yuan Lösegeld an die Gefängnisleitung freibekommen.“

²¹⁶ „Jugendliche auf dem Weg ins Exil vergewaltigt“, Human Rights Update, Nov. 2004.

Bei seinem zweiten Versuch, aus Tibet zu fliehen, war er in der Gruppe von 27 Personen, die von der nepalesischen Polizei gefaßt und nach Tibet deportiert wurden. „Wir wurden in einer kleinen Zelle in Dram (einer nepalesisch-tibetischen Grenzortschaft) eingesperrt. Dort litten fünf von uns drei Wochen lang an heftigem Nasenbluten. Nachdem wir die Gefängniswärter mehrmals inständig gebeten hatten, mir auf Grund meines sich ständig verschlechternden Gesundheitszustands medizinische Hilfe zukommen zu lassen, wurde mir schließlich eine Spritze verabreicht. Später verlegten sie mich ins Gefängnis von Shigatse, wo die Gefangenen ein wenig besser behandelt werden. Dort konnten meine Eltern durch Bestechung der Gefängnisbeamten meine Entlassung erwirken.“

Erst beim dritten Anlauf gelang Nyima die Flucht und im Mai 2004 erreichte er Kathmandu. Auch 2004 gab es eine Reihe von Fällen, wo Tibeter, die aus dem indischen Exil nach Tibet zurückkehren wollten, von den Chinesen willkürlich festgehalten wurden. Ihre Freilassung konnte meistens nur durch Zahlung einer Kaution erwirkt werden.

Rückkehrer aus dem Exil, insbesondere hoch angesehene Lamas, werden von den chinesischen Behörden wegen ihrer Loyalität zum Dalai Lama oder wegen ihrer mutmaßlichen Verwicklung in politische Tätigkeiten, was als Delikt der versuchten „Gefährdung der Staatssicherheit“ geahndet wird, mit Argwohn betrachtet. Wie das TCHRD erfuhr, ordneten die Behörden die Ausweisung von Mönchen und Nonnen an, die nach ihrer Rückkehr aus dem Exil um Wiederaufnahme in ihren Heimatkloster in Tibet baten.

Nun sind Mönche und Nonnen, die von einem Klosteraufenthalt aus Indien zurückkehren, aber nicht die einzigen Opfer der Verfolgung, die chinesischen Behörden nehmen sich auch routinemäßig Studenten vor, die nach Abschluß ihrer Ausbildung im Ausland nach Tibet zurückkehren. Aus Indien zurückkehrende Tibeter werden oft unweit der Grenze zu Nepal in Polizeikerkern in Gewahrsam gehalten. Häufig werden sie ausgedehnten Verhören unterzogen, die fast immer von Schlägen und anderen Formen physischer Mißhandlung begleitet sind.

Gedun Tsundue, ein Mönch aus dem Kloster Ragya, TAP Golog, Provinz Qinghai, der ins Exil geflohen und dort ins Kloster Kirti in Dharamsala eingetreten war, sowie Jamphel Gyatso, ein Mönch des Jadel Khangtsen im südindischen Sera Jhe Kloster, kehrten im Februar 2004 nach Abschluß ihrer Studien nach Tibet zurück. Das TCHRD verfügt über bestätigte Information, daß beide vier Monate lang willkürlich inhaftiert waren, ehe man sie den zuständigen Behörden in Golog übergab und ihnen je 4.500 Yuan Geldstrafe abverlangte²¹⁷.

Im Juni 2004 wurden die zwei Mönche Sherab und Tenzin Dadul, die im Jadel Khangtsen des Klosters Sera Jhe in Südindien studiert hatten, zusammen mit zwei Laientibetern, Dhombu und Monlam, die ebenfalls auf ihrem Rückweg nach Tibet waren, im Gefängnis von Dram in der Nähe der Grenze zu Nepal inhaftiert. Über ihren Verbleib und ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt²¹⁸.

2001 erhielt das TCHRD eine Mitteilung über die Festnahme von vier ehemaligen Mönchen des Klosters Ragya in Machen (Kunchok Dhargay, Mathok Damchoe, Tsultrim Phuntsok und Sonam Gyatso), die aus Indien in ihre Heimat zurückkehren wollten. Den vieren wurde vorgeworfen, mit einer geheimen Organisation namens „Freiheit in Tibet“ zusammenzuarbeiten und Bilder von Gendun Choekyi Nyima zu verteilen. Alle wurden zu 5 bis 6 Jahren Gefängnis verurteilt, was das TCHRD aber erst 2004 erfuhr.

Wegen der Schwierigkeiten, an Informationen über Menschenrechtsverletzungen zu gelangen, erreichen Berichte von Festnahmen das TCHRD in manchen Fällen erst, nachdem die Opfer ihre Strafe verbüßt haben und ins Exil entkommen sind.

Schlußbemerkung

Zweifellos hat es im Verlauf des letzten Jahrzehnts ungeheure wirtschaftliche Veränderungen in China gegeben. Bedauerlicherweise geht die rasante wirtschaftliche Entwicklung aber nicht mit einem geschärften Bewußtsein der Bürger für ihre bürgerlichen und politischen Rechte einher. Du Zhong-

²¹⁷ „Aus dem Exil zurückgekehrte Tibeter werden immer öfter willkürlich inhaftiert“, TCHRD Pressemitteilung, 12. Aug. 2004

²¹⁸ Tibet Times, 20. Aug. 2004.

xing, ein Mitglied der chinesischen Delegation bei der 60. Sitzung der UN Menschenrechtskommission, erklärte:

„Die Verwirklichung der bürgerlichen und politischen Rechte ist ein langwieriger Prozeß. Egal welcher Methode oder welches Modells sich ein Staat bei der Verwirklichung der Menschenrechte bedient, der Genuß bürgerlicher und politischer Rechte durch die Einwohner eines gegebenen Landes kann niemals den Grad seiner allgemeinen sozialen Entwicklung übersteigen [...] Die Verwirklichung der bürgerlichen und politischen Rechte erfordert eine solide materielle Grundlage und den Aufbau von Kapazitäten. Sie ist eng verbunden mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten und dem Recht auf Entwicklung. Gegenwärtig gibt es einige Mißverständnisse hinsichtlich der bürgerlichen und politischen Rechte. Manche meinen, der Schutz dieser Rechte erfordere nur politischen Willen und es seien keine materiellen Mittel dazu erforderlich. Doch in der Praxis kann man leicht erkennen, daß der Schutz dieser Rechte auch materielle Mittel erfordert. So werden beispielsweise Mittel benötigt für die Aufklärung über Menschenrechte, für die Ausbildung von Personal zur Geltendmachung der Gesetze, für die Bereitstellung von Rechtshilfe, für Wahlen an der Basis, usw. Um die Sache der Menschenrechte zu fördern, sollte die internationale Gesellschaft den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten die gebührende Beachtung schenken und natürlich auch dem Recht auf Entwicklung. Außerdem sollte den zahlreichen Entwicklungsländern, die wirtschaftlich zurückgeblieben sind und große finanzielle Probleme haben, mehr technische Unterstützung und Beistand zum Aufbau von Kapazitäten gegeben werden“²¹⁹.

Aus dieser Feststellung sieht man, welche irriige Vorstellung die chinesische Regierung von der Natur der bürgerlichen und politischen Rechte hat. In ihren Augen ist wirtschaftlicher Fortschritt eine notwendige Vorbedingung für die Wahrnehmung der bürgerlichen und politischen Rechte. Der von der Völkergemeinschaft allgemein akzeptierten Auffassung zufolge haben bürgerliche und politische Rechte jedoch in erster Linie den Sinn und Zweck, die einzelnen Bürger vor den Übergriffen des Staates zu schützen. Einzelpersonen können sich dieser Rechte daher nur solange erfreuen, als der Staat nicht unbefugt in ihre Freiheit eingreift.

Das TCHRD ist der Ansicht, daß die Förderung und der Schutz gewisser grundlegender Rechte – wie des Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, des Rechts, Meinungen ungehindert anzuhängen, des Rechts, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen oder des Rechts, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren – keine „technische und materielle Unterstützung und den Aufbau von Kapazitäten, Hilfe und Ressourcen“ erfordern. Während niemand bestreitet, daß Menschenrechte voneinander abhängig sind und in Wechselbeziehung zueinander stehen, hält das TCHRD die von der chinesischen Regierung vertretene Auffassung für gänzlich inakzeptabel, daß die Förderung und der Schutz der genannten Rechte von dem Grad der wirtschaftlichen Entwicklung einer Gesellschaft abhängig gemacht werden sollten.

In ihrer einseitigen Ausrichtung auf die wirtschaftliche Entwicklung Tibets übersieht die chinesische Regierung, daß das tibetische Volk sich nicht voll entwickeln kann, solange es seine grundlegenden bürgerlichen und politischen Rechte nicht geltend machen kann.

II. Das Recht auf Information

Inhalt:

Einführung

Das Recht auf Übermittlung von Information

Die Freiheit der Fernseh- und Rundfunkübertragung

Informationsrecht vs. Staatssicherheit

Überwachung von Telefon und Textbotschaften

Veröffentlichungsverbot

Das Recht auf den Erhalt von Information

Informationsmonopol

²¹⁹ Statement by Adviser DU Zhongxing of the Chinese Delegation on Civil and Political Rights (Item 11) at the 60th Session of the Commission on Human Rights (Geneva, April 1, 2004); <http://www.china-un.ch/eng/gjhyfy/hy2004/t85174.htm>.

Sprachbarrieren
 Informationssperre
 AIDS wird wissentlich ignoriert
 Manipulation von Tatsachen und Zahlen
 Das Recht, Information zu suchen
 Kontrolle durch den Staat und Zensur des Internets
 Zugang zu Information
 Schlußbemerkung

Einführung

Der einzelne Bürger kann seine Rechte nur dann einfordern, wenn er sich ihrer bewußt ist. Andererseits kann ein solches Bewußtsein nur dann entstehen, wenn es genügend an Information gibt, wenn sie frei zur Verfügung steht und auch hinreichend verbreitet wird. Das Recht auf Information ist sozusagen der Grundstein für eine Reihe weiterer wichtiger Rechte. Zum Beispiel verleiht es dem Recht auf Partizipation erst seine Bedeutung – dieses wurde wiederum als wesentlich für die Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung genannt.

1946 würdigte die Vollversammlung der UNO in ihrer allerersten Sitzung:

"Die Freiheit der Information ist ein Grundmensenrecht, sie ist der Prüfstein für alle Freiheitsrechte, denen die Vereinten Nationen verpflichtet sind"... "Die Freiheit der Information beinhaltet das Recht, Nachrichten überall und zu aller Zeit ohne Einschränkung zu sammeln, weiterzugeben und zu veröffentlichen. Als solches ist sie ein wesentlicher Faktor bei jeder ernsthaften Bemühung um Frieden und Fortschritt in der Welt"²²⁰.

Das Recht auf Information ist in zwei wesentlichen Erklärungen der Internationalen Menschenrechtscharta verankert. Sowohl der Art. 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als auch der Art. 19 des Internationalen Abkommens über Bürgerliche und Politische Rechte (ICCPR) betonen im Rahmen des Rechts auf freie Meinungsäußerung auch das Recht, Informationen und Ideen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Der Art. 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet:

"Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten zu vertreten und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten".

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung sagte wiederholt, daß "das Recht, Informationen zu suchen, zu empfangen und weiterzugeben, nicht nur eine logische Konsequenz der freien Meinungsäußerung ist, sondern ein eigenes Recht für sich selbst darstellt". Daher bildet das Recht auf Information einen integralen Teil des übergeordneten Rechts auf freie Meinung und Meinungsäußerung. Es hilft auch, den Umfang des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu spezifizieren und einige seiner wesentlichen Elemente besser zu definieren. In der Tat hat das Recht auf Information drei Dimensionen, die in Wechselbeziehung zueinander stehen:

- 1) das Recht, Informationen zu übermitteln;
- 2) das Recht, Informationen zu empfangen;
- 3) das Recht, Informationen zu suchen.

Das Recht, Informationen weiterzugeben, setzt die Existenz von freien und unabhängigen Medien und ein pluralistisches Nachrichtensystem voraus. Das Recht, Informationen zu empfangen, setzt voraus, daß alle Menschen die Möglichkeit haben, rechtzeitige, objektive und vollständige Informationen zu erhalten. Das Recht, Informationen zu suchen, beinhaltet, daß der Zugang zu öffentlichen Aufzeichnungen und Dokumenten und zu allen anderen Informationsquellen frei sein muß.

Inwieweit die Bürger ihr Recht auf Information wahrgenommen können, hängt von dem Grad der Kooperation und Bereitwilligkeit des jeweiligen Staates ab. Dieser sollte positive Maßnahmen ergreifen, damit alle Schichten der Gesellschaft ohne Unterscheidung ethnischer Zugehörigkeit, Sprache, Religion oder Geschlecht objektive, vollständige und rechtzeitige Informationen erhalten. Außerdem sollte

²²⁰ United Nations General Assembly Resolution 59(1), 1946.

der Staat nicht in den freien Austausch und die Weitergabe von Informationen eingreifen und den einzelnen Bürgern nicht den Zugang zu Informationen verwehren, die der Öffentlichkeit frei zur Verfügung zu stehen haben.

Das Recht auf Übermittlung von Information

Die Freiheit der Fernseh- und Rundfunkübertragung

Für die große Mehrheit der Menschen in Tibet ist der Empfang von Sendungen, in erster Linie über das Radiogerät, die hauptsächliche Nachrichten- und Informationsquelle. Es ist daher außerordentlich wichtig, daß dieses Medium unabhängig ist und im Interesse der Öffentlichkeit arbeitet. In Tibet beansprucht die chinesische Regierung jedoch das Monopol für Fernsehen und Rundfunk, während sie private Sender verbietet. Es ist dies ein Verstoß gegen den Art. 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, welcher das Recht auf die Weitergabe von Informationen und Ideen durch jedes Verständigungsmittel garantiert.

Hierzu erklärte der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, daß staatliche Monopole für TV und Radio „nicht mehr zu rechtfertigen sind, und daß alle Länder Rahmenbestimmungen für die Lizenzerteilung sowohl an kommerzielle als auch an Gemeindefsender, Erd-Übertragungssysteme mit einbegriffen, herausgeben sollten“²²¹.

Der Sonderberichterstatter meinte ferner, „der beste Weg, dem öffentlichen Interesse zu dienen, sei sicherzustellen, daß die größtmögliche Auswahl an Informationen und Ideen mittels Fernseh- und Radioübertragung zur Verfügung gestellt wird“ und daß „Minderheiten Zugang zu den Ätherwellen haben sollten. Öffentliche Sender sollten ihr Programm so gestalten, daß es allen Gliedern der Gesellschaft Genüge tut, und die für Fernseh- und Rundfunk zuständige Behörde sollte gewährleisten, daß ethnischen Minderheiten ohne irgendeine Benachteiligung Lizenzen für eigene Sender gegeben werden“²²².

In Tibet haben die Reporter, seien sie nun vom Fernsehen oder Rundfunk, jedoch keine andere Wahl, als sich genauestens an die von der Regierung herausgegebenen redaktionellen Richtlinien zu halten. Selbst die Themen, über die sie berichten, und der Blickwinkel, aus dem sie schreiben, werden gewöhnlich im voraus und in Übereinstimmung mit der offiziellen Linie der Regierung festgesetzt.

Im November 2004 erzählte ein ehemaliger Rundfunkjournalist, dessen Name anonym bleiben muß, dem TCHRD ausführlich, in welcher Weise Rundfunk und Fernsehen in Tibet durch die Politik des Staats beeinträchtigt werden:

„Jedes Jahr gibt die Regierung Anweisungen an Journalisten hinsichtlich der Themen, die sie in den Medien bringen sollen. Diese Direktiven werden nur in Medienkreisen in Umlauf gebracht, bleiben aber sonst geheim. Anfang 2004 erhielten wir vier Direktiven: Erstens dürfen Journalisten über nichts berichten, das mit Religion zu tun hat, sie dürfen nur über die vom Staat protegierten religiösen Ereignisse schreiben. Zweitens dürfen Journalisten nicht über die Aktivitäten von internationalen Stiftungen und NGOs berichten, die in verschiedenen Gegenden in Tibet tätig sind. Dieses Verbot wurde schon 2001 verhängt. Drittens dürfen Journalisten nicht über Demonstrationen oder Proteste gegen die Regierung berichten. Viertens darf nur eingeschränkt über Naturkatastrophen berichtet werden. Wenn beispielsweise eine größere Zahl von Tieren im Winter infolge starken Schneefalls umkommt, dann wird diese Nachricht, selbst wenn ein Reporter sie bereits festgehalten hat, nicht sofort gesendet. Die Information wird gekürzt und später, nachdem die Behörden bereits Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen haben, in einem anderen Zusammenhang eingebaut. Die Nachricht wird schließlich unter einem anderen Vorzeichen gesendet, es heißt dann etwa, die Kommunistische Partei und die Regierung hätten bei der Katastrophe diese oder jene Hilfsmaßnahme getroffen. Aber die Zahl der umgekommenen Tiere oder das Ausmaß der von den Nomaden erlittenen Verluste bleiben unerwähnt“²²³.

Die Redaktionsfreiheit wird ferner dadurch eingeschränkt, daß in den höchsten Positionen der Fernseh- und Rundfunkanstalten Parteimitglieder sitzen. Sie üben strenge Kontrolle über die Inhalte der

²²¹ Menschenrechtskommission, 58. Sitzung, Bericht des Sonderberichterstatters über die Förderung und den Schutz des Rechtes auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Abid Hussain, 30. Jan. 2002.

²²² Ibid.

²²³ TCHRD Interview, 15. Nov. 2004.

auszustrahlenden Sendungen aus und wachen peinlichst darüber, daß die Richtlinien der Regierung eingehalten werden.

„Die Prozedur für die Absegnung der einzelnen Berichte für die Sendungen ist umständlich und lang, weil sie gewöhnlich wiederholt auf ihre politische Akzeptanz hin überprüft werden. Alle Berichte müssen drei Redaktionsebenen durchlaufen. Der Chef der tibetischen Nachrichtenabteilung gibt eine Geschichte an den Chef der Abteilung für tibetische Sprache weiter. Dieser wiederum gibt sie an einen Abteilungsleiter des tibetischen Fernsehens oder Rundfunks. Erst wenn dieser seine endgültige Zustimmung gegeben hat, kann die Nachricht schließlich gesendet werden. Wenn etwas politisch nicht ganz korrekt daran ist, trägt er die Verantwortung dafür. Die Chefredakteure sind meistens Parteimitglieder, und sie sorgen dafür, daß alle Geschichten in Übereinstimmung mit der Parteilinie sind. Der Prozentsatz von Parteimitgliedern in den diversen Medienbüros ist hoch. Mitgliedschaft in der Partei ist auch im Hinblick auf Beförderung günstig“²²⁴.

Hierzu bemerkte der UN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, daß die öffentlichen Fernseh- und Radiogesellschaften der Bevölkerung und nicht der Regierung oder der herrschenden Partei zu Diensten stehen sollten. Dies würde aber ein Ende der politischen Einmischung erfordern, etwa durch die Einsetzung eines unabhängigen Verwaltungsrats und durch Achtung der journalistischen Unabhängigkeit²²⁵.

Die Kontrolle der Behörden von Fernsehen und Rundfunk bezieht sich nicht nur auf den Informationsgehalt der Berichte. Sie betrifft auch die Journalisten selbst, die ständig beweisen müssen, daß ihre Arbeit der Sache der Regierung und der Partei dient.

„Auf die Journalisten wird eine Menge Druck ausgeübt, die Politik möglichst positiv und so darzustellen, daß sie die Parteilinie reflektiert. Die Mitarbeiter bei den Medien müssen jedes Jahr einen Rechenschaftsbericht über ihre Arbeit abliefern. Ich mußte beispielsweise über den Kampf gegen den Separatismus schreiben, für dessen Berichterstattung ich zuständig war. Ich mußte erklären, wie meine Berichte den Regeln unseres Büros und den Direktiven der Regierung entsprochen haben. Weiter wurde von mir verlangt, alle Orte aufzuzählen, die ich für meine Reportagen besucht hatte“²²⁶.

Informationsrecht vs. Staatssicherheit

Es ist äußerst bedauerlich, daß die chinesische Regierung unter Berufung auf die nationalen Sicherheitsgesetze das Recht auf die Weitergabe von Informationen in Tibet unterbindet.

Der Art. 103 des chinesischen Strafgesetzes sieht harte Strafen vor, sowohl für Personen, die selbst Akte zur Spaltung des Landes organisieren oder durchführen und seine Einheit untergraben als auch für solche, die andere dazu anstiften, das Land zu spalten und seine Einheit zu untergraben. Der Art. 105 belegt Personen mit schweren Strafen, die Akte zur Zerrüttung der Staatsmacht organisieren, aushecken oder durchführen oder das sozialistische System stürzen wollen, sowie Personen, die andere dazu anstiften, indem sie Gerüchte oder Verleumdungen verbreiten oder zu sonstigen Mitteln greifen, um die Staatsmacht zu untergraben und das sozialistische System zu stürzen.

Nyima Tsering, 65, ein ehemaliger Mönch aus dem Kreis Gyantse, Präfektur Shigatse, TAR, war Lehrer für tibetische Sprache und buddhistische Ethik. Im Dezember 2002 wurde er vom Public Security Bureau festgenommen, weil er angeblich die Unabhängigkeit Tibets befürwortende Literatur verteilt hatte, und im Haftzentrum des Landkreises Gyantse eingesperrt. Sechs Monate später, im Juni 2003, verurteilte ihn das Volksgericht Gyantse wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ zu fünf Jahren Gefängnis. Nyima Tsering verbüßt derzeit seine Strafe im Drapchi-Gefängnis von Lhasa²²⁷.

Im Februar 2003 wurden Lobsang Tenphel und ein weiterer Tibeter aus dem Distrikt Kardze im Zusammenhang mit den Tulku Tenzin Delek und Lobsang Dhondup angehängten Verbrechen festgenommen. Wie verlautet, sei der Grund für die Verhaftung dieser beiden Verwandten von Tenzin Delek der gewesen, daß sie Informationen über den Tulku und Lobsang Dhondup an die Außenwelt gegeben hätten. Im September 2003 wurde Lobsang Tenphen der Weitergabe von Informationen über Tenzin Delek und Lobsang Dhondup für schuldig befunden und vom Mittleren Volksgericht von Kard-

²²⁴ Ibid.

²²⁵ Menschenrechtskommission, 58. Sitzung, ibid.

²²⁶ TCHRD Interview, 15. Nov. 2004.

²²⁷ Human Rights Update, Jan. 2004 „Tibetischer Lehrer zu fünf Jahren Haft verurteilt“.

ze zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Er verbüßt derzeit seine Strafe im Gefängnis von Ngaba, Provinz Sichuan.

In Bezug auf die Einschränkung des Rechts auf die Weitergabe von Informationen, die von einem Staat aus Gründen der nationalen Sicherheit verfügt werden kann, verabschiedete eine Gruppe von Experten für Völkerrecht, nationale Sicherheit und Menschenrechte im Oktober 1995 ein Grundlagenpapier, das auch als die „Johannesburger Prinzipien“ bezeichnet wird. Grundsatz 1.1 lautet:

„Jede Einschränkung der Meinungsäußerung oder Informationsvermittlung muß gesetzlich vorgeschrieben sein. Das Gesetz muß einsehbar, eindeutig, eng umschrieben und exakt formuliert sein, damit der einzelne Bürger genau weiß, ob eine bestimmte Handlung rechtswidrig ist oder nicht“²²⁸.

Weiterhin erklärt der Grundsatz 2: „Einschränkungen, die mit nationaler Sicherheit zu rechtfertigen versucht werden, sind nicht zulässig, es sei denn ihr tatsächlicher Zweck und nachweisbarer Effekt sei der Schutz der Existenz eines Landes oder seiner territorialen Integrität vor Anwendung oder Androhung von Gewalt, oder seiner Fähigkeit auf Androhung und Anwendung von Gewalt zu reagieren, erfolge diese nur von außerhalb, etwa durch eine militärische Bedrohung, oder von innen, etwa durch die Aufwiegelung zu gewaltsamem Sturz der Regierung. [...] Insbesondere sind Einschränkungen, die auf Grund von nationaler Sicherheit zu rechtfertigen versucht werden, nicht legitim, wenn ihr tatsächlicher Zweck oder nachweisbarer Effekt der ist, Interessen zu schützen, die nichts mit der nationalen Sicherheit zu tun haben – etwa eine Regierung vor Verlegenheit oder vor der Entlarvung ihres Fehlverhalten zu schützen, oder um Informationen über die Arbeitsweise ihrer öffentlichen Institutionen zu verheimlichen oder um eine besondere Ideologie abzuschirmen oder um Arbeiterunruhen zu vertuschen“²²⁹.

Überwachung von Telefon und Textbotschaften

Die Behörden überwachen immer häufiger sowohl Inlands- als auch Auslandsgespräche von Tibetern. Besonders haben sie es auf Mönche und Nonnen abgesehen, die ins Ausland telefonieren. Im Juli 2004 wies die Zentralregierung in Peking verschiedene Behörden in der TAR an, Anrufe von Mönchen aus ihren Klöstern nach Indien, bzw. aus Indien kommende Anrufe verstärkt abzuhören²³⁰.

Im August 2004 wurde berichtet, daß Gespräche, die Exiltibeter mit ihren Verwandten in Tibet, besonders solchen in Klöstern, führen, abgehört werden. Die Tibeter mahnten ihre Verwandten und Freunde im Exil, auf keinen Fall bei ihren Anrufen über politische Themen zu sprechen. Ein Tibeter, dessen Name nicht genannt werden kann, berichtete, die Sicherheitspolizei habe einen seiner Verwandten in Tibet zur Rede gestellt, weil er Anrufe nach Indien getätigt hatte. Seitdem stehen die beiden kaum noch in Verbindung miteinander.

Der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge haben die Behörden nun auch die technischen Möglichkeiten, um die Textnachrichtenübermittlung auf Mobiltelefonen (SMS = Short Message Service) zu kontrollieren. Dieses Kontrollsystem wurde angeblich entwickelt, um „SMS von pornographischen, obszönen und betrügerischen Inhalten“ zu säubern. Die Organisation „Reporter-ohne-Grenzen“ in Paris sagte jedoch, die Überwachung habe auch den Zweck, bei Mobiltelefonen ein Auge auf abweichlerische politische Inhalte zu werfen²³¹.

Die Überwachung privater Telefongespräche und des Informationsflusses mittels derartiger Systeme stellt einen eindeutigen Verstoß gegen die Art. 12 und 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dar, die da lauten: „Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, sein Heim oder seinen Briefwechsel ausgesetzt werden“ und „Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung“.

Außerdem wies der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung darauf hin, daß Briefe und Privatgespräche eben in den Bereich fallen, der durch den

²²⁸ Menschenrechtskommission, 52. Sitzung, Bericht des Sonderberichterstatters über die Förderung und den Schutz des Rechtes auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Abid Hussain, 22. März 1996.

²²⁹ Menschenrechtskommission, 52. Sitzung, Bericht des Sonderberichterstatters über die Förderung und den Schutz des Rechtes auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Abid Hussain, 22. März 1996.

²³⁰ <http://tchrd/press/2004/pr20040821.html>.

²³¹ <http://www.rfa.org/english/news/politics/2004/07/02/140051>.

Art. 19 des Internationalen Abkommens über Bürgerliche und Politische Rechte (ICCPR) geschützt wird.

Verbot von Veröffentlichungen

Am 9. April 2000 strahlte das staatliche Fernsehen "Tibet TV" eine Liste von Veröffentlichungen aus, die von den Behörden verboten wurden, weil sie eine potentielle Bedrohung für die Einheit des Landes darstellen. Das Verbot der Regierung betrifft „Veröffentlichung, Herstellung, Druck, Photokopieren, Verteilen oder Anpreisen von [...] reaktionärem Propagandamaterial, in dem die Dalai Clique Unabhängigkeit für Tibet fordert und die soziale Stabilität und ethnische Einheit untergraben wird“²³².

Die Tibeter werden nicht nur wegen der versuchten Einfuhr von verbotener Literatur oder Audio- und Videokassetten über den politischen Aspekt Tibets von den chinesischen Behörden verfolgt, sondern schon wegen des bloßen Besitzes von erbaulichem Druck- oder Hörmaterial mit religiösen Belehrungen des Dalai Lama.

Am 21. Dezember 2004 wurde Phuntsok Tsering, ein 24 Jahre alter Mönch aus dem Kloster Dhargyeling in der Ortschaft Mangpo, Kreis Lhatse, Präfektur Shigatse, nur aus dem Grund festgenommen, weil er ein Buch mit Lehren des Dalai Lama besaß. Wie ein Flüchtling erzählte, wurde er im Haftzentrum von Shigatse eingesperrt²³³.

Am 11. April 2003 wurden Kunchok Choephel Labrang und Jigme Jamtruk, zwei Mönche aus dem Kloster Labrang Tashikyil im Kreis Sangchu, Provinz Gansu, von Polizisten des dortigen Public Security Bureau festgenommen, weil während einer Razzia in den Quartieren der Mönche Büchlein mit Reden des Dalai Lama gefunden wurden. Der Verbleib des etwa dreißigjährigen Kunchok Choephel Labrang ist nicht bekannt. Der andere Mönch, Jigme Jamtruk, wurde nach dreizehn Tagen im Gewahrsam auf Kautionsfreisetzung²³⁴.

Am 9. September 2001 hörte Jamphel Gyatso, ein 35-jähriger Mönch aus dem Dorf Phu im Kreis Lhatse, in seinem Zimmer im Kloster Sera gerade ein Tonband mit Belehrungen des Dalai Lama, als Sicherheitsbeamte hereinstürmten und die Tonbänder beschlagnahmten. Sie brachten ihn zuerst zur Vernehmung ins Public Security Bureau nach Lhasa, später wurde er in die Gutsa Haftanstalt im Norden von Lhasa verlegt. Während seiner dreimonatigen Inhaftierung wurde Jamphel heftig und wiederholt geschlagen. Das Mittlere Volksgericht von Lhasa verurteilte ihn wegen Besitzes von „gegen die Regierung gerichteten Propagandamaterials“ zu zwei Jahren Gefängnis und Aberkennung seiner politischen Rechte für ein Jahr. Jamphel verbüßte seine Strafe im Drapchi Gefängnis, wo er gezwungen wurde, den politischen Indoktrinierungssitzungen beizuwohnen. Nach Absitzung seiner Gefängnisstrafe wurde er am 8. August 2003 entlassen²³⁵.

Im November 2000 wollte Samten, ein 38-jähriger Mönch, der 1992 ins Exil gegangen war und im Kloster Drepung in Südindien studiert hatte, nach Tibet zurückreisen, um seine Verwandten zu besuchen. Er hatte 18 Videokassetten über Tibet und 150 Bilder Seiner Heiligkeit des Dalai Lama dabei, die er an seinem Heimatort verteilen wollte. Am 11. Dezember 2000 brachen Beamte des Public Security Bureau von Lhasa in sein Zimmer ein und nahmen ihn wegen Besitzes des genannten Materials fest. Er wurde in eine nahegelegene Polizeistation gebracht, wo er wiederholt gefoltert und mißhandelt wurde. Danach kam er in das PSB-Haftzentrum der TAR und einen Monat später wurde er zur „Umerziehung-durch-Arbeit“ in die 10 km westlich von Lhasa gelegene Strafanstalt Trisam transferiert. Nach drei Jahren wurde Samten am 11. Dezember 2003 entlassen. Er mußte sich auch weiterhin an seinem Wohnort allwöchentlich beim PSB melden und eine Erklärung unterschreiben, daß er fortan keinen politischen Aktivitäten mehr nachgehen würde²³⁶.

Außer daß sie sogenanntes „reaktionäres Propagandamaterial“ verbieten, zensieren die chinesischen Behörden auch routinemäßig Schriftsteller, die den Dalai Lama positiv in ihren Werken erwähnen,

²³² <http://www.tibetinfo.net/news-updates>.

²³³ TCHRD Interview, 31. Dez. 2004, www.tchrd.org/press/2005/pr20050104.html.

²³⁴ <http://www.tchrd.org/news/2003/nb20030501.html>.

²³⁵ „Mönch wegen Kassetten mit Belehrungen des Dalai Lama zu zwei Jahren Haft verurteilt“, Human Rights Update, Dezember 2004.

²³⁶ „Mönch wegen des Besitzes von Bildern und Videokassetten des Dalai Lama inhaftiert“, Human Rights Update, Juni 2004.

weil dies eine Abweichung von der offiziellen Linie darstellt, der zufolge er angeprangert werden sollte.

Im Oktober 2004 kamen die Einheitsfrontabteilung und das Publikationsdepartment der chinesischen Regierung zu dem Schluß, das „Tibettagebuch“ der bekannten tibetischen Schriftstellerin Woese, das von der Geschichte Tibets, berühmten Persönlichkeiten und Sitten der Bewohner handelt, weise „politische Irrtümer“ auf, weil der Dalai Lama positiv dargestellt wird. Das Werk wurde daraufhin vom Amt für Publikationswesen der Provinz Guangdong verboten, während der Verlagschef und der Herausgeber des Buches zur Rechenschaft gezogen wurden. Darüber hinaus verlor Woese ihre Stelle, ihre ehemalige Arbeitseinheit warf sie aus ihrer Wohnung hinaus und strich ihre Gesundheitszulage und Pension. Sie durfte auch keinen Paß beantragen, um das Land zu verlassen. Ihre Arbeitseinheit, die Tibetische Kulturgesellschaft, beauftragte ein besonderes Komitee damit, eine „Korrektur des Denkens“ bei ihr vorzunehmen²³⁷.

In bezug auf die Zensurpraxis der chinesischen Regierung betonte der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung: „Besondere Vorsorge muß getroffen werden, damit Schriftsteller, Dichter, Journalisten und Publizisten nicht durch Zensur oder andere Methoden eingeschüchert oder daran gehindert werden, ihre Ansichten in ihren Schriften zum Ausdruck zu bringen [...]“²³⁸.

Das Recht auf Erhalt von Information

Informationsmonopol

Dem UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung zufolge ist eine der besten Garantien für die Geltendmachung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit das Vorhandensein von unabhängigen, sowohl elektronischen als auch gedruckten Medien mit einer breiten Eigentumsstreuung, sowie ein Maximum an Selbstregulierung und ein Minimum an staatlicher Einmischung²³⁹.

In Tibet jedoch beansprucht die chinesische Regierung das Monopol über Information und ihre Verbreitung. Abgesehen von der totalen Kontrolle der Radio- und Fernsehsendungen übt die Regierung ihre Autorität auch auf die Presse aus, die so etwas wie ein „Sprachrohr“ der Kommunistischen Partei ist.

Beispielsweise ist es Aufgabe der Parteiausschüsse, geeignete Kader als Vertreter der Regierung für die leitenden Positionen bei den Zeitungen zu ernennen. Zeitungen, die nicht direkt von einem Parteiorgan herausgegeben werden, unterliegen dennoch der Kontrolle durch die Partei und den Direktiven ihrer Propaganda-Abteilung. Das Presse- und Publikationsbüro, das für die tägliche Kontrolle der Zeitungen auf Lokalebene zuständig ist, muß sich an die Entscheidungen der Propaganda-Abteilung der Partei halten.

„Tibet Daily“, die führende Zeitung und zugleich das offizielle Blatt des Parteikomitees der TAR, definiert seinen Sinn und Zweck wie folgt:

„Tibet Daily ist das Sprachrohr des Parteikomitees, der Regierung und des Volkes von Tibet, zugleich ist es ein wichtiges Massenpropagandamittel in unserer Region. Unter der Führung des Parteikomitees der TAR treten wir entschieden für die korrekte Ausrichtung der öffentlichen Meinung ein, wir sind bestrebt, die Linie der Partei, ihre leitenden Prinzipien und ihre Politik zu verbreiten – getreu unserer Rolle als Brückenbauer, denn wir versuchen die Partei und die Regierung dem Volk nahezubringen, und stets zielstrebig in unserer Verantwortung der Partei, dem Land und der breiten Volksmasse gegenüber und bemüht, die Grundsätze und die Politik der Partei und der Regierung den Volksmassen auf schnelle, genaue und umfassende Weise zu vermitteln [...]“²⁴⁰.

²³⁷ „Tibetan Writer Persecuted for praising Dalai Lama“, Human Rights in China, 27 Oct. 2004.

²³⁸ Menschenrechtskommission, 54. Sitzung, Bericht des Sonderberichterstatters über die Förderung und den Schutz des Rechtes auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Abid Hussain, 29. Jan. 1999.

²³⁹ Ibid.

²⁴⁰ <http://www.tibetinfo.net/news-updates/nu030500.htm>.

Diese Erklärung und Aufzählung von Zielen steht in deutlichem Widerspruch zu zwei wichtigen Grundsätzen, die wenn sie geachtet und respektiert werden, dem Recht auf objektive, vollständige und rechtzeitige Information Geltung verschaffen: Zum einen haben staatseigene Medien die Verantwortung, über alle Aspekte des Lebens einer Nation zu berichten und Einblick in eine Vielfalt von Ansichten zu geben. Zum anderen dürfen staatseigene Medien nicht von einer politischen Partei als deren Kommunikations- oder Propaganda-Organ mißbraucht werden oder der Regierung unter Ausschluß aller anderen Parteien und Gruppen Anwaltsdienste leisten²⁴¹.

Sprachbarrieren

Chinesisch ist die in ganz Tibet in den Medien vorherrschende Sprache. Dies hat zur Folge, daß Tibeter, die kein Chinesisch verstehen, von vorneherein im Nachteil und vom Empfang wesentlicher Informationen ausgeschlossen sind. Ein ehemaliger Lehrer aus der Ortschaft Chabcha in Qinghai erzählte dem TCHRD:

„Das Qinghai TV strahlt sein Programm 24 Stunden am Tag auf Chinesisch aus. Es gibt jedoch nur einen 90minütigen Programmeinschub auf Tibetisch, und zwar täglich von 17.00 bis 18.30 Uhr, wobei die ersten 15 Minuten für Nachrichten reserviert sind. Dieser Zeitpunkt ist für das Hören der Nachrichten recht ungünstig, weil die Leute gewöhnlich bis 17 Uhr arbeiten. Die chinesischen Nachrichten kommen um 19 Uhr, wenn jedermann zu Hause sitzt. Hinzugefügt werden muß, daß die tibetischen einen Tag nach denselben Nachrichten auf Chinesisch gesendet werden. Seit 1995 haben viele Tibeter, darunter auch Dorfvorsteher, wiederholt an die Provinzregierung von Qinghai appelliert, die Sendezeit für das tibetische Programm auszuweiten, aber bislang haben die Behörden ihrem Ansuchen immer nur die kalte Schulter gezeigt“²⁴².

Darüber hinaus wird die Produktion von tibetischsprachigen Programmen für die Medien in ganz Tibet vernachlässigt. In der Tat sind 80 bis 90 % der täglichen 90minütigen tibetischen Sendezeit im Qinghai-TV nichts weiter als eine Übersetzung der ursprünglichen chinesischen Version. Ein früherer tibetischer Journalist bestätigte dies dem TCHRD:

„Ein weiterer Nachteil ist, daß es bei der Fernseh Abteilung von Qinghai keine Tibeter in höherer Position gibt. Die Behörden, welche die Nachrichten in chinesischer Fassung billigen, verstehen kein Tibetisch. Es gibt keine Regelung, um tibetische Nachrichten direkt zu senden. Sie müssen zuerst übersetzt und dann auf Chinesisch ausgesandt werden. Nach ihrer Freigabe werden sie dann ins Tibetische rückübersetzt und am nächsten Tag ausgesandt“²⁴³.

Informationssperre

Radio Free Asia (RFA) und *Voice of America (VOA)* in den USA, sowie *Voice of Tibet (VOT)* in Indien sind die drei wichtigsten Radiosender, die Programme auf Tibetisch ausstrahlen. China betrachtet diese Radiosendungen aus dem Ausland als einen böswilligen Angriff auf sein Informationsmonopol und als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Daher greifen die Behörden zu verschiedenen Methoden, um es den Tibetern unmöglich zu machen, Radiosendungen aus dem Ausland zu empfangen. Sie versuchen ständig, die Sendungen von *Voice of America* zu stören, indem sie chinesische Programme auf derselben Frequenz senden²⁴⁴. In der Präfektur Kardze gaben sie Rundfunkgeräte mit einer festen Bandbreite an die Bevölkerung aus. Kunsang, ein 22 Jahre alter Student aus der Präfektur Kardze, erzählte dem TCHRD:

„In unserem Dorf erklärte man uns, statt unserer alten Radioempfänger bekämen wir neue und bessere. Viele Leute nahmen das Angebot freudig an und tauschten ihre alten Geräte gegen die neuen, vom Staat unentgeltlich verteilten aus. Aber als wir die neuen Empfänger einschalteten, konnten wir *Radio Free Asia* und *Voice of America* nicht mehr hören“²⁴⁵.

²⁴¹ Menschenrechtskommission, 54. Sitzung, Bericht des Sonderberichterstatters über die Förderung und den Schutz des Rechtes auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Abid Hussain, 29. Januar 1999.

²⁴² TCHRD Interview, 13. September 2004.

²⁴³ TCHRD Interview, 15. November 2004.

²⁴⁴ <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2003/27768.htm>.

²⁴⁵ TCHRD Interview, 25. April 2004.

Im Distrikt Pemba, Präfektur Chamdo, haben die chinesischen Behörden eigens Funktürme errichtet, um die besagten Sender zu blockieren. Dorjee, ein tibetischer Nomade aus dem Kreis Pemba, Präfektur Chamdo, berichtete dem TCHRD:

„2002 ließ die Kreisverwaltung bei uns riesige Funkmasten errichten. Seitdem können wir *Voice of America* nicht mehr hören. Die Leute an unserem Ort geben den neuen Funktürmen die Schuld daran“²⁴⁶.

Das TCHRD erhielt Kenntnis davon, daß ähnliche Funktürme auch in Peding, einer Gegend südöstlich von Lhasa, und im Distrikt Ngaba, Präfektur Tsolho, Qinghai, aufgestellt wurden.

AIDS wird wissentlich ignoriert

AIDS hat bereits epidemische Züge in China angenommen und weite Teile des Landes erfaßt. Dem Vizepräsidenten der *China Foundation of Human Rights Development* (CFHRD), Yang Zhengquan, zufolge wurden schon aus allen 31 Provinzen des Landes AIDS-Fälle gemeldet²⁴⁷. Die Statistiken der Vereinten Nationen setzen die Anzahl von Menschen in China, die an HIV/AIDS erkrankt sind, auf 800.000 bis eineinhalb Millionen an, wobei diese Zahl bis 2010 auf 10 Millionen schnellen könnte, falls der gegenwärtige Trend anhält²⁴⁸.

Die Anfangsphase dieser Epidemie verläuft in China ebenso wie man in anderen asiatischen Ländern festgestellt hat, wo sich die Infektion von Bevölkerungsgruppen mit hohem Risiko auf solche mit geringem ausbreitete. Obwohl anzunehmen ist, daß China noch im Anfangsstadium der HIV/AIDS Epidemie steckt, besteht große Sorge, daß die HIV-Infektion bald die ländliche Bevölkerung erfassen könnte. Und damit könnte sich die Krankheit auch auf die ländlichen Gebiete Tibets ausbreiten. Außerdem besteht die Gefahr, daß die Verbreitung von HIV/AIDS auf dem Hochplateau noch beschleunigt wird durch die wachsende Zahl von Han-Chinesen, die aus den Nachbarprovinzen nach Tibet einwandern.

Da bisher weder ein Impfstoff noch ein wirksames Heilmittel gegen AIDS entwickelt wurde, kann die Epidemie nur besiegt werden, wenn die Bevölkerung in genügendem Maße informiert wird, denn im Hinblick auf Prävention und Behandlung ist Aufklärung wesentlich.

2002 revidierten das Büro der UN-Menschenrechtskommission (OHCHR) und UNAIDS ihre Richtlinie 6 über vorbeugende Maßnahmen, Behandlung, Pflege und Unterstützung, die der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Richtlinien 6 und 9 in ihrer revidierten Fassung handeln von der großen Bedeutung der Informations- und Aufklärungsprogramme, die sie in Zusammenhang mit den Menschenrechten bringen. Richtlinie 6 lautet:

„Die Einzelstaaten sollten per Gesetz festlegen, daß die Bevölkerung über den HI-Virus aufgeklärt werden muß und daß ihr allorts Mittel zur Prävention und medizinische Dienste zur Verfügung gestellt werden müssen... Die Einzelstaaten sollten die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit alle Einwohner Zugang zu Artikeln von guter Qualität, Diensten und Informationen über die Prävention und die Behandlung von HIV/AIDS haben, sowie zu Beistand und Betreuung im Falle einer Erkrankung“²⁴⁹.

Und die Richtlinie 9 lautet: „Die Einzelstaaten sollten kreative Aufklärungs-, Trainings- und Medienprogramme fördern, die eigens entworfen wurden, damit die bei HIV/Aids oftmals in der Umgebung der Erkrankten beobachtete Haltung von Diskriminierung und Stigmatisierung in Verständnis und Akzeptanz umgewandelt werde“.

Die chinesische Regierung hat bislang keine nennenswerten Maßnahmen ergriffen, um der Öffentlichkeit in ausreichendem Maße Informationen über die Übertragung und Prävention von AIDS zu bieten. Yang Zhengquan, der Vizepräsident der *China Foundation for Human Rights Development*

²⁴⁶ TCHRD Interview, 3. Okt. 2004.

²⁴⁷ Xinhua New Agency, 17. April 2004.

²⁴⁸ „Analysis: Bias fuels AIDS crisis in China“, by Kathleen Hwang, United Press International, 3 Sept. 2003.

²⁴⁹ Menschenrechtskommission, 59. Sitzung, „Das Recht auf freie Meinung und Meinungsäußerung“, Bericht des Sonderberichterstatters Mr Ambeyi Ligabo, 30. Dez. 2002.

(CFHRD), erwähnte, daß die Berichterstattung über AIDS immer noch minimal und oberflächlich sei²⁵⁰.

Tashi, ein Geschäftsmann aus Lhasa, der häufig auf dem Land unterwegs ist, erzählte dem TCHRD 2004: „In Lhasa begehen die Leute den Welt-Aids-Tag. Dort sind sie gewöhnlich über AIDS und andere ansteckende Krankheiten aufgeklärt, in den ländlichen und entlegenen Gebieten ist der Kenntnisstand aber sehr gering, und in den Dörfern hat kaum jemand etwas von AIDS gehört“²⁵¹.

Dorjee, der früher in Tsolho in der Provinz Qinghai wohnte, bestätigte dem TCHRD:

„Die Leute in den Dörfern wissen nichts über die Immunschwächekrankheit. Ob es in der Präfektur Tsolho AIDS-Fälle gibt, ist mir nicht bekannt. Nicht nur in den Dörfern, auch in größeren Städten wissen die Leute nichts von AIDS. Es gibt keinerlei Aufklärung über gesundheitliche Fragen, auch nicht über AIDS. Von dieser Krankheit erfuhr ich erst durch das Fernsehen nach meiner Ankunft in Lhasa. Es wurde gerade berichtet, eine Frau sei an AIDS gestorben. So hörte ich also zum ersten Mal in meinem Leben im Fernsehen, wie diese Krankheit übertragen wird“²⁵².

Der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung wiederholte seine Auffassung, daß im Hinblick auf eine effektive Informierung der Bevölkerung mittels Aufklärungsprogrammen zur Verhütung von HIV/AIDS die richtige Wahrnehmung besagter Rechte – wozu auch das Recht gehört, Informationen zu suchen, zu empfangen und weiterzugeben – äußerst wichtig sei.

Im Verlauf der letzten Jahre haben eine Reihe von Ländern exzellente Programme konzipiert, um ihre Bürger über die HIV-Infektion und deren Verhütung aufzuklären. Dazu gehört die Verbreitung von Information über die Art der Übertragung von AIDS und die Methoden zur Prävention durch die Herausgabe von Broschüren und Infoblättern. Es gibt Kampagnen, die mit Radio- und Fernsehprogrammen, Anzeigen, Videoclips, Liedern, Theaterstücken, Ausstellungen, Comicstrips etc. arbeiten und sich an besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen richten. Außerdem wurde das Thema schon in den Lehrplan der Schulen aufgenommen, es wurden Hotlines und Zentren zur individuellen Beratung eingerichtet, es wurden Webseiten mit Information über HIV/AIDS geschaffen, und es wurden bei den Aufklärungskampagnen in Schulen und medizinischen Einrichtungen Kondome verteilt. Angesichts solch lobenswerter Initiativen in anderen Ländern ist es bedauerlich, daß die chinesische Regierung bis zum heutigen Tag inaktiv blieb und keine Programme in Gang gesetzt hat, die hilfreich wären zur Verbreitung von Information über die Verhütung, Übertragung und Behandlung der HIV-Infektion.

Manipulation von Tatsachen und Zahlen

Typisch für das Regime und die Behörden der Chinesen in Tibet ist die Tendenz, Statistiken von öffentlichem Interesse zu manipulieren. Derartige Zahlen sind in den meisten Fällen unzuverlässig, weil sie nicht unbedingt die tatsächliche Lage widerspiegeln, sondern eher dem Eifer der Behörden entspringen, Zahlen zu präsentieren, die so weit wie möglich mit den im voraus festgelegten statistischen Planzielen übereinstimmen.

Hierzu erzählte ein ehemaliger tibetischer Gemeindeangestellter aus dem Distrikt Sog dem TCHRD: „Wenn die von dem örtlichen Verwaltungspersonal gelieferten Zahlen bei den Sitzungen besprochen werden, frisiert man üblicherweise die Zahlen so, daß alle zufrieden sind. Die kleineren Beamten versuchen sich zu decken, indem sie Zahlen von der Art vorlegen, daß ihre Vorgesetzten nicht empört angelaufen kommen“²⁵³.

Abgesehen davon, daß sie die Statistiken manipulieren, pflegen die Behörden auch regelmäßig die Tatsachen zu entstellen: Das Resultat ist ein verzerrtes und unrealistisches Bild von den sozioökonomischen Verhältnissen des tibetischen Volkes. Diese Praxis ist bei den unteren Rängen der Verwaltung weit verbreitet, denn ihre einzige Sorge scheint zu sein, ihren Vorgesetzten zu gefallen. Die Folge ist, daß die wirkliche sozial-wirtschaftliche Lage der Tibeter den hohen Funktionären verborgen bleibt. Damit ist die Formulierung einer Politik, die bei den vielen Problemen, denen die Tibeter gegenüberstehen, Abhilfe schaffen könnte, praktisch ausgeschlossen.

²⁵⁰ Xinhua News Agency, 17 April 2004.

²⁵¹ TCHRD Interview, 16. Nov. 2004.

²⁵² TCHRD Interview, 15. Nov. 2004.

²⁵³ TCHRD Interview, 10. Dez. 2004.

Das Zeugnis eines Tibeters aus der Präfektur Tsolho, der jetzt in Dharamsala lebt, beleuchtet die Tendenz lokaler Amlleute, bei einer eigentlich trostlosen Lage eine optimistische Perspektive zu bieten, wenn immer Vertreter höherer Instanzen zu Inspektionsbesuchen in die Dörfer kommen. Er berichtete dem TCHRD:

„2000 kam ein hoher Funktionär aus Peking zu uns, um die wirtschaftliche Lage in unserer Gegend zu in Augenschein zu nehmen, er war der stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses. Wie es bei den Besuchen höherer Funktionäre so üblich ist, wurde sein Kommen lange vorher angekündigt. Die Behörden vor Ort veranstalteten an diesem Tag einen großen Gala-Schmaus für die Dörfler. Diese genossen das gute Essen und ergötzen sich im Beisein der hohen Gäste an den Spielen. Danach führten die lokalen Amlleute die Autoritäten zu drei Haushalten unseres Dorfes, die im vorhinein ausgewählt worden waren. Es handelte sich um die reichsten Familien in unserem Dorf. Die Hausherren erklärten den Funktionären, daß die Dorfbewohner sich dank der Huld der Kommunistischen Partei und der guten Arbeit der hiesigen Behörden nun eines sehr hohen Lebensstandards erfreuten. In Wirklichkeit verfügen in unserem Dorf aber nur 2-3 % aller Haushalte über Lebensbedingungen wie sie die drei von den hohen Herrschaften besichtigten aufweisen. Etwa 60 % der Haushalte verfügen über ein mittleres Einkommen, und alle übrigen sind extrem arm. Diese führten die Amlleute den hohen Besuchern natürlich nicht vor. Fast alle Inspektionsbesuche verlaufen so. Die Lokalbehörden halten die einfachen Leute zum Narren“²⁵⁴.

Der Geschäftsmann Tashi aus Lhasa bestätigte dem TCHRD:

„Bei ihrer Berichterstattung an höhere Stellen untertreiben die Angestellten der örtlichen Verwaltung oder sie übertreiben, weil sie Angst haben, durch diese gemäßregelt zu werden. Dieses Phänomen ist schon zu einer Binsenwahrheit geworden. Während des tibetischen Neujahrfests 2004 ahmten tibetische Darsteller auf der Bühne nach, wie Dorfbeamte die Offiziellen vom Landkreis an der Nase herumzuführen pflegen. Die Geschichte handelt von einer sehr armen Familie in einem Dorf. Als die Beamten dort vom Besuch ihrer Vorgesetzten vom Landkreis erfahren, verpassen sie der armen Familie sofort ein manierliches Aussehen. An dem Besichtigungstag selbst werden Tee und Nahrungsmittel in das Haus geschafft und Kleider an die Bewohner ausgeteilt, damit der Eindruck entstehen soll, die Familie lebe in guten Verhältnissen“²⁵⁵.

Das Recht, Information zu suchen

Kontrolle durch den Staat und Zensur des Internets

Dank seiner globalen, dezentralisierten, interaktiven und nicht zuletzt infrastruktur-unabhängigen Natur ist das Internet zu einem einzigartigen Kommunikationsmittel geworden. Eben diese Eigenschaften ermöglichen es ihm auch, die Barrieren zwischen den Nationen zu überwinden. Das Internet gewährt sowohl dem Einzelnen wie auch der Allgemeinheit Zugang zu Informationen in Hülle und Fülle, und es versetzt jedermann in die Lage, sich aktiv in den Kommunikationsprozeß einzubringen. Seine globale Tragweite und die relative Einfachheit seiner Bedienung machen es auch im Hinblick auf die Förderung der Menschenrechte zu einem einzigartigen und hocheffektiven Werkzeug. Ein völlig neuer Nutzerkreis, der bisher in Sachen Menschenrechte relativ unwissend war, hat nun Zugang zu wertvoller Information bekommen. Das Internet kann genutzt werden, um positive Informationen, einschlägiges Wissen und Forschungsergebnisse zu verbreiten. Es kann die Menschen auch mit Fakten über Immigration und Minderheiten bekanntmachen, was wiederum den Aktionen gegen Rassismus und Diskriminierung zugute kommt, den allgemeinen Kenntnisstand weitet, das gegenseitige Verstehen fördert und die Toleranz mehrt.

Indem er von der großen Bedeutung des Internets sprach, erklärte der frühere Präsident Jiang Zemin, Chinas wirtschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert werde von der herkömmlichen Wirtschaft kombiniert mit Informationstechnologie bestimmt. Da Peking im Internet jedoch ein gefährliches Instrument sieht, mittels dessen politische Informationen und Ideen frei empfangen, ausgetauscht und verbreitet werden können, messen die Behörden seiner Kontrolle und Regulierung immer größere Bedeutung bei. Der offiziellen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge hat die Regierung Software im Wert

²⁵⁴ TCHRD Interview, 16. Nov. 2004.

²⁵⁵ TCHRD Interview, 16. Nov. 2004.

von annähernd 1 Mio. US \$ gekauft, die „eine umfassende und langfristige Überwachung“ von Computern in den Internetcafés ganz Chinas ermöglicht“²⁵⁶.

Die Regelung des Internets hat auch Tibet erreicht, vor allem Lhasa und andere größere Städte. Die chinesischen Behörden haben ein neues Überwachungssystem eingeführt, dem zufolge Personen, die das Internet von Cybercafés aus nutzen wollen, einen gültigen Personalausweis vorlegen müssen, um eine von der Internetsicherheits-Abteilung herausgegebene „Internet Browsing Registration Card“ kaufen zu können, zu der eine individuelle Registrierungsnummer und ein separates Paßwort gehören. Dieses Internet-Überwachungssystem macht es den Behörden leicht, den Email-Verkehr eines jeden Nutzers mit der Außenwelt und die von ihm aufgerufenen Webseiten zu verfolgen. Die Internetsicherheits-Abteilung des Public Security Bureau in Lhasa hat mehrere Tibeter zur Rede gestellt, weil sie verbotene Webseiten besucht oder mit Freunden Emails ausgetauscht hatten, in denen es um politisch heikle Themen ging²⁵⁷. Früher pflegten Experten vom PSB in den Cybercafés Kontroll-Software zu installieren, anhand derer sie nachvollziehen konnten, welche Webseiten aufgerufen wurden. Mit dieser Methode war jedoch nicht herauszufinden, wer nun im einzelnen sensible, von der Regierung geächtete Websites besucht hatte. Seitdem das neue System eingerichtet wurde, kann selbst die minimalste ausgetauschte Information exakt nachvollzogen und auf eine individuelle Person zurückgeführt werden.

Die chinesischen Behörden setzen Filtersysteme ein, die es den Nutzern unmöglich machen, Websites mit Informationen aufzurufen, die sie als politisch brisant eingestuft. Dank der neuen Software können sie Websites ausblenden, die bestimmte Schlüsselworte enthalten, wie etwa „tibetische Unabhängigkeit“, „Dalai Lama“, „tibetische Regierung-im-Exil“, „Menschenrechte“ usw. Eine Studie, die Experten der *Harvard Law School* von Mai bis November 2002 durchführten, ergab, daß die chinesische Regierung den Nutzern den Zugang zu mehreren Websites blockiert hat, die mit der Sache Tibets zu tun haben²⁵⁸.

Da sich die Internet-Überwachungssysteme jedoch als relativ unzuverlässig und immer teurer erweisen, üben die Chinesen nun Druck auf die Internet-Firmen selbst aus, sich ihrer Politik zu beugen. In ihrem Wettlauf, den chinesischen Markt zu erobern, zensieren letztere sogar ihre Suchmaschinen. Das populäre Internet-Portal Yahoo tauschte seine Suchmaschinen aus, um die Zensur zu erleichtern²⁵⁹. Die weithin benutzte Suchmaschine Google startete einen neuen Nachrichtendienst, der nichts veröffentlicht, was der chinesischen Regierung nicht genehm ist²⁶⁰. Die Firma Cisco Systems in den USA hat mehrere Tausend Router an die Chinesen verkauft, mit denen sie ein Online-Überwachungs-System aufbauen konnten, das „subversive“ Schlüsselworte in den Texten ausfindig macht. Die Behörden können nun auch herausfinden, wer verbotene Webseiten besucht oder „prekäre“ Emails abgesandt hat²⁶¹.

Was die Freiheit der Verbreitung und des Empfangs von Informationen über das Internet betrifft, machte die *Organization for Security and Cooperation in Europe* (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – OSCE) deutlich, daß „alle Mechanismen für das Filtern oder Blockieren von Inhalten unzulässig sind. Sämtliche Zensurmethode, die bei den ‚klassischen Medien‘ geächtet sind, dürfen auch keine Anwendung bei den Online-Medien finden. Es dürfen keine neuen Formen der Zensur entwickelt werden“²⁶².

Zugang zu Information

Der Sonderbeauftragte der UNO für das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung machte deutlich, daß das Recht auf Zugang zu Informationen, die von der Regierung verwahrt werden, die Regel und nicht die Ausnahme sein darf. Diese Aussage läßt sich jedoch leider nicht auf die Lage in Tibet anwenden, wo der Zugang zu Information durch die staatlichen Gesetze über „Staatsgeheimnisse“ extrem eingeschränkt wird. Dabei betrifft das, was China unter „Staatsgeheimnissen“

²⁵⁶ <http://www.xinhuanet.org>, 21. April 2004.

²⁵⁷ <http://www.savetibet.org/News>.

²⁵⁸ „Chinesische Behörden verschärfen die Internet-Überwachung“, Human Rights Update April 2004.

²⁵⁹ http://www.rsf.org/article.php3?id_article=11031.

²⁶⁰ Ibid.

²⁶¹ Ibid.

²⁶² Ibid.

versteht, ja nicht nur Angelegenheiten der nationalen Sicherheit, sondern in der Praxis jede Information, die nicht vor ihrer Bekanntgabe oder Veröffentlichung offiziell unter die Lupe genommen wurde²⁶³.

Art. 398 des chinesischen Strafgesetzbuchs sieht harte Strafen für Personen im Staatsdienst und auch andere Bürger vor, die absichtlich oder aus Nachlässigkeit Staatsgeheimnisse preisgeben. Darüber hinaus verbieten die Gesetze über Staatsgeheimnisse die Veröffentlichung von Material, das formal als geheim eingestuft wurde, sowie von Informationen, die zwar freigegeben wurden, aber nur für das Ausland bestimmt sind. Auf Grundlage dieser Gesetze haben die Verwaltungsorgane fast uneingeschränkte Macht, zu entscheiden, ob eine Information als Staatsgeheimnis klassifiziert wird oder nicht. Daher ist der Umfang der als geheim eingestuften Information in China ungeheim groß und kann unendlich erweitert werden²⁶⁴.

Der Sonderbeauftragte der UNO für das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung betonte, daß „jedermann das Recht hat, Informationen zu suchen, zu empfangen und weiterzugeben, woraus sich für die einzelnen Staaten die positive Verpflichtung ergibt, für den freien Zugang zu jeder Art von Information zu sorgen, besonders zu solcher, die von der Regierung in den diversen Lager- und Datenabfragsystemen verwahrt wird – also auf Filmen, Mikrofilmen, elektronischen Datenträgern, Videofilmen und Photographien gespeichert ist“²⁶⁵.

Tibeter haben jedoch keine Möglichkeit, zu den von der Regierung verwahrten Informationen Zugang zu beantragen, und es gibt auch keine administrativen oder juristischen Verfahren, um staatliche Organe und Archive zu zwingen, die in ihrem Besitz oder unter ihrer Kontrolle befindlichen Informationen herauszurücken. In den niedrigeren Verwaltungsrängen beruft sich die Beamenschaft gewöhnlich auf Staatsgeheimnisse, wenn sie ihre Missetaten vor vorgesetzten Dienststellen verbergen oder die Verantwortung für Vorfälle, die sich in ihrem Kompetenzbereich ereigneten, von sich schütteln möchte²⁶⁶.

Diese Praxis steht in offensichtlichem Widerspruch zu dem, was der Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit feststellte: „Die Weigerung, Informationen zu liefern, basiert vielleicht nicht auf dem Ziel, die Regierung vor Verlegenheit oder der Aufdeckung ihrer Fehler zu bewahren. Eine vollständige Liste der rechtmäßigen Ziele, die eine Zurückhaltung von Information rechtfertigen, sollte im Gesetz enthalten sein, und der Rahmen für Ausnahmen sollte sehr eng gesteckt werden, damit nicht etwa Material erfaßt wird, das die legitimen Interessen des Staates gar nicht verletzt“²⁶⁷.

Daß die chinesische Regierung keinen Zugang zu Information gewährt, ist schon schlimm genug, daß die Behörden in Tibet darüber hinaus die Herausgabe jeglicher Information über Festnahme, Verhaftung, Prozeß und Verurteilung von politischen Gefangenen verweigern, ist ein schwerwiegender und besorgniserregender Mißstand. In dieser Beziehung sei der Fall Tenzin Delek Rinpoche exemplarisch für die zahlreichen Verletzungen fundamentaler Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Zugang zu Information, genannt, die von den chinesischen Behörden im Namen der „Staatsicherheit“ begangen werden.

Am 14. April 2004 gaben drei Fact-Finding-Experten der UN-Menschenrechtskommission, darunter auch der Sonderbeauftragte für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, eine Erklärung ab, in der sie ihre tiefe Besorgnis über die Lage von Tenzin Delek Rinpoche zum Ausdruck brachten, der am 2. Dezember 2002 nach einem Prozeß, der den internationalen Rechtsnormen nicht im geringsten entsprach, zum Tode mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub verurteilt wurde. Er befindet sich weiterhin in Haft²⁶⁸. Tenzin Delek Rinpoche wurde der „Auslösung von Explosionen“ und der „Aufhetzung zur Spaltung des Staates“ für schuldig befunden – Delikte, die er wiederholt abstrikt. Sein Mitangeklagter Lobsang Dhondup wurde am 26. Januar 2003 hingerichtet. Es gibt zahlreiche und glaubwürdige Aussagen über ernste Verfahrensfehler bei der Gerichtsverhandlung von Tenzin Delek Rinpoche, die hinter verschlossenen Türen stattfand, insbesondere die Verletzung des Rechts auf einen

²⁶³ <http://www.hrichina.org>.

²⁶⁴ Ibid.

²⁶⁵ Menschenrechtskommission, 54. Sitzung, Bericht des Sonderberichterstatters über die Förderung und den Schutz des Rechtes auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Abid Hussain, 29. Jan. 1999.

²⁶⁶ <http://www.hrichina.org>.

²⁶⁷ Menschenrechtskommission, 56. Sitzung, Bericht des Sonderberichterstatters über die Förderung und den Schutz des Rechtes auf Meinungsfreiheit auf freie Meinungsäußerung, Abid Hussain, 18. Jan. 2000.

²⁶⁸ Am 26. Januar 2005 wurde sein Todesurteil in lebenslänglich umgewandelt.

öffentlichen Prozeß, die Verletzung des Rechts des Angeklagten auf einen Anwalt seiner Wahl, die Verletzung des Rechts des Angeklagten, das gegen ihn vorgelegte Beweismaterial einsehen und prüfen zu können, sowie seine Inhaftierung ohne Verbindung zur Außenwelt und Mißhandlung in der Vorprozeßphase. Außerdem zeigten sich die drei UN-Experten besorgt wegen des vermuteten Mangels an Respekt vor den Menschenrechten bei dem Gerichtsverfahren, weshalb sie die chinesischen Behörden aufforderten, Tenzin Delek Rinpoche einen neuen Prozeß zu gewähren, bei dem die internationalen Regeln für ein ordentliches Verfahren respektiert werden²⁶⁹.

Schlußbemerkung

Ausgehend von der sozialen und politischen Rolle, welche der Information und ihrer Verbreitung zukommt, muß in der Gesellschaft von heute das Recht, Informationen und Ideen ungehindert empfangen zu können, ganz besonders geschützt werden. Außerdem bildet das Recht, Informationen zu suchen oder Zugang zu ihnen zu haben, eines der wesentlichen Elemente der Freiheit von Rede und Meinungsäußerung.

Im Dezember 2003 fand in Genf der von den Vereinten Nationen organisierte „Weltgipfel für die Informationsgesellschaft“ statt, bei dem China durch den Minister für Informationswesen, Xudong Wang, vertreten war. Führende Politiker aus aller Welt, darunter 40 Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Vizepräsidenten, bekräftigten ihren gemeinsamen Wunsch und ihr Engagement, „eine volksnahe, umfassende und entwicklungsorientierte Informationsgesellschaft aufzubauen, in der sich alle Menschen Zugang Informationen verschaffen, sie nutzen und mit anderen teilen können, in der sie ihre nachhaltige Entwicklung fördern und ihre Lebensqualität verbessern können, wobei die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen die Voraussetzung und die Universale Erklärung der Menschenrechte die Grundlage bilden sollte“.

Bedauerlicherweise bietet das chinesische Gesetz, einschließlich der Verfassung, keinen rechtlichen Rahmen für die Entwicklung eines gesunden Medienwesens, das sich an den internationalen Normen orientieren würde, die nicht nur durch das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, sondern auch das Recht auf Information definieren.

Die chinesische Regierung kontrolliert über die Kader der Kommunistischen Partei nicht nur indirekt oder direkt Radio, Fernsehen und Zeitungswesen, sie verbietet ihren Bürger auch, Informationen aus alternativen Quellen, etwa von ausländischen Medien zu beziehen. Der lange Arm der Behörden reicht bis zum Internet, was es den Tibetern unmöglich macht, Informationen mit der Außenwelt auszutauschen. Die für die chinesische Administration charakteristische Praxis der Geheimhaltung, sowie die ständig wiederkehrende Bezugnahme der Behörden auf den Schutz der Staatsgeheimnisse, um den Tibetern die ihnen von Rechts wegen zustehenden Informationen vorzuenthalten, wirken sich äußerst negativ auf ihr Leben aus.

Aus all diesen Gründen konnte sich in Tibet bislang noch keine informierte öffentliche Meinung herausbilden, und man muß ernsthaft bezweifeln, ob Peking überhaupt willens ist, die Tibeter jemals in den Genuß des Rechtes auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung kommen zu lassen.

III. Die Freiheit der Religion

Inhalt:

Einführung

Demokratische Verwaltungsräte

Die Kampagne zur „patriotischen Umerziehung“

Die Anti-Dalai-Lama Kampagne

²⁶⁹ „UN Menschenrechtsexperten äußern sich besorgt über die Lage eines tibetischen Mönches“, 15. April 2004.

Verfolgung
 Ausweisungen aus den Klöstern
 Verfolgung religiöser Lehrer
 Gendun Choekyi Nyima, der 11. Panchen Lama
 Exilrückkehrern steht Ausweisung bevor
 Politisierung des Geshe Lharampa Grades
 Der von den Chinesen eingesetzte Panchen Lama
 Schlußbemerkung

Einführung

Das Thema Religionsfreiheit in Tibet gab auch im Jahr 2004 Anlaß zu großer Sorge, so waren doch das Leben und die religiöse Praxis der Buddhisten auf allen Ebenen von Unterdrückung gekennzeichnet. Ungeachtet der Tatsache, daß auch die Verfassung der VR China ihren Bürgern die Freiheit der religiösen Überzeugung garantiert, verstoßen die chinesischen Behörden in Tibet kontinuierlich gegen dieses universal verbürgte und allen Menschen zustehende Recht.

In den letzten Jahren berief sich die Regierung zur Rechtfertigung ihrer Beschränkung der Religionsausübung in Tibet immer wieder auf Stabilität und Sicherheit, welche es unter allen Umständen zu wahren gelte. In der Praxis wird die Religionsfreiheit in Tibet durch die für religiöse Einrichtungen zuständigen Verwaltungsorgane beschnitten, in erster Linie sind dies die Demokratischen Verwaltungsräte (Democratic Management Committees – DMC)²⁷⁰ und das Amt für Religionsangelegenheiten (Religious Affairs Bureau – RAB)²⁷¹. Die den DMCs unterstehenden „Arbeitsteams“²⁷² führten in den größeren Klöstern die „patriotische Umerziehung“²⁷³ noch intensiver als bisher durch. Sie sind für die Durchsetzung des Verbots von Dalai Lama Bildern zuständig und können die Schließung von Schulen und Klöstern beantragen, in denen sie Anzeichen „spalterischer Ideologie“ finden. Die permanente Einmischung der DMCs in ihre Verwaltung und ihr tägliches Leben stellt für die Klöster ein großes Problem dar. Die Tätigkeiten der Mönche und Nonnen in den religiösen Einrichtungen werden genauestens von ihnen verfolgt und streng überwacht.

Um aus dem ICT-Report „When the Sky fell to Earth“, 2004, zu zitieren: „Amtspersonen auf allen Ebenen in Tibet werden gemahnt, die Klöster und den Prozeß der Auffindung von Wiedergeburt hoher buddhistischer Mönche und Nonnen strenger zu kontrollieren. Von einigen Tibetern wurden die gewaltsamen Auflösungen von Gebetszeremonien für den Dalai Lama und Polizeirazzien in wichtigen religiösen Institutionen Osttibets in den letzten Jahren als ‚eine zweite Kulturrevolution‘²⁷⁴ beschrieben“.

Besonders unbehaglich ist der Partei angesichts des Einflusses, den wichtige religiöse Persönlichkeiten auf die Bevölkerung ausüben: Sie sieht darin eine Bedrohung der Stabilität, denn dieser Einfluß ist in ihren Augen die Ursache für die „gespaltene Loyalität“ der Tibeter gegenüber dem chinesischen Staat. Den Buddhismus, das eigentliche Gewebe der tibetischen Identität, sieht die Partei als in enger Beziehung zum Nationalismus stehen und empfindet ihn daher als eine Bedrohung für die chinesische Herrschaft über Tibet. Die Folge ist, daß hohe religiöse Persönlichkeiten in Tibet der Verfolgung, offizieller Schikanierung und Einschüchterung ausgesetzt sind. Auch in diesem Jahr wurden viele religiöse Würdenträger Opfer der staatlichen Verfolgung. Es herrscht immer noch Ungewißheit über den Aufenthaltsort und das Befinden des 11. Panchen Lama, Gendun Choekyi Nyima, der zusammen

²⁷⁰ Democratic Management Committees (DMC) wurden von der VRC eingerichtet zur Verwaltung und Beaufsichtigung der Klöster in Tibet. Der Partei dienen sie als Instrumente zur Durchsetzung ihrer Politik, was sie durch die patriotische Umerziehung bewerkstelligt, bei der alle Mönche und Nonnen politische Texte studieren, dem Mutterland ihre Treue geloben und sich vom Dalai Lama abkehren müssen.

²⁷¹ „... Das Religious Affairs Bureau, das zusammen mit der Lokalverwaltung und den Parteizellen für die Beaufsichtigung der Klöster bei der Durchsetzung neuer Kontrollmaßnahmen auf Basisebene zuständig ist“, Cutting off the Serpent's Head, Tightening Control in Tibet, 1994-1995, TIN/Human Rights Watch Asia, S. 30.

²⁷² Die den DMCs unterstehenden Arbeitsteams sind zuständig für die Überwachung des Tun und Treibens der Klöster und die Umsetzung der patriotischen Erziehung. Sie müssen über jeden Mönch und jede Nonne Bericht erstatten, die sich dem patriotischen Unterricht verweigern. Die den DMCs angehörenden Offiziellen müssen auch alle Aktivitäten in den Klöstern genau verfolgen und Bericht erstatten, wenn ihnen etwas auffällt, das für die Partei subversiven Charakter haben könnte.

²⁷³ Der Zweck der patriotischen Umerziehung ist u.a. die Mönche und Nonnen in der Staatsideologie zu unterrichten, wobei sie dem Staat ihre Treue bezeugen und den Dalai Lama verunglimpfen müssen.

²⁷⁴ www.unpo.org/news.

mit seinen Eltern 1995 verschwand. Tulku Tenzin Delek befindet sich mit einer lebenslänglichen Strafe im Gefängnis, und viele machen sich große Sorge um seine Gesundheit und seinen Zustand. Die sechsjährige Haftstrafe von Chadrel Rinpoche, des früheren Abts des Klosters Tashi Lhunpo, ging 2002 zu Ende, doch die chinesischen Behörden halten ihn weiterhin unter Hausarrest. Auch Champa Chungla, der Sekretär des Suchkomitees nach der Reinkarnation des Panchen Lama, ist immer noch in behördlichem Gewahrsam, obwohl er seine Haftstrafe am 16. Mai 2003 verbüßt hatte.

Am 26. September 2004 stattete der von den Chinesen eingesetzte Panchen Lama, Gyaltzen Norbu, Tibet seinen dritten offiziellen Besuch ab, wobei er die chinesische Führung rühmte, daß sie die Religionsfreiheit in Tibet garantiere und schütze.

Positiv zu nennen wäre, daß die Mönche seit August 2004 – nach einem Intervall von 15 Jahren – wieder den Grad des Geshe Lharampa erwerben können. Dieser Titel ist die höchste Stufe der Gelehrsamkeit in tibetisch-buddhistischer Philosophie, er erfordert über 20 Jahre intensiven Studiums und ist dem Doktor in Theologie westlicher Länder ebenbürtig. Leider ist es für die Mönche, die das Geshe Lharampa Examen ablegen wollen, obligatorisch, sechs Bücher mit politischer Ideologie durcharbeiten zu müssen.

Demokratische Verwaltungsräte

Bei einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses 1990 wurde von dem damaligen Staatspräsidenten Jiang Zemin und seinem Premier Li Peng vorgeschlagen, religiöse Angelegenheiten der Verwaltung durch den Staat zu unterstellen.

Im Sinne der Verwaltung durch den Staat stellen die Democratic Management Committees (DMC) (tib. mang gtso bdag nyer uyon lhan khang) eine ernste Bedrohung für die Freiheit der religiösen Überzeugung dar. Sie kontrollieren die religiösen Aktivitäten der Mönche und Nonnen in allen Aspekten und können die Behörden beauftragen, offiziell zur Inspektion oder Durchsuchung oder zu Razzien in die Klöster zu kommen. Im allgemeinen zeigen die DMCs wenig Achtung vor der monastischen Tradition und stellen daher einen Bruch mit der tibetischen Kultur dar. Der eigentliche Zweck der Demokratischen Verwaltungsräte ist, die Struktur des traditionellen tibetischen Buddhismus durch eine chinesische Version von Klostermanagement und Kontrolle zu ersetzen. Ihre Hauptaufgabe ist die Regelung religiöser Angelegenheiten im Sinne des Staats, wobei Mönche und Nonnen der Partei Folge leisten und dem Staat Loyalität und Untertanentreue geloben müssen.

Beim Dritten Arbeitsforum zu Tibet 1984 wurde der vermeintliche Zusammenhang zwischen monastischen Institutionen und Unabhängigkeitsbewegung in Tibet besonders hervorgehoben. In einem Artikel, der am 25. November 1984 in Tibet Daily (chinesische Ausgabe) erschien, wird die Stellung der Partei zum Dalai Lama so umrissen:

„Wir möchten betonen, daß wir die Realität klar ins Auge fassen müssen: Die Dalai-Clique mißbraucht die Religion zu spalterischen Aktivitäten. Wir müssen die Tatsache bloßstellen, daß der Dalai die Maske der Religion aufsetzt, um seinen politischen Charakter zu verbergen, und wir dürfen nicht zulassen, daß die Dalai-Clique in irgendeiner Weise Einfluß auf Lamas und Nonnen in Tibet ausübt. Die breite Masse der Menschen, Lamas und Nonnen, egal ob sie nun Parteimitglieder oder Kader sind oder nicht, müssen politisch eine deutliche Trennlinie zur Dalai-Clique ziehen.“²⁷⁵

Der genaue Zeitpunkt der Einführung und Bildung der DMCs sind schwer zu bestimmen. Fest steht jedoch, daß bei dem Dritten Arbeitsforums zu Tibet in Peking deutlich gemacht wurde, daß der Rolle der DMCs weiterhin große Bedeutung beizumessen sei²⁷⁶. Dadurch traten sie von 1996 an mehr in den Vordergrund.

²⁷⁵ Nach einem Zitat, das am 1. Oktober 1994 in Tibet Daily, A Golden Bridge, erschien und von TIN/Human Rights Watch Asia in "Cutting off the Serpent's Head, Tightening Control in Tibet, 1994-1995", S. 33, übersetzt wurde.

²⁷⁶ „Diese Forderung bedeutete in der Praxis, daß die Arbeitsteams oder Komitees jedem Mönch oder jeder Nonne eine schriftliche Erklärung abnehmen müssen, daß sie die politische Position und die Vorstellungen des Dalai Lama oder seiner Anhänger nicht mehr unterstützen. Die Forderung ist so abgefaßt, daß am Dalai Lama zwar persönliche Kritik geübt, aber nicht ausdrücklich verlangt wird, daß sich die Tibeter gegen den Dalai Lama als Person und religiösen Führer stellen; es wird jedoch von ihnen verlangt, daß sie sich von der „Clique“ trennen, wobei sich diese Trennung eher auf politische als auf religiöse Fragen bezieht. Angesichts des eher allgemeinen Tons dieser Instruktionen an Partei-Kader, die sonst meist bittere Attacken auf den Dalai Lama als Individuum und religiöse Figur enthalten, können wir annehmen, daß ihre Zweideutigkeit nicht von ungefähr kam. Sie mag eine Art von abwartender Haltung der chinesischen Propagandisten reflektie-

Das System der Verwaltung durch DMCs wurde in allen Tempeln und Klöstern eingeführt, wobei Mönche und Nonnen ihre Angelegenheiten gemäß den Richtlinien dieser Komitees selbst regeln, dabei aber ständig von deren Mitgliedern kontrolliert werden. Mitglieder der DMCs können entweder offiziell ernannte Mönche oder Nonnen oder auch von den Behörden zu diesem Amt zugelassene Laien sein. Die Angehörigen der DMCs („Workteams“) sind zuständig für die Verteilung von offiziellen Dokumenten und für die Durchsetzung der Regierungspolitik in den religiösen Institutionen. Besonders haben sie darauf zu achten, daß ihre Richtlinien in den größeren religiösen Institutionen umgesetzt werden. Mit anderen Worten, das ganze DMC-Verwaltungssystem ist nichts anderes als ein weiterer Kontrollapparat der Partei – mit dem Resultat, daß die religiösen Institutionen Tibets ihre Selbständigkeit, derer sie sich in der Vergangenheit erfreuten, schrittweise verlieren.

Durch die offiziellen Maßnahmen der DMCs werden in den religiösen Einrichtungen die Aktivitäten auf den Gebieten der rituellen und esoterischen Praxis, der mündlichen Weitergabe der Lehre, der Klausur (Retreat), sowie des religiösen Studiums und der zeremoniellen Verehrung eingeschränkt und kontrolliert. Mittels der DMCs hat die Regierung in den letzten zehn Jahren die politische Indoktrinierung erfolgreich durchgeführt und die Parteipolitik und Ideologie in den Klöstern propagiert, indem sie Mönche und Nonnen zwingt, Broschüren politischen Inhalts durchzuarbeiten. Die gesamte Kampagne der „patriotischen Erziehung“, die in den letzten zehn Jahren immer weitere Kreise zog, wurde anfänglich durch die „Arbeitsteam-Kader“ vollzogen und später wurden die DMCs für ihre Durchführung verantwortlich gemacht. Alle diese Restriktionen führen unweigerlich zur Erosion der Grundfesten der Religion in Tibet, womit der tibetische Buddhismus unter schweren Druck gerät. Letztendlich sind die DMCs – einhergehend mit der patriotischen Umerziehungskampagne, die von ihnen in den religiösen Institutionen durchgeführt wird – nichts als ein Versuch des Staates auf ideologischer Ebene, die Grundlagen des tibetischen Buddhismus zu usurpieren, um die Ideologie des atheistischen Staates an Stelle der buddhistischen Lehre treten zu lassen.

Die „Sammlung aktueller chinesischer Dokumente zur Religionspolitik“²⁷⁷ enthält vier Dokumente über Religionspolitik, sowie eine Reihe von Schlüsselfragen und die entsprechenden offiziellen Antworten. In den Dokumenten stehen Regeln für Mönche und Nonnen in den Klöstern – beispielsweise wird ihnen die Beschäftigung mit Wissenschaft und Technik empfohlen, statt sich dem Aberglauben hinzugeben –, es wird darin zum Kampf gegen Spaltertum aufgerufen und die Parteipolitik in Sachen Religion erklärt. Aus diesen Dokumenten wird deutlich, wie die Religion heutzutage in Tibet unterdrückt wird. Auch die Bedeutung der marxistischen Theorie und Ideologie im Hinblick auf die Modernisierung Tibets wird hervorgehoben. Gerade wegen dieser Überbetonung auf Modernisierung ist verantwortlich dafür, daß das tibetisch-buddhistische Erbe vernachlässigt wird – so sehr, daß es allmählich dem Verfall anheimfällt, denn seine Erhaltung erscheint als nicht mehr wichtig. Um zusammenzufassen: Die Auswirkung einer solchen Politik ist, daß religiöse Institutionen zwar in einem gewissen Umfang weitergeführt werden, aber nur unter der Aufsicht des Staates. Mit anderen Worten, der chinesische Staat strebt eine Machtverlagerung an: weg von den tibetischen religiösen Führern und hin zu der zentralen Autorität der Partei.

Grotesk mutet es an, wenn man in dem Bulletin „China’s Tibet 2004: Facts and Figures“ liest: „Für Tibet gilt die Politik der Freiheit der religiösen Überzeugung. Der religiöse Glaube, das Brauchtum und die Gewohnheiten des tibetischen Volkes werden respektiert und die Lama-Klöster geschützt“²⁷⁸.

Dabei ist es kein Geheimnis, daß die Religion den „alles überragenden Zielen von Partei und Staat dienen, daß sie die Verbindung zwischen Partei und Volk festigen und die Staatssicherheit gewährleisten soll“²⁷⁹. Wenn der Religion also abverlangt wird, dem Interesse des Staates zu dienen, dann bedeutet dies, daß die Partei den Menschen die Freiheit nimmt, Religion von politischen Verpflichtungen zu trennen.

ren, wie weit sie ihre Forderungen vortreiben können, ohne größere Unruhen auszulösen... Die Zweideutigkeit überläßt Entscheidungen über den schwierigen Aspekt der politischen Umsetzung den Kadern auf lokaler Ebene, womit die höhere Führung die Verantwortung leicht abschütteln kann, wenn die Dinge schief laufen. Sie ist auch ein gewisser Wink an die Basis-Kader, bei der praktischen Umsetzung der Instruktionen energischer vorzugehen, als diese selbst es verlangen.“ *Cutting off the Serpent’s Head; Tightening Control in Tibet, 1994-1995; TIN/Human Rights Watch Asia, S. 34.*

²⁷⁷ In dem ICT Report „When the Sky Fell to Earth“, S. 81, 2004.

²⁷⁸ China’s Tibet 2004, Facts and Figures, New Star Publishers, p. 68.

²⁷⁹ Einem Zitat in dem ICT-Report „When the Sky Fell to Earth“, auf S. 93 entnommen.

Die Kampagne zur „patriotischen Umerziehung“

Es war 1994, bei dem Dritten Arbeitsforum zu Tibet, als die chinesischen Funktionäre beschlossen, ihr Augenmerk besonders auf den Dalai Lama und die sogenannten „feindlichen separatistischen Kräfte“ zu richten. Das Ergebnis des Forums war die „patriotische Umerziehungskampagne“ und eine neue Parteipolitik in Sachen Religion, unter der den religiösen Einrichtungen größere Einschränkungen auferlegt wurden. Die Kampagne zur patriotischen Umerziehung wird von den Demokratischen Verwaltungsräten durchgeführt. 1996 wurde sie durch die Einfügung einer Reihe von politischen Texten in den monastischen Lehrplan ankurbelt, wobei die Loyalität dem Staat gegenüber und die Diffamierung des Dalai Lama einen besonders breiten Raum einnehmen. Die patriotische Umerziehung hat auch den Zweck, daß die Behörden beim geringsten Zeichen politischer Unruhen in religiösen Institutionen, in denen die chinesische Regierung eine Brutstätte für politischen Dissens wittert, sofort einschreiten können, um sie im Keim zu ersticken.

Alles, was mit Religion zusammenhängt, ist im sozialistischen China ein heikles Thema, denn schließlich beruht die kommunistische Ideologie ja auf dem Atheismus. Wenn man Pekings Einschätzung des Dalai Lama begreifen will, muß man die Komplexität der gewaltsamen Unterdrückung der Unabhängigkeitsbestrebungen 1987, 1988 und 1989 in Betracht ziehen, die China zu einer Wende bei seiner Religionspolitik in Tibet bewog. Ein weiterer Faktor, der die chinesische Führung in ihrer Furcht vor politischer Unruhe bestärkte, war sicherlich der unerwartete Ausbruch von Studentenprotesten auf dem Tiananmen Platz in Peking. Ihr gewaltsames Vorgehen gegen die Proteste rief einen Riesenschok hervor und wurde international verurteilt, die Welt wurde nun aufmerksam auf die Menschenrechtsverletzungen in China. Um diese Zeit gewann auch der Dalai Lama immer mehr Unterstützung für die Sache Tibets auf der internationalen Bühne. Es ist daher nicht überraschend, wenn eine solche Verflechtung von sozial-politischen Ereignissen die chinesische Führung ob der ausgeprägten Loyalität der Tibeter zum Dalai Lama aufhorchen ließ und es ihr bange wurde, ob diese Loyalität nicht am Ende ihrer Herrschaft in Tibet gefährlich werden und ihre Legitimität untergraben könnte.

Unter der Direktion des Amtes für Religionsangelegenheiten (Religious Affairs Bureau = RAB) und den ihm unterstehenden DMCs wurden Arbeitsteams gebildet, welche die patriotische Umerziehung für Mönche und Nonnen in den religiösen Institutionen durchzuführen haben. Bei dieser Kampagne werden fünf Punkte eingefordert: Tibet muß als unveräußerlicher Teil Chinas akzeptiert werden, die Liebe zum Mutterland muß gemäß dem Motto ‚Liebe dein Land, liebe deine Religion‘ (tib. rgyal gches ring lugs bsam bloi slob gso) gepflegt werden, ferner muß der von China eingesetzte Panchen Lama anerkannt und schließlich der Dalai Lama als ein Verräter verworfen werden.

Im Zuge der „patriotischen Umerziehung“ verboten die Behörden auch die Tradition, Novizen unter 18 Jahren in die Klöster aufzunehmen, mit der Begründung, als Minderjährige seien sie noch zu jung für ein Studium in religiösen Institutionen. Mönche und Nonnen müssen sich nun allgemein von den DMCs registrieren lassen, und diejenigen, die keine Registrierungskarte und damit kein Bleiberecht haben, müssen das Kloster verlassen. Darüber hinaus wurde auch eine Obergrenze für die Anzahl von Mönchen und Nonnen, die in einem Kloster wohnen und studieren dürfen, festgelegt. Mönche und Nonnen, die sich nicht registrieren lassen oder sich dem Umerziehungs-Unterricht widersetzen, werden hinausgeworfen, oder sie tauchen schon vorher unter, wenn sie merken, daß sich ein Arbeitsteam im Anmarsch befindet.

Unter dem Banner der „patriotischen Umerziehung“ haben die Behörden tatsächlich eine große Zahl von Mönchen und Nonnen aus den religiösen Einrichtungen vertrieben, einfach all diejenigen, die sich den Auflagen der Kampagne nicht beugen wollten.

Die Arbeitsteams, später dann die der DMCs, mischen sich auch immer mehr ein beim Wiederaufbau von Klöstern ein, wie Dhamchoe Dolma²⁸⁰ berichtet, eine 29-jährige Nonne, die sechs Jahre im Drapchi Gefängnis inhaftiert war. Sie schilderte dem TCHRD ihre Aktivitäten in Tibet und die brutale Behandlung, die sie in Drapchi erfuhr. Sie kommt aus dem Dorf Changra, Kreis Lhundup, Bezirk Lhasa. Mit 17 Jahren wurde sie im Shar Bumpa Kloster im Kreis Phenpo als Nonne ordiniert. Die örtliche tibetische Bevölkerung wollte das Shar Bumpa Nonnenkloster, das während der Kulturrevolution (1966-1976) völlig zerstört worden war, mit Hilfe von Spendengeldern wieder aufbauen. Die Nonnen trugen durch ihre körperliche Arbeit bei und sammelten gleichzeitig Spenden für den Wiederaufbau. Im März 1993, als das Werk beinahe vollendet war, kam ein Trupp von Offiziellen der Kreisverwaltung

²⁸⁰ TCHRD Human Rights Update, März 2004, S. 4.

von Lhundup zu der Baustelle. Sie ordneten die sofortige Einstellung der Arbeiten an, brachten alles durcheinander und schüchterten die Nonnen ein. Sie setzten auch ein neues Limit für die Zahl von Nonnen, die das Kloster beherbergen darf, und forderten, daß die Belegschaft reduziert werde.

Einige Zeit nach dieser Auseinandersetzung kamen „Arbeitsteam-Kader“ aus Lhasa und vom Kreis Lhundup und unterzogen die Nonnen einen Monat lang der patriotischen Umerziehung. Dieses Vorgehen stellt eine eindeutige Verletzung der chinesischen Verfassung dar, die all ihren Bürgern die Freiheit der religiösen Überzeugung und der Anbetung garantiert, wie es im Kap. 2, Art. 36, festgeschrieben ist:

„Die Bürger der Volksrepublik China genießen die Glaubensfreiheit. Kein Staatsorgan, keine gesellschaftliche Organisation und keine Einzelperson darf Bürger dazu zwingen, sich zu einer Religion zu bekennen, noch dürfen sie jene Bürger benachteiligen, die sich zu einer Religion bekennen oder nicht bekennen. Der Staat schützt normale religiöse Tätigkeiten. Niemand darf eine Religion dazu benutzen, Aktivitäten durchzuführen, die die öffentliche Ordnung stören, die die körperliche Gesundheit von Bürgern schädigen oder das Erziehungssystem des Staates beeinträchtigen.“

Hieraus wird ersichtlich, daß die kontinuierlichen Einschränkungen, die der religiösen Ausübung in Tibet auferlegt werden, im Widerspruch zu den in der Verfassung verankerten Freiheitsrechten stehen. Ebenso setzt sich der chinesische Staat über die Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR) hinweg. Im Art. 18 des Internationalen Übereinkommens über bürgerliche und politische Rechte heißt es:

„Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Wahl, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat, durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung, Gottesdienst und Unterricht zu bekunden.“

Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde. Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.“

Darüber hinaus steht im Art. 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“.

Sowohl dem internationalen als auch dem chinesischen Recht zum Trotz wird die Religion in Tibet massiven Restriktionen unterworfen, besonders auf denjenigen Gebieten, die von der chinesischen Verwaltung als politisch heikel erachtet werden.

Die Anti-Dalai-Lama Kampagne

Ein großes Problem ist für die Chinesen das, was sie als „geteilte Loyalität“ der Tibeter wahrnehmen – einerseits dem Dalai Lama und andererseits dem Staat gegenüber. Bei der vierten Sitzung des sechsten Regionalen Volkskongresses am 24. Mai 1996 haben die Behörden einen extremen Standpunkt gegenüber dem Dalai Lama bezogen, indem sie ihn als den „Hauptschurken“ brandmarkten, der „öffentlich entlarvt und getadelt, und dem das Mäntelchen des religiösen Führers abgerissen“ werden sollte.

Überdies wird die Religion in Tibet mittels einer doppelten Strategie in Schranken gehalten. Erstens werden die Tibeter, besonders Mönche und Nonnen, gezwungen, einer fünf Punkte umfassenden Grundsatzerklärung beizupflichten, sie müssen erklären, daß der Dalai Lama ein Verräter und Spalter ist und der historischen Einheit von Tibet und China zustimmen. Dann müssen sie den von China eingesetzten Panchen Lama anerkennen und schließlich ihre persönliche Opposition gegen den Separatismus kundtun. Den Tibetern wurde auch verboten, Dalai Lama Bilder zu besitzen, für sein

Wohlergehen zu beten, seinen Namen anzurufen, seinen Geburtstag zu feiern oder in irgendeiner Weise Achtung vor ihm und seinem historischen Status zu bekunden.

Parteimitglieder, die 1997 mit der patriotischen Umerziehung in der TAR beauftragt waren, faßten ihre Meinung über den Dalai Lama so zusammen:

„Was für eine Art von Person ist der Dalai denn? Der Dalai ist der Hauptanführer der Spalter, die sich verschwört haben und Tibets Unabhängigkeit anstreben, er ist ein Werkzeug in den Händen internationaler gegen China gerichteter Kräfte, die Feindseligkeit stiften wollen, er ist die Hauptinspiration für all die Leute, die Unruhe in die tibetische Gesellschaft bringen, und für all diejenigen, welche die Wiederherstellung der Disziplin gemäß den Regeln der buddhistischen [Klöster] in Tibet behindern.“²⁸¹

Für die chinesischen Politiker ist es eine ziemliche Herausforderung, sich die Herzen und Gemüter der Tibeter geneigt zu machen. Da der kommunistische Staat auf der absoluten Loyalität und Treue der Bürger dem Staat gegenüber baut, ist es natürlich, daß den Chinesen im Hinblick auf die Legitimität ihrer Herrschaft über Tibet der Raum, den der Dalai Lama in den Herzen des tibetischen Volkes einnimmt, ein Ärgernis ist. Eines der Hauptprobleme bei Chinas Kampf um Tibet war schon immer der Umgang mit der spirituellen Autorität des Dalai Lama und seinem Auftreten als politische Gestalt in der internationalen Gemeinschaft. Es steht außer Zweifel, daß der Grad an religiöser Unterdrückung in dem Berichtsjahr in Tibet sehr hoch war, was vielfach der „patriotischen Umerziehung“ zuzuschreiben ist.

Verfolgung

Das TCHRD erhielt Informationen über die Fortsetzung der Anti-Dalai-Kampagne in der Präfektur Kardze in der Provinz Sichuan. Diesen zufolge war das Jahr 2004 von einer intensiven Durchführung der Anti-Dalai-Lama Kampagne gekennzeichnet. Der 38-jährige Samten aus dem Dorf Ghechoe in der Präfektur Kardze berichtet:

„1992 kamen einige chinesische Offizielle ins Kloster. Die Mönche mußten dreimal monatlich an Schulungen teilnehmen, wo man von ihnen verlangte, die Dalai Clique zu verurteilen. Des weiteren wurde für das Kloster eine Obergrenze von 300 Mönchen festgelegt.“²⁸²

Weiter schildert er die Restriktionen bei religiösen Zeremonien und Festen, besonders dem jährlichen im Kloster begangenen Monlam (Gebetsfest). Wie er berichtet, führte die Eindämmung der Religionsfreiheit in den religiösen Institutionen zur Flucht vieler Mönche, die ein Leben im Exil in Indien vorziehen, wo sie in Freiheit ihren Studien nachgehen können.

Von 1992 bis 2000 studierte Samten buddhistische Philosophie im Kloster Drepung Loseling in Südindien. Dann ließ er sich für ein Jahr von dem Kloster beurlauben, weil er nach Tibet zurückkehren wollte, um dort seine Verwandten zu besuchen. Er erzählt: „Bei meiner Heimreise hatte ich 18 Videokassetten dabei, die Tibet betrafen, ebenso 150 Bilder Seiner Heiligkeit, des Dalai Lama, die ich in meiner Heimatstadt verteilen wollte.“ Nach ein paar Tagen in Lhasa wurde er am 11. Dezember 2000 von elf Polizisten verhaftet und ins Haftzentrum von Lhasa gebracht. Einen Monat später wurde er zu drei Jahren Reform-durch-Arbeit in der Anstalt Trisam im Kreis Toeling verurteilt. Nach Verbüßung seiner Strafe wurde Samten am 11. Dezember 2003 entlassen, und im Mai 2004 erreichte er Dharamsala.

Im November 2003 bedrohten die Behörden in den Distrikten Kardze und Lithang in Osttibet die Lokalbevölkerung mit der Konfiszierung ihres Grund und Bodens, falls sie die Dalai Lama Bilder, die sie in ihren Häusern aufgestellt hatten, nicht übergeben. Jamphel Gyatso²⁸³, der heute 35 Jahre alt ist und aus dem Dorf Phu, Gemeinde Mangbu, Distrikt Lhatse, TAR, stammt, trat mit 16 Jahren ins örtliche Mangkar Dharling Kloster ein und ging mit 25 Jahren ins Kloster Sera nach Lhasa; er berichtet: „1998 lief die Kampagne ‚Liebe dein Land, liebe deine Religion‘ im Kloster Sera an. Die Mönche mußten abfällige Bemerkungen über den Dalai Lama machen, und es wurde eine Verordnung erlassen, die das Aufstellen seines Bildnisses verbot.“ Fünf im Kloster anwesende Polizisten in Zivil nahmen Jamphel am 9. September 2001 fest, weil er Kassetten mit Belehrungen des Dalai Lama angehört hatte. Der Mittlere Volksgerichtshof von Lhasa stellte Jamphel wegen „Antiregierungspropaganda“

²⁸¹ Aus dem Bericht „When the Sky Fell to Earth“ von International Campaign for Tibet, 2004, S. 17.

²⁸² TCHRD, Human Rights Update, June 2004, S. 2.

²⁸³ TCHRD Human Rights Update, July 2004, S. 5.

unter Anklage und verurteilte ihn zu zwei Jahren Haft und der Aberkennung seiner politischen Rechte für ein Jahr. Am 8. August 2003 wurde er entlassen und im April 2004 traf er in Indien ein.

Im November 2004 berichtete ein Mönch namens Jigme Dorjee dem TCHRD: „Wiederholt kamen aus drei bis sieben Personen bestehende Arbeitsteams der Distriktsverwaltung ins Kloster. Sie erteilten politischen Unterricht und verlangten von den Mönchen, daß sie den Dalai Lama verunglimpften, ihre Loyalität zum Mutterland bekundeten und Tibet als Teil Chinas anerkannten. Die Mönche, die dem Kloster offiziell angehörten, erhielten eine Urkunde über die Teilnahme an den Kampagnenkursen. Die nicht registrierten Mönche versteckten sich oder gingen nach Hause, wenn Behördenvertreter das Kloster aufsuchten. Die registrierten Mönche sind aber nicht glücklich im Kloster, weil sie gegen ihren Willen Kritik am Dalai Lama üben müssen, um die offizielle Zulassungsurkunde zu bekommen und im Kloster bleiben zu dürfen. Sie haben keine Wahl und müssen den offiziellen Anordnungen folgen, sonst werden sie des Klosters verwiesen oder, wenn es noch schlimmer für sie kommt, sogar verhaftet. Die Behauptung der Chinesen, in Tibet gebe es Religionsfreiheit, ist völlig falsch. Ich bin Mönch, doch es bedeutet einen gigantischen Kampf für mich, in einem Kloster bleiben und dort friedlich studieren zu können.“²⁸⁴

Ausweisungen aus den Klöstern

Die Ausweisung von Mönchen und Nonnen aus Klöstern, die den Anforderungen der politischen Umerziehung nicht gerecht werden, geht unvermindert weiter. Das TCHRD erfuhr von folgendem Vorfall: Der Mönch Jigme Namgyal²⁸⁵ wollte sich in Meditationsklausur begeben, wozu er in das Kloster Samye Drakmar nach Lhoka ging. Die in dem Kloster stationierten Behördenvertreter erlaubten ihm jedoch nicht seine Absicht auszuführen und sagten, er benötige eine schriftliche Erlaubnis, um auf Exerzitien (Retreat) gehen zu können. Um ihn selbst zu zitieren: „Der Bestand an Mönchen wird infolge der strengen Vorschriften und der politischen Indoktrinierung von Jahr zu Jahr geringer. Ich mache mir große Sorge, daß das Samye Drakmar Kloster bald gänzlich zu existieren aufhört, weil es dort keine religiöse Freiheit mehr gibt.“

Bekräftigt wird diese Lage der Dinge durch Lodo Nyima²⁸⁶, einen Mönch aus dem Kloster Tashi Lhukpuk, der im Tibetan Refugee Reception Centre in Nepal befragt wurde. Nachdem 1994 die patriotische Umerziehung eingeführt wurde und die religiöse Repression immer mehr zunahm, fiel der Kloster allmählich dem Verfall anheim, heute wohnen dort nur noch 30 Mönche im Vergleich zu mehreren Hundert in der Vergangenheit. Lodo schildert:

„Die Zahl der Mönche im Kloster ist nicht deshalb so gering, weil die Leute der Gegend etwa nicht ins monastische Leben eintreten wollten, sondern wegen der Politik der Chinesen, die eine Obergrenze für die Anzahl von Mönchen im Kloster setzten. Kürzlich wurde eine neue Verordnung herausgegeben, der zufolge das Kloster nicht über 35 Mönche beherbergen darf. Die Beamten des Public Security Bureau (PSB) vom Kreis Yuri halten stets ein Auge auf das Kloster gerichtet. Viele der altväterlichen und gelehrten Mönche wurden ausgewiesen mit der Begründung, sie würden die Gemüter der jungen Novizen verderben. Unter dem Banner der ‚patriotischen Umerziehung‘ predigen die Staatsvertreter den Atheismus, und selbst ältere weise Mönche werden gezwungen, sich vom Dalai Lama abzuwenden. Alle, die sich der Forderung der Offiziellen nicht beugten, wurden des Klosters verwiesen und mußten außerdem noch eine Geldstrafe von 2000 Yuan zahlen. Die Arbeitsteam-Kader inspizieren das Kloster jeden Monat zweimal. Im Dezember 1995 wechselte ich nach Drepung über, wo ich mich fünf Jahre lang buddhistischen Studien hingab. Weil es keine Religionsfreiheit gibt, konnte ich mich diesen nicht so widmen, wie es mein Wunsch war. Unser Leben war von ständiger Panik durchdrungen wegen der häufigen Kontrollvisiten durch die Beamten des Public Security Bureau, die plötzlich ins Kloster zu stürmen pflegten und uns zwangen, die Politik der Kommunisten zu rühmen und den Separatismus zu verdammen“.

Dukarkyap, ein Absolvent der Nubchang (Nordwest) Minderheiten Universität, der das Tibetische Flüchtlingszentrum in Kathmandu im Oktober 2004 erreichte, berichtete dem TCHRD:

²⁸⁴ TCHRD, Human Rights Update, Nov. 2004.

²⁸⁵ TCHRD Kathmandu Interview 2004.

²⁸⁶ TCHRD Kathmandu Interview 2004.

„Während der Semesterferien pflegte ich meinen Heimatort zu besuchen und Schülern in einem Mietshaus Nachhilfeunterricht zu geben, um mir etwas Geld zu verdienen. Als ich im Jahr 2003 heimfuhr, traf ich einen westlichen Touristen, der mir ein Buch mit dem Titel ‚Footprints of Spring‘ gab, das ein Foto und eine Rede des Dalai Lama enthielt. Ich schrieb die Rede auf die Tafel im Klassenzimmer und erklärte sie den Schülern. Am nächsten Tag gegen 15.00 Uhr kamen sieben PSB-Polizisten in mein Haus und durchsuchten es. Sie fanden einige kleine Bildchen des Dalai Lama und wollten wissen, woher ich diese hätte. Ich wurde zum PSB-Büro gebracht und verhört. Durch die Hilfe einer einflußreichen Person konnte meine Familie meine Freilassung erwirken. Mir wurde jedoch verboten, Nachhilfeunterricht zu erteilen.“²⁸⁷

Ein Mönch vom Kloster Ganden namens Kunga berichtete nach seiner Flucht aus Tibet am 16. März 2004 dem Tibetischen Flüchtlingszentrum in Kathmandu: „Am 12. Februar 2004 wurde der 25-jährige Chonden von chinesischen Polizisten festgenommen. Während einer unvermittelten Razzia im Kloster Ganden fiel ihr Blick auf ein Bild des Dalai Lama in Chondens Zimmer. Bei einer weiteren intensiven Durchsuchung des gesamten Klosters fand die Polizei außerdem eine tibetische Flagge bei ihm. Er wurde auf der Stelle verhaftet.“²⁸⁸

Kunga erzählt, später seien fünf bis sechs Polizisten in das Kloster gekommen und hätten alle Mönche zusammengetrommelt. Sie verkündeten laut, daß Chonden wegen des illegalen Besitzes von Dalai Lama Bildern inhaftiert worden sei, und drohten den übrigen Mönchen mit gleicher Strafe, falls sie in Zukunft mit derartigem Material erwischt würden. Keiner weiß, wo Chonden hingebracht wurde, vermutlich wird er jedoch in der Gutsa Haftanstalt festgehalten.

Verfolgung religiöser Lehrer

Die Gängelung der religiösen Einrichtungen durch den Staat mittels der Kampagne zur politischen Erziehung, für deren Durchführung heutzutage die Mitglieder der Demokratischen Verwaltungsräte zuständig sind, ist ein weiterer Schritt der chinesischen Regierung, sich die Loyalität der Bevölkerung zu sichern und jeglichen Ausdruck der Treue zum Dalai Lama zu vereiteln. Mit derselben Absicht nehmen die Behörden hochrangige Lamas ins Visier, weil sie fürchten, der religiöse Einfluß, den diese auf das tibetische Volk ausüben, könnte ihre politischen Indoktrinierungsversuche in den Schatten stellen. Für die Partei ist es im Hinblick auf die Aufrechterhaltung ihrer politischen Macht notwendig, daß die kommunistische Ideologie vom Volk unterstützt wird, weshalb die chinesische Führung natürlich nervös wird, wenn die Tibeter an ihrer Treue zum Dalai Lama und anderen hohen buddhistischen Lamas festhalten.

Wie schon oben erwähnt, markierte das Dritte Arbeitsforum zu Tibet, das 1994 in Peking abgehalten wurde, einen Wendepunkt in der Tibetpolitik Chinas. Ein Bericht von ICT schildert die neue Welle der Verfolgung des Buddhismus, die von diesem Arbeitsforum ausging:

„Aus den Richtlinien des Dritten Arbeitsforums erkennt man, wie beunruhigt die Partei wegen der anhaltenden Popularität des tibetischen Buddhismus ist, was durch die von ihr wahrgenommene Interdependenz zwischen Religion und Unabhängigkeitsbewegung noch verstärkt wird“.

Li Dezhu, der Minister für ethnische Angelegenheiten in der chinesischen Regierung, schreibt in einem Strategiepapier²⁸⁹: „Historisch war der westliche Landesteil schon immer eine in ethnischer Hinsicht brisante Region. Die geschichtlich ererbten negativen Auswirkungen einiger Probleme ethnischer Beziehungen können nicht so schnell ausgeschaltet werden, dies erfordert vielmehr Bemühungen über viele Jahre. Der religiöse Einfluß in den westlichen Regionen ist tiefgreifend und die Vernetzung von Nationalitäten- und Religionsangelegenheiten hat die Handhabung der ethnischen Beziehungen noch schwieriger gemacht. Die Anti-Separatismus-Politik wurde der Westlichen Entwicklungsstrategie hinzugefügt, um Pekings Ziele der ‚nationalen Einheit und Stabilität‘ besser verfolgen zu können. Was angestrebt wird, ist eine Verminderung der negativen Auswirkungen der Religion auf die Entwicklung und Stabilität der Region.“ Um die politischen Leitlinien der Partei in Tibet umzusetzen, hält es die Regierung daher für wichtig, den Einfluß hoher buddhistischer Lamas auf das tibetische Volk möglichst gering zu halten oder ganz auszuschalten.

²⁸⁷ TCHRD, Human Rights Update Nov. 2004.

²⁸⁸ TCHRD Kathmandu Interview 2004.

²⁸⁹ ICT Report „When the Sky fell to Earth“.

Gendun Choekyi Nyima, der 11. Panchen Lama

Das kontinuierliche Festhalten des Panchen Lama Gendun Choekyi Nyima (der am 17. Mai 1995 im Alter von 6 Jahren entführt wurde) ist ein weiteres Beispiel für die gravierende Intervention des Staates in die religiösen Angelegenheiten der Tibeter. Seit 10 Jahren herrscht nun schon Unklarheit über den Aufenthaltsort und das Wohlbefinden des Panchen Lama. China weigert sich offiziell zuzugeben, daß er vom Staat in Gewahrsam gehalten wird. Nur einmal erwähnten die Behörden, seine Eltern hätten um den Schutz der Regierung gebeten, denn es bestünde Gefahr, daß Gendun Choekyi Nyima entführt werde, und das sei der Grund, warum er mit seinen Eltern in „sicherem Gewahrsam“ gehalten werde. Um die vom Dalai Lama ausgesprochene Anerkennung von Gendun Choekyi Nyima als dem 11. Panchen Lama in Mißkredit zu bringen, verkündete die chinesische Führung ein Kind ihrer Wahl, Gyaltzen Norbu, als den 11. Panchen Lama.

Historisch gesehen besteht seit dem 16. Jahrhundert eine besondere Lehrer-Schüler-Beziehung zwischen dem Panchen Lama und dem Dalai Lama. So war der erste Panchen Lama der Lehrer des fünften Dalai Lama, und damals war es, als ersterem der Ehrentitel Panchen verliehen wurde, was „großer Gelehrter“ bedeutet. Solange dem wahren Panchen Lama Gendun Choekyi Nyima nicht die ihm zustehende Achtung und religiöse Autorität gewährt wird, bleibt ihm auch die ihm gebührende religiöse Erziehung und Praxis verwehrt, wodurch die Übertragungslinie der Panchen Lamas unterbrochen wird. In dieser Hinsicht hat die fortgesetzte Festhaltung des 11. Panchen Lama schwerwiegende Implikationen; sie ist daher ein extremer Akt religiöser Repression mit politischen Zwecken, der den traditionellen Buddhismus in seinem eigentlichen Gefüge trifft.

Chadrel Rinpoche

Chadrel Rinpoche, der ehemalige Abt des Tashi Lhunpo Klosters in Shigatse, wurde im Mai 1995 verhaftet, wenige Tage nachdem der Dalai Lama Gendun Choekyi Nyima als die Wiedergeburt des 11. Panchen Lama bestätigt hatte. Nach einer kurzen Gerichtsverhandlung wurde Chadrel Rinpoche zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt für das, was die Behörden „Verschwörung zur Spaltung des Landes und Preisgabe von Staatsgeheimnisse“ bezeichnen. Sein einziges „Verbrechen“ war gewesen, daß er wegen des Problems der Bestimmung der richtigen Wiedergeburt mit dem Dalai Lama in Verbindung getreten war, noch ehe dessen Ankündigung erfolgte. Chadrel Rinpoche hat seine Haftstrafe von sechs Jahren bereits verbüßt, dennoch wurde ihm nicht erlaubt, in sein Kloster Tashi Lhunpo zurückzukehren. Es gibt bisher keine zuverlässige Information über seinen Verbleib oder seine Lebensumstände. Man nimmt an, daß er im Januar 2002 entlassen wurde, jedoch gegenwärtig an einem unbekanntem Ort unter halboffiziellem Hausarrest steht.

Chadrel Rinpoches Fall bedeutet nicht nur eine allgemeine Verletzung der Menschenrechte, sondern vor allem einen Verstoß gegen das Recht auf Religionsfreiheit. Er ist ein Beispiel mehr dafür, daß die religiösen Einrichtungen in Tibet unter der Herrschaft der Chinesen keine Freiheit und Unabhängigkeit haben.

Jampa Chungla

Jampa Chunglas Fall ist dem von Chadrel Rinpoche insofern ähnlich, als er immer noch festgehalten wird, obwohl seine Gefängnisstrafe am 16. Mai 2003 auslief. Er war der Sekretär des Suchkomitees für die Auffindung des 11. Panchen Lama und ein enger Vertrauter von Chadrel Rinpoche. Er wurde unter der Anklage der „Preisgabe von Staatsgeheimnissen“ und der „Gefährdung der Staatssicherheit“ zu vier Jahren Haft verurteilt. Selbst nach Vollendung seiner Haftstrafe soll er Verlautbarungen zufolge weiterhin unter Hausarrest stehen.

Geshe Sonam Phuntsok

Am 25. Oktober 1999 drangen etwa 20 PSB-Offiziere ins Kloster Dhargay in der TAP Kardze in Sichuan ein und verhafteten Geshe Sonam Phuntsok, einen populären buddhistischen Lehrer und Gelehrten. Er wurde unter der Anklage der „Aufhetzung der Volksmassen zu spalterischen Aktivitäten“ und weil er eine Lang-Lebens-Zeremonie für den Dalai Lama zelebriert hatte, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Es scheint, daß Geshe Sonam Phuntsok früher einmal mit einem Reisedokument, das er sich in Lhasa beschafft hatte, nach Indien gereist war, um vom Dalai Lama empfangen zu werden. Er war in dem Gefängnis Chuandong No. 3 im Distrikt Tazhu (Dazu), Sichuan, inhaftiert.

Am 24. Oktober 2004 wurde er nach Ableistung seiner Gefängnisstrafe entlassen. Er wurde danach in seiner Freizügigkeit sehr eingeschränkt und steht immer noch unter behördlicher Überwachung. Sein Gesundheitszustand soll sehr schlecht sein infolge der im Gefängnis erlittenen Mißhandlungen. Es heißt, die Behörden würden seine Bewegungen in der Präfektur Kardze genauestens verfolgen.

Tulku Tenzin Delek

Tulku Tenzin Delek ist ein prominenter tibetischer Lama, der zum Tode mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub verurteilt wurde²⁹⁰. Er war ein ausgesprochener Befürworter der Bewahrung und Verbreitung der tibetischen Kultur und Religion und genoß hohes Ansehen unter den Tibetern seiner Gegend. Er war die treibende Kraft bei der Errichtung mehrerer neuer Klöster und eines Waisenhauses in Osttibet. Wahrscheinlich ist die Ursache für seine Verfolgung durch den Staat darin zu suchen, daß die Behörden wegen des hohen Maßes an Achtung, das ihm von dem tibetischen Volk entgegengebracht wurde, um ihre Autorität fürchteten, und ebenso in seiner ausgesprochenen Treue zum Dalai Lama, aus der er kein Hehl machte.

Tulku Tenzin Delek wurde am 3. April 2002 wegen des Verdachts auf Beteiligung an einer Reihe von Bombenanschlägen in Kardze und einer Detonation in Chengdu festgenommen. Am 7. April 2002 wurde auch Lobsang Dhondup, ein Schüler von Tulku Tenzin Delek, verhaftet, woraufhin die Behörden den Tulku mit den Sprengstoffanschlägen in Verbindung brachten. Bei einer Gerichtsverhandlung hinter verschlossenen Türen am 2. Dezember 2002 sprach das Mittlere Volksgericht von Kardze das Todesurteil gegen Lobsang Dhondup aus, das am 26. Januar 2003 vollstreckt wurde, während Tulku Tenzin Delek zum Tode mit zweijährigem Aufschub verurteilt wurde. Über seinen gegenwärtigen Gesundheitszustand besteht Unklarheit.

Exilrückkehrern steht Ausweisung bevor

Infolge des sinkenden Niveaus der religiösen Unterweisung in Tibet kommen viele Mönche und Nonnen nach Indien, um ihre religiösen Studien fortzusetzen. Wenn sie später jedoch nach Tibet zurückkehren wollen, werden sie von den Demokratischen Verwaltungsräten ihrer Heimatklöster nicht mehr aufgenommen, denn sie stehen von vorneherein unter dem Verdacht, Kontakt zu der Dalai Clique oder der Exilregierung zu pflegen.

Ein Beispiel hierfür ist das Schicksal des Mönches Phuntsok Gyaltsso, 33, aus der TAP Tsojang in der Provinz Qinghai²⁹¹, der erzählt:

„Nachdem ich einige Jahre im Kloster zu Hause verbracht hatte, wollte ich meine monastischen Studien in Südinien fortsetzen. Ich ging nach Indien und trat dort ins Kloster Ganden ein. Die nächsten fünf Jahre blieb ich dort und widmete mich dem Studium der buddhistischen Schriften. Am 15. Januar 1999 kehrte ich nach Tibet zurück.“

Nachdem Phuntsok Gyaltsso und seine Freunde Tibet wieder erreicht hatten und in ihr früheres Kloster zurückkehrten, wurden sie von den Mitgliedern des DMC systematisch eingeschüchert und schließlich ganz des Klosters verwiesen.

„Am 14. Oktober 1999 wurde dem Kloster in einem offiziellen Schreiben mitgeteilt, daß die aus Indien zurückgekehrten Mönche ausgewiesen werden müßten. Der Klosterleitung wurde mit harter Vergeltung gedroht, falls sie dem Befehl nicht nachkomme“.

Das Schreiben war vom Amt für Religiöse Angelegenheiten, vom Büro für Öffentliche Sicherheit und von der Einheitsfrontabteilung unterzeichnet. In Befolgung dieser Anweisung warf die Klosterleitung daher Phuntsok Gyaltsso, sowie die Mönche Khenrap Gyaltsso, 30, Lobsang Dhondup, 32, Gedun Rabgay, 31, Sonam Gyaltsso, 32, Lobsang Anyen, 28, Sherab, 27, und Sangay, 21, hinaus.

Bei einem anderen Zwischenfall wurden Mönche geschlagen, weil sie in der Absicht, eine Audienz beim Dalai Lama zu erhalten, Tibet verlassen und die Grenze nach Nepal überschritten hatten. Dhondup, 22, Tashi Dhargay, 19, und Dhondup Namgyal sind Mönche aus dem Kloster Dhargayling in der Gemeinde Mangpo im Kreis Lhatse, Präfektur Shigatse. Am 1. Dezember 2003 waren sie nach

²⁹⁰ Am 26. Januar 2005 wurde das Todesurteil auf internationalen Druck hin in lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt.

²⁹¹ TCHRD Kathmandu Interview 2004.

Indien aufgebrochen. Zu ihrem Unglück wurden sie von der nepalesischen Grenzpolizei gefaßt und nach Tibet zurückgebracht. Dort erhielten sie heftige Prügel von der chinesischen Polizei und wurden 23 Tage lang unter erbärmlichen Bedingungen im Haftzentrum von Shigatse gefangengesetzt, ehe man sie nach Lhasa transferierte. Die Behörden verwehrten ihnen die Rückkehr in ihr Kloster und befahlen ihnen statt dessen, in ihre jeweiligen Heimatorte zu gehen.

In den letzten Jahren hat sich die religiöse Repression selbst auf isolierte Gebiete ausgedehnt. Dem prüfenden Blick der Behörden entgehen nicht einmal entlegene Einsiedeleien. Die folgende Schilderung des Mönches Jigme Namgyal²⁹² spricht für die Unterdrückung der Religionsfreiheit selbst in Klausur-Einrichtungen. In jungen Jahren trat er als Novize ins Kloster Phuntsok Norling ein und mit 24 Jahren beschloß er in Retreat (Meditationsklausur) zu gehen. Nach etlichen Tagen intensiven Suchens nach einem geeigneten Ort gelangte er zum Kloster Samye Dragmar. Die Klosterleitung klärte ihn darüber auf, daß er einen Erlaubnisschein vom Amt für religiöse Angelegenheiten der Präfektur Lhoka in Tsethang vorlegen müsse, ehe er sich in Retreat begeben könne. Er stellte einen Antrag für drei Jahre, nach mehreren Tagen wiederholter Anfrage wurden ihm aber nur drei Monate gewährt. Die schwere Verletzung der religiösen Rechte der Tibeter durch die chinesischen Behörden bewog Jigme schließlich ins Exil zu fliehen. In Tibet ließ sich sein Wunsch, für eine längere Zeit in der Abgeschiedenheit meditieren zu können, nicht realisieren, außerdem konnte er die ständige Schikanierung durch die Arbeitsteams und den patriotischen Unterricht nicht mehr ertragen. Am 14. April 2004 erreichte er Kathmandu.

Die Nonne Jigme²⁹³, die am 18. April 2004 mit dem TCHRD sprach, berichtete ähnliches: „Im Juli 1998 hielten insgesamt sechs Offizielle, zwei von der Gemeinde Tanang und zwei von den Chinesen ernannte Mitglieder der Religionsbehörde, eine Sitzung ab, die von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags dauerte. Alle Mönche, die eine Retreat-Erlaubnis hatten, wurden herbeizitiert“.

Es gab einige, die diese Erlaubnis besaßen, aber das Gelöbnis mit der Diffamierung des Dalai Lamas nicht unterschrieben hatten. Die Offiziellen drohten ihnen mit der Ausweisung aus dem Kloster Dragmar Kyetsang. In analoger Weise wurde dem Kloster Wyantsa mit dem Abriß gedroht, falls eine der Nonnen sich weigern sollte, ihre Unterschrift unter die Erklärung zu setzen. Später rieten ältere Mönche den Nonnen, pro forma und ohne inneres Engagement zu unterschreiben, damit das Kloster nicht der Zerstörung anheimfalle.

Ein weiterer Fall von Verletzung der religiösen Rechte wurde aus dem Kloster Phelbar berichtet. Der Mönch Loden aus Chamdo bezeugte dem Tibetischen Flüchtlingszentrum in Kathmandu am 5. April 2004 folgendes:

„2000 hörte die Kreisverwaltung von Phelbar von den Plänen für eine Renovierung des Klosters. Fünf Kader von der Stadt und die Verwalter des Klosters hielten eine Sitzung ab, bei der erörtert wurde, ob drei wichtige Bedingungen eingehalten worden seien – wenn nicht müßten die Renovierungsarbeiten verboten werden. Erstens, für den Fall, daß zuvor keine staatliche Genehmigung zum Wiederaufbau eingeholt wurde, sind die Arbeiten rechtswidrig. Zweitens war die Einführung einer Obergrenze für die Anzahl der Mönche in dem Kloster angekündigt worden, wobei die bisherigen Mönche von der chinesischen Regierung eine neue Genehmigung beantragen mußten, um im Kloster bleiben zu können. Drittens sind Novizen unter 18 Jahren nicht berechtigt, im Kloster zu wohnen und müssen daher zu ihren jeweiligen Familien zurückkehren.“

Loden führte weiter aus: „Zu der Zeit gab es etwa 95 Mönche mit der erforderlichen Genehmigung und über 300 Novizen um die 18 Jahre ohne eine solche. Diese 300 Novizen kamen heimlich ins Kloster, aber sobald die Kader der Stadtverwaltung und des PSB vom Landekreis zu einer Kontrollvisite kamen, machten sie sich schleunigst aus dem Staub“.

Am 11. Juni 2003 kamen 10 Offizielle von dem PSB des Landkreises ausgerechnet zu Beginn des Sommer-Retreats ins Kloster und trommelten alle Mönche zu einem Meeting zusammen. Sie mahn-ten die leitenden Geistlichen, daß nicht mehr als 95 Mönche, d.h. die registrierten, im Kloster bleiben dürften und drohten ihnen mit einer Strafe von 2000 Yuan, falls ihre Anweisung mißachtet würde. Außerdem wurde die Aufstellung eines Dalai Lama Portraits in der Haupthalle verboten, und alle Mönche wurden aufgefordert, Erklärungen mit einer Verunglimpfung des Dalai Lamas zu unterschrei-

²⁹² Ibid.

²⁹³ Ibid.

ben. Einstimmung sagten sie jedoch, daß sie diese Bedingung nicht akzeptierten und auch nicht jedem Wunsch der chinesischen Offiziellen willfahren würden. Jetzt kommen aus fünf oder sechs Personen bestehende Arbeitsteams regelmäßig alle zwei Monate ins Kloster. Kurz nach diesem Zwischenfall floh Loden nach Indien, weil ihm klar geworden war, daß die Aussichten auf religiöse Freiheit in Tibet unter diesen Bedingungen recht düster sind.

Politisierung des Geshe Lharampa Grades

Im tibetischen Buddhismus gibt es vier Haupt-Schulrichtungen, von denen die Gelugpa-Schule die bekannteste ist und die größte Gefolgschaft hat. Tibets größter Heiliger und Gelehrter, Tsongkapa, gründete diese Schule im Jahr 1410. Einer seiner bedeutenden Schüler war Gendun Drub, der im Nachhinein als der erste Dalai Lama Tibets bekannt wurde. Die Gelugpa-Schule brachte dank ihrer strengen monastischen Regeln und vielseitigen buddhistischen Literatur Generation um Generation hervorragende Gelehrte hervor.

Eine der wichtigsten Traditionen der Gelugpa-Schule ist die Einrichtung des Geshe Lharampa Grades. Die erforderliche Prüfung dafür umfaßt Dialektik-Debatten – am ehesten könnte sie als eine Prüfung in buddhistischer Philosophie umschrieben werden. Der Bewerber, der diesen religiösen Titel erwerben möchte, muß sich in Gegenwart einer großen Versammlung religiöser Gelehrter mittels einer Debatte einer intensiven Überprüfung seiner Kenntnisse in den vier Haupt-Kanons des tibetischen Buddhismus unterziehen. Der Titel Geshe bedeutet „gelehrter Mann“, und Lharampa steht für die umfassendste und allerhöchste Gelehrtensamkeit. Bei den Gelugpas ist der Geshe Lharampa die höchste akademische Auszeichnung und damit auch der wichtigste Rang dieser Schulrichtung des tibetischen Buddhismus.

Die Geshe Lharampa Prüfung wurde 1959 von den Chinesen verboten, die sie als eine „feudale Praxis“ bezeichneten. 1986 wurde sie dann auf wiederholte Appelle des 10. Panchen Lama nach 27 Jahren wieder eingeführt. 1988, um die Zeit der großen Unabhängigkeitsdemonstrationen, wurde sie wieder verboten, weil der chinesischen Regierung aufgefallen war, daß eine große Zahl von Mönchen und Nonnen, besonders aus Drepung, Sera und Ganden (den drei größten buddhistischen Klöstern Tibets) daran beteiligt waren. Im August 2004 ließen die Behörden verlauten, daß die Geshe Lharampa Prüfung nach 15 Jahren Verbot wieder eingeführt würde.

Am 28. Juli 2004 gab China auf der Website Xinhua.net bekannt, daß der zuvor zweimal verbotene höchste akademische Grad der Gelugpa (Gelbmützen) Sekte des tibetischen Buddhismus wieder eingeführt worden sei. Die Prüfung durfte wieder stattfinden, doch nur unter der Bedingung, daß die Bewerber für diesen Titel nun sechs weitere Bücher politischen Inhalts unter dem Motto „Liebe dein Land, liebe deine Religion“ (tib. *rgyal khches ring lugs bsam bloi slob gso*) studieren müssen – Bücher, die auch bei der politischen Umerziehungskampagne Verwendung finden.

Am 20. August 2004 wurde ein aus 77 Personen bestehender Rat für die Verleihung dieses höchsten buddhistischen Studiengrades gebildet, der auch für die Aufsicht bei den Prüfungen zuständig ist. In der Vergangenheit erwarben die Mönche diese prestigeträchtige und für den tibetischen Buddhismus höchst symbolische Auszeichnung allein auf der Basis ihrer akademischen Leistung und Gelehrtensamkeit. Sie ist bei den Gelugpas etwas sehr Erhabenes. Die Prüfenden selbst waren früher eine Quelle der Gelehrtensamkeit und Vollkommenheit im tibetischen Buddhismus.

Allerdings bedeutet die Integrierung von politischen Texten in die Geshe Lharampa Prüfung einen Bruch mit dem Wesen der tibetischen religiösen Tradition, besonders angesichts der geforderten Bezeugung von Loyalität dem Staat gegenüber. Es handelt sich hier um eine ernste politische Intervention in die religiösen Angelegenheiten des tibetischen Volkes.

So hat die Wiedereinführung des Geshe Lharampa Examens durch die Chinesen auch eine ganze Reihe von negativen Aspekten. Die Gelehrtensamkeit und Qualifikation der Mönche, welche die Partei handverlesen hat, um bei der Abnahme der Prüfung Aufsicht zu führen, ist in Zweifel zu ziehen. Daher wird das Niveau der Prüfung bei der neuen Generation von Mönchen, die sie ablegen wollen und für den Grad in Frage kommen, höchstwahrscheinlich zu einem Abfall des Leistungsstandards führen. Bedenklich ist ebenso, daß die neu eingeführte Voraussetzung, nämlich die Beschäftigung mit politischer Ideologie, eine Abweichung vom buddhistischen Geistesgut darstellt, vor allem weil die Bewerber nun auf Grund veränderter Lerninhalte geprüft werden, die neben den religiösen Texten auch politische Themen umfassen. Eigentlich ist das ganze ein Widerspruch in Chinas Religionspolitik,

denn einer der erklärten Grundsätze der Chinesen ist ja die Trennung von Religion und Staat, aber hier scheint die Partei umgekehrt die Religion in den Staat inkorporieren zu wollen, indem Politik zur Pflichtkür in einem religiösen Umfeld gemacht wird.

Einen Monat nach der Neuinszenierung des Geshe Lharampa Grades traf Gendun Tsundue²⁹⁴ am 24. Juli 2004 im Tibetischen Flüchtlingslager in Kathmandu ein. Gendun berichtete dem TCHRD über die Auswahl der Kandidaten für die Prüfungen zu dem unlängst wieder eingeführten Geshe Lharampa (höchster Gelehrtengrad in der Gelugpa-Schule des tibetischen Buddhismus) und die Aktivitäten der chinesischen Behörden im Kloster Ganden: „Die Behörden bestimmten sechs Mönche – jeweils zwei aus den Klöstern Drepung, Sera und Ganden –, die vor 16 Prüfern zum Vorexamen anzutreten hatten. Diese sechs Mönche wurden jedoch nicht auf Grund ihrer Leistungen ausgewählt, sondern weil die Behörden sie als besonders loyal einschätzten“.

Letzten Endes bedeutet die Einführung von sechs Büchern mit politischer Ideologie nichts als eine unmittelbare Infragestellung des Geshe Lharampa Grades und einen Bruch mit der Tradition dieser Einrichtung, so wie sie vor der chinesischen Besatzung Brauch war. Von ihrer Kultur, Ausübung und ihrem Ritual her gesehen ist diese Einrichtung in der revidierten Version in ihrer eigentlichen Existenz bedroht, und damit ist nun auch diese überaus wichtige Gelehrtentradition des tibetischen Buddhismus gefährdet.

Der von den Chinesen eingesetzte Panchen Lama

Am 15. September 2004 gab das US State Department seinen jüngsten Bericht über Religionsfreiheit in aller Welt heraus, in dem es heißt, daß die chinesische Regierung „die Religion sehr gering achtet“ und „der Grad der Unterdrückung sehr hoch ist“ (In dem Bericht ist auch von dem 11. Panchen Lama Gendun Choekyi Nyima die Rede, der von den Chinesen immer noch an unbekanntem Ort gefangen gehalten wird). Kurz nachdem dieser Report des US State Department herauskam, stattete Gyaltzen Norbu, der von China ernannte Panchen Lama, Tibet seinen dritten offiziellen Besuch ab. In einem Interview, das am 26. September 2004 von den Xinhua News gebracht wurde, erklärte er: „Die Freiheit der religiösen Verehrung wird [in Tibet] voll respektiert, und das macht mich sehr glücklich“.

Offensichtlich war der Besuch des „chinesischen“ Panchen Lamas in Tibet nichts als ein Propagandaakt, mit dem die Kritik, die in dem US Bericht über Religionsfreiheit an der Religionspolitik Chinas geübt wird, entkräftet werden sollte. Vielleicht erfolgte der Besuch auch in der Absicht, bei den Tibetern um Unterstützung für die Partei und ihre Anerkennung von Gyaltzen Norbu als dem echten Panchen Lama zu werben. Es scheint, daß China durch den Besuch seines Panchen Lama in Tibet der internationalen Gemeinschaft den Eindruck vermitteln will, daß Religionsfreiheit herrsche und die Menschenrechte geachtet würden.

Schlußbemerkung

2004 war weder eine Änderung in der Religionspolitik Chinas, noch eine Besserung beim Umgang mit den religiösen Rechten der Tibeter zu verzeichnen. Das tibetische Volk ist weiterhin – einmal mehr einmal weniger – der religiösen Repression und Verfolgung durch den chinesischen Staat ausgesetzt. Es hat den Anschein, daß die Unterdrückung der Religion solange nicht aufhören wird, wie die chinesische Regierung im Dalai Lama und in einem jeglichen Ausdruck von buddhistischer Gesinnung und Praxis einen Angriff auf die Legitimität ihrer Herrschaft über Tibet sieht.

²⁹⁴ TCHRD, Human Rights Update September 2004.

E. Anhang

Anhang 1: Die in Tibet bekannten Gefängnisse und Haftzentren

Das Gefängnis der Autonomen Region Tibet

(Drapchi) ist das größte in der TAR. Hier werden aus dem Gebiet der gesamten TAR kommende Gefangene mit langen Freiheitsstrafen eingesperrt. Vermutlich wurde diese am nordöstlichen Stadtrand von Lhasa gelegene Anstalt 1960 gebaut. Das direkt von den Vollstreckungsbehörden der TAR verwaltete Gefängnis umfaßt neun Einheiten, von denen die dritte und die fünfte für weibliche und männliche politische Häftlinge vorgesehen sind. Elf Zellen für Isolationshaft wurden 1990 gebaut. Die übrigen Einheiten sind für die nicht-politischen Häftlinge da. Wegen Überfüllung wurde das südliche Tor des Drapchi Gefängnisses eingerissen und im April 1998 mit der Erweiterung der Anlage begonnen. Die Häftlinge werden hauptsächlich zur Arbeit in der Gemüsefarm, beim Häuserbau, in der Schneiderei, in der Teppichweberei, in mechanischen Werkstätten und bei der Schweine- und Hühnerzucht eingesetzt.

Das PSB Haftzentrum der TAR

(Sangyip Gefängnis) liegt im nördlichen Bereich des Bezirks „Lhasa Stadt“. Vermutlich wurde es 1983 gebaut, und seit 1984 werden dort Straftäter inhaftiert. Man nimmt an, daß Personen, die ernsthafte politische Delikte, wie etwa der Organisation von Protesten oder des Sammelns von politisch brisanten Informationen, verdächtigt werden, hier inhaftiert und vernommen werden, möglicherweise unter der Aufsicht des PSB der TAR. In Sangyip können ungefähr 70 Insassen in drei Zellentrakten untergebracht werden, von denen jeder wiederum 12 Zellen umfaßt. Alle Straftäter, die unter die Jurisdiktion der TAR fallen, werden zunächst hier eingesperrt. Häftlinge mit langen Freiheitsstrafen werden in die anderen größeren Haftanstalten der TAR verlegt, während solche, die zu kürzeren Strafen verurteilt wurden, in Sangyip bleiben.

Das PSB Haftzentrum der Stadt Lhasa

(Gutsa-Gefängnis) liegt 3 km östlich von Lhasa in der Nähe des Kyichu Flusses. Die Hauptabteilung in Gutsa ist für Gefangene bestimmt, gegen die ermittelt wird oder die auf ihre Verurteilung warten. Gegen die meisten der Insassen wurde noch keine formelle Klage erhoben, noch wurden sie mit Administrativhaft belegt. Ehemalige Häftlinge berichten, daß sie schwere körperliche Arbeit wie etwa Steinebrechen verrichten mußten. Während Gutsa hauptsächlich für Gefangene bestimmt ist, die noch nicht verurteilt wurden, bleibt etwa ein Prozent auch nach der Verurteilung hier inhaftiert, gewöhnlich für Zeiträume bis zu einem Jahr.

Das TAR-Zentrum zur Umerziehung-durch-Arbeit

(Trisam-Gefängnis) untersteht ebenfalls direkt den Vollstreckungsbehörden der TAR. Infolge seiner Lage in der Nähe der Brücke des Kreises Toelung, 10 km westlich von Lhasa, wird es auch als Toelung Dechen oder „Toelung Brücke“ bezeichnet. Trisam wurde wahrscheinlich im Februar 1992 seiner Funktion übergeben, und seitdem wurden viele politische Häftlinge aus Sangyip, Outridu und Gutsa hierher transferiert. Die Anstalt hat drei Einheiten: die erste für männliche politische Häftlinge, die zweite für männliche Straftäter und die dritte für weibliche (sowohl politische als auch kriminelle) Häftlinge. Sie fungiert auch als ein „administratives Haftzentrum“ für jugendliche Straftäter und solche mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren. Die Insassen müssen Zwangsarbeit leisten. Mindestens acht Zellen in Trisam sollen für Einzelhaft vorgesehen sein. Berichten aus Tibet zufolge sollen dort um die 600 Gefangene einsitzen.

Powo Tramo trägt den offiziellen Namen „Gefängnis No. 2 der TAR“.

Es liegt 500 km östlich von Lhasa in der Nähe der Stadt Tramo im Distrikt Pome, Präfektur Nyingtri (chin. Linzhi). Es untersteht der Regierung der TAR und ist für Häftlinge, die zu 10 Jahren Haft und mehr verurteilt wurden, bestimmt. Als eine der größten Strafanstalten der TAR verfügt es über genügend Zellen für Isolationshaft. Die meisten Häftlinge werden hier zur Zwangsarbeit herangezogen, etwa in der Holz- und der Landwirtschaft.

Das Lhasa Gefängnis

(früher als Outridu bekannt) könnte die Anstalt sein, welche die Chinesen einer EU-Delegation, die im Mai 1998 Tibet besuchte, als das Stadtgefängnis von Lhasa beschrieben. Die Haftzellen für die Bestrafung der Gefangenen messen hier 6 x 3 Fuß und sind fensterlos. Wie es heißt, sind die Behörden dabei, die Kapazität des Lhasa-Gefängnisses durch den Anbau mehrerer neuer Zellentakte zu erweitern. Verlautbarungen zufolge soll es vier Zellentakte geben, in denen annähernd 500 Straftäter gefangen gehalten werden. Diese Anstalt untersteht ebenfalls den Vollstreckungsbehörden der TAR. Im Lhasa-Gefängnis befinden sich Häftlinge, die offiziell bis zu 5 Jahren verurteilt wurden. Die meisten von ihnen müssen Zwangsarbeit leisten, wie Steinebrechen und Arbeit in der Gemüsefarm der Anstalt.

Das Tibetische Militär-Haftzentrum,

das seit 1959 existiert, wird von der PLA verwaltet. Um 1992 wurde es in die Gegend von Tsalgunghang, 11 km östlich von Lhasa, verlegt. Man weiß von mehreren politischen Gefangenen, die 1999 dort einsaßen, aber wegen der Erweiterung anderer Strafanstalten kann man nicht sagen, ob in der Folge noch mehr politische Häftlinge dorthin kamen. In der Anstalt befinden sich jetzt vor allem Militärangehörige.

Präfektur-Haftzentren

gibt es an dem Verwaltungssitz jeder Präfektur. Abgesehen von dem Bezirk Lhasa umfaßt die TAR sechs Präfekturen: Shigatse, Nagchu, Ngari, Lhoka, Kongpo-Nyingtri und Chamdo. Sie sind alle mit „administrativen Haftzentren“ und *kanshuo suo* (Untersuchungsgefängnissen) ausgestattet. Außerdem gibt es noch Gefängnisse auf Distriktsebene, die allgemein für noch nicht verurteilte Gefangene vorgesehen sind. Die Chinesen erklärten der 1998 zu Besuch weilenden EU-Delegation, daß jede Präfektur und eine Reihe von Distrikten ihre lokalen Haftzentren hätten.

Die Anstalt Zethang

zur „Reform durch Arbeit“ ist ein neues *laogai*, das am 15. Januar 1998 mit sechs Mönchen aus Drayab als den ersten Insassen seine Funktion aufnahm. Dieser Komplex zur „Reform und Umerziehung“ liegt in dem Dorf Zethang, 10 km östlich von Chamdo, und untersteht der Vollstreckungsbehörde der Präfektur Chamdo. Straftäter, die auf administrativem Wege verurteilt werden, kommen in diese neue Anstalt. Sie verfügt über 30 Räume, in denen je sechs Häftlinge untergebracht werden können.

Das Gefängnis Maowan

(chin. Aba Jian Yu) liegt im Autonomen Distrikt Maowan Qiang der TAP Ngaba, Sichuan. Dort werden Gefangene aus Ngaba und Karze eingeliefert. Es handelt sich um eine der größten Haftanstalten in der Provinz Sichuan. Straftäter, die zu langen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, wozu auch politische Gefangene gehören, werden hier unter Verschluss gehalten. Außerdem gibt es in jedem Distrikt und jeder Präfektur der tibetischen Regionen von Sichuan, Qinghai, Gansu und Yunnan Haftzentren und Gefängnisse. Man weiß von etwa 12 tibetischen politischen Häftlingen, die in den Strafanstalten Menyong und Xinduqio in Sichuan eingesperrt sind.

Anhang 2: Aufstellung der relevanten Internationalen Menschenrechts-Verträge, die von der Volksrepublik China unterzeichnet und/oder ratifiziert wurden

Internationale Übereinkunft über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte - International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (ICESCR)

unterschrieben: 27. Oktober 1997

ratifiziert: 27. März 2001

Inhalt: Im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte kann das Leitbild von freien

Menschen, die frei von Furcht und Not sind, nur verwirklicht werden, wenn die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß jedermann seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, sowie seine bürgerlichen und politischen Rechte wahrnehmen kann.

Internationale Übereinkunft über Bürgerliche und Politische Rechte - International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR)

unterschrieben: 5. Oktober 1998

ratifiziert: -

Inhalt: Im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte kann das Leitbild von freien Menschen, die frei von Furcht und Not sind, nur verwirklicht werden, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß jedermann seine bürgerlichen und politischen Rechte, sowie seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wahrnehmen kann.

Internationale Übereinkunft über die Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung - International Convention on the Elimination of all Forms of Racial Discrimination (ICERD)

unterschrieben: 31. März 1966

ratifiziert: 29. Dezember 1981

Inhalt: In Anbetracht dessen, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, haben sie Anspruch auf den gleichen gesetzlichen Schutz vor jedweder Diskriminierung, sowie vor Aufhetzung zur Diskriminierung.

Übereinkunft über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen - Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (CEDAW)

unterschrieben: 17. Juli 1989

ratifiziert: 4. November 1980

Inhalt: Da die Diskriminierung von Frauen die Grundsätze der Gleichberechtigung und der Achtung für die Würde des Menschen verletzt, stellt sie für Frauen ein Hindernis dar, sich auf gleiche Weise wie die Männer am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ihrer Länder zu beteiligen, hemmt das Wachstum und Gedeihen der Gesellschaft und der Familie und hindert die Frauen daran, ihre potentiellen Fähigkeiten zum Nutzen ihrer Länder und der ganzen Menschheit voll zu entfalten.

Übereinkunft gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder herabwürdigende Behandlung oder Bestrafung - Convention against Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CAT)

unterschrieben: 12. Dezember 1986

ratifiziert: 4 Oktober 1988

Inhalt: Der Kampf gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder herabwürdigende Behandlung oder Bestrafung soll in der ganzen Welt effektiver gestaltet werden.

Übereinkunft über die Rechte des Kindes - Convention on the Rights of the Child (CRC)

unterschrieben: 29. August 1990

ratifiziert: 2. März 1992

Inhalt: Kindern ist eine gründliche Vorbereitung darauf zu ermöglichen, daß sie im Rahmen der Gesellschaft ihr individuelles Leben entfalten können und sie sollen im Geiste der von der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Ideale erzogen werden, insbesondere im Geiste des Friedens, der Würde, der Duldsamkeit, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.

Anhang 3: Begriffserklärung und Abkürzungen

<u>Barkhor</u>	Das alte tibetische Stadtviertel und der Markt um den Jokhang Tempel in Lhasa. Wörtliche Bedeutung: „mittlerer Umlauf“.
<u>Kader</u>	(tib. <i>le che pa</i> ; chin. <i>gan bu</i>) bezieht sich auf das Personal der chinesischen Verwaltung oder auf Personen, die bei offiziellen Projekten oder in staatlichen Unternehmen arbeiten.
<u>CCP</u>	(chin. <i>Zhong Guo Gong Chan Dang</i>) Chinese Communist Party, die im Juli 1921 gegründete chinesische kommunistische Partei.
<u>CPL</u>	Criminal Procedure Law; Strafgesetz, das revidierte CPL trat am 1. Januar 1997 in Kraft.
<u>CPPCC</u>	Chinese People's Political Consultative Conference. Zuerst 1949 einberufen, besteht die „Politische Konsultativ-Konferenz des chinesischen Volkes“ aus Vertretern von außerparteilichen Organisationen, die jedoch die Partei unterstützen. In Gegenden nationaler Minderheiten gehören ihr auch führende Persönlichkeiten aus der Religion und ehemalige Aristokraten an, die der Partei hörig sind. Sie ist das Hauptorgan für die Einheitsfront und tritt regelmäßig zusammen, um die Parteipolitik zu unterstützen und zuweilen auch ihre Kommentare dazu zu geben. tib. <i>krung-go mi-dmangs chab-srid grod mol tshogs-'du</i> .
<u>Distrikt</u>	(tib. <i>dzong</i> , chin. <i>Xian</i> , engl. <i>county</i>) – einem Landkreis entsprechende Verwaltungseinheit mittlerer Ebene.
<u>DMC</u>	(tib. <i>u-yon lhan-khang</i> , chin. <i>wei yuan hui</i>) Democratic Management Committee; 1962 zur Kontrolle der religiösen Institutionen in Tibet eingerichtete Verwaltungsorgane, die 1996 im Zuge der Kampagne zur „Patriotischen Erziehung“ neu konstituiert wurden.
<u>Drapchi</u>	Offiziell als das „Gefängnis der Autonomen Region Tibet“ bezeichnet.
<u>Gefährdung der Staatssicherheit:</u>	
	Anlagekategorie in dem neuen Strafgesetz statt dem bisherigen „konterrevolutionär“.
<u>Geshe</u>	Geistlicher Titel, in etwa einem Doktor der Theologie entsprechend; Mönch oder Lama mit dem höchsten philosophischen und monastischen Studium der Gelugpa Schule des tibetischen Buddhismus.
<u>Gutsa</u>	Haftanstalt für Lhasa, 3 km östlich der Stadt am Kyichu Fluß gelegen. Hier werden Personen inhaftiert, gegen die ermittelt wird, die also noch nicht offiziell angeklagt oder zu Administrativhaft verurteilt wurden.
<u>Gyama</u>	(tib.) Gewichtseinheit, 500 g entsprechend.
<u>Hukou</u>	(chin.), (tib. <i>themtho</i>), Wohnregistrierungsausweis, der auch als Lebensmittelkarte dienen kann.
<u>Haftzentrum</u>	(tib. <i>lta-srung-khang</i> , chin. <i>kanshousuo</i>), Anstalt, wo Gefangene ohne Anklage vor der Verurteilung eingesperrt werden.
<u>Khenpo</u>	(tib.) Wörtlich Abt in der Nyingma und Kagyu Tradition des tibetischen Buddhismus, Khenpo entspricht dem Geshe-Titel der Gelugpa Schule.
<u>Kulturrevolution</u>	
	(tib. <i>rigs-nas gsar-brje</i>), wurde 1966 von Mao Zedong vom Stapel gelassen, um die Kontrolle über die kommunistische Partei zurückzugewinnen. Er befahl der Jugend, „die Zentrale zu bombardieren“ (die Partei von inneren Opponenten zu säubern) und die „vier Alten“ (alte Ideen, alte Kultur, alte Bräuche und alte Gewohnheiten) auszurotten. Die chinesische Regierung beschreibt sie heutzutage als die „zehn schlechten Jahre“, womit sie die ganze Periode von 1966-1976 meint, obwohl sie eigentlich nur zwei Jahre dauerte. In Tibet, so sagt man, habe sie bis 1979 gedauert.
<u>Lama</u>	(tib.) Das tibetische Wort für einen angesehenen religiösen Lehrer, gleichbedeutend mit dem Sanskritbegriff Guru. Ein Lama muß nicht unbedingt ein Mönch sein, obwohl vorzugsweise alle Lamas der Gelugpa Schule Mönche sein sollten. Chinesische Politiker verwenden das Wort inkorrekt Weise in bezug auf jeden Mönch.

<u>Mu</u>	(tib.) Flächenmaß, entsprechend 67 Quadratmetern.
<u>NPC</u>	National People's Congress, Nationaler Volkskongreß.
<u>PAP</u>	(tib. <i>drag ches nyen tok dmag mi</i> , chin. <i>wu jing</i>), People's Armed Police – Bewaffnete Volkspolizei, eine 1983 aufgestellte paramilitärische Einheit, die für die innere Sicherheit, die Grenzüberwachung, den Schutz staatlicher Einrichtungen und auch die Gefängnisse zuständig ist.
<u>Patriotische Erziehung:</u>	
	Eine Kampagne, im Zuge derer chinesische „Arbeitsteams“ in tibetische Klöster geschickt werden, um dort die kommunistische Ideologie zu propagieren und durchzusetzen.
<u>PRC</u>	People's Republic of China – Volksrepublik China.
<u>Präfektur</u>	(tib. <i>sa-khul</i> , chin. <i>dique</i>), Verwaltungseinheit unter der Ebene einer Provinz oder Region und über der Ebene eines Distrikts; die „Tibet Autonomous Region“ (TAR) ist in sechs Präfekturen unterteilt.
<u>Prokuratur</u>	(tib. <i>zhib chu</i> ; chin. <i>jian chayan</i>), ein gerichtliches Organ in China, das für die Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung bei Kriminalfällen zuständig ist. Sie ist auch zuständig für die Bearbeitung von Beschwerden gegen Polizei, Gefängnispersonal andere Verwaltungsstellen.
<u>PSB</u>	(tib. <i>shi de chus</i> , chin. <i>Gong An Ju</i>), Public Security Bureau, Amt für Öffentliche Sicherheit, Polizei auf Lokalebene, die Verdächtige festnimmt und sie vor dem Prozeß in Gewahrsam hält.
<u>Rukhag</u>	(tib.) Unterabteilung in Gefängnissen, Dörfern, Schulen oder beim Militär.
<u>Saga Dawa</u>	Der vierte und heiligste Monat des tibetischen Kalenders, in den der Tag der Geburt, der Erleuchtung und des Parinirvana von Buddha fällt.
<u>Schlag-Hart-Zu</u>	
	(tib. <i>dungdek tsanen</i> , chin. <i>yanda</i>), „Strike Hard“, eine Kampagne der PRC, die ursprünglich zur Bekämpfung von Korruption und Verbrechen eingeführt wurde; in Tibet benützen die Behörden sie jedoch, um gegen „spalterische Element“ vorzugehen.
<u>Spaltertum</u>	(tib. <i>kha-dral-ring-lugs</i>), engl. „splittism“, Parteijargon zur Bezeichnung der tibetischen Unabhängigkeitsbewegung oder jedweder Äußerung von tibetischem Nationalismus.
<u>TAP</u>	(tib. <i>Bod rang-skyong khul</i> , chin. <i>Zang zu zizhizhou</i>), Tibetan Autonomous Prefecture - Autonome Tibetische Präfektur; die Chinesen schufen zehn solcher Verwaltungsbezirke (unter der Ebene einer Provinz oder Region) außerhalb der TAR, die in Nord- und Osttibet (den ehemaligen tibetischen Provinzen Kham und Amdo) liegen und eine vorwiegend tibetische Bevölkerung aufweisen.
<u>TAR</u>	(tib. <i>Bod rang-skyong ljongs</i> , chin. <i>Xizang Zizhiqu</i>), Tibet Autonomous Region - Autonome Region Tibet; formell 1965 von China gebildet, stellt diese Region Zentral- und Westtibets (westlich des Yangtse und südlich des Kunlun Gebirges) das einzige von China als „Tibet“ anerkannte Gebiet dar.
<u>Tibet</u>	Die Bezeichnung „Tibet“ in diesem Bericht meint das „ethnographische“ Gebiet Tibet und umfaßt das gesamte tibetische Hochland. Vor der chinesischen Besetzung Tibets war es in die drei Provinzen Kham, Amdo und U'Tsang unterteilt. Heute umfaßt es das, was China als die Autonome Region Tibet (TAR) bezeichnet, sowie die Gebiete der chinesischen Nachbarprovinzen Qinghai, Sichuan, Gansu und Yunnan mit vorwiegend tibetischer Bevölkerung. Für Peking bezieht sich der Begriff „Tibet“ nur auf jenen Teil des ethnographischen Tibets, der in der Autonomen Region Tibet (TAR) liegt.
<u>TIN</u>	Tibet Information Network, eine unabhängige Beobachtergruppe mit Sitz in London.
<u>Township</u>	chin. <i>Xiang</i> , die unterste Verwaltungseinheit, umfaßt formell das Gebiet einer Gemeinde, in ländlichen Gegenden eine Reihe von Dörfern.

- UDHR Universal Declaration of Human Rights – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.
- Umerziehung Indoktrinierung in chinesischer kommunistischer Ideologie und nationaler Einheit, die in den religiösen Einrichtungen und Arbeitslagern in Tibet intensiv durchgeführt wird.
- Workteam (tib. *lae doen rukhag*, chin. *gongzuo dui*), speziell gebildete Sondereinheiten von Regierungspersonal, das zur Durchführung der „patriotischen Umerziehung“ in eine Institution oder an einen bestimmten Ort geschickt wird.

Yartsa Gunbhu:

„Sommer-Gras - Winterwurm“, ein tibetisches medizinisch verwendetes Gewächs, botanischer Name: *cordyceps sinensis*, Raupenkeulenpilz.

Übersetzung aus dem Englischen von:

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
Arbeitsgruppe München
c/o Jürgen Thierack (Sprecher, v.i.S.d.P.)
Rudolfstr. 1, 82152 Planegg
Telefon (089) 859 84 40 oder 897 01 081
Telefax (089) 871 39 357 (Ludwig)
e-mail: info@igfm-muenchen.de, www.igfm-muenchen.de

**Aktuelle Tibet-Nachrichten versenden wir regelmäßig kostenlos per e-mail:
Anmeldung bei tibet@igfm-muenchen.de**

Die IGFM München stellt Appellpostkarten zu einer Reihe tibetischer Gewissensgefangener her, diese können gegen einen Unkostenbeitrag von €0,50 pro 10 Stück bei Arbeitsgruppe München angefordert werden; Liste und siehe www.igfm-muenchen.de/tibet/Aktion/Appellpostkarten.html